

# ERFOLGREICH. POLITISCH.BILDEN

FAKTENSAMMLUNG ZUM STAND DER  
POLITISCHEN BILDUNG IN DEUTSCHLAND

HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG  
BAND 4

**Andreas Kalina**



**2., überarbeitete und erweiterte Auflage**

**ISBN 978-3-95721-013-5**

## INHALT

### 7 | ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

### 10 | ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

### 15 | VORWORT

### 17 | 1. ZUM EINSTIEG: POLITISCHE BILDUNG IN DEUTSCHLAND – AUFGABEN, ORGANISATION, HERAUSFORDERUNGEN

1.1	Was ist überhaupt politische Bildung? Definition, Bedeutung, Ziele .....	18
1.2	Organisation der politischen Bildung in Deutschland .....	21
1.2.1	Staatlich organisierte und verantwortete politische Bildung .....	22
1.2.2	Freie Träger der politischen Bildung .....	23
1.3	Das Verhältnis zwischen Politik, den staatlichen und freien Trägern der politischen Bildung .....	27
1.3.1	Der Staat als Garant der pluralistischen Landschaft der politischen Bildung .....	28
1.3.2	Die Bundeszentrale für politische Bildung als zentrales Scharnier in der Landschaft der politischen Bildung .....	30
1.3.3	Politische Stiftungen als einzigartige Bindeglieder zwischen politischem System und der Gesellschaft .....	32
1.4	Aktuelle Herausforderungen: Politische Bildung als ständiger Balanceakt .....	34
1.4.1	Pluralistische Vielfalt versus Konzertierungserfordernis .....	34
1.4.2	Modernitätsdrang versus Notwendigkeit fester Lernorte .....	35
1.4.3	Politisch interessierte Öffentlichkeit versus politikferne Schichten .....	36
1.4.4	Manifester Auftrag versus immaterieller Charakter .....	36
1.4.5	Politische Bildung – unter ständigem Reformdruck .....	37
1.4.6	Faktensammlung als Zwischenbericht .....	39

### 41 | 2. FAKTEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG IN DEUTSCHLAND

2.1	Politische Bildung im schulischen Bereich .....	42
2.1.1	Politische Bildung in der allgemeinbildenden Sekundarstufe I und II .....	43
2.1.1.1	Bestandsaufnahme zum Unterrichtsfach politische Bildung in der Sekundarstufe I .....	43
2.1.1.2	Bestandsaufnahme zum Unterrichtsfach politische Bildung in der Sekundarstufe II – Allgemeinbildende Schulen .....	51
2.1.1.3	Weitere Komponenten der schulischen politischen Bildung im Überblick .....	52
2.1.2	Politische Bildung an berufsbildenden Schulen .....	53
2.1.3	Entwicklungstrends des Faches politische Bildung in der Sekundarstufe I und II im Überblick .....	55
2.1.3.1	Relativ niedriger Stellenwert des „Politischen“ .....	55

ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1312-1013



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.

2., überarbeitete und erweiterte Auflage  
© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Satz: workstation, Niederkassel  
Umschlagfoto: © Marco Urban, Berlin.  
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-013-5

2.1.3.2	Uneinheitlicher Umgang mit den Fächerverbindungen – mit einer Tendenz zur Verwässerung der politischen Bildung ....	56	2.5.5	„Pervertierung“ des politischen Bildungsauftrags durch Vordringen von Marktlogiken in den (Weiter-)Bildungssektor ..	128
2.1.3.3	Tendenz zur Einführung von Bildungsstandards .....	56	2.5.6	Restriktive Eingriffe in die öffentliche Finanzierungsstruktur der politischen Bildungsarbeit .....	129
2.1.3.4	Strukturelle Begünstigung fachfremd erteilten Unterrichts .....	57	2.5.7	Unheilvoller Trend von Global- zur Projektfinanzierung .....	130
2.1.3.5	Andauernde Ökonomisierung des Schulfaches politische Bildung .....	58	2.5.8	Tendenz bei Bildungsmaßnahmen hin zu Kurzveranstaltungen	130
2.1.3.6	Trotz allem: Verbesserungspotenziale auf relativ hohem Niveau .....	58	2.5.9	Alterung der Teilnehmer und neue Herausforderungen durch den demografischen Wandel .....	131
2.2	Politische Bildung im Hochschlbereich .....	59	2.5.10	Methodisches, organisatorisches und technologisches Modernisierungserfordernis .....	132
2.2.1	Politikdidaktik: Fokus Ausbildung zum Politikfachlehrer .....	59	2.5.11	Erforderlichkeit eines effektiven Qualitätsmanagements und Monitorings .....	133
2.2.1.1	Organisationsstruktur im Rahmen der Politikdidaktik .....	60			
2.2.1.2	Zu verfolgende Entwicklungsziele .....	61			
2.2.2	Politikdidaktik: Fokus Ausbildung zum politischen Bildner .....	61			
2.2.3	Politische Bildung für fachfremde Studierende .....	62			
2.3	Politische Weiterbildung bzw. Erwachsenenbildung .....	63	141	3. VERBESSERUNGSWÜRDIGE VERNETZUNGSSTRUKTUR IM RAHMEN DES POLITISCHEN BILDUNGS-AUFTRAGS	
2.3.1	Träger der politischen Bildungsarbeit im Erwachsenenbereich ..	65	3.1	Kooperationsstrukturen im Rahmen der politischen Bildung und der Politikdidaktik .....	143
2.3.1.1	Staatliche Bildungsträger .....	65	3.2	Der „Bundesausschuss politische Bildung“ als zentraler Dachverband .....	144
2.3.1.2	Nichtstaatliche (freie bzw. gesellschaftliche) Bildungsträger .....	78			
2.3.1.3	Verbandsstruktur der Träger politischer Erwachsenenbildung ...	83			
2.3.2	Weiterbildungsangebot der freien Träger politischer Bildung im Überblick .....	84	146	4. RAHMENBEDINGUNGEN DER POLITISCHEN BILDUNG	
2.3.2.1	Veranstaltungsprofil der Träger nach Themenbereichen und Ländern .....	85	4.1	Relevante (rechtliche) Vorgaben für politische Bildung .....	147
2.3.2.2	Anbieterstruktur bei Veranstaltungen im Themenbereich „Politik – Gesellschaft“ .....	90	4.1.1	Politische Bildung in der Schule .....	147
2.4	Finanzierungsstruktur politischer Bildungsarbeit in Deutschland .....	93	4.1.2	Außerschulische politische Bildung (Kinder und Jugendliche) ..	148
2.4.1	Finanzierungsquellen der relevanten Bildungsträger in der Zusammenschau .....	93	4.1.3	Politische Weiterbildung/Erwachsenenbildung .....	149
2.4.2	Staatliche Finanzierungsstruktur politischer Bildungsarbeit auf Bundesebene .....	94	4.2	Initiativen und Anträge des Deutschen Bundestags .....	150
2.4.2.1	Bundesministerium des Innern .....	98	4.3	Kommissionen im Auftrag des Deutschen Bundestags .....	153
2.4.2.2	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	102	155	5. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND BOTSCHAFTEN AN DIE POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER	
2.4.2.3	Auswärtiges Amt .....	107	5.1	Überwindung der Segmentierung der politischen Bildungslandschaft bei gleichzeitig höherer Verantwortung der Bundespolitik .....	156
2.4.2.4	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	110	5.2	Modernisierung der politischen Bildung .....	157
2.4.1.5	Bundesministerium der Verteidigung .....	111	5.2.1	Methodischer, organisatorischer und technologischer Modernisierungsbedarf .....	157
2.4.3	Förderung der politischen Weiterbildung durch Finanzmittel der EU .....	113	5.2.2	Dezierte Zielgruppenspezifizierung (Diversity Management) ..	158
2.4.4	Staatliche Finanzierungsstruktur politischer Bildungsarbeit auf Länderebene: Das Beispiel Nordrhein-Westfalen .....	117	5.2.3	Stärkere Schwerpunkt- und Profilbildung .....	158
2.4.4.1	Entwicklung der Ermessensmittel für Weiterbildung am Beispiel des Primus Nordrhein-Westfalen .....	118	5.2.4	Erweiterung des Horizonts politischer Bildung .....	158
2.5	Trends und Herausforderungen im Hinblick auf die Entwicklung des deutschen Weiterbildungssystems .....	121	5.3	Sicherung einer nachhaltigen, institutionellen Finanzierung der politischen Bildner .....	159
2.5.1	Zunehmende Verschmelzung politischer und beruflicher (Weiter-)Bildung .....	121	5.4	Entwicklung eines Systems der Evaluation und der Standard- und Qualitätssicherung .....	160
2.5.2	Erforderlichkeit einer dezidierten Zielgruppenspezifizierung und eines Diversity Managements .....	123	5.5	Verständnis der Politikdidaktik als praxisrelevante wissenschaftliche Grundlegung der politischen Bildung .....	160
2.5.3	Ernüchternder Stellenwert der politischen Bildung im Rahmen des Weiterbildungsangebots .....	125	5.6	Neues (Selbst-)Verständnis der politischen Bildung .....	161
2.5.4	Verengtes Verständnis der politischen Bildungsarbeit .....	127	5.7	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung der politischen Bildung .....	162

164 | 6. FAZIT: POLITISCHE BILDUNG –  
EINE IMMERWÄHRENDE AUFGABE

167 | 7. ANHANG

7.1	<i>Datenanhang: Tabellenwerk</i> .....	168
7.2	<i>Zentrale Appelle und Forderungen in bezug auf die politische Bildung</i> .....	175
7.3	<i>Relevante Zeitschriften und Periodika</i> .....	176
7.4	<i>Linksammlung</i> .....	177
7.4.1	<i>Zentrale Bildungsträger</i> .....	177
7.4.2	<i>Vernetzung und Kooperationsstrukturen</i> .....	179
7.4.3	<i>Bildungs- und Serviceportale</i> .....	179
7.4.4	<i>Forschungseinrichtungen</i> .....	180
7.4.5	<i>Empirische Studien und Statistiken</i> .....	181
7.4.6	<i>Projekte zur politischen Bildung</i> .....	181
7.5	<i>Verwandte und weiterführende Literatur</i> .....	181

194 | DER AUTOR

195 | PUBLIKATIONSREIHE „HANDREICHUNGEN ZUR  
POLITISCHEN BILDUNG“

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>Kurzbezeichnung</b>	<b>Langfassung</b>
A.d.ö.R.	Anstalt des öffentlichen Rechts
AA	Auswärtiges Amt
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AdB	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
AES	Adult Education Survey
AG	Arbeitsgruppe
APB	Akademie für Politische Bildung Tutzing
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BAFzA	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BAK AL	Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
bap	Bundesausschuss Politische Bildung
BAZ	Bundesamt für den Zivildienst
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BFD	Bundesfreiwilligendienst
BfDT	Bündnis für Demokratie und Toleranz
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BLK	Bund-Länder-Kommission
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministeriums des Innern
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CAP	Centrum für angewandte Politikforschung
CHE	Centrum für Hochschulentwicklung
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DeGeDe	Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund

DIE	Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen
DIPF	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
Drs.	(Bundestags-)Drucksache
DVPB	Deutsche Vereinigung für Politische Bildung
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
DVV(-VHS)	Deutscher Volkshochschul-Verband
EPA	Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung
erw.	erweitert
ESF	Europäischer Sozialfonds
Fn.	Fußnote
GEI	Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig
GPJE	Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung
HoF	Institut für Hochschulforschung
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
Hrsg.	Herausgeber
HwO	Handwerksordnung
i.e.S.	im eigentlichen Sinne
i.w.S.	im weiteren Sinne
IES	Institut für Entwicklungsplanung und Struktur-forschung (Hannover)
IHF	Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung
inkl.	inklusive
integr.	integriert
IQB	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen
k.A.	keine Angabe
Kap.	Kapitel
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KBE	Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
KIBB	Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung
KMK	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

LAAW	Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung (Nordrhein-Westfalen)
LPB	Landeszentrale für politische Bildung(sarbeit)
LPM	Landesinstitut für Pädagogik und Medien (Saarland)
NECE	Networking European Citizenship Education
NRW	Nordrhein-Westfalen
pB	politische Bildung
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
S.	Seite
SchG	Schulgesetz
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)
sog.	sogenannt
sonst.	sonstige
rab.	Tabelle
TNS	Taylor Nelson Sofres
Tsd.	Tausend
u.Ä.	und Ähnliches
u.a.	und andere
u.s.w.	und so weiter
u.v.a.	und viele andere
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees)
vgl.	Vergleiche
WbG	Weiterbildungsgesetz

## ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

- Abb. 1 Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung während einer Schülerkarriere (Sollwerte)
- Abb. 2 Veranstaltungsprofil der freien Träger nach Themenbereichen im Jahr 2010
- Abb. 3 Das pluralistische System der Anbieter politischer Bildung in Deutschland
- Abb. 4 Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern im Jahr 2013 (Sollwerte in 1.000 Euro)
- Abb. 5 Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)
- Abb. 6 Aufschlüsselung der Ausgaben für Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2011 (in 1.000 Euro)
- Abb. 7 Gesamtausgaben der Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) im Jahr 2012 (Sollwerte in 1.000 Euro)
- Abb. 8 Zuschüsse des Bundesministeriums des Innern zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)
- Abb. 9 Zuschüsse des Auswärtigen Amtes für die politischen Stiftungen zur Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland (in 1.000 Euro)
- Abb. 10 Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der unmittelbaren schulischen politischen Bildung während einer Schülerkarriere (Sollwerte)
- Abb. 11 Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung während des Gymnasialbesuchs der 5. bis 10. Jahrgangsstufe (Sollwerte)
- Abb. 12 Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Hauptschulabschluss (Sollwerte)
- Abb. 13 Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Abschluss an integrierten Gesamtschulen (Sollwerte)
- Abb. 14 Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Realschulabschluss (Sollwerte)

- Abb. 15 Entwicklung des Gesamtbudgets der Bundeszentrale für politische Bildung von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)
- Abb. 16 Entwicklung des Ausgabenpostens „politische Bildungsarbeit“ der Bundeszentrale für politische Bildung von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)
- Abb. 17 Aufschlüsselung des Gesamtbudgets der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2011 gemäß den einzelnen Ausgabenposten (in 1.000 Euro)
- Abb. 18 Aufschlüsselung der Ausgaben für Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2011 (in 1.000 Euro)
- Abb. 19 Gesamtausgaben der Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) (in 1.000 Euro)
- Abb. 20 Pro-Kopf-Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung pro Jahr (in Euro)
- Abb. 21 Veranstaltungsprofil der Träger nach Themenbereichen im Jahr 2010
- Abb. 22 Addierte Ausgaben der betrachteten Bundesministerien für Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung i.w.S. (in 1.000 Euro)
- Abb. 23 Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern im Jahr 2013 (Sollwerte in 1.000 Euro)
- Abb. 24 Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)
- Abb. 25 Addierte Ausgaben der betrachteten Bundesministerien für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)
- Abb. 26 Mittel des BMI für die Förderung der politischen Bildung (in 1.000 Euro)
- Abb. 27 Mittel des BMI für die Förderung der politischen Bildungsmaßnahmen der freien Träger (in 1.000 Euro)
- Abb. 28 Globalzuschüsse des BMI zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)
- Abb. 29 Globalzuschüsse des BMI zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit aufgeschlüsselt je politische Stiftung (in 1.000 Euro)
- Abb. 30 Zuschuss des BMI an die Stiftung „Die Mitarbeit“ (in 1.000 Euro)

- Abb. 31 Ausgaben des BMI für die Bundeszentrale für politische Bildung (in 1.000 Euro)
- Abb. 32 Ausgaben des BMI für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)
- Abb. 33 Gesamtausgaben des BMFSFJ für die Förderung von „Maßnahmen der Kinder- und Jugendpolitik“ (in 1.000 Euro)
- Abb. 34 Ausgaben des BMFSFJ für „Politische Bildung i.e.S.“ (in 1.000 Euro)
- Abb. 35 Ausgaben des BMFSFJ für „Politische Bildung i.e.S.“ aufgeschlüsselt (in 1.000 Euro)
- Abb. 36 Ausgaben des BMFSFJ für „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“ im Rahmen des KJP (in 1.000 Euro)
- Abb. 37 Ausgaben des BMFSFJ für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (in 1.000 Euro)
- Abb. 38 Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen im Rahmen des BAFzA bzw. vormals BAZ (in 1.000 Euro)
- Abb. 39 Ausgaben des BMFSFJ für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)
- Abb. 40 Mittel des AA für die Förderung der politischen Bildung (in 1.000 Euro)
- Abb. 41 Zuschüsse des AA für gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)
- Abb. 42 Zuschüsse des AA zur Förderung des europäischen Gedankens (in 1.000 Euro)
- Abb. 43 Ausgaben des AA für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)
- Abb. 44 Ausgaben des BMZ für die Förderung der entwicklungs-politischen Bildung (in 1.000 Euro)
- Abb. 45 Ausgaben des BMZ für die Förderung der politischen Bildungsmaßnahmen der freien Träger (in 1.000 Euro)
- Abb. 46 Ausgaben des BMZ für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)
- Abb. 47 Insgesamt im Verteidigungshaushalt für politische Bildung veranschlagte Mittel (in 1.000 Euro)
- Abb. 48 Veranschlagte Mittel für politische Bildung im Verteidigungshaushalt aufgeschlüsselt (in 1.000 Euro)
- Abb. 49 Ausgaben des BMVg für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)
- Abb. 50 Entwicklung der Ermessensmittel für Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen in den Haushalts-jahren 1998 bis 2013 (in 1.000 Euro)

- Tab. 1 Gesamtbudget der Bundeszentrale für politische Bildung (in 1.000 Euro)
- Tab. 2 Verteilung der Ausgaben und Einnahmen bei der Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (in 1.000 Euro)
- Tab. 3 Veranstaltungsprofil nach Trägerbereichen und Themen
- Tab. 4 Veranstaltungen nach Themenbereichen und Ländern
- Tab. 5 Veranstaltungsprofil nach Trägern und Themenbereichen
- Tab. 6 Anteile an öffentlichen Mitteln 2010 nach Trägerverbänden (in Prozent)
- Tab. 7 Finanzierung der Volkshochschulen im Jahr 2011 (in 1.000 Euro)
- Tab. 8 Globalzuschüsse des BMI zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)
- Tab. 9 Aufschlüsselung der relevanten Ausgaben des BMFSFJ für den Themenbereich „Politische Bildung“ (in 1.000 Euro)
- Tab. 10 Ausgaben des Auswärtigen Amtes für die Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland (in 1.000 Euro)
- Tab. 11 Veranschlagte Mittel für politische Bildung im Verteidigungshaushalt (in 1.000 Euro)
- Tab. 12 Schlüsseldaten zu „Erasmus für alle“ (2014 bis 2020)
- Tab. 13 Entwicklung der Ermessensmittel für Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen in den Haushalts-jahren 1998 bis 2013 (in 1.000 Euro)
- Tab. 14 Themenstruktur in der Weiterbildung nach Klassifikation gemäß dem AES (in Prozent)
- Tab. 15 (Kontingent-)Studentafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 2013)
- Tab. 16 (Kontingent-)Studentafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 2009)
- Tab. 17 Studentafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 1998)
- Tab. 18 Studentafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 1994)

## VORWORT

Politische Bildung in Deutschland ist stark fraktioniert, mehrere Stränge verlaufen parallel, ohne dass es eine institutionalisierte Kommunikation unter ihnen gibt. Neben der staatlichen, schulischen Politische Bildung gibt es die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung der freien Träger. Komplettiert wird das Bild durch die Angebote der Universitäten. Jeder Bereich hat seine Berechtigung und sein unterschiedliches Betätigungsfeld; aber jeder Bereich agiert auch in einer intensiven Wechselwirkung zu den anderen Feldern. Man muss sich nur die Lehrerausbildung (Universität) anschauen, die Rückwirkungen auf die Qualität des Politikunterrichts hat (Schule), während die Vermittlung politischer Zusammenhänge in der Schule wiederum Auswirkungen auf Inhalte, Formate und Zielgruppenansprache in der außerschulischen Bildung zeitigt. Die Gefahr, dass bei auftretenden Problemen die zuständigen Politikebenen nur ressortspezifisch handeln oder gar die Ebenen gegeneinander ausgespielt werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Die ursprünglich 2009 zur Vorbereitung eines Demokratiekongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellte „Fakten-sammlung zum aktuellen Stand der Politischen Bildung in Deutschland“ ist auf großes Interesse gestoßen und wird immer noch nachgefragt. Deshalb haben wir uns entschlossen, den Autor Dr. Andreas Kalina von der Universität Passau um eine Aktualisierung zu bitten. Von vielen Lesern wurde angeregt, neben den Daten, Fakten und Zahlen den Band um einen Überblicksartikel zu Struktur, Aufgaben und Organisation der Politischen Bildung in Deutschland zu ergänzen. Diesem Wunsch sind wir gerne nachgekommen, zumal auch wir in der praktischen Arbeit immer wieder auf der Suche nach einer prägnanten, kurzen Gesamtdarstellung waren.

Wir sind uns wohl bewusst, dass auch diese aktualisierte Zusammenstellung Lücken aufweist. Wir sind uns auch bewusst, dass das Thema „Politische Bildung“ „das Bohren dicker Bretter“ erfordert. Trotz aller Schwierigkeiten, Mängel und Unzulänglichkeiten finden wir, dass es sich lohnt, Energie und Ressourcen für eine „bessere“ Politische Bildung aufzuwenden. Dieses Ziel können wir nicht alleine erreichen. Deshalb freuen wir uns, wenn Sie mit Anregungen und Kritik uns auf dem Weg begleiten oder dieses Projekt sich sogar selbst zu Eigen machen.

Wesseling, Januar 2014

*Dr. Melanie Piepenschneider  
Leiterin Politische Bildung  
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

## 1. ZUM EINSTIEG: POLITISCHE BILDUNG IN DEUTSCHLAND – AUFGABEN, ORGANISATION, HERAUSFORDERUNGEN

Die Erfolgsgeschichte der deutschen Nachkriegsdemokratie ist unweigerlich auch mit den Leistungen der politischen Bildung verbunden. Demokratie ist stets eine Staatsform, die zuvörderst auf Vertrauen basiert. Wo aber in Westdeutschland anfangs genau dieses Vertrauen durch den allgemein spürbaren Wohlstandszuwachs infolge des Wirtschaftswunders gestiftet wurde, zeichnete sich allmählich ab, dass seine Robustheit nicht alleine von der ökonomischen Performanz gewährleistet werden kann. Denn die demokratische Staatsordnung muss den Bürgerinnen und Bürgern auch und gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen Orientierung, Sinnstiftung und Perspektiven bieten. Voraussetzung hierfür sind in der Bevölkerung fest verankerte demokratische Einstellungen, die von kurzfristigen Entwicklungen unabhängig sind. Diese Einsicht führte seit den frühen 1950er Jahren zur schrittweisen Etablierung einer pluralistischen Landschaft der politischen Bildung, die auch heute unabdingbarer Bestandteil der demokratischen Ordnung ist. Politische Bildung wird hier grundsätzlich als Werbeagentur für Demokratie verstanden, die zugleich die Bürgerinnen und Bürger zur politischen Teilhabe befähigen und ihre demokratiegefährdende Distanz

zu den politischen Institutionen und Verfahren sowie zu den Amts- und Mandatsträgern abzubauen helfen soll.<sup>1</sup>

*Doch was verbirgt sich genau unter politischer Bildung und welcher Stellenwert kommt ihr zu? Was wird unter ihr verstanden? Wie ist sie strukturiert und wie wird sie organisiert? Mit welchen Herausforderungen für Staat, Politik und Bürgerschaft geht sie einher?*

### 1.1 WAS IST ÜBERHAUPT POLITISCHE BILDUNG? DEFINITION, BEDEUTUNG, ZIELE

Für Deutschland gilt dasselbe wie für liberale Demokratien europäischen Zuschnitts allgemein: Sie kennen keine Einheitlichkeit politischer Zielvorstellungen. Stattdessen beruhen sie in erster Linie auf der *Legitimität politischer Auseinandersetzung* und des *offenen Wettbewerbs um die beste Lösung*. Allerdings leben pluralistische Demokratien auch vom *Konsens – vom Konsens über ihre Grundlagen und ihre allgemein akzeptierten Wertorientierungen*, um deren Verwirklichung von unterschiedlichen Positionen aus sich der streitige politische Prozess letztlich dreht.<sup>2</sup>

Die Aufgabe der politischen Bildung besteht zum einen darin, die Grundlagen der demokratischen Gesellschaftsordnung zu bereiten, sie zu fördern und nachhaltig zu gewährleisten. Dazu zählen der verbindliche Wertekonsens ebenso wie die unstrittigen demokratischen Spielregeln und Leitbilder, auf deren Boden sich politische Praxis vollzieht. *Zum anderen* muss politische Bildung gleichermaßen entschlossen die Toleranz-, Kritik-, aber auch Konfliktfähigkeit der Bürger – und damit die Pluralität der Gesellschaft – fördern. Diese doppelte Aufgabe – mit Förderung des Konsenses *einerseits* und Lancierung pluralistischer politischer Zielvorstellungen *andererseits* – spiegelt sich auch in der Vielfältigkeit der politischen Bildung, ihrer Strukturen und Träger wider.

Politische Bildung wird dabei vorrangig als *anhaltender Lehr- und Lernprozess* verstanden, dessen Ziel in der Entwicklung politischer und damit staatsbürgerlicher Mündigkeit liegt. Sie wird als integrativer Teil des *lebensbegleitenden Lernens* anerkannt. Denn gilt Demokratie und demokratische Praxis als ein immerwährender Prozess, ist gerade auch politische Bildung von zeitloser Relevanz. Ihr obliegt die Aufgabe, die Wertorientierungen und den Verfassungskonsens in der Bevölkerung zu verankern und zu bewahren, systematische Kenntnisse über die demokratische

Ordnung, ihre Funktionsweisen und Zusammenhänge zu vermitteln sowie Kompetenzen für demokratisches Handeln zu stärken. Mehr noch: Bei politischer Bildung geht es stets auch darum, die Bürgerinnen und Bürger zu einer aktiven politischen Teilnahme und einem aktiven politischen Engagement zu befähigen und zu animieren. Und nicht zuletzt wird der politischen Bildung eine gewisse „Feuerwehrfunktion“ erwartet: Sie muss aktuelle gesellschaftliche Fehlentwicklungen, Herausforderungen und Krisen erkennen und diesen rechtzeitig gegensteuern. Stichworte in diesem Zusammenhang sind etwa Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus, Populismus und ähnliche dem liberal-demokratischen Gedanken widerstrebende Phänomene.

Der wesentliche Rahmen für die politische Bildung in Deutschland ist – unabhängig vom konkreten Zusammenhang – der sogenannte *Beutelsbacher Konsens* (von 1976), welcher die allgemein anerkannten Minimalbedingungen festlegt. Demnach muss sich politische Bildung an drei Grundprinzipien ausrichten: am *Indoktrinationsverbot*, am *Gebot der Kontroversität* und der *Ausgewogenheit* sowie am *Prinzip der Adressatenorientierung*.

Politische Bildung lässt sich grundsätzlich gemäß den Bildungsphasen ihrer jeweiligen Adressaten kategorisieren, wobei eingangs grob zwischen *schulischer politischer Bildung* und *politischer Erwachsenenbildung* bzw. *Weiterbildung* differenziert werden kann. Unabhängig von der jeweiligen Phase kann politische Bildung zudem in verschiedenen Zusammenhängen stattfinden:<sup>3</sup>

- Vorrangig erfolgt sie als organisierte Veranstaltung *im formalen und non-formalen Bereich* – vermittelt im Rahmen von Bildungsinstitutionen.
- Die *formale politische Bildung* findet in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen statt und führt zu anerkannten Abschlüssen und Qualifikationen. In der Regel sind entsprechende Inhalte obligatorisch, so z.B. im Rahmen der Schulbildung oder als verpflichtender Bestandteil von Ausbildungslehrgängen, sei es beispielsweise in der Bundeswehr oder im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.
- Die *non-formale politische Bildung* kann hingegen fakultativ wahrgenommen werden. Sie findet außerhalb des Zusammenhangs der unmittelbaren beruflichen Ausbildung statt und führt nicht unbedingt zum Erwerb eines formalen Abschlusses. Sie kann im Rahmen von Angebo-

ten und Aktivitäten von Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Gewerkschaften, Stiftungen, Jugendorganisationen u.a.) erfolgen. Auch kann sie als Baustein in einem größeren Kontext, sei es im Rahmen der beruflichen oder kulturellen (Weiter-)Bildung, erfolgen. Den Akteuren der politischen Bildung – den sogenannten *politischen Bildnern* – kommt in beiden Bereichen die Funktion der *Führung* und *Förderung* zu. In aller Regel gehen sie dabei ihrer Bildungstätigkeit im Rahmen von Veranstaltungen, Seminaren und Unterricht, aber auch durch Publikationen und mediales Auftreten nach.

- Abseits dieser beiden institutionalisierten Formen – mit konkreten Bildungsträgern – läuft politische Bildung auch *informell* ab, als mittelbares Resultat der gesellschaftlichen und/oder politischen Aktivität der Bürgerinnen und Bürger, z.B. im Rahmen von Verbänden, Vereinen, sozialen Bewegungen oder Initiativen. Bei Letzterer können allerdings politische Bildner naturgemäß nur bedingt gestaltend wirken, zumal diese Lernprozesse vielfach als solche nicht wahrgenommen werden.

Gerade diese letzte Form gewinnt immer mehr an Relevanz. Denn infolge von nachhaltiger Demokratieentwicklung, Modernisierung und technologischem Fortschritt wandeln und erweitern sich Handlungsbedarf und -radius der politischen Bildung: Politische Inhalte verflüchtigen sich zunehmend aus klassischen Foren in neue Bereiche und unterliegen bisweilen den – auch auf sie abfärbenden – Trends der Schnelllebigkeit, Kurzatmigkeit und der Neigung zu punktuellen Lösungen auf Kosten der Kontinuität und Weitsicht. Politik entwickelt sich immer mehr zu einem mediengerechten Politainment, welches zudem längst auch Einzug in die virtuelle Welt des Internets gehalten hat. Politische Partizipation und gesellschaftspolitisches Engagement erfolgen in abnehmender Weise auf dem klassischen Weg der Abstimmung an der Wahlurne oder der Beteiligung an Veranstaltungen von Parteien, Verbänden und Vereinen. Stattdessen nehmen das situative Protestverhalten und das Engagement im Rahmen von themenbezogenen Ad-hoc-Initiativen zu. Zudem treten im Zeitalter vielfältiger politischer Talkshows, des Televoting und Web 2.0 neue Beteiligungsformen hinzu, die sich etwa mit Schlagworten wie Weblogs, Twitter, Facebook oder Youtube umschreiben lassen. Auch die von Entscheidungsträgern an Bürgerinnen und Bürger adressierte Vermittlung von Inhalten bedient sich immer mehr dieser neuen Wege.

Unweigerlich gehen diese Entwicklungen mit Herausforderungen an die politische Bildung einher: Soll sie ihren Zielen weiterhin erfolgreich

nachkommen, muss auch sie sich einschlägige moderne Vermittlungsmethoden zu eigen machen. Allerdings sollte sie diesen erweiterten bzw. transformierten Raum des Politischen nicht allein als zusätzliche Foren und Infrastrukturen der Politik- und Wertevermittlung wahrnehmen. Vielmehr muss sie der Funktion eines Orientierungsdienstleisters und (Daten-)Navigators nachkommen, welcher die relevanten Informationen strukturiert und es den Bürgerinnen und Bürgern entsprechend erleichtert, sich in dem Angebot an Inhalten, aber auch an neuen Beteiligungsmöglichkeiten zurechtzufinden.

Mithin vollzieht sich ein Trend in der politischen Bildung hin zu ihrer sukzessiven Deinstitutionalisierung, zumal sie zusätzlich zu ihrer klassischen Ausprägung einen zusehends informellen, ortsungebundenen Charakter annimmt. Aus dieser Perspektive kommt ihr tatsächlich zusätzlich die Aufgabe eines Dienstleisters zu, welcher mehr die Methoden und Infrastrukturen der Vermittlung fokussiert als die tradierte Aufgabe der Förderung und Führung in ihrer ursprünglichen Form. Angesichts der Verflüchtigung des Politischen wird dadurch politische Bildung einerseits empirisch weniger fassbar und abgrenzbar. Sie erhält folglich auch weniger Feedback, weil die unmittelbare Interaktionsbeziehung zwischen Bildner und Adressaten im gleichen Maße erodiert. Andererseits wird sie dadurch aber auch notwendiger denn je. Sie muss sich diesen neuen Herausforderungen stellen, zugleich aber auch jener Diffusion gegensteuern: durch Akademiediskurse und formale Bildungsprozesse, welche schon immer unabdingbarer Teil ihres Selbstverständnisses als Profession gewesen sind.

## 1.2 ORGANISATION DER POLITISCHEN BILDUNG IN DEUTSCHLAND

Der politische *Pluralismus* ist nicht nur das wichtigste Charakteristikum der durch das Grundgesetz definierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland. Er ist – selbstverständlich hiermit zusammenhängend – auch das vorrangige Strukturmerkmal der gesamten Landschaft der politischen Bildung. Insofern zeichnet sich Letztere mit ihrer *Vielzahl von Trägern, Anbietern und Initiativen* durch eine starke Segmentierung aus. Diese ist durchaus so gewollt: Denn der Bereich der politischen Bildung soll ganz bewusst ein *pluralistisches, föderal strukturiertes und subsidiär gestaltetes kooperatives System* darstellen, in dem die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen

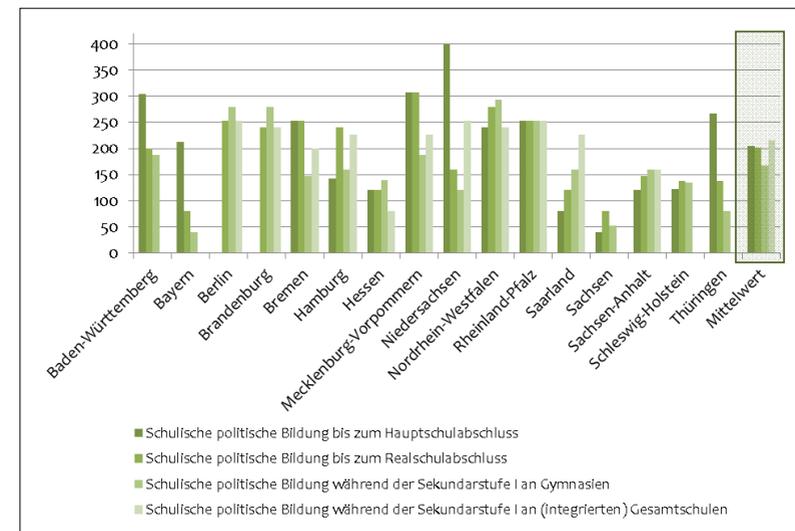
Profile der politischen Bildner zum Tragen kommen. Zu der Mannigfaltigkeit trägt erheblich auch die bundesstaatliche Organisation bei, wobei insbesondere der sogenannte *Bildungsföderalismus* zu Buche schlägt: Die 16 Bundesländer leisten sich 16 verschiedene Bildungssysteme – auch mit unterschiedlich strukturierter politischer Bildung. Bei den Trägern der politischen Bildung lassen sich zur Vereinfachung zwei grundsätzliche Anbietergruppen unterscheiden: Zum einen sind dies die *staatlichen Akteure der politischen Bildung*, zum anderen die sogenannten *freien Träger der politischen Bildung*.

### 1.2.1 Staatlich organisierte und verantwortete politische Bildung

Hier übernehmen staatliche Institutionen auf Bundes- und Länderebene selbst unmittelbare Verantwortung für politische Bildung, wobei sie strikt dem *Neutralitätsgebot* verpflichtet sind: Es kommt auf die Vermittlung der allgemeinen staatsbürgerlichen Mündigkeit an, ohne die Favorisierung spezifischer politischer bzw. weltanschaulicher Sichtweisen und Wertvorstellungen. Den Adressaten soll vielmehr Raum gegeben werden, ihr eigenes politisches Weltbild zu entwickeln. Die Landschaft der Anbieter ist übersichtlich und relativ stark reglementiert.

Im Fokus steht hier zuerst die *formale politische Bildung* – vor allem als *schulisches Unterrichtsfach*, welches in der Regel zu den verpflichtenden Curricula gehört und von den Kultusministerien der Länder verantwortet wird. Da Bildungs- und Kulturpolitik im deutschen Föderalismus Domäne der Länder ist, unterscheiden sich Inhalt und Umfang des Unterrichts von Land zu Land und sogar auch die Fächerbezeichnung und der -zuschnitt (siehe dazu später das Kap. 2.1).

Abb. 1: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung während einer Schülerkarriere (Sollwerte)<sup>4</sup>



Quelle: Eigene interpolierte Berechnung auf Grundlage der jeweils geltenden Schulgesetze, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien (Stand: August 2013).

Neben dem schulischen Rahmen erfolgt die staatlich moderierte politische Bildung im Rahmen des *freiwilligen Wehrdienstes* in der Bundeswehr bzw. im Rahmen des *Bundesfreiwilligendienstes* als dessen ziviler Alternative (dazu später Kap. 2.3.1 und 2.4.2.2).

Schließlich stellen Bund und Länder Angebote der *non-formalen politischen Bildung* zur Verfügung: sei es in Form der politischen Bildungsarbeit der einzelnen Bundesministerien bzw. der unterschiedlichen Staatsministerien auf Länderebene, sei es mittels der Angebote der *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) oder auf Länderebene durch die *Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit)* (siehe Kap. 2.3.1.1, 2.4.2 und 2.4.4).

### 1.2.2 Freie Träger der politischen Bildung

Die Landschaft der politischen Bildung in Deutschland ist allerdings nicht ohne die Großgruppe der *freien Träger* vorstellbar, zumal die Angebote unter staatlicher Ägide nur einen Pfeiler in der politischen Bildung dar-

stellen. So wird die gewollte pluralistische Anbieterstruktur erst durch diese freien Träger realisiert, in deren Bildungsangebot ihre jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profile *ausdrücklich* zum Tragen kommen. Der gesamtgesellschaftliche und -politische Ausgleich wird hier durch die gegenseitige Konkurrenz der vielfältigen Träger und ihrer Angebote gewährleistet.

Der Staat selbst tritt hier lediglich als finanzieller Förderer zutage, dem in aller Regel keinerlei inhaltliche Direktiven zustehen. Die einzige relevante Maßgabe, die von staatlicher Seite an die Anbieter gelegt wird, ist die *Befolgung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung*.

Die Aktivitäten und Bildungsangebote der freien Träger spiegeln meist die Interessen der jeweiligen Anbieter bzw. Auftraggeber – Stiftungen, Verbände, Unternehmen, religiöse Gemeinschaften, private Geldgeber – wider. Beispiele hierfür sind:

- *Politische Stiftungen*: Als parteinahe und dennoch unabhängige Einrichtungen sind sie ein ebenso besonderer wie bedeutender Anbieter politischer Bildung. Sie sind nicht wertneutral, sondern repräsentieren in der Summe den politischen Pluralismus. Insofern finden auch alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ihre Entsprechung in politischen Stiftungen, wobei für die Bundesebene relevant sind: *Friedrich-Ebert-Stiftung* (SPD-nah), *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* (FDP-nah), *Hanns-Seidel-Stiftung* (CSU-nah), *Heinrich-Böll-Stiftung* (Die Grünen-nah), *Konrad-Adenauer-Stiftung* (CDU-nah) und *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (Die Linke-nah).
- *Zivilgesellschaftliche, teils auch unternehmensverbundene Stiftungen*: so z.B. die *Robert Bosch Stiftung*, welche insbesondere in ihrem Programmbereich „Bildung und Gesellschaft“ Angebote zur politischen Bildung und bürgerschaftlichem Engagement unterbreitet, Initiativen anregt und konkrete Projekte mitfinanziert; daneben etwa die *Gemeinnützige Hertie-Stiftung* mit ihren beiden Förderbereichen „Europäische Integration“ und „Erziehung zur Demokratie“ oder auch die breit aufgestellte *Bertelsmann Stiftung* sowie die *Mercator Stiftung* u.v.a.
- *Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Wohlfahrtseinrichtungen*: so etwa das *DGB Bildungswerk* oder die *Hans-Böckler-Stiftung*.
- *Bildungswerke der Kirchen*: Dem Auftrag politischer Bildungsarbeit gehen ebenso *Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften* nach, wobei in Deutschland naturgemäß das größte Angebot seitens der Evan-

gelischen und Katholischen Kirche unterbreitet wird. In diesem Zusammenhang seien die jeweiligen Bereiche „Politik – Gesellschaft“ im Rahmen der *Evangelischen* als auch der *Katholischen Erwachsenenbildung* (Akademien) erwähnt.

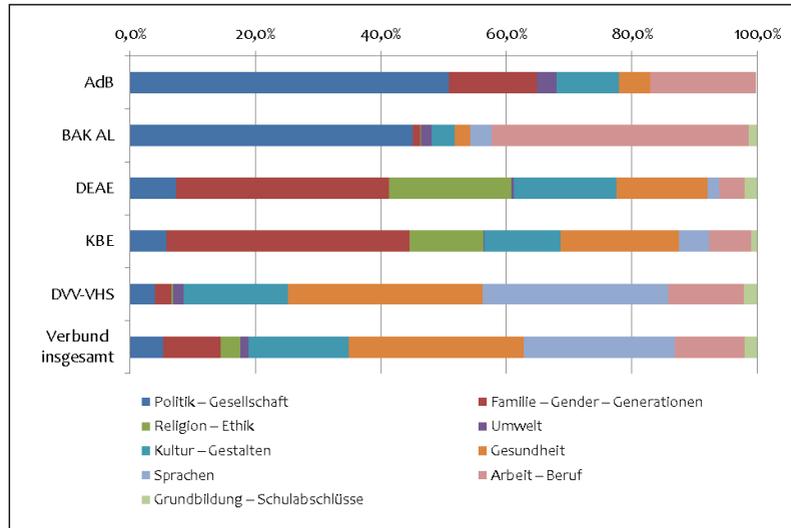
- Als ihre Träger fungieren meist Gebietskörperschaften wie Gemeinden oder Landkreise, aber auch eingetragene gemeinnützige Vereine, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Zweckverbände. Insofern fallen sie trotz einer gewissen Nähe zum Staat in die Kategorie der freien Anbieter politischer Bildung. *Europäische Akademien und Europa-Häuser*: Last but not least spielen in einem sich integrierenden Europa EU-spezifische Einrichtungen eine wichtige Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte wie auch europapolitischer Inhalte und Kompetenzen.

Die freien Träger und Institutionen der Erwachsenenbildung organisieren sich in aller Regel in Verbänden, um Foren für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung zu etablieren und auf diese Weise auch ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht zu bündeln. In Hinblick auf die politische Erwachsenenbildung ist der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* (AdB) der einschlägige Verband, welcher mit rund 110 Institutionen einen respektablen Teil der auf politische Bildung spezialisierten Institutionen umfasst. Daneben relevant sind der *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* (BAK AL), die *Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* (DEAE), die *Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* (KBE) und der *Deutsche Volkshochschul-Verband* (DVV-VHS), die jedoch allesamt thematisch breiter aufgestellt sind. Ihrerseits werden diese Verbände durch den *Bundesausschuss Politische Bildung* (bap) lose überwölbt. Sein Tätigkeitsbereich umfasst im Wesentlichen die *Weiterentwicklung der politischen Bildung*, die *politische Vertretung* der Interessen und ihre Optimierung sowie die *Organisation und Neugestaltung der internen Struktur und Vernetzung* der beteiligten Akteure.

Für alle hier aufgelisteten Verbände gilt: Politische Bildung stellt nur einen Teil des Weiterbildungsangebots dar und variiert in ihrem Umfang von Verband zu Verband: Denn wo der Themenbereich „Politik – Gesellschaft“ als Sammelbegriff für Politische Bildung im Verbund aller genannten Anbietergruppen insgesamt nur 5,2 Prozent aller Veranstaltungen ausmacht, erreicht er im Rahmen des AdB einen Anteil von 50,9 Prozent; beim BAK AL beträgt er noch 45,1 Prozent; bei der DEAE sind es immer

noch überdurchschnittliche 7,3 Prozent und bei der KBE 5,8 Prozent. Schlusslicht ist der DVV-VHS, dessen Veranstaltungen im Bereich „Politik – Gesellschaft“ sich auf einen Anteil von 3,9 Prozent an seinem gesamten Weiterbildungsangebot belaufen (Abb. 2).<sup>5</sup>

Abb. 2: Veranstaltungsprofil der freien Träger nach Themenbereichen im Jahr 2010



Quelle: Eigene Darstellung nach Horn/Ambos 2012: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2010, S. 60. Basisgröße sind hier die Veranstaltungszahlen, deren Gesamtzahl bei Berücksichtigung trügerspezifischer Erfassungsquoten hochgerechnet 815.000 beträgt.

Eine weitere Einschränkung ist, dass nicht alle Anbieter politischer Bildung verbandlich organisiert sind. Dennoch können die für diese Verbände ermittelten Daten mit gewissen Vorbehalten als repräsentativ für die gesamte Angebotsstruktur im Bereich der freien Träger aufgefasst werden.<sup>6</sup> In konkreten Zahlen gestaltete sich die Situation im jüngst ausgewerteten Jahr 2010 wie folgt:<sup>7</sup>

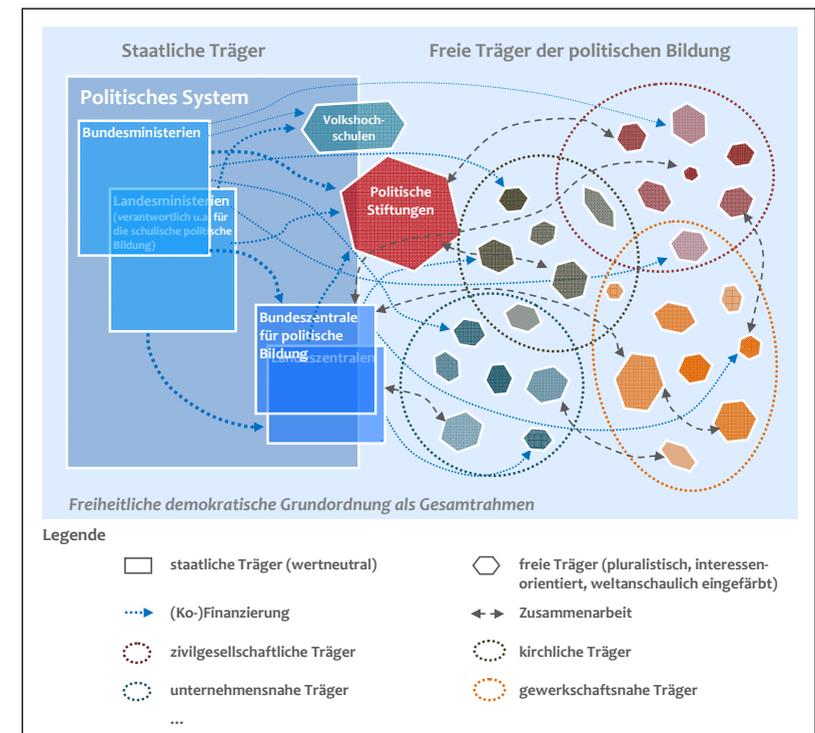
- Die in diesen Verbänden erfassten 2.238 Einrichtungen führten zusammengekommen 1,2 Millionen Veranstaltungen durch, wobei politische Bildung Inhalt von 38.407 Einzelveranstaltungen war.
- Das Zeitvolumen der durchgeführten Veranstaltungen betrug insgesamt 22 Millionen Unterrichtsstunden, bei Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung erreichte es 706.938 Stunden.

- Die Teilnehmerzahl belief sich auf 19,4 Millionen; Angebote zur politischen Bildung besuchten 769.966 Teilnehmer.
- Das gesamte Finanzvolumen lag bei 1,5 Milliarden Euro: Es wurde zu 26 Prozent von den Trägern der Einrichtungen aufgebracht und mit 29 Prozent durch öffentliche Mittel finanziert; die Teilnehmer trugen 35 Prozent bei, und die Einrichtungen warben 10 Prozent Drittmittel ein.

### 1.3 DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN POLITIK, DEN STAATLICHEN UND FREIEN TRÄGERN DER POLITISCHEN BILDUNG

Betrachtet man das Verhältnis der unterschiedlichen Anbieter im Rahmen der Gesamtlandschaft der politischen Bildung, wird eine ebenso pluralistische wie konzertierte Struktur ersichtlich (vgl. illustrierend Abb. 3).

Abb. 3: Das pluralistische System der Anbieter politischer Bildung in Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung.

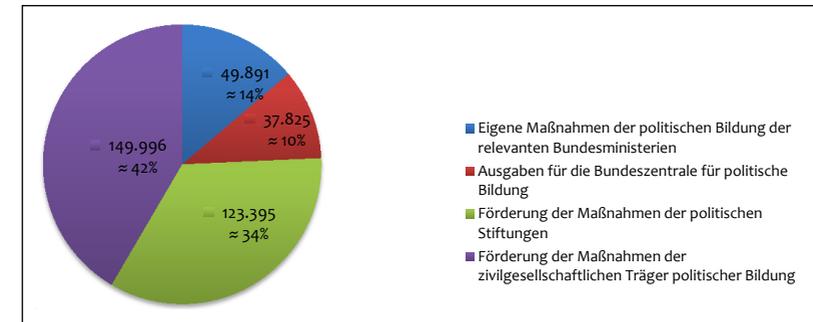
Der Staat selbst kommt zwar zum Teil als Anbieter von politischen Bildungsangeboten mit ins Spiel, doch nicht unter parteipolitischen Maßgaben, sondern *im neutralen Öffentlichkeitsauftrag*. Die pluralistische Vielfalt garantiert er dadurch, dass er neben den eigenen Bildungsmaßnahmen – sei es durch die Bundes- und Staatsministerien, sei es durch die Bundes- und die Landeszentralen – vor allem als Ko-Financier für die freien Träger fungiert, ihnen aber zugleich die Hoheit über die jeweiligen Inhalte, Maßnahmen und Schwerpunktsetzungen überlässt.

Die freien Träger der politischen Bildung – d.h. die gewerkschaftsnahen-unternehmensgebundenen, zivilgesellschaftlichen, kirchennahen usw. Einrichtungen ebenso wie die politischen Stiftungen – unterbreiten durch ihre jeweilige weltanschauliche Nähe zu deren Stifter bzw. einrichtenden Institution entsprechend eingefärbte Angebote und gewährleisten dadurch die *pluralistische Angebotslandschaft* – mit all ihren mannigfaltigen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profilen unter dem einenden Dach der freiheitlichen demokratischen Vorgaben des Grundgesetzes als gemeinsamen Nenner.

### 1.3.1 Der Staat als Garant der pluralistischen Landschaft der politischen Bildung

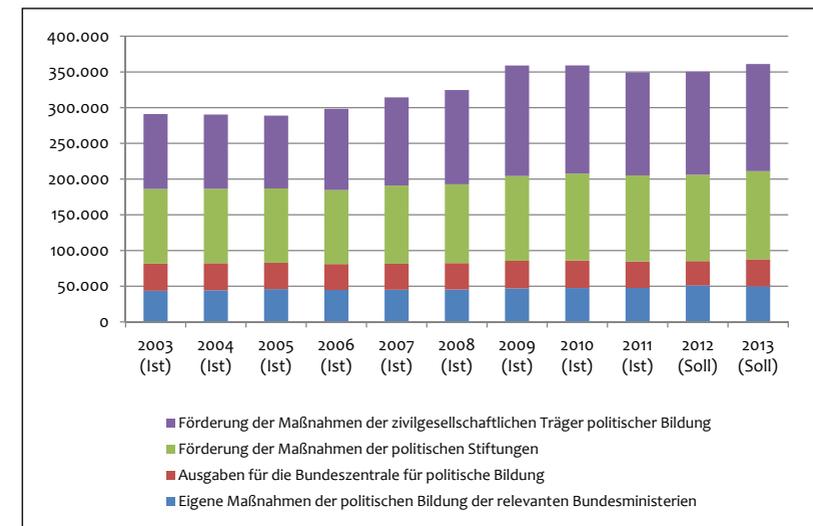
Ein aussagekräftiges Indiz für die verwobene Landschaft der politischen Bildung ist die Ausgabenstruktur bei den finanziellen Mitteln der relevanten Bundesministerien, d.h. des *Auswärtigen Amtes*, des *Bundesministeriums der Verteidigung*, des *Bundesministeriums des Innern*, des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* sowie des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (vgl. Abb. 4 sowie detailliert Kap. 2.4.2): Betrachtet man hier die Ausgaben für die diversen Angebote der politischen Bildung aufgeschlüsselt nach ihrem Verwendungszweck im Jahr 2013, entfallen lediglich 14 Prozent auf Eigenmaßnahmen der Bundesministerien. 10 Prozent der Mittel gehen an die *Bundeszentrale für politische Bildung* und die restlichen 76 Prozent werden zur Förderung der freien Träger aufgewandt: 34 Prozent kommen den politischen Stiftungen und 42 Prozent den weiteren (zivilgesellschaftlichen) Trägern politischer Bildung zugute. Dieses Verhältnis ist unabhängig von der jeweiligen jährlichen Förderhöhe über die letzte Dekade stabil (Abb. 5).

Abb. 4: Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern im Jahr 2013 (Sollwerte in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne zum Bundeshaushalt 2013.

Abb. 5: Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)



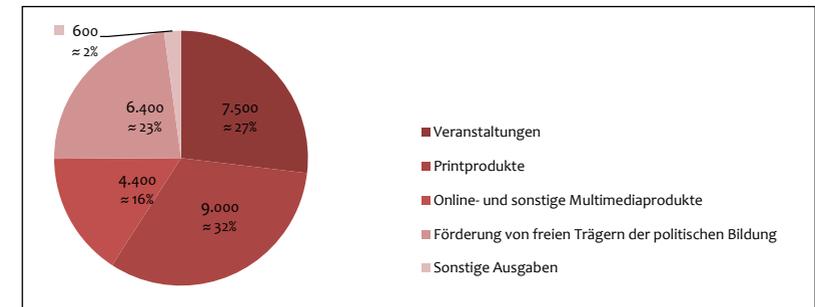
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne der Bundeshaushalte 2003 bis 2013 und der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drucksache 17/12428).

### 1.3.2 Die Bundeszentrale für politische Bildung als zentrales Scharnier in der Landschaft der politischen Bildung

Das Verständnis des Bundes hinsichtlich seiner Rolle und Verantwortung für die politische Bildung als öffentliche Gemeinschaftsaufgabe lässt sich ebenso prominent wie zutreffend an der Ausgestaltung und der Aufgabendefinition des einschlägigen staatlichen Hauptakteurs der politischen Bildung, der *Bundeszentrale für politische Bildung*, ablesen.

Sie untersteht als spezialisierte Bundeseinrichtung dem Bundesministerium des Innern. Ihre Funktion besteht darin, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Dies geschieht zum einen auf dem Weg *eigener Bildungsangebote*, zum anderen und insbesondere durch ihre Funktion als *Supporteinrichtung*: Sie unterbreitet gemeinsame Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit den freien Trägern (derzeit rund 120 anerkannte Kooperationspartner) oder unterstützt die Kooperationspartner durch *finanzielle Zuschüsse* bei deren eigener Arbeit, bei konkreten Veranstaltungen und Projekten. Zu ihrem Aufgabenportfolio gehört ebenso die *Bereitstellung umfangreicher Bildungsmaterialien* für den Einsatz in der schulischen, aber auch beruflichen politischen Bildung sowie das Angebot von *Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikatoren politischer Bildung*. Der Stellenwert ihrer einzelnen Aufgaben lässt sich gut aus der Aufschlüsselung ihrer Ausgaben für Sacharbeit entsprechend dem jeweiligen Verwendungszweck ableiten (Abb. 6): So beliefen sich im Jahr 2011 die von ihr geleisteten finanziellen Zuschüsse an die freien Träger auf 23 Prozent ihres gesamten Sacharbeitsbudgets; 27 Prozent nahmen Veranstaltungen in Eigenregie ein, 32 Prozent entfielen auf die Herstellung und Bereitstellung von Printprodukten sowie 16 Prozent auf Online- und Multimediaangebote.

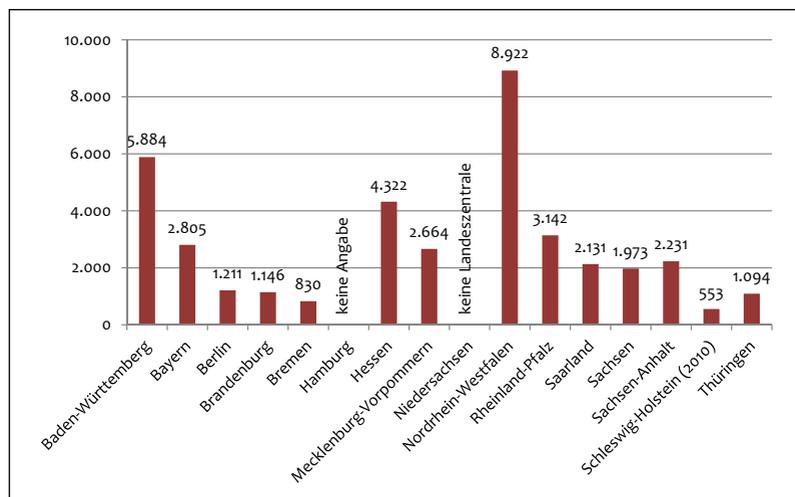
Abb. 6: Aufschlüsselung der Ausgaben für Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2011 (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Jahresberichts 2010/2011 der Bundeszentrale für politische Bildung und der Einzelpläne 06, Kapitel 35 der Bundeshaushalte 2011 bis 2013.

Auf Ebene der Länder stellen die *Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit)* die Schwesterorganisationen der Bundeszentrale dar (allein das Land Niedersachsen verfügt seit 2004 über keine Landeszentrale), wobei sie ein ähnliches Aufgabenspektrum abdecken. Allerdings sind sie – einzeln betrachtet – mit deutlich weniger Finanzmitteln ausgestattet (Abb. 7). Ohne die föderative Eigenständigkeit dieser Landeseinrichtungen zu tangieren, wird die gemeinsame Arbeit über zweimal jährlich stattfindende Leiterkonferenzen der Landeszentralen und der Bundeszentrale koordiniert.

Abb. 7: Gesamtausgaben der Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) im Jahr 2012 (Sollwerte in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Angaben in den einschlägigen Einzelplänen der jeweiligen Landeshaushalte.

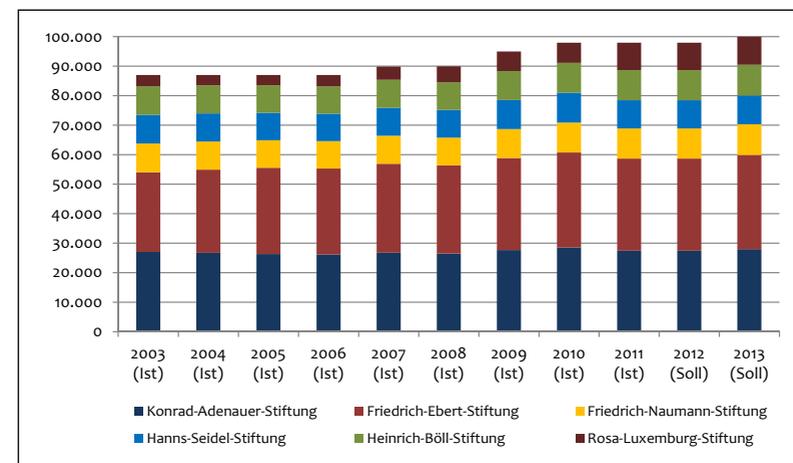
### 1.3.3 Politische Stiftungen als einzigartige Bindeglieder zwischen politischem System und der Gesellschaft

In der Landschaft der politischen Bildung spielen neben den staatlichen bzw. öffentlichen Anbietern vor allem die vielfältigen *freien Träger* die entscheidende Rolle. Darunter stellen gerade die politischen Stiftungen ein weltweit einzigartiges Phänomen dar: Als parteinahe und dennoch unabhängige Institutionen sind sie nicht wertneutral, sondern repräsentieren den politischen Pluralismus. Sie sind Ausdruck des verfassungsrechtlichen Auftrags an die einzelnen Parteien, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens an der Bildung des politischen Willens und der Kompetenz des Volkes mitzuwirken. Ihre Zielsetzungen liegen in der *Befähigung zur Demokratie*, in der *Einübung von Toleranz* in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und vor allem in der *Motivation und Qualifizierung zum politischen Engagement*. Überdies sind sie auch *im Ausland aktiv*: Im Fokus stehen hier im Allgemeinen die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie im Besonderen die europäische Integration, aber auch grenzüberschreitende politische, wirtschaftliche, soziale oder umweltpolitische Fragestellungen.

Die jeweilige Parteinähe politischer Stiftungen spiegelt sich vorrangig in der Wertgebundenheit ihrer Bildungsarbeit wider. Allerdings verfolgen sie mehr den *übergeordneten Auftrag der Festigung der gesellschaftspolitischen Grundlagen der parlamentarischen Demokratie*. Die politischen Stiftungen sind finanziell und personell unabhängig von den jeweiligen Parteien, auf der Basis eines jeweils einigenden Wertekanons. Auf einen Nenner gebracht: *Parteinähe ohne dezidierten parteipolitischen Auftrag*. Angesichts dieser Besonderheit erschließen sie zusätzliche Aktivierungskanäle und wirken – im synergetischen Konzert mit den anderen Trägern politischer Bildung – der wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen, Bürgern und politischen Institutionen entgegen.

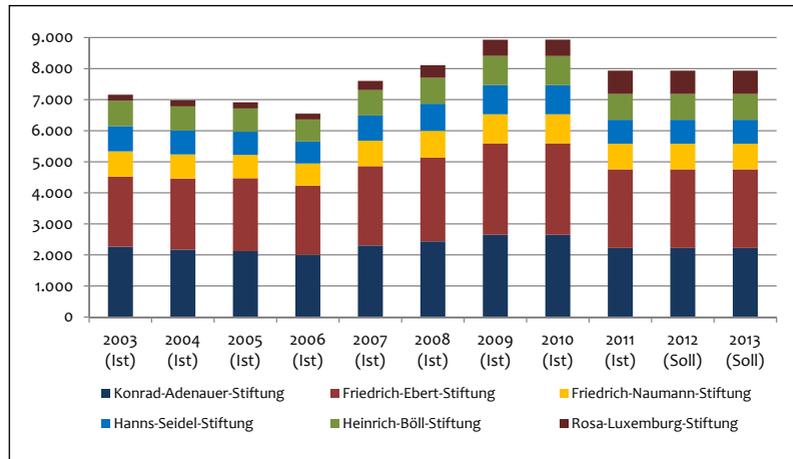
Das breite Aufgabenspektrum kommt auch in der Struktur ihrer Finanzierung zum Ausdruck, die in relevantem Maße auf staatlichen Fördergeldern basiert. Entscheidend sind hier vor allem die Zuschüsse seitens des Bundesministeriums des Innern für Maßnahmen gesellschaftspolitischer und demokratischer Bildungsarbeit im Inland (Abb. 8), vor allem aber des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Auswärtigen Amtes für ihre gesellschaftspolitischen Aktivitäten im Ausland (Abb. 9).

Abb. 8: Zuschüsse des Bundesministeriums des Innern zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 9: Zuschüsse des Auswärtigen Amtes für die politischen Stiftungen zur Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 05, Kapitel 04, Titelgruppe 01 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

#### 1.4 AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN: POLITISCHE BILDUNG ALS STÄNDIGER BALANCEAKT

Das Merkmal der politischen Bildung in Deutschland ist ihre pluralistische Anbieterstruktur mit unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profilen. Doch trotz dieser beabsichtigten Vielfalt sind durchaus konsonante Phänomene, Entwicklungen und Herausforderungen erkennbar, die das gesamte Spektrum betreffen.

Dazu gehört, dass sich politische Bildung gleich in mehrerer Hinsicht an einem Spagat übt und auch üben muss: Zum einen gründet gerade hierauf ihre Einzigartigkeit; zum anderen stellt sie dies vor permanente Aufgaben. Denn nur wenn ihr der Balanceakt gelingt, kann sie effektiv ihren gesellschaftlichen Aufgaben nachkommen.

##### 1.4.1 Pluralistische Vielfalt versus Konzertierungserfordernis

Einerseits stellt die Landschaft der politischen Bildung durch ihre pluralistische Struktur einen einzigartigen Trumpf dar, da auf diese Art und Weise die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer freiheitlichen demokratischen Ordnung am besten gefördert werden können. Anderer-

seits bringt diese Struktur stets auch Restriktionen in Bezug auf mögliche Reformen und politischen Handlungsspielraum mit sich: So führt die Zerklüftung dazu, dass politische Bildner oft nicht als ein einheitlicher Akteur für ihren Bildungsauftrag eintreten (können). Stattdessen verfolgen sie nicht selten unterschiedliche Ansätze und Strategien. Dadurch werden die Voraussetzungen für eine langfristige, aufeinander abgestimmte Ausrichtung der gesamten Landschaft der politischen Bildung erschwert.

Um dennoch relevante Thematisierungspotenziale gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu entfalten, bedarf es zum einen einer effektiveren Vernetzung innerhalb des Bereichs der politischen Bildung. Zum anderen muss die institutionelle Anbindung an das politische System optimiert werden. Nur durch die Konsonanz ihrer Standpunkte und Forderungen können Akteure der politischen Bildung ihre argumentative Machtposition aufrechterhalten – in Richtung des Staates, um langfristig günstige Rahmenbedingungen für die politische Bildung zu wahren, und in Richtung der Bürgerinnen und Bürger, um ihrem Bildungsauftrag wirksam nachzukommen.

##### 1.4.2 Modernitätsdrang versus Notwendigkeit fester Lernorte

Politische Bildung muss stets auch am Puls der Zeit sein: Denn um effektiv wirken zu können, sollte sie die engen Wechselwirkungen von *Politik- und Demokratieentwicklung, gesellschaftlichem Wandel* und *technologischem Fortschritt* austarieren: Wie kaum eine Disziplin sonst muss sie neue Vermittlungsmethoden verinnerlichen, die Entwicklungen des Politischen unmittelbar reflektieren und sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Erwartungen stellen. Sie muss für neueste didaktisch-methodische Erkenntnisse zugänglich sein und jenseits ihrer traditionellen, institutionalisierten Vermittlungsformate auch neue Formen anerkennen. Dazu zählen das *orts- und zeitunabhängige Tele-Teaching und E-Learning*, die Entwicklung *internetbasierter Tools* und die Etablierung der politischen Bildner als Akteure im *Web 2.0*.

Um Orientierung zu stiften, muss sie aber dem Modernitätsdrang zugleich „entschleunigend“ gegensteuern: durch *formale Bildungsprozesse* und *gemeinsame Lernorte*, die nach wie vor besondere Lernchancen bieten. Sie schaffen die notwendige Distanz zum Alltag; sie ermöglichen soziale Kommunikation, persönliche Begegnungen und Dialoge und sie bieten Raum, um die Kultur des politischen Diskurses einzuüben.<sup>8</sup>

### 1.4.3 Politisch interessierte Öffentlichkeit versus politikferne Schichten

Auch hinsichtlich der Teilnehmer und Adressatengruppen agiert die politische Bildung in einem ambivalenten Feld: Auf der einen Seite fühlen sich von den (fakultativen) Bildungsangeboten vor allem politisch mündige und bereits engagierte Bürger und Multiplikatoren angesprochen; auf der anderen Seite ist es ihr erklärtes Ziel, auch und insbesondere in bildungs- und politikferne sowie sozial benachteiligte Milieus vorzudringen, um die erforderliche Breitenwirkung und Resonanz zu entfalten.

Notwendig ist also eine zielgruppenspezifische Diversifizierung von Angeboten: Zum einen müssen auch weiterhin die Multiplikatoren gesellschaftlicher Werte – wie Lehrer, Journalisten und Meinungsführer – und Verantwortungsträger in Politik, Kultur und Wirtschaft angesprochen werden, um sie in ihrem Engagement und Wirken zu bestärken und weiterzuqualifizieren; zum anderen müssen unmittelbar und mit besonderem Nachdruck auch bislang benachteiligte bzw. ausgesparte Gruppen und politikferne Milieus, einschließlich Migranten, adressiert werden. Dazu gehört auch die genderspezifische Anpassung des Bildungsangebots. Insgesamt liegt hierin ein gutes Stück der gegenwärtigen didaktischen Herausforderung.

### 1.4.4 Manifeste Auftrag versus immaterieller Charakter

Auf der einen Seite folgt die politische Bildung dem zentralen Auftrag der Demokratieentwicklung und -förderung. Auf der anderen scheint sie weder dem Gemeinwesen noch den Teilnehmern einen unmittelbaren messbaren Nutzen zu bringen. Vielmehr vermittelt sie ein diffuses Legitimationsmoment, das eine kaum fassbare, auf die Gemeinschaft bezogene Kompetenz zur Beteiligung beinhaltet. Damit unterscheidet sie sich grundlegend von der berufsqualifizierenden Bildung, die mehr oder minder auf unmittelbare und mittelbare ökonomische Verwertbarkeit abzielt. Insofern kann politische Bildung schnell zur Verfügungsmasse verkommen: sei es bei den Adressaten in Bezug auf die Zuteilung ihrer begrenzten (Frei-) Zeit, sei es seitens des politischen Systems bei der Erhöhung seiner „Kosteneffizienz“ und der damit eihergehenden Sparmaßnahmen.

So richtig es ist, politische Bildung als *integralen Bestandteil des lebensbegleitenden Lernens* aufzufassen, so sehr muss auch ihre umfassende Relevanz als demokratiefestigende Bildungskomponente – und damit ihre *Singularität* – stets präsent sein. Ihre Ziele dürfen nicht in Schatten

geraten, aus dem politische Bildung nur dann herausgeholt wird, um im Sinne einer „Feuerwehr“ gegen ad hoc drängende gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Herausforderungen anzukämpfen. Den „Luxus“ ihrer ständigen Präsenz und Wirkentfaltung sollte sich eine jede Demokratie leisten, zumal politische Bildung zuerst Prävention und erst nachrangig Symptombewältigung ist.

### 1.4.5 Politische Bildung – unter ständigem Reformdruck

Angesichts dieser Spannungsfelder – zusätzlich verstärkt durch die andauernde Wechselwirkung von Demokratieentwicklung, gesellschaftlicher Evolution und technologischem Fortschritt – unterliegt die politische Bildung einem ständigen Anpassungsdrang. Insofern deuten regelmäßig wiederkehrende Appelle, Beschlüsse und Absichtserklärungen zum aktuellen Zustand der politischen Bildung und ihrem Reformbedarf auch weniger auf einen Makel hin, sondern sie können und sollten vielmehr als Ausdruck jenes ständigen Modernisierungserfordernisses verstanden werden. Repräsentative Spiegel dieser reflektierten Auseinandersetzung mit der politischen Bildung und ihres Standings sind beispielsweise (siehe dazu später die Punkte 4.1 und 7.2):

- *„Beutelsbacher Konsens“* (1976): Minimalkonsens über Anforderungen an die politische Bildung und insbesondere den Politikunterricht in der Schule;
- *„Darmstädter Appell“* (1995): Ziel der politischen Bildungsarbeit müsse im Kern die Befähigung der Schüler zur Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle in der Demokratie sein;
- *„Münchener Manifest“* (1997): Demokratie braucht politische Bildung: Ein Auftrag an die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit);
- *„Konstanzer Beschlüsse“* der Kultusministerkonferenz (1997) über die regelmäßige Beteiligung an internationalen Schulleistungsuntersuchungen, um gesicherte Befunde über Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen in zentralen Kompetenzbereichen zu erhalten;
- *„Erklärung des Bundesausschusses für politische Bildung“* (1997): Außerschulische politische Bildung als konstitutives Element der demokratischen politischen Kultur;
- *„Gemeinsame Erklärung“* der Bundespräsidenten zu Ehren von Theodor Heuss (1999): „Demokratie als Lebensform“;

- „Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik“ (2005): Betonung der gesellschaftlichen Wichtigkeit der politischen Bildung in der Schule;
- „Plöner Beschlüsse“ der Kultusministerkonferenz (2006) über flächendeckende standardorientierte Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten;
- „25-Punkte-Papier zur politischen Bildung“ in Baden-Württemberg (2006): Begründung der Notwendigkeit politischer Bildungsarbeit;
- „Demokratie braucht Politische Bildung“ (2010): Erklärung des Vorstands des Bundesausschusses Politische Bildung und der Träger und Einrichtungen der Politischen Bildung an die Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung, um sie zu einem Kurswechsel in der Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung zu veranlassen (siehe auch Kap. 2.3.1.1):
  - Demokratie braucht überzeugte demokratische Bürgerinnen und Bürger;
  - Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger
  - Demokratie braucht Wertgrundlagen und Wertentscheidungen;
  - Demokratie braucht das Engagement Vieler;
  - Demokratie braucht Politische Bildung;
  - Politische Bildung stärkt unser Gemeinwesen.
- „Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland“: Positionspapier der politischen Stiftungen vom Juni 2011. Das Papier betont die Relevanz der politischen Bildung als Teil des *lebensbegleitenden Lernens*, dessen wesentliche Ziele in der Befähigung zur Demokratie, der Einübung von Toleranz in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und vor allem in der Motivation und Qualifizierung zum politischen Engagement liegen. Auch und gerade politischen Stiftungen komme hierbei eine bedeutende Rolle zu: Denn auch angesichts ihrer weltweit einzigartigen Konstruktion erschließen sie zusätzliche Aktivierungskanäle und wirken der wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen, Bürgern und politischen Institutionen entgegen. Mithin sind sie und ihre Bedeutung für die Stabilität der Demokratie wie für die Stärkung demokratischer Verhältnisse auch über Deutschland hinaus aus dem Konzert der politischen Bildungsinstitutionen nicht wegzudenken (siehe auch Kap. 2.3.1.2).

Politische Bildung bleibt stets ein hochaktuelles Thema, welches sich unentwegt einem Reform- und Optimierungserfordernis stellen muss. Die Grundintention bleibt aber auch 2013 dieselbe, wie die jüngste Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung verdeutlicht:

*„Politische Bildung hat die Aufgabe, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Politische Bildung erfolgt dabei nach Maßgabe des sog. Beutelsbacher Konsenses, d.h. unter Beachtung des Kontroversitätsgebots, des Überwältigungsverbots und der Adressatenorientierung.“<sup>9</sup>*

#### 1.4.6 Faktensammlung als Zwischenbericht

Die vorliegende Faktensammlung sollte mithin auch als eine Art Zwischenbericht zum gegenwärtigen Stand der politischen Bildung und Identifizierung ihrer aktuellen Herausforderungen verstanden werden. Zu diesem Zweck wurden die institutionellen und curricularen Bedingungen der politischen Bildung im schulischen Bereich wie auch im Rahmen der politischen Weiterbildung/Erwachsenenbildung in Bund und Ländern untersucht. Ihr Anspruch ist es weniger, eine umfassende statistische Analyse der Landschaft an staatlichen, öffentlich-rechtlichen wie auch zivilgesellschaftlichen politischen Bildnern zu liefern. Denn dieser Aufgabe könnte zum einen in gegebener Form nicht hinreichend nachgekommen werden – würde doch dieses Unterfangen angesichts der Vielfältigkeit jener Landschaft nicht nur den Rahmen dieser Publikation sprengen –, sie würde sich zum anderen aber vor allem als ein Pionierunternehmen darstellen, zumal es dabei eine ganze Forschungslücke zu füllen gälte. Denn politische Bildungsforschung in Deutschland hat sich bislang mehr auf die qualitative Untersuchung ihrer einzelnen Facetten konzentriert, in ihrer jüngeren Vergangenheit zwar die so erforderliche Hinwendung zur Wirkungsforschung eingeläutet, jedoch stets gleichsam einen Bogen um die quantitative, systematisierende Erfassung der einschlägigen Infrastruktur in ihrer Gesamtheit geschlagen. Einer der Gründe für das Fehlen entsprechender vergleichender empirischer Studien dürfte insbesondere darin liegen, dass mit der Vielfältigkeit des Verständnisses von „politischer Bildung“ automatisch auch eine ebenso große Vielfalt in der Infrastruktur der einzelnen, mit dieser Disziplin befassten Träger und ihrer Konzepte wie auch der einzelnen Maßnahmen und Vermittlungsformen einhergeht. Schon dadurch wird eine zusammenführende Klassifizierung erschwert, zumal eine Vergleichbarkeit nur bedingt realisiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund kommt es vielmehr darauf an, anhand eines systematisierenden, repräsentativen Querschnitts einen Einblick in die Infrastruktur der politischen Bildner, ihrer Angebote und Maßnahmen zu

geben. Ziel ist es, mittels der erhobenen bzw. zusammengestellten und aufbereiteten Daten illustrativ auf aktuelle Entwicklungen, Potenziale, aber auch konkrete Lücken, Desiderate und einen dementsprechenden Reform- und Handlungsbedarf hinzuweisen. Insofern sind die Ergebnisse auch politisch relevant, da sie im Zusammenhang der Politikberatung eingesetzt werden können. Ebenso ist diese Faktensammlung als ein Plädoyer zu verstehen, sich im Rahmen der Bildungsforschung gerade mit jener skizzierten Forschungslücke zu befassen, um auf diese Weise essenzielle Grundlagen für die Erstellung einer langfristigen Strategie der Ausrichtung und Förderung der politischen Bildung sowie für die Identifizierung konkreter Handlungsbedarfe vonseiten der politischen Entscheidungsträger zu schaffen. Einen ersten relevanten Schritt in diese Richtung unternimmt der „Monitor politische Bildung“ von Dirk Lange, der Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik evaluierend zusammenträgt und damit erstmals eine umfassende und empirisch fundierte Bestandsaufnahme für Deutschland vorlegt.

- 1| Vgl. statt vieler Münch (2012): *Politische Bildung und die Misere von Politik und Politikwissenschaft*, S. 449.
- 2| So Oberreuter (2009): *Standortbestimmung*, S. 9 f.
- 3| Vgl. auch das Editorial im *Journal für politische Bildung*, Jg. 1 (2011), H. 3, S. 5 sowie Europäische Kommission 2000: *Memorandum über lebenslanges Lernen*, SEK vom 30. Oktober 2000, S. 9.
- 4| Für die Berechnung der nachfolgend angegebenen Durchschnittswerte wurden im Falle von Verbundfächern – sofern die einschlägigen Länderrahmenlehrpläne keine landesweit festgelegten Kontingente definieren, die entsprechenden Stundentafeln vereinfachend durch die Anzahl der integrierten Verbundfächer dividiert.
- 5| Zu den Daten Horn/Ambos (2012): *Weiterbildungsstatistik (2010)*, S. 60.
- 6| Ermittelt werden diese Daten regelmäßig in der sogenannten „Weiterbildungsstatistik im Verbund“, die rund alle drei Jahre erscheint. Die jüngste Ausgabe – Horn/Ambos (2012): *Weiterbildungsstatistik – erfasst das Jahr 2010*.
- 7| Quelle: Horn/Ambos (2012): *Weiterbildungsstatistik*, S. 11, 25, 60.
- 8| So auch die nach wie vor aktuelle Forderung des Bundesausschusses für politische Bildung von 1997 (vgl. *bap (1997): Außerschulische Politische Bildung*, S. 4 (<http://www.bap-politischebildung.de/DE/2760/Veroeffentlichungen.php>)).
- 9| Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 2.

## 2. FAKTEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG IN DEUTSCHLAND

Eine aussagekräftige Analyse der Landschaft der politischen Bildung sollte in ihrem Aufbau der Struktur der Disziplin folgen. Insofern bietet es sich an, entsprechend der unterschiedlichen Bildungsphasen zu verfahren, wobei zuerst grundsätzlich zwischen *schulischer politischer Bildung* und *politischer Erwachsenenbildung bzw. Weiterbildung* differenziert werden kann.

Akteure der politischen Bildung während des Sozialisierungsprozesses sind damit zuerst Lehrkräfte an den *Schulen der Allgemeinbildung* (in der Primarstufe und dann insbesondere in der Sekundarstufe I und II), ferner an *beruflichen Schulen* (insbesondere an den Berufsschulen des dualen Systems). Als weitere Vermittler politischer Bildung fungieren sodann das *Zentrum Innere Führung der Bundeswehr*, dessen Bildungslehrgänge für alle freiwillig Wehrdienstleistende verpflichtend sind, sowie analog das *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* (BAFzA), welches im Rahmen des *Bundesfreiwilligendienstes* (BFD) entsprechende obligatorische Seminare anbietet. Politische Bildung wird ebenfalls an *Hochschulen* und *Universitäten* angeboten – sei es im Zusammenhang der Ausbildung zu Fachlehrern, sei es im Kontext sozial- und geisteswissenschaftlicher Studiengänge. All diese Angebote sind dem formalen Bereich zuzuordnen.

Die *politische Erwachsenenbildung* im engeren Sinne ist hingegen dem non-formalem Bereich zuzuschreiben. Denn hier gelten mit der Freiwilligkeit, Einmaligkeit der Veranstaltung und mit den fehlenden Leistungskontrollen andere Prinzipien, welche besondere Bedingungen schaffen. Vor allem im Gegensatz zur schulischen politischen Bildung, wo der staatliche Auftrag für vergleichsweise reglementierte Strukturen und Inhalte sorgt (vgl. Punkt 2.1), zeichnet sich die Infrastruktur der politischen Weiterbildung mit ihrer Vielzahl von Trägern, Anbietern und Initiativen durch starke Segmentierung aus. Diese ist durchaus so gewollt, zumal der Bereich der politischen Bildung ein pluralistisches, föderal strukturiertes und subsidiär gestaltetes kooperatives System darstellen soll, in dem die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profile der politischen Bildner ausdrücklich zum Tragen kommen sollen – so wurde es bereits im „Strukturplan“ des Deutschen Bildungsrates von 1970 gefordert, so akzentuierte es das Bundesverfassungsgericht<sup>1</sup> und so setzen es seitdem auch die (Länder-)Gesetze wie auch Förderrichtlinien fest (vgl. Punkt 4.1). Maßkriterien sind in diesem Fall weniger eine dezidierte politisch-weltanschauliche Neutralität, sondern Pluralität und Autonomie der Träger bei einer gleichzeitigen Professionalität und grundsätzlichen Offenheit für alle Teilnehmer.<sup>2</sup> Doch schon an dieser Stelle bedeutet jene Eigenheit deutliche Einschränkungen der empirischen Erfassbarkeit der Träger wie auch genuiner Inhalte der politischen Weiterbildung und damit eine eingegrenzte Vergleichbarkeit.

## **2.1 POLITISCHE BILDUNG IM SCHULISCHEN BEREICH**

In demokratischen Ordnungen gehört es zu den Bildungsaufgaben des allgemeinen Schulwesens, alle Menschen zur Teilnahme am öffentlichen Leben zu befähigen. Anspruch hierbei ist es, diejenigen Fähigkeiten zu vermitteln, die notwendig sind, um sich in der modernen Gesellschaft, aber auch Wirtschaft angemessen orientieren und politische Fragen und Probleme kompetent beurteilen zu können, und damit nicht zuletzt zur politischen Teilhabe und Willensbildung zu qualifizieren und zum Engagement in öffentlichen Angelegenheiten zu motivieren. Politische Mündigkeit wird vor allem – und am eindringlichsten – im Schulsystem eingeleitet und gefördert.

Dies ist nicht ausschließlich Aufgabe und Ergebnis des spezifischen Unterrichtsfaches Sozialkunde, Politik oder wie dieses auch immer länder- und schulspezifisch bezeichnet werden mag. Vielmehr sind stets auch

andere Fächer aufgefordert, im Rahmen ihrer fachlichen Möglichkeiten Verständnis für politische gesellschaftliche, ökonomische und rechtliche Zusammenhänge zu wecken.<sup>3</sup>

### **2.1.1 Politische Bildung in der allgemeinbildenden Sekundarstufe I und II**

Auch wenn bereits in Lehrplänen für die Primarstufe auf erste Schritte der Entwicklung demokratischer Mündigkeit abgestellt wird, gilt es insbesondere den Fokus auf die Sekundarstufe I und II zu richten, wobei zwischen beiden ebenfalls differenziert werden sollte.

Vor allem in der *Sekundarstufe I*, welche in der Regel die *Jahrgangsstufen fünf bis neun bzw. zehn* umfasst, ist die staatliche Verantwortung für die Vermittlung von Politik- und Demokratiefähigkeit besonders hoch. Denn hier absolvieren knapp 70 Prozent aller Schüler ihren höchsten schulischen Abschluss und klinken sich dadurch aus der weiteren *staatlich* moderierten und geförderten politischen Bildung aus. Relevante Schulformen sind in diesem Zusammenhang die *Hauptschulen*, auf welche im Schuljahr 2010/11 ein Anteil von 15,9 Prozent aller Schüler in der Sekundarstufe I entfiel, die *Realschulen* mit einem Anteil von 26,4 Prozent, *Gymnasien* mit 34,4 Prozent, *integrierte Gesamtschulen* mit 11,0 Prozent sowie *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* mit 8,4 Prozent.<sup>4</sup>

#### **2.1.1.1 Bestandsaufnahme zum Unterrichtsfach politische Bildung in der Sekundarstufe I**

Für die quantitative Erfassung des Anteils und der Entwicklung der politischen Bildung innerhalb des schulischen Bildungssystems bietet sich vorrangig ein Vergleich der Wochenstundentafeln der Fächer, welche unmittelbar dem Auftrag der politischen Bildung nachgehen, an. Da Bildung Länderaufgabe ist, müssen hierfür die Bundesländer einzeln betrachtet und die entsprechenden Kennzahlen aus den Lehrplänen einschlägiger Fächer entnommen werden. Von zentraler Stelle – der KMK – werden hier bundesweit lediglich die Wochenstundenzahlen für den gesamten Fächerverbund „Gesellschaftswissenschaften“ festgeschrieben, zu denen neben politischer Bildung/Sozialkunde vor allem Geschichte, Wirtschaft und Recht, Erdkunde u.Ä. gehören.

Zudem schränkt der Bildungsföderalismus schon bei der alleinigen Konzeptionierung des relevanten Faches die Vergleichbarkeit ein – was bereits an dessen unterschiedlicher Bezeichnung ersichtlich ist. So firmiert dieses in Abhängigkeit von Land und Schulform am häufigsten unter den Titeln *Sozialkunde* und *Gemeinschaftskunde*, sodann unter *Politische Bildung*, *Gesellschaft*, *Gesellschaftslehre*, *Politik*, *Politische Weltkunde*, *Sozialwissenschaften*, *Gesellschaftswissenschaften*, *Staatsbürgerkunde* usw. Auch wenn bereits 2003 vonseiten der GPJE der Vorschlag gemacht wurde, künftig für die Sekundarstufe I und II den einheitlichen Begriff „politische Bildung“ zu etablieren, können bislang noch keine eindeutigen vereinheitlichenden Tendenzen ausgemacht werden.

Jenseits des Terminologischen werden die Erfassbarkeit und damit die vergleichende Analyse schulischer politischer Bildungsangebote dadurch erschwert, dass die Disziplin nicht flächendeckend als *eigenständiges Unterrichtsfach* – unter den obigen Bezeichnungen – forciert wird. Je nach Schulart und Land wird sie mitunter auch im Rahmen eines – in der Regel aus Geografie, Geschichte, Wirtschaft und Recht usw. zusammengesetzten – *Verbundfaches* gelehrt, ohne auszuweisen, wie viel Zeit auf die politische Bildung im engeren Sinne zufallen sollte. Auch die Rahmenlehrpläne geben hier nur begrenzt Auskunft. Beispiele hierfür sind etwa das an baden-württembergischen Gymnasien zum Schuljahr 2004/05 eingeführte Fach *Geografie–Wirtschaft–Gemeinschaftskunde* (GWG), fernerhin Hamburg mit dem seit dem Schuljahr 2003/04 angebotenen integrierten Fach *Politik–Gesellschaft–Wirtschaft* (PGW) oder auch die bayerischen Hauptschulen mit dem Verbundfach *Geschichte–Sozialkunde–Erdkunde* (GSE). Hinzu kommt noch die Flexibilisierung des schulischen Angebots (auch) an politischer Bildung in Form der Einführung von schulinternen Lehrplänen, Kontingenzstundentafeln oder Poolstunden, sodass sich letztlich der zeitliche Umfang, welcher in den Stundentafeln der Länder für den Fachbereich „politische Bildung“ vorgesehen ist, nicht genau feststellen lässt.<sup>5</sup> Dabei wird noch nicht berücksichtigt, dass es sich bei den Stundentafeln um Soll-Größen handelt und folglich der Anteil des tatsächlich erteilten Unterrichts in der Regel geringer als die offiziell angesetzten Stundenzahlen ausfallen dürfte. Allerdings werden statistische Daten zum Unterrichts-/Stundenausfall im Fachbereich Sozialkunde nicht erhoben, sodass sich hier keine nähere Bestandsaufnahme realisieren lässt.

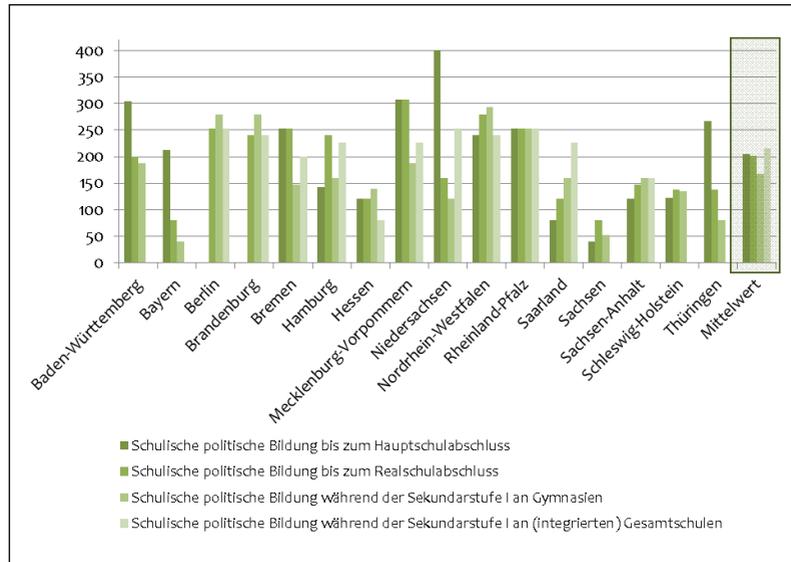
Die Vergleichbarkeit der Angebote wird zudem durch die infolge der Schulstrukturreformen der 1990er und 2000er Jahre in den Ländern

diversifizierten Schullandschaft verkompliziert: Zu der tradierten Struktur mit Haupt- und Realschulen und Gymnasien kommen zunehmend sowohl *integrative* als auch *teilintegrative* Gesamtschulen hinzu; Erstere können sowohl zu Haupt- und Realschulabschlüssen führen und bieten – im Gegensatz zu Letzteren – zugleich einen Gymnasialzweig an. Beispiele für die erstgenannte Gruppe sind die *Integrierte Sekundarschule* in Berlin (seit dem Schuljahr 2010/11) und die *Integrierte Gesamtschule* in Rhein-Landpfalz. In die zweite Gruppe gehören wiederum die *Regelschulen* in Thüringen, die *Regionalen Schulen* in Mecklenburg-Vorpommern, die *Sekundarschulen* in Sachsen-Anhalt und Bremen, die *Regional- und Gemeinschaftsschulen* in Schleswig-Holstein sowie die *Oberschulen* in Brandenburg. Ein weiteres Beispiel ist Bayern, wo mit dem Schuljahr 2011/12 die Hauptschule zur *Mittelschule* weiterentwickelt wurde. Zudem sind diese Entwicklungen nach wie vor im Fluss: So werden Rheinland-Pfalz die *Regionalen Schulen*, welche seit 1997 als Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen entstanden sind, ab dem Schuljahr 2009/10 in die neue *Realschule plus* überführt. Bis zum Schuljahr 2013/14 sollen alle Hauptschulen abgeschafft bzw. mit den Realschulen zusammengelegt werden.

Im Bewusstsein dieser Vorbehalte liefert die Tab. 13 (siehe dazu Anhang, Kap. 7.1) eine Übersicht der Wochenstunden in (integrierten) Unterrichtsfächern, zu denen auch politische Bildung gehört. Aus den Daten wird ersichtlich, dass sich für die einzelnen Schulformen und Länder Unterschiede im Stellenwert der politischen Bildung ausmachen lassen. Sowohl in Hinsicht auf die Hauptschulen als auch die Gesamtschulen, Realschulen und noch mehr die Gymnasien scheint es, dass politische Bildung nur eine eingeschränkte Relevanz besitzt.

Da schulische politische Bildung sowohl zum Teil als eigenständiges Fach (etwa unter der Bezeichnung Sozialkunde, Politik u.a.) als auch – und das vorwiegend – im Rahmen und je nach Land und Schulform unterschiedlich konfigurierter Verbundfächer (so beispielsweise Gemeinschaftskunde, Gesellschaftslehre, Welt- bzw. Umweltkunde u.a.) erteilt wird, lassen sich nur eingeschränkt Maßzahlen erheben, die die bundesweite Angebotsstruktur in quantitativer Weise exakt widerspiegeln würden. Insofern gelten die nachfolgenden interpolierten Angaben der in einem „Schülerleben“ insgesamt erteilten Unterrichtsstunden der politischen Bildung als Richtwerte, die zwar in ihrer absoluten Höhe interpretationsabhängig sind, in Bezug auf ihre Relation aber durchaus repräsentativ.<sup>6</sup>

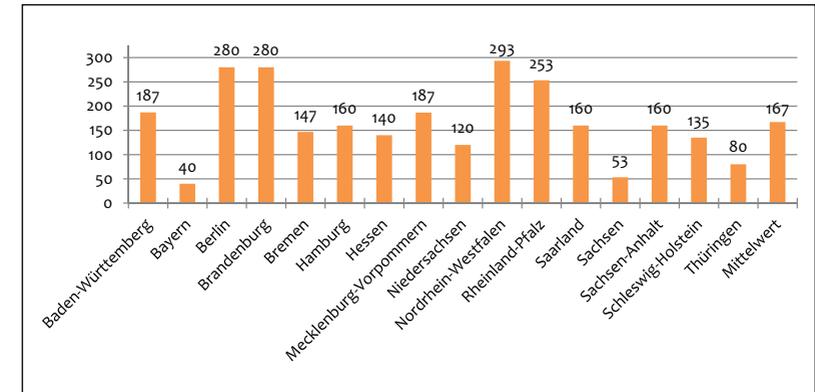
Abb. 10: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der unmittelbaren schulischen politischen Bildung während einer Schullaufbahn (Sollwerte)<sup>7</sup>



Quelle: Eigene interpolierte Berechnung auf Grundlage der jeweils geltenden Schulgesetze, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien (Stand: August 2013).

Beachtenswert ist, dass die einzelnen Werte mehr zwischen den einzelnen Ländern als zwischen den unterschiedlichen Schulformen innerhalb eines Landes differieren – gleichwohl die Differenzen in beiden Dimensionen durchaus bezeichnend sind. Ebenso zeigen die Daten, dass „politischer Bildung“ als Unterrichtsfach bundesweit tendenziell eine höhere Bedeutung an Haupt-, Real- sowie integrierten Gesamtschulen zukommt als an Gymnasien. Eine Nahaufnahme der Stundenkontingente verteilt auf die einzelnen Schularten während der Sekundarstufe I liefern die nachfolgenden Abbildungen.

Abb. 11: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung während des Gymnasialbesuchs der 5. bis 10. Jahrgangsstufe (Sollwerte)<sup>8</sup>

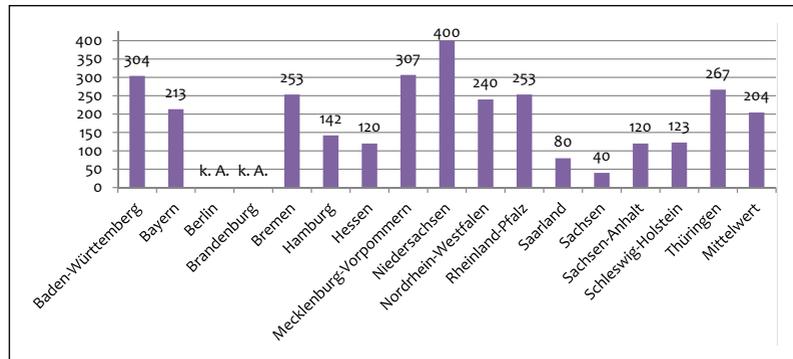


Quelle: Eigene interpolierte Berechnung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

So kommt ein durchschnittlicher deutscher Gymnasiast während des Besuchs der Jahrgangsstufen 5 bis 10 auf *insgesamt* rund 167 Unterrichtsstunden mit dem Kontext politische Bildung, wobei die Werte für die einzelnen Bundesländer voneinander signifikant abweichen: Auf der einen Seite stehen Bayern und Sachsen mit 40 bzw. 53 Stunden, im breiten Mittelfeld rangieren u.a. Hamburg, Saarland, Sachsen-Anhalt mit jeweils 160 Stunden; überdurchschnittlich schneiden ab Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 187 Stunden. Zur Spitzengruppe zählen Rheinland-Pfalz mit 253 Stunden, Berlin und Brandenburg mit jeweils 280 Stunden und die Spitze wird von Nordrhein-Westfalen mit 280 Unterrichtsstunden besetzt.

Ein mögliches Argument, um die Abgeschlagenheit der gymnasialen politischen Bildung zu rechtfertigen – nämlich, dass diesem Desiderat durch die Fortführung der politischen Bildung im Rahmen der Oberstufe begegnet wird –, erscheint kaum stichhaltig. Denn entsprechendes Fach ist im Rahmen der allgemeinbildenden Oberstufe in aller Regel als ein fakultatives Angebot konzipiert, welches ergo nicht umfassend wahrgenommen wird (siehe dazu Kap. 2.1.1.2).

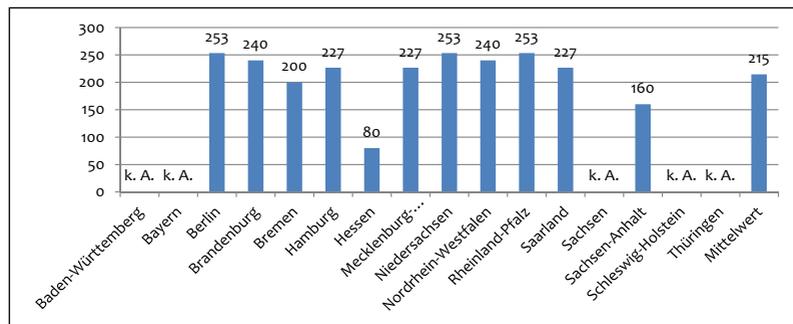
Abb. 12: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Hauptschulabschluss (Sollwerte)<sup>9</sup>



Quelle: Eigene interpolierte Berechnung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

Die Varianzen setzen sich auch bei dem Unterricht der politischen Bildung an Schulen mit dem Ziel eines Hauptschulabschlusses fort, allerdings auf einem deutlich höheren absoluten Niveau: So liegt hier der Mittelwert bei 204 Unterrichtsstunden je „Schülerkarriere“, mit den niedrigsten Kontingenten in Sachsen mit 40 Stunden und Saarland mit 80 sowie einer Spitzengruppe mit Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen, die zwischen 304 und 400 Unterrichtsstunden rangiert.

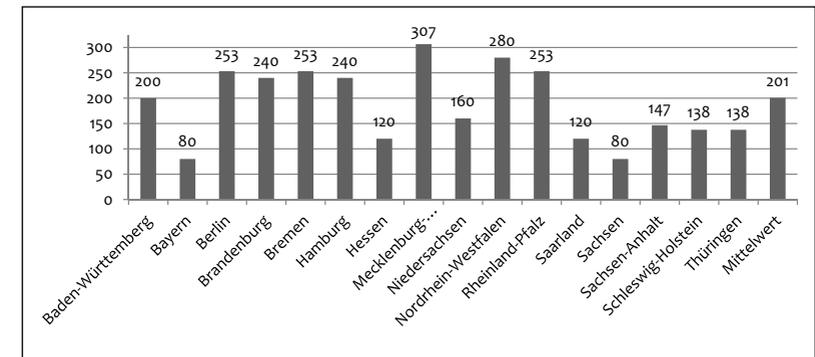
Abb. 13: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Abschluss an integrierten Gesamtschulen (Sollwerte)<sup>10</sup>



Quelle: Eigene interpolierte Berechnung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

Die Unterrichtsstunden der politischen Bildung im Rahmen einer Karriere an einer integrierten Gesamtschule entsprechen im bundesweiten Mittelwert von 215 ziemlich genau denjenigen in Hauptschulen. Allerdings ist hier auffallend, dass die Varianzen zwischen den einzelnen Ländern noch einmal schwächer ausfallen. Über das niedrigste Kontingent verfügt hier recht abgeschlagen Hessen mit 80 Unterrichtsstunden vor Sachsen-Anhalt mit 160 Stunden. In die breite Spitzengruppe schaffen es Hamburg, Saarland (mit jeweils 227 Stunden), Brandenburg, Nordrhein-Westfalen (mit jeweils 240 Stunden) und Berlin, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (mit jeweils 253 Stunden).

Abb. 14: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Realschulabschluss (Sollwerte)<sup>11</sup>



Quelle: Eigene interpolierte Berechnung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

Auch bei den Realschulen liegt der Mittelwert mit 201 Unterrichtsstunden auf einem vergleichbaren Niveau, wiewohl hier wieder stärker Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu Buche schlagen: So kommt Bayern und Sachsen mit jeweils 80 Stunden das Schlusslicht zu; deutlich unterdurchschnittlich rangieren Hessen und Saarland mit jeweils 120 Stunden sowie Schleswig-Holstein, Thüringen und Sachsen-Anhalt, in denen die politische Bildung um einen Wert von 140 Unterrichtsstunden oszilliert; das Mittelfeld wird von Baden-Württemberg mit 200 Stunden besetzt. An der Spitze figurieren in einer Spannweite von 253 bis 307 Unterrichtsstunden die Hauptstadt Berlin, die Freie Hansestadt Bremen und die Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern.

Der Stellenwert der schulischen politischen Bildung wird deutlich, wenn man als Referenz einen vergleichenden Blick auf das Stundenkontingent beispielsweise im Fach Biologie wirft: Dieses beträgt etwa im Land Baden-Württemberg schulübergreifend von der Hauptschule/Werkrealschule über die Realschule bis zum Gymnasium für die Klassen fünf bis zehn fünf Wochenstunden zuzüglich weiteren vier Stunden Biologieunterricht, die im Rahmen des Fächerverbands Naturphänomene und Technik hinzukommen. Insofern beläuft sich die Gesamtstundenzahl im Fach Biologie auf rund 360 Stunden während einer Schullaufbahn. Zur Erinnerung: Die Kontingente im Rahmen der politischen Bildung belaufen sich in der Hauptschule/Werkrealschule auf 304, in der Realschule auf 200 und im Gymnasium auf 187 Schulstunden.

Neben der Untersuchung rein quantitativer Maßzahlen, die lediglich einen Sollwert darstellen und folglich in der Realität unterboten werden, soll an dieser Stelle neben dem statistisch nicht erhobenen Unterrichtsausfall insbesondere auf den Fremdlehreranteil und fachfremd erteilten Unterricht in Fächern der politischen Bildung verwiesen werden: Hier zeigt die Untersuchung von Dirk Lange<sup>12</sup>, dass beispielsweise in Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2007/08 an allgemeinbildenden Schulen von insgesamt 3.728 Sozialkundewochenstunden 2.817 fachgerecht erteilt worden sind, was einem Anteil von 75,6 Prozent entspricht. In Rheinland-Pfalz wiesen im selben Schuljahr 1.826 Lehrerinnen und Lehrer eine fachentsprechende Unterrichts befähigung für das Fach Sozialkunde/Politik vor, gleichwohl der Unterricht von insgesamt 2.360 Lehrkräften erteilt wurde. Der Anteil fachgerechten Unterrichts beträgt in diesem Falle 77,4 Prozent. Generell gilt, dass ein Unterricht, der fachfremd erteilt wird, nicht minderwertig sein muss. Aber häufig reduziert er sich auf Institutionenkunde und Vermittlung vorwiegend positivistischen Wissens, die mit einer Förderung von Urteilsvermögen und Kritikfähigkeit wenig zu tun haben. Neben einem Fachkräftemangel dürfte dieses Phänomen vor allem auf strukturelle Besonderheiten zurückzuführen sein, zumal in vielen Ländern vormals eigenständige Fächer zusammengelegt, alternativ traditionelle Verbundfächer aufgespalten wurden und überdies mitunter Inhalte politischer Bildung in andere Fächer als übergeordnete Ziele integriert oder als Bestandteil der allgemeinen Schulkultur angesehen wurden. Insofern handelt es sich hierbei vorwiegend um eine systemisch bedingte Problematik, die sich bei den vorliegenden Entwicklungstrends noch verschärfen dürfte.

### **2.1.1.2 Bestandsaufnahme zum Unterrichtsfach politische Bildung in der Sekundarstufe II – Allgemeinbildende Schulen**

Der staatliche Auftrag der politischen Bildung erschöpft sich allerdings nicht allein in ihrer Vermittlung im Rahmen der Sekundarstufe I. Vielmehr wird er auch in der Sekundarstufe II dezidiert verfolgt, wobei hier zum einen die *gymnasiale bzw. allgemeinbildende Oberstufe* (Jahrgangsstufen 10 bis 12 bzw. 13) und die *Berufsschule des dualen Ausbildungssystems* im Vordergrund stehen. Ordnet man beiden Schulformen ihre Anteile an allen Absolventen des gesamten Sekundarbereichs II zu, deckt Erstere *rund 30 Prozent aller Absolventen* ab, die Letztere gar *knapp 60 Prozent*.

In dieser Bildungsphase steigt noch einmal die Relevanz der politischen Bildung, zumal (unter pädagogisch-psychologischen Gesichtspunkten) erst hier eine differenzierte, reflektierte Auseinandersetzung mit politischen Zusammenhängen erfolgen kann, die dadurch den bedeutsamen Teil der Entwicklung zur politischen Mündigkeit ausmacht. Vor allem mit Blick auf die gymnasiale bzw. allgemeinbildende Oberstufe erhöhen sich noch einmal die Anforderungen, da hier spätere Multiplikatoren gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Werte und Zusammenhänge sozialisiert und gebildet werden.

Bei der Untersuchung der konkreten Angebotsstrukturen an politischer Bildung in der Oberstufe zeigt sich allerdings schnell, dass hier bundesweit keine einheitlichen Tendenzen auszumachen sind – eine Entwicklung, die im gegenwärtigen reformorientierten Schulwesen durch die Ablösung des tradierten Kurssystems mit Grund- und Leistungskursen in der gymnasialen Oberstufe (gemäß der KMK-Reform von 1972) durch flexible Profiloberstufen noch beschleunigt wird. So kommt einschlägigen Angeboten ein unterschiedlicher Stellenwert zu, welcher sich neben einer differierenden Wochenstundenzahl darin äußert, dass politische Bildung als eigenständiges Fach nur zum Teil verpflichtend ist. Im Gegensatz zur Sekundarstufe I wird von der KMK für die gymnasiale Oberstufe nämlich politische Bildung/Sozialkunde nicht als Pflichtfach festgeschrieben: Diesbezüglich heißt es in der bundesweit verbindlichen Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II (Stand: 9. Februar 2012): „Die Schülerinnen und Schüler belegen [...] im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld vier Schulhalbjahre Geschichte oder ein anderes gesellschaftswissenschaftliches Fach, in dem Geschichte mit festen Anteilen unterrichtet wird. Sofern ein gesellschaftswissen-

schaftliches Fach gewählt wird, in dem Geschichte nicht mit festen Anteilen unterrichtet wird, sind zusätzlich mindestens zwei Schulhalbjahre Geschichte zu belegen.“ Die konkrete Ausgestaltung obliegt hier alleine den Ländern bzw. angesichts des zunehmend flexibilisierten Schulwesens den Schulen, weshalb auch keine konsonanten Entwicklungen vernommen werden können.

Im Rahmen der Oberstufenreform dürfte hier aber Bayern eine gewisse Vorreiterrolle einnehmen. Denn um politische Bildung zu stärken, wird neuerdings das (bisher fakultative) Fach Sozialkunde an Geschichte gekoppelt und damit ebenfalls fest in der Stundentafel verankert. Durch diese Koppelung kann zugleich die bisherige Stundentafellücke des Faches Geschichte in der Jahrgangsstufe 10 geschlossen werden. Zugleich wird die Position von Geografie und Wirtschaft/Recht in der Oberstufe gestützt. Denn da Sozialkunde nun Pflichtfach ist, wird der gesellschaftswissenschaftliche Wahlpflichtbereich auf die beiden letztgenannten Fächer konzentriert: Wo es nämlich früher ein Fach aus drei möglichen auszuwählen galt, erfolgt nun die Auswahl aus lediglich zwei angebotenen Fächern. Allerdings darf hier nicht übersehen werden, dass Bayern mit einem gesamten Sozialkunde-Angebot von 40 Unterrichtsstunden während der Sekundarstufe I das absolute Schlusslicht im bundesweiten Vergleich darstellt. Daran vermag auch die vorbildhafte Konzeptionierung des Unterrichts während der allgemeinbildenden Oberstufe nichts zu ändern.

### **2.1.1.3 Weitere Komponenten der schulischen politischen Bildung im Überblick**

Ergänzt sei an dieser Stelle, dass sich politische Bildung im allgemeinen Bildungssystem nicht alleine auf den unmittelbar erteilten Fachunterricht beschränkt, sondern auch mittelbar im Rahmen des curricularen Netzwerkes in Fächern wie *Wirtschaft und Recht*, *(Zeit-)Geschichte*, *Religion/Ethik* oder *Heimatkunde* u.Ä. vermittelt wird. Als dritte relevante Dimension gilt die schulische *politische Bildung durch praktische (soziale) Erfahrung*, wobei hier in Kooperation auch öffentliche wie private politische Bildner durch externe Angebote bzw. Förderprogramme hineinwirken können: Zu entsprechenden „informellen“ bzw. kreativen Bildungsangeboten zählen thematisch ausgerichtete Klassenfahrten und Exkursionen, Projektarbeit, Regionalstudien, Plan-, Rollen- und Simulationsspiele, aber auch Schulpartnerschaften, Schülerzeitschriften, Schülerwettbewerbe, ebenso wie Mitbestimmung und Initiativen, etwa im Kontext der Schüler-

mitverantwortung. Auch sie sind Teil eines ganzheitlichen Angebots, um das Demokratielernen der Schüler zu fördern und zu animieren.

### **2.1.2 Politische Bildung an berufsbildenden Schulen**

Allerdings bedarf jede Demokratie der politischen Bildung *aller* Bürgerinnen und Bürger. Daher kommt es nicht nur auf die politische Bildung von Schülern an allgemeinbildenden Schulen an, sondern sie ist auch nötig für Berufsschüler bzw. Auszubildende. Dabei wird ihr im Vergleich zur Stellung der „politischen Bildung“ als Unterrichtsfach in der allgemeinbildenden/gymnasialen Oberstufe in den Lehrplänen für *Berufsschulen* des dualen Ausbildungssystems eine durchaus höhere Relevanz zugeschrieben, zumal sie in aller Regel einen *obligatorischen* Bestandteil im sog. berufsübergreifenden Bereich darstellt. Allerdings bedeutet „politische Bildung“ im Berufsschulrahmen weniger die Vermittlung *allgemeiner* Demokratiekompetenz. Vielmehr wird hier politische Bildungsarbeit vorrangig mit unmittelbarem Bezug auf *wirtschaftliche sowie berufs- und arbeitsweltliche Zusammenhänge* geleistet, was im Beschluss der KMK vom 7. Mai 2008 erneut postuliert wird.

Insgesamt setzt sich hier ein Lernfeldansatz durch, der sich an Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen orientiert. Der Politikunterricht wird damit in den Dienst des berufsbezogenen Unterrichts gestellt, weshalb er in aller Regel auch im Rahmen eines integrierten Faches bzw. eines Fachverbundes erfolgt, dessen Zuschnitt und innere Ausgestaltung nach Ausbildungsrichtung variieren. Diese Spezifika treten besonders deutlich in der bis dato relevanten Vereinbarung der KMK vom 18. Mai 1984 zutage. Sie definiert vereinheitlichend für gewerblich-technische Ausbildungsberufe an Berufsschulen sechs Lerngebiete, welche im Rahmen der politischen Bildung – wie auch immer sie konkret ausgestaltet sein mag – inhaltliche Mindeststandards vorlegen. Sie sollen den Orientierungsrahmen für die Rahmenlehrpläne in den einzelnen Ländern bieten, wobei sie sich wie folgt gliedern:

- Lerngebiet 1: Berufsbildung,
- Lerngebiet 2: Betrieb in Wirtschaft und Gesellschaft,
- Lerngebiet 3: Arbeitsrecht und Tarifrecht, Arbeitsschutz,
- Lerngebiet 4: Betriebliche Mitbestimmung,
- Lerngebiet 5: Sozialversicherung,
- Lerngebiet 6: Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit.

In diesen Lerngebieten fehlen gänzlich allgemeinpolitische Themen wie z.B. das politische System der Bundesrepublik Deutschland, aber auch etwa der gesamte Bereich der Europäischen Union.

Was eine eingehendere quantitative Erfassung der politischen Bildung an Berufsschulen anbelangt, erscheint angesichts der Vielfalt an Ausbildungsgängen in Verbindung mit einem föderalistischen Bildungswesen mit seinen abweichenden 16 Landesschulsystemen, denen die inhaltliche wie zeitliche Zuordnung der politischen Bildung zu konkreten Fächern des Berufsschulunterrichts obliegt, eine zusammenfassende vergleichende Übersicht geradezu unmöglich. Die Vergleichbarkeit und damit auch systematische Evaluierbarkeit werden schließlich noch dadurch erschwert, dass bislang auch die Qualitätsmerkmale der arbeits- und berufsbezogenen politischen Bildung nicht abschließend beschrieben sind. Insofern haben nachfolgende Darstellungen vor allem einen paradigmatischen Charakter.

Nach den Stundentafeln der *gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen* aller Länder wird das Fach „politische Bildung“ in einem Umfang von mindestens einer Stunde im Rahmen des durchschnittlich zehn- bis zwölfstündigen Unterrichts pro Woche erteilt. Nur die Stadtstaaten haben für die Berufsschule einen „Politikunterricht“ von zwei Wochenstunden festgeschrieben, der jedoch auch Inhalte der Wirtschaftskunde einschließt. Bedeutend ist, dass Politik/Sozialkunde bundesweit zu den Fächern der Abschlussprüfung gehört. Allerdings wird hier in der Regel rein positivistisches Wissen, z.B. zum Tarifrecht, abgefragt, was den Charakter der „politischen Bildung“ an Berufsschulen noch einmal pervertiert.

Für den konkreten Einblick in die Form der politischen Bildung an Berufsschulen müssen in der Regel die Lehrpläne der einzelnen Fachrichtungen gesondert betrachtet werden, zumal die einschlägigen Stundentafeln erst hier ersichtlich werden können. Das Ganze wird dadurch erschwert, dass derzeit die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) rund 345 beträgt (Stand 2012). Daher erfolgt auch hier lediglich ein punktueller Überblick:

So wird beispielsweise im Land *Brandenburg* im Berufsfeld Bautechnik Sozialkunde in einem integrierten Fach mit Wirtschaft gelehrt, welches mit den zwei weiteren Fächern Deutsch und Sport den berufsübergreifen-

den Bereich der Ausbildung ausmacht. Ein Stundenkontingent von 160 Stunden je Schuljahr und Jahrgang wird im einschlägigen Lehrplan ohne eine konkrete Aufteilung auf die einzelnen Fächer dem ganzen Bereich zugeordnet. Im *Freistaat Bayern* ist Sozialkunde als eigenständiges, obligatorisches Fach Bestandteil des allgemeinbildenden Unterrichts und wird im Umfang von mindestens drei Jahreswochenstunden, verteilt auf die Regelausbildungsdauer des Ausbildungsberufs, angeboten. Im Land *Nordrhein-Westfalen* liegen wiederum Rahmenstundentafeln vor, die für das Fach Politik/Gesellschaftslehre für alle drei Ausbildungsjahre 40 bis 80 Unterrichtsstunden pro Jahr festschreiben. Auch im Land *Niedersachsen* werden durch die Verordnung über berufsbildende Schulen für das Unterrichtsfach Politik global 40 Stunden pro Jahr ausgewiesen. Ebenfalls *Thüringen* bedient sich der Rahmenstundentafeln und sieht darin jeweils eine Wochenstunde für das Fach Sozialkunde vor.

### **2.1.3 Entwicklungstrends des Faches politische Bildung in der Sekundarstufe I und II im Überblick**

#### **2.1.3.1 Relativ niedriger Stellenwert des „Politischen“**

Betrachtet man mit Blick auf die allgemeinbildenden Schulen die Stundentafeln für die Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs mit Geografie, Geschichte, Sozialkunde/politische Bildung (bzw. wie auch immer diese bezeichnet wird), Ethik u.Ä. wird *der politischen Bildung als eigenständigem Lernfeld eine relativ geringe Bedeutung beigemessen*. Gleichwohl lässt sich im diachronen Vergleich ein einheitlicher Trend, etwa in Richtung einer generellen Stundenminderung (wie er gelegentlich beklagt wird), nicht erkennen. Vielmehr können sowohl Kürzungen als auch Ausweitungen des Faches festgestellt werden. Wie sich konkret die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf bundesweit zwölf Jahre, einschließlich der Reform der gymnasialen Oberstufe weg vom Kursystem mit Grund- und Leistungskursen hin zu Profiloberstufen, auf den Vermittlungsumfang der politischen Bildung sowie auf ihre Ausweitung in der Sekundarstufe I auswirkt, kann bislang (noch) nicht belastbar nachvollzogen werden. Aussagen zum Angebot der politischen Bildung werden allerdings auch künftig angesichts des Trends zum reformorientierten Schulwesen mit den sich in Wandel befindlichen Schulstrukturen, mit zunehmender Flexibilisierung des Fächerzuschnitts wie auch der Stundentafeln kontingent bleiben.

### **2.1.3.2 Uneinheitlicher Umgang mit den Fächerverbindungen – mit einer Tendenz zur Verwässerung der politischen Bildung**

Deutlich wird ein *uneinheitlicher Umgang mit den Fächerverbindungen*, bei welchem *in der Gesamtperspektive integrative Tendenzen* zu überwiegen scheinen: So steht etwa der bereits skizzierten Fächerintegration in Baden-Württemberg mit „*Geografie-Wirtschaft-Gemeinschaftskunde*“ (GWG) und in Hamburg mit „*Politik-Gesellschaft-Wirtschaft*“ (PGW) paradigmatisch Berlin mit der Auflösung des Fächerverbundes „*Politische Weltkunde*“ in drei eigenständige Fächer Geschichte, Geografie und Politikwissenschaft/Sozialkunde entgegen – mit dem erklärten Ziel, die politische Bildung zu stärken. Bezeichnend ist, dass auch in den ersteren Fällen die Lehrpläne jene Forderungen nach zunehmend fächerübergreifendem und -verbindendem Unterricht ebenfalls mit den erhofften Zielen einer Stärkung der Demokratieerziehung unterstreichen.

Generell wird hier ein ungelöstes Dilemma nachgezeichnet, in dem auf der einen Seite Argumente stehen, dass sich der besonderen Bedeutung des Faches politische Bildung ausschließlich in der Form eines ordentlichen Unterrichtsfaches nachkommen lasse. Auf der anderen Seite stehen Argumente, dass die Relevanz der politischen Bildung vor allem dann erfolgreich vermittelt wird, wenn sie in enger Anbindung an die Bezugsfächer Wirtschaft, Geschichte und Geografie konzipiert und umgesetzt wird. Hier sollte aber entschieden hinzugefügt werden, dass eine verstärkte inhaltliche Verknüpfung ökonomischer, historischer, geografischer, ethischer und politischer Bildungsinhalte nicht die formelle Integration jener Disziplinen implizieren sollte: Denn das Politische fungiert zwar einerseits als Prinzip für Leitfragen. Andererseits stellt es aber auch genauso ein *eigenständiges Lernfeld* dar, welches nicht durch Fächerintegration ausgehebelt werden darf.<sup>13</sup>

### **2.1.3.3 Tendenz zur Einführung von Bildungsstandards**

Abgesehen von dieser konzeptionellen Diskussion lässt sich eine Tendenz zur Einführung von *Bildungsstandards* ausmachen.<sup>14</sup> Denn wo bislang das Bildungssystem durch den *Input* von Richtlinien gesteuert wurde, sollen nun einheitliche Standards die Lernergebnisse, sprich den *Outcome*, fokussieren: Ziel ist die Ausprägung allgemeiner und inhaltlicher Kompetenzen aufseiten der Schülerinnen und Schüler. Diese Kompetenzen sollen regelmäßig evaluiert werden, um eine gezielte Qualitätsentwick-

lung in den Schulen betreiben zu können und damit den Anschluss an die internationale Spitzengruppe zu wahren. Bislang existieren bundesweit geltende Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz in den Fächern Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik und Physik, nicht aber in Fächern mit primärem Auftrag der politischen Bildung. Ausnahmen sind hier nur die sog. *einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung* (EPA), die auch im Unterrichtsfach Soziologie/politische Bildung als „*Quasistandards*“ für die 12. Jahrgangsstufe fungieren. Eingedenk dieses Desiderats veröffentlichte die GPJE im Jahr 2004 einen (unverbindlichen) Entwurf für „*Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen*“, in dem unter Mitarbeit prominenter Fachwissenschaftler Standards für den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule, für den mittleren Bildungsabschluss, für das Ende der gymnasialen Oberstufe sowie für das Ende des beruflichen Bildungswesens formuliert und durch geeignete Testaufgabenbeispiele illustriert werden. Ebenso sollen für die einzelnen Jahrgänge einschlägige ergebnisorientierte Regelstandards festgeschrieben werden. Für die nächste Entwicklung gilt es, bereits vorliegende Vorschläge nach entsprechender Überarbeitung und Aktualisierung auch im Fachbereich politische Bildung in allgemeine Standards umzumünzen, welche für die Landeslehrpläne verbindlichen Charakter hätten. Ähnliches würde sich auch in Bezug auf die Qualitätsmerkmale der arbeits- und berufsbezogenen politischen Bildung empfehlen.

### **2.1.3.4 Strukturelle Begünstigung fachfremd erteilten Unterrichts**

Eine im Vergleich zu anderen Schulfächern der Sekundarstufe I und II brisante Problematik gründet auf dem hohen Fremdlehreranteil und fachfremd erteilten Unterricht in Fächern der politischen Bildung, der sich je nach Bundesland auf bis zu 25 Prozent beläuft. So zeigt die Untersuchung von Dirk Lange<sup>15</sup>, dass beispielsweise in Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2007/08 an allgemeinbildenden Schulen von insgesamt 3.728 Sozialkundewochenstunden 2.817 fachgerecht erteilt worden sind, was einem Anteil von 75,6 Prozent entspricht. In Rheinland-Pfalz wiesen im selben Schuljahr 1.826 Lehrer und Lehrerinnen eine fachentsprechende Unterrichtsbefähigung für das Fach Sozialkunde bzw. Politikwissenschaft vor, gleichwohl der Unterricht von insgesamt 2.360 Lehrkräften erteilt wurde. Der Anteil fachgerechten Unterrichts beträgt in diesem Falle 77,4 Prozent.

Allgemein gilt, dass ein Unterricht, der fachfremd erteilt wird, nicht minderwertig sein muss. Aber häufig reduziert er sich auf Institutionenkunde und Vermittlung vorwiegend positivistischen Wissens. Diese haben mit der Förderung von Urteilsvermögen und Kritikfähigkeit freilich wenig zu tun. Neben einem Fachkräftemangel dürfte dieses Phänomen vor allem auf strukturelle Besonderheiten zurückzuführen sein, zumal in vielen Ländern vormals eigenständige Fächer zusammengelegt, alternativ traditionelle Verbundfächer aufgespalten wurden, überdies mitunter Inhalte politischer Bildung in andere Fächer als übergeordnete Ziele integriert oder als Bestandteil der Schulkultur angesehen werden. Insofern handelt es sich hierbei vorwiegend um ein systemisch bedingtes Problem, das sich bei den aktuellen Entwicklungstrends noch verschärfen dürfte.

### **2.1.3.5 Andauernde Ökonomisierung des Schulfaches politische Bildung**

Betrachtet man die Entwicklung politischer Bildungsangebote aus einem umfassenden Blickwinkel, zeichnet sich eine gewisse Tendenz des Rückgangs, mehr noch: einer Verwässerung der genuinen politischen Bildung in Richtung berufsqualifizierender Inhalte ab. Stattdessen wird eine höhere Bedeutung ökonomischen Fragestellungen und Bestandteilen beigemessen. Diese Entwicklung trifft besonders auf die Berufsschulen zu, wo sich zunehmend der Lernfeldansatz durchsetzt, der sich an Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen orientiert und im Extrem keine Fächer mehr kennt. Dieses Phänomen geht auch am Unterrichtsfach politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen nicht vorbei – in der Oberstufe, aber auch zunehmend ebenso in der Sekundarstufe I. Auffällig ist dies sowohl beim Zuschnitt des Faches bzw. seiner Integration in Verbundfächer als auch bei den konkreten Lehrinhalten.

### **2.1.3.6 Trotz allem: Verbesserungspotenziale auf relativ hohem Niveau**

Abseits der benannten Reformerfordernisse, der anhaltenden Diskussionen wie auch des spezifischen Zuschnitts und der konkreten Bezeichnung des (Verbund-)Faches mit primärem Auftrag der politischen Bildung erscheint dieses heute in der pädagogischen Praxis jedenfalls verankert und institutionell gesichert, was aber den Handlungsbedarf bezüglich der aufgeworfenen Problematiken nicht mindert.

## **2.2 POLITISCHE BILDUNG IM HOCHSCHULBEREICH**

Eng mit der schulischen politischen Bildung hängt diejenige im universitären Bereich zusammen: Zum einen werden hier Fachlehrkräfte für entsprechende Unterrichtsfächer ausgebildet, ebenso erhalten hier (künftige) politische Bildner der außerschulischen Sphäre einschlägige Qualifikation in Bezug auf ihre Tätigkeit. Und schließlich stellen die Hochschulen und Universitäten eine Plattform dar, in der die späteren Bürgerinnen und Bürger mit akademischen Abschlüssen durchaus weiterhin politisch sozialisiert werden – sei es im Rahmen (hochschul-)politischen Engagements, sei es durch die Belegung von Studienmodulen mit Bezug auf politische Bildung.

### **2.2.1 Politikdidaktik: Fokus Ausbildung zum Politikfachlehrer**

Die Ausbildung zum politischen Bildner in Schule (aber auch in der Erwachsenen-/Weiterbildung) fällt in den Zuständigkeitsbereich der Politikdidaktik sowie der einschlägigen Bezugsdisziplinen (wie vor allem der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Geografie, aber auch der Ethik, Theologie u.a.). Dabei lassen sich mehrere Beobachtungen anstellen:

Die Lehrerausbildung unterliegt gewissen Vereinheitlichungstendenzen. Denn obwohl sie Länderkompetenz ist und damit von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgeprägt, wird ein hohes Maß an Übereinstimmung dadurch erreicht, dass durch die KMK regelmäßig Grundsätze für die gegenseitige Anerkennung der Lehrerausbildung in allen Ländern beraten und beschlossen werden, welche dann bundesweit verbindlichen Charakter aufweisen.

So ist auch der politikdidaktische Anteil der Lehramtsausbildung fest verankert und durch die Standards der Lehrerbildung gesichert. Im Vergleich zu anderen Fachdidaktiken jedoch ragt die politische Bildung hervor – denn als einzige fokussiert sie ein Schulfach, das unter keiner klaren Fachbezeichnung firmiert. Stattdessen wird sie schon in der Überschrift der KMK-Anforderungen gleich mit drei Titeln versehen: „Sozialkunde/Politik/Wirtschaft“, was sich auch in den unterschiedlichen Bezeichnungen der Fachdisziplin widerspiegelt, die von Politikdidaktik über Didaktik der Politischen Bildung, Didaktik des Politikunterrichts, Didaktik der Politik, Fachdidaktik Politikwissenschaft bis zur Demokratiedidaktik

rangieren. Diese freilich belächelbare Lappalie ist allerdings durchaus für den Zustand des Fachprofils bezeichnend, welchem es mitunter an Einheitlichkeit der Ausgestaltung mangelt – ebenso wie an der Konsonanz seines (wissenschaftlichen) Selbstverständnisses sowie der einzelnen Auffassungen. Zudem lässt sich auch in Hinblick auf die standardisierte Konzeption der einzelnen Bezugswissenschaften beobachten, dass sie sich zwar jeweils an Rahmenordnungen der *Hochschulrektorenkonferenz* (HRK) und der *KMK* für die entsprechenden Fächer halten, sodass eine gewisse Entsprechung gewährleistet werden kann. Andererseits ist mit dem sog. Bologna-Prozess eine Entwicklung angestoßen worden, dass jede Universität für sich durch die Kombination von unterschiedlich ausgestalteten Lehrmodulen neue Studiengänge kreiert, welche jenseits der einheitlichen Bezeichnungen der Ausbildungsgrade als Bachelor bzw. Master universitäts- wie länderübergreifend nur bedingt kompatibel sind. Auch hier wäre ein stärkeres, konzertierendes Engagement seitens der *KMK* und *HRK* wünschenswert.

Hiervon abgesehen kann man der jüngsten Vergangenheit der politikdidaktischen Disziplin eine positive Entwicklung bescheinigen, welche es allerdings des Weiteren zu lancieren gilt. So etablierte sich die Politikdidaktik mittlerweile als ein normaler und forschungsorientierter Wissenschaftszweig, mit einer durchaus zu anderen Wissenschaften vergleichbaren Infrastruktur, einschließlich einer regen Tagungskultur, der Herausgabe einer Reihe von Fachzeitschriften und Publikationsreihen. Ebenso sind mittlerweile über das ganze Bundesgebiet rund 45 Lehrstühle bzw. Professuren mit einem genuin politikdidaktischen Profil angesiedelt. Allerdings ist hier die alleinige Zahl nicht repräsentativ, zumal das Feld der politischen Bildung und Politikdidaktik zusätzlich von den einschlägigen Bezugswissenschaften – vor allem der Politikwissenschaft – abgedeckt wird. Zudem muss hier kritisch darauf verwiesen werden, dass das Verhältnis von politikwissenschaftlichen zu politikdidaktischen Ausbildungsanteilen der beruflichen Wirklichkeit von politischen Bildnern – in Schule und mehr noch im Bereich der außerschulischen politischen Weiterbildung – kaum gerecht wird.

### **2.2.1.1 Organisationsstruktur im Rahmen der Politikdidaktik**

In Bezug auf die Organisationsstruktur gibt es zwei relevante Verbände: Zum einen die *Deutsche Vereinigung für politische Bildung* (DVPB), die sich als Bundesverband ebenso wie in Landesverbänden organisiert. Die

breite Basis bilden hier vor allem Politiklehrer. Mitglieder sind aber auch Vertreter staatlicher Bildungsinstitutionen (Landeszentralen, Einrichtungen für Lehrerfortbildung) und Politikdidaktiker, die an Universitäten tätig sind. Hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, mit der in unregelmäßigen Abständen Bundeskongresse für politische Bildung organisiert werden. Das Verbandsorgan stellt die Zeitschrift *Polis* (Westermann). Die zweite relevante Organisation ist die bereits benannte *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (GPJE). In ihr sind die in der Politikdidaktik Forschenden und an Universitäten Tätigen vereint. Anspruch ist es, schulische und außerschulische Bildung zu vertreten. Faktisch liegt hier aber der Schwerpunkt auf schulischer politischer Bildung. In diesem Kontext gibt es ein Jahrestreffen, das jeweils durch einen Tagungsband im „Wochenschauverlag“ dokumentiert wird. Schließlich gilt es noch die *Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft* (DVPW) zu erwähnen, die eine Sektion „Politische Wissenschaft und Politische Bildung“ unterhält.

### **2.2.1.2 Zu verfolgende Entwicklungsziele**

Die weitere aktuelle Entwicklung, die die deutsche Politikdidaktik mit Nachdruck verfolgen sollte, ist der nachhaltige Transformationstrend von einer ehemals „übertheoretisierten“ und normativ „aufgeladenen“ Disziplin zu einer empirisch orientierten Wissenschaft, welche sich stärker auf die *Wirkungsforschung* und damit zusammenhängend auf die *operative politische Bildung* fokussiert. Ein Meilenstein diesbezüglich sind die sog. „Konstanzer Beschlüsse“, in deren Rahmen die *KMK* für eine regelmäßige Beteiligung an internationalen Schulleistungsuntersuchungen votierte, um gesicherte Befunde über Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen in zentralen Kompetenzbereichen zu erhalten. Schlagworte sind hier die Messbarkeit und Evaluierbarkeit von Maßnahmen der politischen Bildung wie auch die Forcierung neuer Vermittlungsmethoden und moderner Unterrichtsformen und -instrumente. Im Blickfeld sollte hier also die erfolgreiche und nachhaltige Umsetzbarkeit von politischer Bildung in der Praxis stehen – sei es etwa durch Praktika oder Kooperationen.

### **2.2.2 Politikdidaktik: Fokus Ausbildung zum politischen Bildner**

Die Ausbildung zum politischen Bildner für den Bereich der Weiterbildung/Erwachsenenbildung geht unter dem Strich mit den gleichen He-

rausforderungen einher wie die Ausbildung zum Politik-/Sozialkundelehrer. Allerdings tritt hier das Spezifikum hinzu, dass es für die politische Weiterbildung im Gegensatz zur Profession des Fachlehrers an Schulen kein einheitliches Berufsbild gibt: Im besseren Fall bleibt die Qualifikation für eine Tätigkeit in der politischen Erwachsenenbildung (einschließlich der außerschulischen Jugendbildung) eine der im Studium sozialwissenschaftlicher Disziplinen angebotenen berufsvorbereitenden Spezialisierungsmöglichkeiten. Die erforderliche Kunstlehre der Didaktik und Methodik wird (kaum) vermittelt. Zu den wenigen Ausnahmen zählen hier Absolventen von Fachhochschulen für Sozialpädagogik. Im ungünstigeren Fall sind Hochschulabgänger mit der politischen Bildung betraut, welche nicht nur zum Zeitpunkt des Berufseinstiegs die pädagogische Expertise entbehren, sondern womöglich gar professionell einer gänzlich anderen Disziplin entstammen. Für beide Kategorien gilt einmütig, dass das wirkliche „Training“ der politischen Erwachsenenbildner gleichsam „on the job“ erfolgen muss. Vor diesem Hintergrund erschien es sinnvoll, formell und informell erworbene Kompetenzen etwa durch Zertifizierung zu verknüpfen und mittelfristig vor allem ein einschlägiges Berufsprofil des politischen Bildners zu kreieren, an dem sich entsprechende Studiengänge als auch (für die Berufsausübung obligatorische) qualifizierende Fortbildungslehrgänge orientieren. Das Zielbild sollte in einer definierten Profession bestehen, welche einheitliche Standards verinnerlichen und garantieren würde.

### 2.2.3 Politische Bildung für fachfremde Studierende

Auch abseits der Profession des politischen Bildners in Schule wie außerschulischem Bereich spielen Hochschulen und Universitäten eine zentrale Rolle. Denn idealiter fungieren sie als Plattform, auf welcher jene, die freiheitliche demokratische Ordnung tragenden Werte ebenso wie politisches Verständnis weitervermittelt werden und (gesellschafts-)politisches wie ehrenamtliches Engagement eingeübt wird.

Kam die Hochschullandschaft dieser Funktion noch bis in die 1990er Jahre wahrnehmbar nach, scheint nun eine Wende vollzogen: Politisches Engagement der Studierenden tendiert immer mehr dazu, zu einer Ausnahmeerscheinung zu verkommen, Politikverdrossenheit scheint auch auf akademischem Boden Einzug gehalten zu haben und das Vertrauen der Studierenden in die Demokratie zunehmend ins Wanken zu geraten: So titelte auch unlängst die *Süddeutsche Zeitung* auf Grundlage von

Erhebungen der Konstanzer Arbeitsgemeinschaft Hochschulforschung „Studenten sind labil und unpolitisch“ (2. März 2009), um sodann gar von einer „Labilität der demokratischen Einstellungen“ zu sprechen.

Zum einen ist dieses Phänomen der Widerspiegelung aktueller gesellschaftlicher Trends auch in die universitäre Sphäre geschuldet. Zum anderen – und bezeichnender – trägt hierzu die Bundes- und Landespolitik selbst bei: Gesellschaftliche Erwartungen wie auch politischer Reformeifer führen zunehmend zu einer Ökonomisierung der Denkweisen, gemäß denen das Studium vor allem unmittelbar für einen konkreten Beruf qualifizieren sollte – und zwar in einer möglichst kurzen Verweildauer an der Alma Mater. In Verbindung mit den zunehmend verschulten und verdichteten Curricula reduziert sich damit erstens der Freiraum für politisches Engagement. Zweitens werden mittelbar Möglichkeiten und Gelegenheiten für den außercurricularen Besuch und die fakultative Anrechnung von Veranstaltungen mit einem eindeutigen Hintergrund der „politischen Bildung“ eingeschränkt. Da dies kaum zur Ausprägung von politischem Interesse aufseiten der Studierenden beitragen dürfte, schließt sich entsprechend der (Teufels-)Kreis.

Hier sollte die Politik gegensteuern: mit Anreizen fürs Engagement außerhalb der Seminarräume und Hörsäle wie auch für eine entschiedenere Integration von Inhalten der politischen Bildung in die modulare Architektur von Studiengängen – und zwar auch jenseits der sozialwissenschaftlichen Disziplinen.

## 2.3 POLITISCHE WEITERBILDUNG BZW. ERWACHSENENBILDUNG

Zur schulischen politischen Bildung tritt als weitere Dimension die *politische Weiterbildung* bzw. *Erwachsenenbildung* hinzu, die den eigentlichen Teil des lebensbegleitenden Lernens darstellt: Sie ist die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme des organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase und erfolgt in der Regel nach Aufnahme einer Erwerbs- oder Familientätigkeit. Daher ist sie mit Ausnahme der obligatorischen Fortbildungsseminare im Rahmen des Wehr- bzw. des Bundesfreiwilligendienstes der Kategorie der non-formalen politischen Bildung zuzuordnen. Neben ihrer institutionalisierten Form liegt sie auch dann vor, wenn die Einzelnen ihr Lernen selbst steuern. So kann sie in Präsenzform, in der Form der Fernlehre, des compu-

ter- bzw. internetgestützten Lernens, des selbst gesteuerten Lernens oder in kombinierten Formen stattfinden. Neben der „beruflichen“ Weiterbildung fallen hierunter die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung. Politische Bildung bringt ihren Teilnehmern keinen unmittelbaren materiellen Nutzen, sondern eine auf das Gemeinwesen bezogene Kompetenz zur Beteiligung. Insofern unterscheidet sie sich grundlegend von der beruflichen Weiterbildung, die auf unmittelbare und mittelbare ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet ist.<sup>16</sup>

Die Voraussetzungen und Grundsätze für die Förderung und Finanzierung der Weiterbildung sind in *Weiterbildungsgesetzen* der Länder sowie in den *Bildungsfreistellungsgesetzen* festgeschrieben. Zudem enthalten die Weiterbildungsgesetze in der Regel eine Auflistung der anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung, welche auf dieser Grundlage finanzielle Unterstützung aus dem jeweiligen Landeshaushalt bzw. über die Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) erhalten. Im Unterschied zur schulischen wie auch universitären politischen Bildung stellt der Bereich der politischen Weiterbildung/Erwachsenenbildung mit einer Vielzahl von Trägern, Anbietern und Initiativen ein pluralistisches, föderal strukturiertes und subsidiär gestaltetes kooperatives System dar, wobei die jeweiligen politischen und weltanschaulichen Profile dieser politischen Bildner ausdrücklich zum Tragen kommen sollen – so wurde es bereits im „Strukturplan“ des Deutschen Bildungsrates von 1970 gefordert, so akzentuierte es das Bundesverfassungsgericht<sup>17</sup> und so setzten es seitdem auch die (Länder-)Gesetze wie auch Förderrichtlinien fest. Maßkriterien sind in diesem Fall nicht politisch-weltanschauliche Neutralität, sondern Pluralität einschließlich der Autonomie der Träger gegenüber administrativen inhaltlichen und didaktischen Vorgaben, zugleich aber ebenso Professionalität und grundsätzliche Offenheit für alle Teilnehmer. Gerade hier kommt zum Ausdruck, dass das Anbieterspektrum politischer Erwachsenenbildung überaus mannigfaltig und segmentiert ist – mit der Folge, dass es in der vorliegenden Publikationsform nur schemenhaft überblickt werden kann. Hinzu kommt, dass sowohl vonseiten des Gesetzgebers als auch vonseiten der größeren Anbieter nicht dezidiert zwischen politischer Erwachsenenbildung und den weiteren Dimensionen der Weiterbildung unterschieden wird. Damit sind die Grenzen sowohl beim inhaltlichen Angebot als auch hinsichtlich der Förderungskriterien durchlässig, was die Klassifizierung und die Evaluierung entsprechender Angebote noch einmal erschwert (den Versuch einer quantitativen Bestandsaufnahme liefert das Kap. 2.3.2).

### 2.3.1 Träger der politischen Bildungsarbeit im Erwachsenenbereich

Gerade im Bereich der non-formalen politischen Bildungsarbeit kommt in Deutschland die intendierte stark segmentierte, pluralistische Anbieterstruktur zu Geltung: Die einzelnen Träger der politischen Bildung im Erwachsenenbereich unterscheiden sich ja nach ihrem Wirkungsbereich, der sich auf Kommunen, einzelne Länder, Regionen oder den Bund erstrecken kann. Sie unterscheiden sich nach ihrem politischen, weltanschaulichen Profil, nach ihrer Größe und finanzieller Ausstattung und auch nach den adressierten Zielgruppen. Gleichwohl sind die Unterscheidungsmerkmale nicht trennscharf, sodass jede Systematisierung höchstens nebelhafte Cluster aufstellen kann.

Dennoch lassen sich die Träger politischer Bildungsarbeit grob in zwei Großgruppen gliedern, die sich dann wie folgt unterteilen:

- Staatliche Träger:
  - Bundeszentrale für politische Bildung;
  - Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit);
  - Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA; bis 3. Mai 2011 Bundesamt für den Zivildienst (BAZ));
  - Zentrum Innere Führung der Bundeswehr (BMVg);
- Nichtstaatliche (freie bzw. gesellschaftliche) Träger:
  - Parteinaher Stiftungen;
  - Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft; Gewerkschaften;
  - Unternehmerverbände;
  - Wohlfahrtsverbände;
  - Kirchen;
  - Zivilgesellschaftliche, unternehmensverbundene Stiftungen (Abteilungen/Programmbereiche für politische Bildung);
  - Europäische Akademien und Europa-Häuser;

#### 2.3.1.1 Staatliche Bildungsträger

Zu den Trägern im öffentlichen Auftrag gehören in erster Linie die *Bundeszentrale für politische Bildung* sowie die in Länderkompetenz stehenden 15 *Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit)*. Einschlägig für das Selbstverständnis und die gesellschafts- wie demokratiepolitische Bedeutung staatlicher politischer Bildung aus Sicht der Zentralen ist das „Münchener Manifest“ vom 26. Mai 1997.<sup>18</sup> Die Aufgaben und Ziele werden

regelmäßig durch den „Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung“ gesetzt, zuletzt am 24. Januar 2001.

#### *Die Bundeszentrale für politische Bildung*

Die *Bundeszentrale für politische Bildung* ist eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt des Bundesministeriums des Innern (BMI). Ihre Aufgabe besteht gemäß dem Erlass des BMI darin, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Dies geschieht zum einen auf dem Weg eigener Bildungsangebote, zum anderen und in der Funktion einer Supporteinrichtung, welche in Kooperation mit den von ihr anerkannten Trägern der politischen Bildung (derzeit rund 102)<sup>19</sup> entsprechende Angebote unterbreitet sowie diese Kooperationspartner durch Zuschüsse bei ihrer Arbeit bzw. bei konkreten Veranstaltungen und Projekten unterstützt. Neben ihrer fördernden Funktion leistet sie zusammen mit den Landeszentralen vor allem Hilfestellungen in fachdidaktischen Fragen und bietet den Trägern mit der Entwicklung von Arbeits- und Informationsmaterialien sowie in der trägerübergreifenden konzeptionellen Debatte eine wichtige Unterstützung an. Zudem vereinbart sie gemeinsam mit ihnen inhaltliche Förderschwerpunkte für bestimmte Zeiträume. Zu ihrem Aufgabenportfolio gehört ebenso die Bereitstellung umfangreicher Bildungsmaterialien für den Einsatz in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie für den Gebrauch in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Und nicht zuletzt bietet sie Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikatoren politischer Bildung an.

Das verausgabte Haushaltsbudget der bpb betrug 2006 35,9 Millionen Euro, 2009 erreichte es mit 38,4 Millionen Euro einen vorläufigen Höchststand, um bis 2012 um ganze 12,5 Prozent auf 33,6 Millionen Euro abzusinken.<sup>20</sup> Diese Entwicklung folgt dem Beschluss des Deutschen Bundestages, im Rahmen der Sparmaßnahmen auch die Mittel für die bpb erheblich zu kürzen. Als Reaktion auf dieses Vorhaben richteten am 25. Oktober 2010 der Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung sowie Träger und Einrichtungen der Politischen Bildung unter dem Titel *„Demokratie braucht Politische Bildung“* eine Erklärung an die Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung, um sie zu einem Kurswechsel in der Förderung der bpb zu veranlassen:<sup>21</sup> Die Kürzung hätte vor allem auch Einschnitte in der Förderung freier Bildungsträger zur Folge, sodass der notwendige Beitrag der politischen Bildungsarbeit

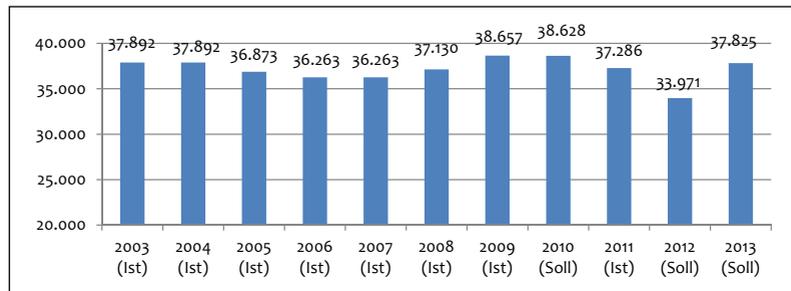
zur demokratischen Grundbildung und zur Begleitung aktueller gesellschaftlicher Diskurse und Herausforderungen nicht mehr in dem notwendigen Maß geleistet werden könnte. Letztlich trug der Haushaltsausschuss der Argumentation des bap insofern Rechnung, als sich die Kürzungen stärker die eigenen Sachtitel der bpb betreffen als deren Budget zur Förderung der einzelnen Träger politischer Bildung.<sup>22</sup> Sichtbar werden die Sparmaßnahmen insgesamt im Rückbau zuwendungsbasierter Veranstaltungsformen, in der Reduzierung des Engagements im Bereich Ausstellungen sowie in der Straffung des Printangebotes u.a. durch eine stärker nachfrageorientierte Steuerung der Auflagenhöhen. Andererseits soll ein Mittelaufwuchs um jährlich zwei Millionen Euro für die Jahre 2013 bis 2016 zur Bekämpfung des Rechtsextremismus der bpb erlauben, jenseits der Mittelkürzungen entsprechende Akzente zu setzen.<sup>23</sup>

Unter dem Strich: Die Haushaltskürzungen wirken sich belastend auf die inhaltliche Arbeit der Bundeszentrale aus. So sank das Finanzierungsvolumen für politische Bildungsarbeit im engeren Sinne von 18,3 Millionen Euro 2009 auf 14,8 Millionen Euro 2012. Allerdings fällt dieser Rückgang verglichen mit dem sinkenden Gesamtbudget der bpb noch relativ günstig aus: Denn wo der Anteil für politische Bildungsarbeit am Gesamtbudget 2006 46,5 Prozent betrug, steigerte er sich 2009 zwischenzeitig auf 47,6, um dann 2012 auf 44,0 Prozent zu fallen. Bei den Ausgaben für die Sacharbeit insgesamt schlägt die Kürzung ähnlich zu Buche, zumal deren Anteil von 68,0 Prozent in 2006, über 66,4 Prozent 2009 auf 60,1 Prozent 2012 zurückging. Auf die Förderung von Bildungsträgern ergingen davon – ebenso mit abnehmender Tendenz – 2006 6,6, 2009 6,5 und 2011 6,4 Millionen Euro, was jeweils 27,0, 25,5 und 26,4 Prozent der Mittel für Sacharbeit ausmacht.<sup>24</sup>

Zuzüglich zu ihren Eigenmitteln, welche sie aus einem eigenen Titel im Haushalt des BMI bezieht, hat die Bundeszentrale in beiden Haushaltsjahren zusätzliche Zuweisungen aus anderen Haushalten bzw. Haushaltstiteln (BMFSFJ, BMI) in Höhe von insgesamt 1,4 Millionen Euro 2006, 800 Tsd. Euro 2009. 2011 betrugen diese Zuweisungen noch lediglich 24 Tsd. Euro. Hinzu kommen eigene Einnahmen der bpb, die sich 2006 auf 3,6 Millionen Euro beliefen, 2009 auf 4,8 Millionen Euro und 2011 auf 3,7 Millionen Euro. Das Gros dieser Einnahmen resultiert aus der Bereitstellungspauschale für Publikationen. Aber auch die Ende 2003 getroffene Regelung, bei vielen Veranstaltungen Teilnehmerbeiträge zu erheben, führt zur Refinanzierung von Ausgaben.<sup>25</sup>

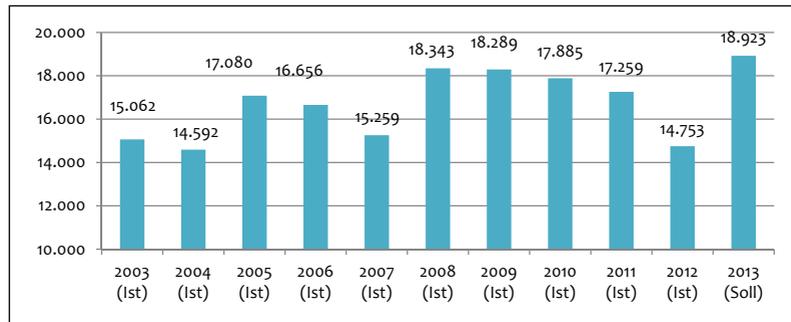
Zuversichtlich stimmen die im Bundeshaushalt 2013 eingeplanten Mittel für die bpb mit ihrem Sollwert in Höhe von 37,8 Millionen Euro fürs Gesamtbudget sowie mit 24,7 Millionen Euro für die Sacharbeit, die Kürzungen der letzten Jahre wettmachen würden. Allerdings ist diese Erhöhung teilweise dem erwähnten Mittelaufwuchs um zwei Millionen Euro zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie der Umschichtung der Ausgaben des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT) in Höhe von einer Million Euro zu verdanken. Vor allem bleibt abzuwarten, ob diese Planwerte entsprechend auch realisiert werden.

Abb. 15: Entwicklung des Gesamtbudgets<sup>26</sup> der Bundeszentrale für politische Bildung von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)



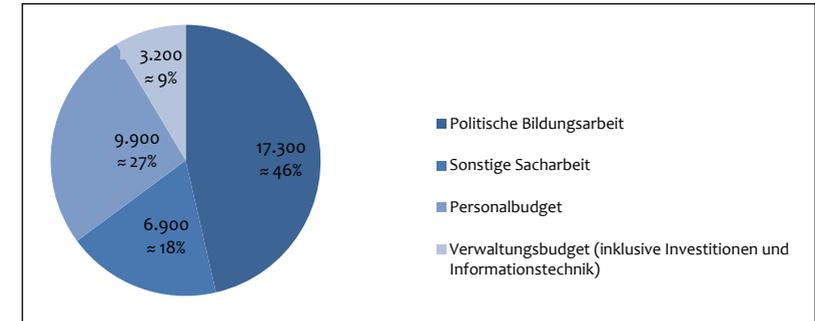
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 35 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013. Die geringfügigen Abweichungen zu den Werten in Abb.16 bis Abb. 18 sind auf unterschiedliche Rundungsverfahren und im Detail abweichende Kategorisierungen in den zugrunde gelegten Erhebungen zurückzuführen.

Abb. 16: Entwicklung des Ausgabenpostens „politische Bildungsarbeit“ der Bundeszentrale für politische Bildung von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)



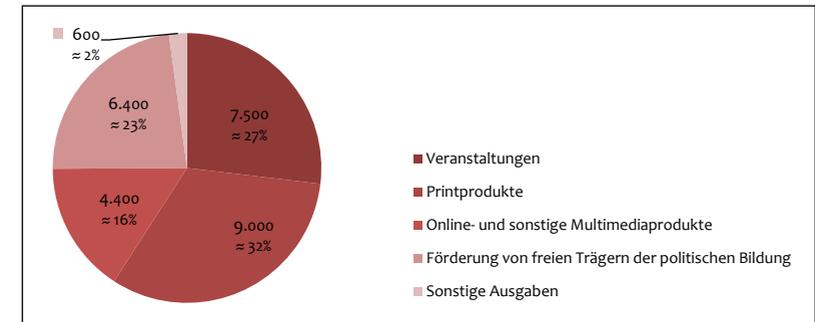
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 35 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 17: Aufschlüsselung des Gesamtbudgets der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2011 gemäß den einzelnen Ausgabeposten (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Jahresberichts 2010/2011 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.

Abb. 18: Aufschlüsselung der Ausgaben für Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2011 (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Jahresberichts 2010/2011 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.

Tab. 1: Gesamtbudget der Bundeszentrale für politische Bildung  
(in 1.000 Euro)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Ausgaben für die Sacharbeit</b>	<b>24.401</b>	<b>23.402</b>	<b>25.617</b>	<b>25.543</b>	<b>25.390</b>	<b>24.171</b>
davon politische Bildungsarbeit	16.656	15.259	18.343	18.289	17.885	17.259
<b>Personalausgaben</b>	<b>9.15</b>	<b>8.943</b>	<b>9.419</b>	<b>9.602</b>	<b>9.532</b>	<b>9.905</b>
<b>Verwaltungs- ausgaben</b> (einschließlich Investitionen und Informationstechnik)	<b>2.278</b>	<b>2.909</b>	<b>2.854</b>	<b>3.273</b>	<b>3.326</b>	<b>3.210</b>
<b>Insgesamt</b> (Istwerte)	<b>35.831</b>	<b>35.254</b>	<b>37.890</b>	<b>38.418</b>	<b>38.248</b>	<b>37.286</b>

Quelle: bpb 2012: Jahresbericht, 109 f.; bpb 2010: Jahresbericht, 86 f.; bpb 2008: Jahresbericht, 99 f. sowie die jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 35 der Bundeshaushalte 2006 bis 2013. Für die Jahre 2012 und 2013 werden im Bundeshaushaltsplan 2013 nur Sollwerte aufgeführt, die hier nicht berücksichtigt werden.

Tab. 2: Verteilung der Ausgaben und Einnahmen bei der Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (in 1.000 Euro)

	2006		2007		2008	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
<b>Veranstaltungen</b>	<b>5.600</b>	<b>300</b>	<b>6.000</b>	<b>200</b>	<b>9.300</b>	<b>600</b>
<b>Printprodukte</b> (inkl. Publikations- versand)	<b>12.700</b>	<b>3.300</b>	<b>11.800</b>	<b>3.600</b>	<b>11.400</b>	<b>4.100</b>
<b>Online- und sonstige Multimediaprodukte</b>	<b>3.900</b>	<b>0</b>	<b>3.100</b>	<b>0</b>	<b>3.300</b>	<b>100</b>
<b>Förderung von Bildungsträgern</b>	<b>6.600</b>	<b>0</b>	<b>6.600</b>	<b>0</b>	<b>6.700</b>	<b>0</b>
<b>Sonstiges</b>	<b>600</b>	<b>0</b>	<b>1.000</b>	<b>0</b>	<b>1.500</b>	<b>0</b>
<b>Ausgaben und Einnahmen gesamt</b>	<b>29.400</b>	<b>3.600</b>	<b>28.500</b>	<b>3.800</b>	<b>32.200</b>	<b>4.800</b>
<b>sonst. Zuweisungen</b>	<b>-</b>	<b>1.400</b>	<b>-</b>	<b>1.300</b>	<b>-</b>	<b>1.800</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>24.400</b>		<b>23.400</b>		<b>25.600</b>	

	2009		2010		2011	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
<b>Veranstaltungen</b>	<b>8.400</b>	<b>500</b>	<b>7.200</b>	<b>500</b>	<b>7.500</b>	<b>700</b>
<b>Printprodukte</b> (inkl. Publikations- versand)	<b>10.300</b>	<b>3.700</b>	<b>9.800</b>	<b>3.000</b>	<b>9.000</b>	<b>2.700</b>
<b>Online- und sonstige Multimediaprodukte</b>	<b>4.300</b>	<b>200</b>	<b>4.600</b>	<b>300</b>	<b>4.400</b>	<b>300</b>
<b>Förderung von Bildungsträgern</b>	<b>6.500</b>	<b>0</b>	<b>6.800</b>	<b>0</b>	<b>6.400</b>	<b>0</b>
<b>Sonstiges</b>	<b>1.200</b>	<b>0</b>	<b>900</b>	<b>0</b>	<b>600</b>	<b>0</b>
<b>Ausgaben und Einnahmen gesamt</b>	<b>30.700</b>	<b>4.400</b>	<b>29.300</b>	<b>3.800</b>	<b>27.900</b>	<b>3.700</b>
<b>sonst. Zuweisungen</b>	<b>-</b>	<b>800</b>	<b>-</b>	<b>100</b>	<b>-</b>	<b>0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>25.500</b>		<b>25.400</b>		<b>24.200</b>	

Quelle: bpb 2012: Jahresbericht, 109 f.; bpb 2010: Jahresbericht, 86 f.; bpb 2008: Jahresbericht, 99 f.

#### Die Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit)

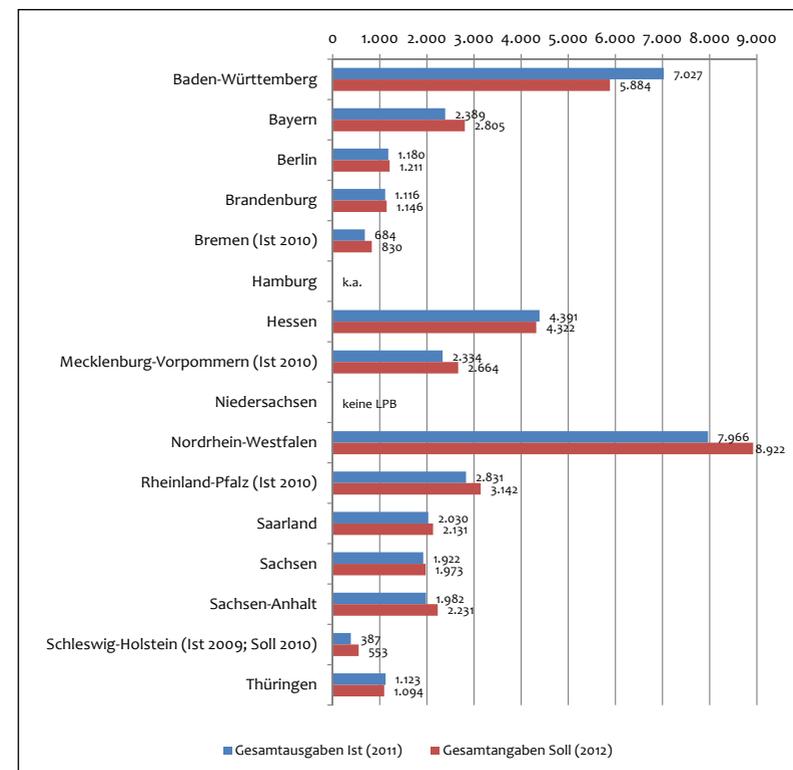
Die Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) stellen gleichsam die Schwesterorganisationen der bpb auf Landesebene dar, wobei sie ein ähnliches Aufgabenspektrum wie die Bundeszentrale abdecken. So besteht auch ihr ausdrücklicher Auftrag darin, das demokratische Bewusstsein und die politische Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Eine Sonderstellung nimmt hier die baden-württembergische Landeszentrale ein, die sich ungleich stärker auf *eigene* Angebote der politischen Bildung konzentriert. Organisatorisch sind die Landeszentralen entweder den jeweiligen Bildungs- bzw. Kultusministerien (so etwa Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt ...), den Staatskanzleien (Baden-Württemberg, Thüringen ...) oder den Landesparlamenten (Schleswig-Holstein) unterstellt. Zum Teil ändern sich hier die ministeriellen Zuständigkeiten: So unterstand die Landeszentrale für politische Bildung in Schleswig-Holstein bis 2005 dem (Landes-)Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur; von 2005 bis 2009 war sie der Staatskanzlei zugeordnet, um dann nach der Landtagswahl 2009 wieder Teil des Kultusministeriums zu werden. Anfang 2011 siedelte sie schließlich zum dortigen Landtag über und bildet dort seitdem eine unabhängige und überparteiliche Stabsstelle. Gleichwohl hat sie hierdurch ihre institutionelle Eigenständigkeit eingebüßt. Allein das Land

Niedersachsen verfügt über keine Landeszentrale. Diese wurde zum Jahresende 2004 durch die Landesregierung ersatzlos aufgelöst. Einen gewissen Sonderfall stellt zudem das Saarland dar, in dem die Aufgaben der dortigen Landeszentrale durch das Landesinstitut für Pädagogik und Medien übernommen werden.

Was die finanzielle Ausstattung der Landeszentralen anbelangt, so variiert auch diese aufgrund des föderalen System von Land zu Land (siehe Abb. 19 und Abb. 20). Zudem lässt sich seit Mitte der 1990er Jahre ein Trend zu moderaten Miteinschränkungen bzw. Mittelkürzungen beobachten, wobei die Sollwerte für 2012 die Hoffnung auf eine Trendwende wecken. Auffällig ist insgesamt auch der Rückgang in der Zahl der Mitarbeiter vieler Landeszentralen.

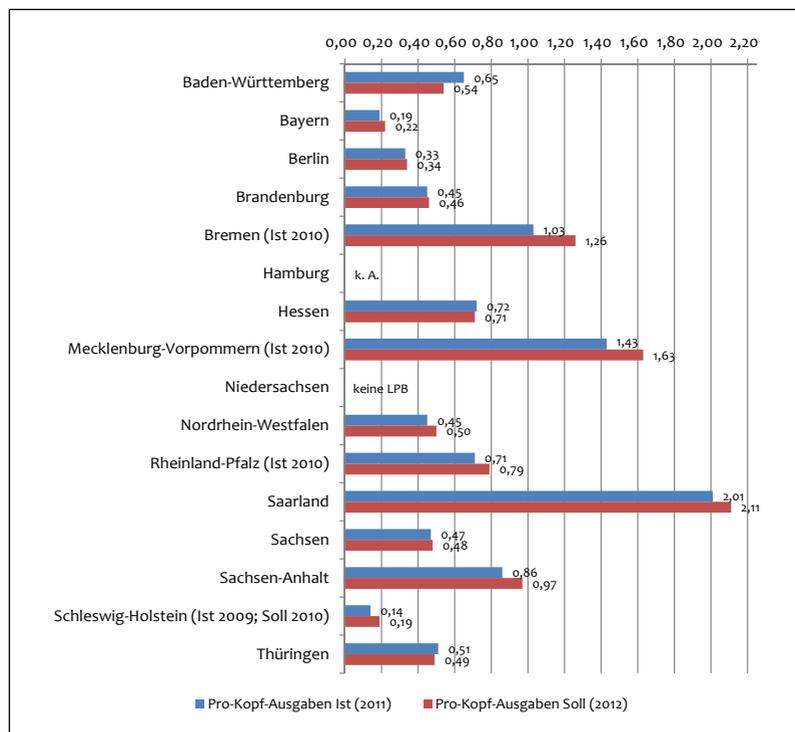
Ohne die föderative Eigenständigkeit dieser Landeseinrichtungen zu tangieren, wird die gemeinsame Arbeit über zweimal jährlich stattfindende Leiterkonferenzen der Landeszentralen und der Bundeszentrale koordiniert.

Abb. 19: Gesamtausgaben der Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Angaben in den einschlägigen Einzelplänen der jeweiligen Landeshaushalte.

Abb. 20: Pro-Kopf-Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung pro Jahr (in Euro)



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Angaben in den einschlägigen Einzelplänen der jeweiligen Landeshaushalte.

#### Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben und Zentrum Innere Führung der Bundeswehr

Relevante Anbieter politischer Bildung – allerdings auf die spezifische Zielgruppe der jungen Erwachsenen ausgerichtet – sind zum einen das *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* (BAFzA), welches im Rahmen des *Bundesfreiwilligendienstes* (BFD) entsprechende Seminare anbietet, und zum anderen das *Zentrum Innere Führung*, das Wehrdienstleistende fokussiert.

Das *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* ist mit dem Inkrafttreten des *Bundesfreiwilligendienstgesetzes* am 3. Mai 2011 aus dem vormaligen *Bundesamt für den Zivildienst* (BAZ) hervorgegan-

gen und wie auch Letzteres dem *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) untergeordnet. Mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht 2011 wurde auch der Zivildienst in Deutschland obsolet, der die häufigste Form der Ableistung des Wehersatzdienstes darstellte. Stattdessen wurde der *Bundesfreiwilligendienst* als Initiative zur freiwilligen, gemeinnützigen und unentgeltlichen Arbeit eingeführt, um die bestehenden Freiwilligendienste *Freiwilliges Soziales Jahr* und *Freiwilliges Ökologisches Jahr* zu ergänzen und das bürgerliche Engagement zu fördern. Auch wenn er sich vorrangig an junge Erwachsene unter 27 Jahre richtet, ist er nach oben hin offen. Im Rahmen des BFD müssen alle Teilnehmer Seminare im Umfang von 25 Tagen pro Jahr besuchen, wovon eine Seminarwoche – d.h. mindestens fünf Tage – der politischen Bildung dienen muss und „in der Regel in den bestehenden staatlichen Zivildienstschulen durchgeführt werden“ soll (§ 4 des Bundesfreiwilligendienstgesetzes).

Bereits zum Jahresende 2011 vermeldete das BAFzA 26.240 Bundesfreiwillige; ein knappes Jahr nach der Einführung waren es 37.518, womit die von der Bundesregierung festgelegte Planzahl von 35.000 Bundesfreiwilligen übertroffen wurde, sodass teilweise Bewerber abgewiesen werden mussten.<sup>27</sup> Im Vergleich hierzu wurden im Rahmen des (als Alternative zum Wehrdienst obligatorischen) Zivildienstes 2008 85.149, 2009 90.514 und schließlich 2010 78.387 junge Menschen einberufen, die ebenfalls einen fünftägigen staatsbürgerlichen Einführungslehrgang an einer Zivildienstschule absolvieren mussten.

Angesichts des erst kurz zurückliegenden Zeitpunkts der Aussetzung der Wehrpflicht und der damit einhergehenden Umstrukturierung des verpflichtenden Zivildienstes in den fakultativen Bundesfreiwilligendienst befindet sich dieser Bereich nach wie vor in einer Umbruchsituation, wobei sich durch notwendige rechtliche und organisatorische Anpassungen die Rahmenbedingungen immer noch ständig verändern. Insofern lassen sich zurzeit weder repräsentative Zahlen erheben noch quantitative Veränderungen im Angebot der politischen Bildung im Zuge der Transformation des BAZ ins BAFzA darlegen und bewerten. Unter anderem ist gegenwärtig eine ergebnisoffene Evaluation über die notwendige Anpassung der Landschaft der Zivildienstschulen einschließlich ihrer (Neu-)Ausrichtung in Auftrag gegeben, auf deren Erkenntnissen entsprechende Schritte vorgenommen werden sollen.<sup>28</sup>

Neben dem *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* kommt insbesondere dem *Zentrum Innere Führung* im Verantwortungsbereich des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) grundlegende Bedeutung als Garant politischer Bildung in den heranwachsenden Generationen zu. Zwar bewirkt auch hier die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht 2011 eine Umbruchsituation, deren quantitative Effekte im Moment noch nicht abzuschätzen sind; an der Relevanz der politischen Bildung im Rahmen des Wehrdienstes hat sie allerdings nichts verändert.

Auch angesichts der deutschen Zeitgeschichte ist politische Bildung fester Bestandteil des Leitbildes Staatsbürger in Uniform. Entsprechend verpflichtet auch das Soldatengesetz die Streitkräfte zur Erteilung staatsbürgerlichen Unterrichts für alle Soldatinnen und Soldaten (§ 33 Soldatengesetz). Dazu werden die Grundlagen, Grundsätze, Ziele sowie Inhalte und Themen der politischen Bildung in der Bundeswehr durch die Zentrale Dienstvorschrift 12/1 in ihrer Fassung vom November 2008 formuliert; darin heißt es u.a.:

*„[...] Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind ‚Staatsbürger in Uniform‘. Dieses Leitbild beschreibt idealtypisch die Merkmale, die die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr kennzeichnen:*

- sie sind freie Persönlichkeiten,*
- sie handeln verantwortungsbewusst als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und*
- sie halten sich einsatzbereit für den Auftrag.*

*Das Leitbild steht damit auch für die politisch gebildeten, verantwortungsbewussten Soldatinnen und Soldaten, die die politischen Begründungen, Bedingungen und Folgen ihres Handelns erkennen und deshalb aus Überzeugung für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland eintreten.*

*„[...] Politische Bildung orientiert sich an diesem Leitbild und schafft eine wesentliche Voraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten und damit auch für die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte insgesamt.“*

Konkret wird die im Dienst- und Ausbildungsplan festgelegte politische Bildung in den Streitkräften als aktuelle Information und staatsbürgerliche Bildung durchgeführt. Beide Formen stehen eigenständig nebeneinander, wobei für die Durchführung folgende zeitliche Mindestvorgaben gelten:

- In der Allgemeinen Grundausbildung – also bereits zu Beginn des Wehrdienstes – umfasst die entsprechende Ausbildung 16 Stunden.
- Ab dem vierten Dienstmonat werden monatlich mindestens drei Stunden politische Bildung erteilt. Damit erhält ein Grundwehrdienst Leistender während seiner Dienstzeit von neun Monaten insgesamt mindestens 32 Stunden politische Bildung.
- Maßnahmen zur politischen Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere werden durch die verantwortlichen Vorgesetzten überwiegend dezentral veranlasst. Hierfür ist ein Zeitansatz von mindestens drei Tagen pro Jahr vorgesehen. Diese Weiterbildung soll nicht nur Sachinformationen und Meinungen anbieten, sondern auch Fähigkeiten vermitteln, die für die Umsetzung des allgemeinen Ziels politischer Bildung, die zu treffenden didaktischen und methodischen Entscheidungen sowie zur Lernzielkontrolle erforderlich sind.
- In Lehrgängen, die länger als eine Woche dauern, werden Maßnahmen zur politischen Bildung einbezogen und besonders ausgewiesen.
- Bei Wehrübungen einzelner Reservisten mit einer Dauer von mindestens drei Tagen wird grundsätzlich auch politische Bildung vorgesehen.
- Bei Truppenwehrrübungen, die länger als sieben Tage dauern, werden Maßnahmen zur politischen Bildung ebenfalls eingeplant und besonders ausgewiesen.

Das BMVg hat am *Zentrum Innere Führung* seit 2003 insgesamt drei Aktionsprogramme zur politischen Bildung im bundeswehrweiten Rahmen entwickelt und durchgeführt. Ziel dieser Programme ist die gezielte, dezentrale Fortbildung von Führungspersonal, insbesondere in Fragen der Legitimation und Mandatierung von Einsätzen, der interkulturellen Kompetenz und der Integration. Im Rahmen von *„Xenos – Vielfalt leben“* wurden rund 9.000, durch *„Dimension Kulturen“* rund 28.000 und über *„ERGO – im Einsatz“* rund 14.000 Angehörige der Bundeswehr in der politischen Bildung durch zivil-militärische Lehrteams fortgebildet. Des Weiteren wurde mit dem Seminar *„Hauptstadtgebundene politische Bildung – Lernort Berlin“* ein Format umgesetzt, das auf die kontinuierliche Qualifizierung von Multiplikatoren im Rahmen der Streitkräfte abzielt. Im Jahr 2012 wurden 33 dieser Seminare für bis zu 25 Soldatinnen und Soldaten angeboten; 2013 sind 35 Seminare vorgesehen.

Für die praktische Gestaltung der politischen Bildung haben die verantwortlichen Vorgesetzten einen breiten Handlungsspielraum. Sie wird im Rahmen der militärischen Laufbahn- und Führungslehrgänge nicht nur an

den bundeswehreigenen Ausbildungseinrichtungen angeboten. Vielmehr wird entsprechend der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel professionelle Unterstützung durch die *Bundeszentrale für politische Bildung*, die *Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit)* und durch andere zivile Bildungsträger eingeholt. Hierzu werden explizit für Maßnahmen der politischen Bildung im Verteidigungshaushalt jährlich rund vier Millionen Euro veranschlagt (siehe später Tab. 9). Diese Mittel werden neben den unmittelbaren Maßnahmen der Aus- und Fortbildung für die Reisekostenvergütung sowie die Beschaffung von Zeitungen verwandt (Abb. 47 und Abb. 48). Nicht zuletzt wird die Bedeutung der politischen Bildung im Rahmen der Bundeswehr durch das Projekt „*Netzwerk Politische Bildung in der Bundeswehr*“ unterstrichen: So haben sich seit 2006 auf Initiative der bpb insgesamt 30 der von ihr anerkannten und geförderten Träger und Unterträger der politischen Erwachsenenbildung mit Unterstützung des Bundesministeriums der Verteidigung zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um ihre Kompetenzen im Angebot politischer Bildung für die Bundeswehr zu bündeln. Die einzelnen Träger des Netzwerkes bieten mit ihren Angeboten eine gesicherte Qualität politischer Bildung für die Bundeswehr, arbeiten eng zusammen, entwickeln neue Angebote und beeinflussen damit nachhaltig den zivil-militärischen Dialog.

#### *Die Rolle der Medien und die Öffentlichkeitsarbeit der Bundes- und Landesorgane*

Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass auch die *öffentlich-rechtlichen Medien* einen Auftrag zur politischen Bildung haben. Und ebenso spielt die *Öffentlichkeitsarbeit der Bundes- wie Landesorgane* eine wichtige Rolle als Bildungsmaßnahme, zumal sie den Auftrag verfolgt, Bürgerinnen und Bürger nicht allein zu informieren, sondern über politische, gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge aufzuklären und insofern auch politisch zu orientieren.

#### **2.3.1.2 Nichtstaatliche (freie bzw. gesellschaftliche) Bildungsträger**

Eine besondere Bedeutung im deutschen System der politischen (Weiter-)Bildung kommt den freien bzw. gesellschaftlichen Bildungsträgern zu. Denn sie sind es, die die angestrebte *pluralistische* Angebotslandschaft gewährleisten – mit all ihren mannigfaltigen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profilen unter dem einenden Dach der konsensuellen freiheitlichen demokratischen Leitwerte (s.o.).

Will man diese quantitativ erfassen, sind insbesondere zwei Zusammenstellungen relevant: zum einen die *Aufstellung der durch die Bundeszentrale für politische Bildung anerkannten Bildungsträger*, welche aktuell rund 120 Einrichtungen umfasst.<sup>29</sup> Diese ist insofern repräsentativ, da eine Auflistung erforderlich ist, um als Kooperationspartner der bpb finanzielle Zuschüsse beziehen zu können. Das zweite maßgebliche Verzeichnis ist die *Mitgliedsliste des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)*, welche gegenwärtig 108 Einträge umfasst. Seine Mitglieder sind Einrichtungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung, wie Jugendbildungsstätten, Heimvolkshochschulen, internationale Begegnungsstätten, ebenso wie das Gros der Akademien der parteinahen Stiftungen – wobei sich alle ihre Mitglieder dadurch auszeichnen, dass sie einem dezidierten Auftrag politischer Bildungsarbeit nachgehen (siehe dazu auch die Kap. 2.3.1.3 sowie 2.3.2).<sup>30</sup>

#### *Politische bzw. parteinahe Stiftungen*

In der Kategorie der freien bzw. gesellschaftlichen Bildungsträger stehen insbesondere die *politischen bzw. parteinahen Stiftungen* im Fokus. Nicht nur sind sie Organisationen, denen schwerpunktmäßig im politischen System Deutschlands der Auftrag der politischen Bildung zukommt (was etwa schon an der Höhe ihrer Haushalte abgelesen werden kann). Vielmehr sind sie auf jeder Ebene des politischen und gesellschaftlich-politischen Lebens präsent – von der Parteibasis und politisch interessierten Bevölkerung bis in die Staatspolitik. So gibt Artikel 21 des Grundgesetzes Parteien das *Recht* und die *Pflicht*, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Das Parteiengesetz unterstreicht mit Artikel 1 Absatz 1 und 2 diese Aufgabe insofern noch einmal, als es den Parteien den Auftrag erteilt, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens an der Bildung des politischen Willens des Volkes mitzuwirken, indem sie die Bildung anregen und vertiefen sollen.

Als parteinahe und dennoch rechtlich unabhängige Institutionen sind sie nicht wertneutral, sondern repräsentieren das Spektrum der politischen Grundströmungen im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit den politischen Pluralismus in Deutschland.<sup>31</sup> Parteinahe Stiftungen sind daneben auch im Ausland tätig, vor allem unter der Ägide der Völkerverständigung im Allgemeinen wie der europäischen Integration oder auch grenzüberschreitender politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder umweltpolitischer Entwicklungen im Besonderen. Diese Besonderheit kommt auch in der Struktur ihrer Finanzierung zum Ausdruck, die in rele-

vantem Maße auf staatlichen Fördergeldern basiert (vgl. dazu auch Kap. 2.4.2). Die politischen Stiftungen gewinnen Anspruch auf Förderung aus dem Bundeshaushalt, nachdem die ihnen nahestehenden Parteien mindestens zwei Legislaturperioden im Deutschen Bundestag vertreten waren; verpassen sie aber in zwei nacheinander folgenden Wahlen ihren Einzug ins Parlament, verwirken sie diesen Anspruch wieder. Von der staatlichen Finanzierung entfällt der höchste Anteil an die vom BMI bereitgestellten Globalmittel. Zudem werden politische Stiftungen u.a. auch durch die Haushalte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amtes (AA) und mitfinanziert. Hinzu kommen noch Landesmittel, die über die Staatskanzleien und/oder die Landeszentralen für politische Bildung zugeleitet werden.

Alle gegenwärtig im Bundestag vertretenen Parteien finden ihre Äquivalente in parteinahen Stiftungen, welche jeweils eine ganze Reihe an Bildungswerken, -stätten oder -akademien unterhalten. Die relevanten Stiftungen auf Bundesebene sind:

- Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah)
- Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FDP-nah)
- Hanns-Seidel-Stiftung (CSU-nah)
- Heinrich-Böll-Stiftung (Die Grünen-nah)
- Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU-nah)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke-nah)

Zugleich existieren auch auf Landesebene parteinahe Stiftungen: so etwa die *Heinz-Kühn-Stiftung* sowie die *Karl-Arnold-Stiftung* in Nordrhein-Westfalen, die *Karl-Hermann-Flach-Stiftung* in Hessen, die *Petra-Kelly-Stiftung* in Bayern u.v.a. Zum anderen kooperieren sie mit bzw. fördern Stiftungen, die einzelne politisch, gesellschaftlich oder sozio-ökonomisch relevante Themen fokussieren. Zu Letzteren gehört beispielsweise die *Ludwig-Erhard-Stiftung*, welche sich der Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer ideellen Grundlagen verpflichtet weiß.

Die politischen Stiftungen erreichen mit ihren rund 12.000 Veranstaltungen im Jahr ungefähr 700.000 Teilnehmer; über ihre Internetseiten bieten sie Informationen an, die im Schnitt 40 Millionen Mal im Jahr aufgerufen werden, wobei hier spezielle Themenportale noch nicht eingerechnet sind.<sup>32</sup> Insgesamt ergänzen sich die Bundeszentrale und die parteinahen Stiftungen in ihrem Auftrag, politische Bildung zu betreiben. Ihre Mittelausstattung aus

dem Bundeshaushalt bzw. den Landeshaushalten soll gewährleisten, dass ihnen die Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben angemessen ermöglicht wird.

#### *Die Volkshochschulen*

Ein wichtiger Akteur der Erwachsenen- und Weiterbildung im öffentlichen Auftrag sind die *Volkshochschulen*, die als gemeinnützige Einrichtungen kommunal betrieben werden und sich im *Deutschen Volkshochschul-Verband* (DVV-VHS) vereinen. Als ihre Träger fungieren meist Gebietskörperschaften wie Gemeinden oder Landkreise, aber auch eingetragene gemeinnützige Vereine, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Zweckverbände. Ähnlich wie die politischen Stiftungen stellen sie daher einen Sonderfall dar: Durch ihre Anbindung an die Gebietskörperschaften sind sie zwar „staatsnah“ von ihrer rechtlichen Struktur und ihren Bildungsangeboten allerdings „frei“.

Die Zahl der einzelnen Einrichtungen ist in der letzten Zeit angesichts von Fusionen und einzelnen Austritten aus Landesverbänden leicht rückläufig: 2009 zählte der Verband noch 957 Mitglieder, 2010 waren es 938, 2011 dann 929.

Vor allem im Rahmen ihres Programmbereichs „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ finden Angebote der politischen Bildung statt. Allerdings besitzt dieser Programmbereich gemessen an der Anzahl der Unterrichtsstunden einen relativ geringen Stellenwert: Im Jahr 2011 betrug der Anteil des Programmbereichs 4,5 Prozent. Zum Vergleich: 1993 belief er sich noch auf 7,8 Prozent, 2002 auf 4,7 Prozent, 2004 und 2006 auf 4,4 Prozent, 2008 auf zwischenzeitig 5,0 Prozent und 2010 auf 4,5 Prozent.<sup>33</sup>

#### *Zivilgesellschaftliche und unternehmensverbundene Stiftungen*

Eine zunehmend wichtige Rolle im Rahmen der politischen Bildung spielen *zivilgesellschaftliche* sowie *unternehmensverbundene Stiftungen*. Zu den größten Mitspielern auf diesem Gebiet zählt mit Abstand die *Robert Bosch Stiftung*, die insbesondere in ihrem Programmbereich „Bildung und Gesellschaft“ verstärkt Angebote zur politischen Bildung und bürgerschaftlichem Engagement unterbreitet, entsprechende Initiativen anregt und konkrete Projekte mitfinanziert. Beispiele für weitere Stiftungen, welche sich in relevantem Maße auf diesem Gebiet betätigen sind die *Gemeinnützige Hertie-Stiftung*, mit den beiden Förderbereichen „Europäische Integration“ und

„Erziehung zur Demokratie“, des Weiteren die *Bertelsmann Stiftung*, die *Landesstiftung Baden-Württemberg* oder auch die *Freudenberg Stiftung*.

#### *Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Wohlfahrtseinrichtungen*

Weitere bedeutsame Akteure in der Landschaft der politischen Bildungsträger sind Gewerkschaften, die sich im entsprechenden Rahmen vor allem auf Fragestellungen der sozialen Gerechtigkeit, der Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft, der betrieblichen wie politischen Mitverantwortung u.Ä. ausrichten. Als konkretes Beispiel sei hier stellvertretend das *DGB Bildungswerk* aufgeführt, ebenso wie die *Hans-Böckler-Stiftung*. Auf der anderen Seite stellen auch *Unternehmerverbände* genuine Angebote an politischer Bildung bereit. Das Gleiche trifft auf *Wohlfahrtsverbände* zu. Ein nicht zu vernachlässigender Anbieter politischer Bildungsarbeit ist zudem der *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* (BAK AL). Diese Einrichtung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wird bundesweit vom Deutschen Gewerkschaftsbund und den Volkshochschulen paritätisch getragen. Sie will ihren Beitrag dazu leisten, dass sich die Arbeit und das Leben der Menschen nach den Prämissen von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität mit dem Ziel einer demokratischen Kultur der Partizipation entwickeln; dazu will sie mit Bildungsangeboten Möglichkeiten schaffen, um einschlägiges Wissen zu vermitteln, die Urteilsbildung zu fördern und zur gesellschaftlichen Mitwirkung anzuregen.<sup>34</sup>

#### *Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften*

Dem Auftrag politischer Bildungsarbeit gehen ebenso *Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften* nach, wobei in Deutschland naturgemäß das größte Angebot seitens der Evangelischen und Katholischen Kirche unterbreitet wird. In diesem Zusammenhang seien die jeweiligen Bereiche „Politik – Gesellschaft“ im Rahmen sowohl der Evangelischen Erwachsenenbildung (DEAE) als auch der Katholischen Erwachsenenbildung (KBE) erwähnt.

#### *Europäische Akademien und Europa-Häuser*

Last but not least spielen in einem sich zunehmend einigenden Europa die 17 *Europäische Akademien und Europa-Häuser*, vereinigt im Dachverband *Gesellschaft der Europäischen Akademien e.V.*, eine wichtige Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte wie auch europapolitischer Inhalte. Neun

der 17 sind Einrichtungen mit eigenem Tagungshaus; die anderen führen ihre Veranstaltungen an verschiedenen Orten im In- und Ausland durch.

#### **2.3.1.3 Verbandsstruktur der Träger politischer Erwachsenenbildung**

Die Einrichtungen und Träger politischer Erwachsenen-/Weiterbildung organisieren sich in der Regel in Verbänden, um Foren für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung zu schaffen und auf diese Weise auch ihr politisches wie gesellschaftliches Gewicht zu bündeln.

Relevant in Bezug auf die bundesweit tätigen Verbände ist insbesondere der bereits erwähnte *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* (AdB), welcher als konfessionell und parteipolitisch ungebundener Zusammenschluss von Einrichtungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen Profilen firmiert. Seine Zielsetzung ist es, die außerschulische Bildung, insbesondere die politische Bildung als Element der Allgemeinbildung, zu fördern. Unterstützt wird er hierbei mit Finanzmitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Als weitere Verbände figurieren der ebenfalls bereits vorgestellte *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* sowie die beiden *Arbeitsgemeinschaften der Evangelischen und Katholischen für Erwachsenenbildung* (DEAE und KBE). Schließlich ist hier auch der *Deutsche Volkshochschulverband* als wichtige Dachorganisation zu nennen.

Ergänzt werden die einzelnen Verbände durch den 1966 gegründeten *Bundesausschuss Politische Bildung*, der den zentralen Zusammenschluss von gegenwärtig insgesamt 32 bundesweit tätigen Trägerverbänden der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung darstellt (Stand: Dezember 2012). Seine Geschäftsstelle wird im Auftrag der Mitgliederversammlung durch den bereits genannten *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* geführt, was zugleich zu einer engen Aneinanderbindung beider Verbände beiträgt. Der Tätigkeitsbereich des Bundesausschusses umfasst im Wesentlichen die *Weiterentwicklung der politischen Bildung*, die *politische Vertretung* der Interessen und ihre Optimierung sowie die *Organisation und Neugestaltung der internen Struktur und Vernetzung* der beteiligten Akteure.

Allerdings wird die Gesamtlandschaft der politischen Bildung in Deutschland nur eingeschränkt durch die Verbandsstruktur widerspiegelt: Denn zum einen sind nicht alle Anbieter politischer Bildung verbandlich

organisiert und insofern nicht berücksichtigt. Zum anderen handelt es sich bei den organisierten Institutionen mit Ausnahme des AdB – um Einrichtungen, bei denen politische Bildungsarbeit nur einen Teil ihres jeweiligen Weiterbildungsangebots darstellt, der noch von Träger zu Träger variiert (siehe auch Kap. 3).

### **2.3.2 Weiterbildungsangebot der freien Träger politischer Bildung im Überblick**

Die Erfassung des Angebots an politischer Bildung stößt angesichts der Heterogenität und des volatilen Organisationsgrads der Träger politischer Bildung auf Grenzen. Gleichwohl gibt es mit der „*Weiterbildungsstatistik im Verbund*“ ein Instrument, mit dem sich eine durchaus für die gesamte Angebotsstruktur im Bereich der freien Träger repräsentative Aufnahme verwirklichen lässt.

Diese vom *Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen* (DIE) verantwortete Statistik erhebt seit 2002 regelmäßig Daten zum Stand der (politischen) Erwachsenenbildung.<sup>35</sup> Grundlage hierfür sind Meldungen der genannten Verbände, d.h. des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*, des *Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben*, der *Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung*, der *Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* sowie des *Deutschen Volkshochschul-Verbands*.

Im Idealfall bezieht diese Statistik im letzten verfügbaren Erfassungsjahr 2010 beim AdB 98 (2011: 108) Bildungseinrichtungen ein, beim BAK AL rund 159, bei der DEAE 473, der KBE 568 sowie beim DVV 938 (2011: 929). Die Erfassungsquote betrug 2010 86 Prozent der Institutionen. Denn trotz der Möglichkeiten, die eine solche Verbundstatistik bietet, und trotz der dringender werdenden Notwendigkeit, aussagekräftige Zahlen und Daten zu bekommen, konnten viele Mitglieder nicht überzeugt werden, daran mitzuwirken. Dies liegt u.a. daran, dass das Vorhaben mit zahlreichen anderen statistischen Anforderungen konkurriert, und gleichfalls an dem generell gestiegenen Verwaltungsaufwand. So ist vor allem die Beteiligungsquote der Mitglieder des AdB trotz mehrerer Workshops, Beratungen und anderer Unterstützungsleistungen nicht zufriedenstellend. Die Beteiligung erhöhte sich seit 2002 von 27,5 Prozent (27 Einrichtungen) auf 33,7 Prozent (33 Einrichtungen) 2005 und lag 2010 bei 37,8 Prozent (37 Einrichtungen).<sup>36</sup>

Einschränkungen in der Aussagekraft der Weiterbildungsstatistik ergeben sich dadurch, dass im Gegensatz zu den Volkshochschulen (2010: 938; 2011: 929) nicht alle freien Träger ihre Daten beisteuern und insofern Verzerrungen entstehen. Diese werden noch verstärkt, da nicht alle Anbieter politischer Bildung verbandlich organisiert sind. Dennoch stellt die Verbundstatistik angesichts ihrer Einzigartigkeit die repräsentativste empirische Erhebung für den deutschen Markt der politischen Weiterbildung dar und dient daher den folgenden Darstellungen als Grundlage.

Die aktuellste Weiterbildungsstatistik listet für die erfassten Einrichtungen folgende Übersichtsdaten für das Jahr 2010 auf:

- Die in diesen Verbänden erfassten 2.238 Einrichtungen führten zusammengekommen 1,2 Millionen Veranstaltungen durch, wobei politische Bildung Inhalt von 38.407 Einzelveranstaltungen war.
- Das Zeitvolumen der durchgeführten Veranstaltungen betrug insgesamt 22 Millionen Unterrichtsstunden, bei Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildung erreichte es 706.938 Stunden.
- Die Teilnehmerzahl belief sich auf 19,4 Millionen; Angebote zur politischen Bildung besuchten 769.966 Teilnehmer.
- Das gesamte Finanzvolumen lag 2010 bei 1,5 Milliarden Euro. Es wurde zu 26 Prozent von den Trägern der Einrichtungen aufgebracht und mit 29 Prozent durch öffentliche Mittel finanziert. Die Teilnehmenden trugen 35 Prozent bei. Die Einrichtungen warben 10 Prozent Drittmittel ein.<sup>37</sup>

#### **2.3.2.1 Veranstaltungsprofil der Träger nach Themenbereichen und Ländern**

Betrachtet man das Weiterbildungsangebot der freien Träger, gilt, dass politische Bildung nur einen Teil des jeweiligen Portfolios darstellt und in ihrem Umfang von Anbieter zu Anbieter variiert. Dies wird anhand der erfassten Daten der fünf (auch) für den Bereich der politischen Erwachsenenbildung relevanten Verbände deutlich, d.h. des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*, des *Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben*, der *Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung*, der *Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* sowie des *Deutschen Volkshochschul-Verbands*. Alle einschlägigen Daten werden im nachfolgenden Tabellenwerk systematisch dargestellt.

Tab. 3 veranschaulicht das *Veranstaltungsprofil* – mit *Kursen, Seminaren, Studienreisen* usw., den *entrichteten Unterrichtsstunden* sowie den *Belegungszahlen* für das Jahr 2010. Dabei sei vor allem das Augenmerk auf den Themenbereich 1 „Politik – Gesellschaft“ gerichtet. Tab. 4 systematisiert sodann die Veranstaltungen der allgemeinen Weiterbildung des Jahres 2010 nach *Themenbereichen und Ländern* für die oben vorgestellten Trägerverbände, wobei Kurse, Seminare, Studienreisen u.Ä. erfasst werden.

Die Tabellen zeigen, dass im Zusammenhang der allgemeinen Weiterbildung die bundesweit meistbesuchten Themenbereiche „Gesundheit“ und „Spracherwerb“ sind, gefolgt von „Kultur – Gestalten“, „Arbeit und Beruf“ und „Familie – Gender – Generationen“. Themen der „politischen Bildung“ im eigenen Sinne folgen mit *bundesweiten 5,2 Prozent* der Veranstaltungen (aber mit immerhin 8,2 Prozent der Belegungen) an sechster Stelle – knapp vor „Religion – Ethik“, „Umwelt“ und dem Schlusslicht „Grundbildung – Schulabschlüsse“.

Im Ländervergleich ragt beim Themenbereich „Politik – Gesellschaft“ *Bremen* mit über 21 Prozent der Veranstaltungen hervor, wodurch dessen dortige Reichweite den bundesweiten Schnitt mehr als viermal übersteigt. In der erweiterten Spitzengruppe rangieren dann *Sachsen* mit 13,8 Prozent aller Veranstaltungen im Bereich „Politik – Gesellschaft“, *Saarland* mit 11,9 Prozent sowie *Thüringen* mit 11,4 Prozent, d.h. alle- samt doppelt über dem bundesweiten Schnitt liegend.

In der Ost-West-Relation haben Maßnahmen im Themenfeld „Politik – Gesellschaft“ für Teilnehmende in den neuen Ländern eine leicht größere Bedeutung als für Veranstaltungsteilnehmer in den alten Ländern – auch dank der bereits erwähnten Freistaaten Sachsen und Thüringen. Vor allem aber bei der Beteiligung an Sprachkursen zeigt sich eine deutlich größere Beliebtheit in den neuen Bundesländern. In den alten Ländern hingegen belegen die Teilnehmenden häufiger Veranstaltungen, die sich mit Familien-, Geschlechter- und Generationenfragen bzw. mit religiösen und ethischen Fragen beschäftigen. Auch die Themenbereiche „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“ und „Umwelt“ erfreuen sich in den alten Ländern eines tendenziell höheren Zuspruchs.

Tab. 3 Veranstaltungsprofil nach Trägerbereichen und Themen<sup>38</sup>

Themenbereich	Trägerbereiche																	
	insgesamt			AdB			AL			DEAS			DIV.			KBE		
	Veranst.	U.-Stdn.	Belegungen n	Veranst.	U.-Stdn.	Belegungen n	Veranst.	U.-Stdn.	Belegungen n	Veranst.	U.-Stdn.	Belegungen n	Veranst.	U.-Stdn.	Belegungen n	Veranst.	U.-Stdn.	Belegungen n
1	38.407	706.398	769.966	2.683	62.918	59.491	3.608	76.869	59.496	4.692	55.487	101.171	22.963	390.397	436.616	4.461	130.727	113.192
	5,2%	3,0%	8,2%	50,9%	50,3%	53,4%	45,1%	17,2%	46,7%	7,3%	4,9%	8,5%	3,9%	2,5%	6,0%	5,8%	5,8%	8,9%
2	68.458	1.547.334	978.090	739	19.331	15.714	99	3.160	1.597	21.795	458.373	353.557	16.032	274.563	196.064	29.803	791.907	411.168
	9,2%	8,0%	10,6%	14,0%	15,5%	14,1%	1,2%	0,7%	1,3%	34,0%	40,5%	29,6%	2,7%	1,8%	2,9%	38,6%	35,1%	32,5%
3	22.930	336.699	458.578	-	-	-	4	72	61	12.478	135.159	250.220	1.407	17.463	18.307	9.041	184.005	189.990
	3,1%	1,7%	4,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,1%	0,0%	0,0%	19,5%	12,0%	21,0%	0,2%	0,1%	0,3%	11,8%	8,2%	15,0%
4	10.382	95.620	161.237	165	6.984	3.355	137	3.966	2.696	278	4.112	4.858	9.737	79.731	148.712	65	827	1.616
	1,4%	0,5%	1,7%	3,1%	5,6%	3,0%	1,7%	0,9%	2,7%	0,4%	0,4%	0,4%	1,7%	0,5%	2,2%	0,1%	0,0%	0,1%
5	118.016	2.116.984	1.570.444	524	12.897	11.257	289	9.301	4.195	10.458	142.450	254.895	97.496	1.706.740	1.063.860	9.249	245.596	236.247
	15,9%	10,9%	16,6%	9,9%	10,3%	10,1%	3,6%	2,1%	3,3%	16,3%	12,6%	21,4%	16,6%	11,1%	16,0%	12,1%	10,9%	18,7%
6	207.049	3.400.996	2.556.042	266	5.777	4.594	201	3.068	3.879	9.364	164.522	159.215	182.725	2.894.574	2.190.493	14.493	333.055	197.861
	27,9%	17,5%	27,3%	5,0%	4,6%	4,1%	2,5%	0,7%	3,0%	14,6%	14,5%	13,3%	31,1%	18,8%	32,9%	18,9%	14,6%	15,6%
7	178.693	6.611.597	1.848.428	-	-	-	269	33.243	3.405	1.160	70.697	13.414	173.499	6.334.529	1.792.297	3.765	172.718	39.312
	24,1%	34,1%	19,8%	0,0%	0,0%	0,0%	3,4%	7,4%	2,7%	1,8%	6,3%	1,1%	29,6%	41,0%	26,9%	4,9%	7,7%	3,1%
8	82.762	2.962.200	845.034	892	17.114	16.892	3.277	269.349	50.774	2.622	59.351	40.005	70.921	2.299.526	670.399	5.650	316.860	66.964
	11,2%	15,3%	9,0%	16,9%	13,7%	15,2%	41,0%	60,1%	39,9%	4,1%	5,2%	3,4%	12,1%	14,9%	10,1%	6,6%	14,1%	5,3%
9	14.143	1.615.891	162.276	-	-	-	115	49.943	1.326	1.261	40.651	15.867	11.974	1.447.605	135.413	793	78.682	9.670
	1,9%	8,3%	1,7%	0,0%	0,0%	0,0%	1,4%	10,9%	1,0%	2,0%	3,6%	1,3%	2,0%	9,4%	2,0%	1,0%	3,5%	0,8%
insgesamt	740.840	19.393.689	9.350.095	5.269	125.021	111.303	7.999	447.961	127.429	64.098	1.130.802	1.193.192	586.754	15.435.528	6.652.151	76.720	2.254.377	1.266.010
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Horn/Ambos 2012: Weiterbildungsstatistik 2010, S. 60.

Tab. 4: Veranstaltungen nach Themenbereichen und Ländern

Land	Themenbereiche												darunter																	
	insgesamt						1 "Politik - Gesellschaft"						2 "Familie - Gender - Generationen"						3 "Religion - Ethik"						4 "Umwelt"					
	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen									
<b>Baden-Württemberg</b>	159.459	3.427.456	2.119.707	5.607	67.920	113.617	16.667	317.448	295.411	7.887	87.615	175.913	2.359	18.401	30.343	3.427.456	2.119.707	5.607	67.920	113.617	16.667	317.448	295.411	7.887	87.615	175.913	2.359	18.401	30.343	
<b>Bayern</b>	163.224	3.344.431	2.324.056	6.005	92.197	195.169	17.647	422.684	286.178	5.407	70.614	122.225	3.138	19.436	58.666	3.344.431	2.324.056	6.005	92.197	195.169	17.647	422.684	286.178	5.407	70.614	122.225	3.138	19.436	58.666	
<b>Berlin</b>	19.216	672.815	238.011	847	13.584	16.663	355	7.928	5.295	90	1.338	1.543	200	1.485	2.428	672.815	238.011	847	13.584	16.663	355	7.928	5.295	90	1.338	1.543	200	1.485	2.428	
<b>Brandenburg</b>	7.333	201.688	76.400	283	3.382	5.481	327	5.482	4.717	57	413	528	127	1.104	1.317	201.688	76.400	283	3.382	5.481	327	5.482	4.717	57	413	528	127	1.104	1.317	
<b>Bremen</b>	5.759	174.513	75.647	1.248	31.856	21.497	198	4.014	2.668	73	1.065	1.102	122	3.722	1.661	174.513	75.647	1.248	31.856	21.497	198	4.014	2.668	73	1.065	1.102	122	3.722	1.661	
<b>Hamburg</b>	7.400	213.206	101.680	435	8.099	8.440	115	1.487	1.778	14	168	185	4	113	98	213.206	101.680	435	8.099	8.440	115	1.487	1.778	14	168	185	4	113	98	
<b>Hessen</b>	45.457	1.410.744	493.913	2.189	63.697	37.234	1.718	28.384	21.309	593	10.170	15.621	408	3.862	5.081	1.410.744	493.913	2.189	63.697	37.234	1.718	28.384	21.309	593	10.170	15.621	408	3.862	5.081	
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	5.265	166.322	59.797	273	4.161	5.054	98	1.027	1.205	21	232	455	77	883	1.169	166.322	59.797	273	4.161	5.054	98	1.027	1.205	21	232	455	77	883	1.169	
<b>Niedersachsen</b>	77.898	2.638.966	916.460	4.870	114.278	81.935	6.525	171.016	79.626	2.751	46.214	41.759	848	10.441	12.054	2.638.966	916.460	4.870	114.278	81.935	6.525	171.016	79.626	2.751	46.214	41.759	848	10.441	12.054	
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	140.180	4.261.165	1.692.424	7.489	149.133	129.279	20.586	501.458	233.749	3.582	82.854	61.796	1.522	17.423	22.250	4.261.165	1.692.424	7.489	149.133	129.279	20.586	501.458	233.749	3.582	82.854	61.796	1.522	17.423	22.250	
<b>Rheinland-Pfalz</b>	34.109	818.816	394.157	1.590	32.979	34.974	1.534	39.971	20.724	940	12.931	15.847	584	6.596	10.320	818.816	394.157	1.590	32.979	34.974	1.534	39.971	20.724	940	12.931	15.847	584	6.596	10.320	
<b>Saarland</b>	11.232	352.994	145.147	1.310	34.691	24.911	630	16.759	12.408	518	10.083	8.453	80	1.155	1.441	352.994	145.147	1.310	34.691	24.911	630	16.759	12.408	518	10.083	8.453	80	1.155	1.441	
<b>Sachsen</b>	17.176	410.777	198.488	2.374	34.891	45.820	485	7.372	6.447	137	2.871	3.130	275	3.027	3.716	410.777	198.488	2.374	34.891	45.820	485	7.372	6.447	137	2.871	3.130	275	3.027	3.716	
<b>Sachsen-Anhalt</b>	7.092	184.068	83.501	576	12.568	9.065	134	4.496	1.821	335	5.563	5.178	83	1.241	1.284	184.068	83.501	576	12.568	9.065	134	4.496	1.821	335	5.563	5.178	83	1.241	1.284	
<b>Schleswig-Holstein</b>	26.959	621.065	288.728	1.088	19.366	18.930	663	11.628	7.640	56	937	621	410	5.371	5.982	621.065	288.728	1.088	19.366	18.930	663	11.628	7.640	56	937	621	410	5.371	5.982	
<b>Thüringen</b>	12.082	294.663	141.969	1.383	20.716	21.847	576	6.211	7.064	369	2.341	4.222	145	1.360	2.187	294.663	141.969	1.383	20.716	21.847	576	6.211	7.064	369	2.341	4.222	145	1.360	2.187	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>	740.840	19.380.689	9.350.085	38.407	706.398	786.966	68.458	1.547.334	978.080	22.930	336.899	468.578	10.382	95.620	161.027	19.380.689	9.350.085	38.407	706.398	786.966	68.458	1.547.334	978.080	22.930	336.899	468.578	10.382	95.620	161.027	

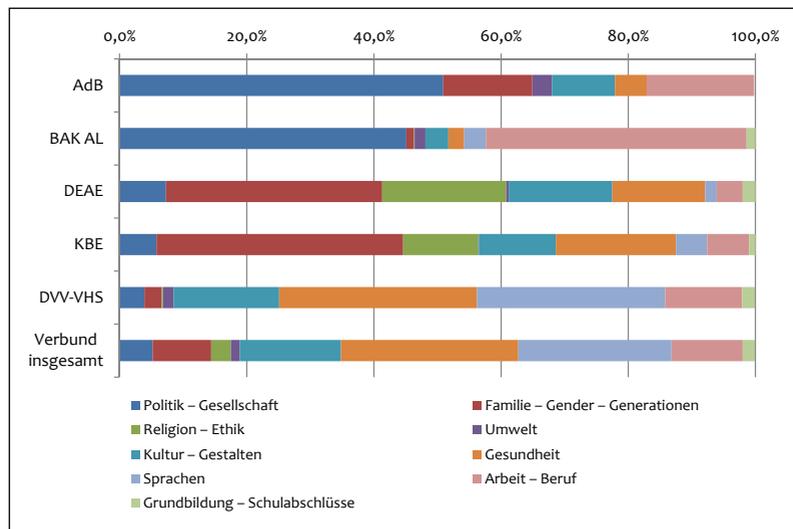
Tab. 4: Veranstaltungen nach Themenbereichen und Ländern – Fortsetzung

Land	Themenbereiche												darunter																
	5 "Kultur - Gestalten"						7 "Sprachen"						8 "Arbeit - Beruf"						9 "Grundbildung - Schulabschlüsse"										
	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen	Veranst.	U.-Stän.	Belegungen								
<b>Baden-Württemberg</b>	27.920	445.529	409.380	49.641	772.651	632.260	33.150	1.139.607	328.956	12.910	290.952	119.162	2.417	298.933	25.225	445.529	409.380	49.641	772.651	632.260	33.150	1.139.607	328.956	12.910	290.952	119.162	2.417	298.933	25.225
<b>Bayern</b>	30.152	448.941	490.763	55.536	930.744	705.647	32.863	1.017.910	323.966	12.876	282.706	128.870	796	59.297	10.920	448.941	490.763	55.536	930.744	705.647	32.863	1.017.910	323.966	12.876	282.706	128.870	796	59.297	10.920
<b>Berlin</b>	3.020	87.515	35.756	3.352	57.535	44.306	7.868	409.871	52.927	3.071	73.561	35.381	413	19.998	3.672	87.515	35.756	3.352	57.535	44.306	7.868	409.871	52.927	3.071	73.561	35.381	413	19.998	3.672
<b>Brandenburg</b>	1.111	20.996	11.697	1.851	30.776	18.960	2.312	78.150	20.710	1.061	22.447	10.694	204	40.938	2.296	20.996	11.697	1.851	30.776	18.960	2.312	78.150	20.710	1.061	22.447	10.694	204	40.938	2.296
<b>Bremen</b>	814	18.823	9.159	937	16.389	11.985	1.719	79.548	20.565	515	12.935	5.998	133	6.171	1.382	18.823	9.159	937	16.389	11.985	1.719	79.548	20.565	515	12.935	5.998	133	6.171	1.382
<b>Hamburg</b>	1.843	35.172	25.093	1.158	17.344	14.311	2.787	92.744	40.793	896	53.358	9.310	158	4.721	1.670	35.172	25.093	1.158	17.344	14.311	2.787	92.744	40.793	896	53.358	9.310	158	4.721	1.670
<b>Hessen</b>	8.495	155.639	74.055	12.101	208.824	142.939	13.287	584.283	135.643	5.865	287.532	54.456	751	68.193	6.321	155.639	74.055	12.101	208.824	142.939	13.287	584.283	135.643	5.865	287.532	54.456	751	68.193	6.321
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	754	16.632	7.992	1.288	20.815	14.658	1.685	62.215	17.822	676	17.563	7.304	393	42.794	3.938	16.632	7.992	1.288	20.815	14.658	1.685	62.215	17.822	676	17.563	7.304	393	42.794	3.938
<b>Niedersachsen</b>	10.229	189.287	112.546	18.757	306.697	214.242	17.987	734.622	190.629	13.513	877.458	154.765	2.418	388.953	28.904	189.287	112.546	18.757	306.697	214.242	17.987	734.622	190.629	13.513	877.458	154.765	2.418	388.953	28.904
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	16.558	370.414	200.451	29.950	509.721	379.645	36.283	1.394.213	398.645	19.994	726.363	211.189	4.216	509.566	55.420	370.414	200.451	29.950	509.721	379.645	36.283	1.394.213	398.645	19.994	726.363	211.189	4.216	509.566	55.420
<b>Rheinland-Pfalz</b>	5.000	95.993	56.349	11.190	168.549	131.941	8.739	315.931	82.560	3.551	81.414	33.993	581	65.052	7.949	95.993	56.349	11.190	168.549	131.941	8.739	315.931	82.560	3.551	81.414	33.993	581	65.052	7.949
<b>Saarland</b>	1.472	36.052	23.968	2.864	58.486	35.080	2.652	112.747	24.996	1.236	61.501	11.995	220	24.530	2.259	36.052	23.968	2.864	58.486	35.080	2.652	112.747	24.996	1.236	61.501	11.995	220	24.530	2.259
<b>Sachsen</b>	2.270	38.189	23.503	4.202	72.726	47.573	5.233	197.726	50.348	1.733	40.436	14.835	487	13.539	3.116	38.189	23.503	4.202	72.726	47.573	5.233	197.726	50.348	1.733	40.436	14.835	487	13.539	3.116
<b>Sachsen-Anhalt</b>	964	17.946	10.632	1.588	27.209	19.017	2.208	75.580	23.331	885	23.533	9.631	319	14.933	2.222	17.946	10.632	1.588	27.209	19.017	2.208	75.580	23.331	885	23.533	9.631	319	14.933	2.222
<b>Schleswig-Holstein</b>	5.910	108.993	57.107	8.840	142.437	99.918	7.046	225.114	67.679	3.120	67.595	26.702	406	39.684	3.949	108.993	57.107	8.840	142.437	99.918	7.046	225.114	67.679	3.120	67.595	26.702	406	39.684	3.949
<b>Thüringen</b>	1.704	31.563	21.963	19.796	17.996	32.896	32.696	26.196	33.306	11.696	10.896	9.296	229	29.159</															

### 2.3.2.2 Anbieterstruktur bei Veranstaltungen im Themenbereich „Politik – Gesellschaft“

Untersucht man das Weiterbildungsangebot der freien Träger bezüglich ihrer Angebote im Bereich „Politik – Gesellschaft“, wird die unterschiedliche Schwerpunktsetzung besonders deutlich: Denn wo der Themenbereich „Politik – Gesellschaft“ im Verbund der genannten Anbietergruppen 5,2 Prozent aller Veranstaltungen ausmacht, erreicht er im Rahmen des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* einen Anteil von 50,9 Prozent; beim *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* beträgt er noch 45,1 Prozent; bei der *Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* sind es immer noch überdurchschnittliche 7,3 Prozent und bei der *Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* 5,8 Prozent. Schlusslicht ist der *Deutsche Volkshochschul-Verband*, dessen Veranstaltungen im Bereich „Politik – Gesellschaft“ sich auf einen Anteil von 3,9 Prozent an seinem gesamten Weiterbildungsangebot belaufen (Abb. 21).<sup>39</sup>

Abb. 21: Veranstaltungsprofil der Träger nach Themenbereichen im Jahr 2010



Quelle: Eigene Darstellung nach Horn/Ambos 2012: Weiterbildungsstatistik 2010, S. 56 ff. Basisgröße sind hier die Veranstaltungszahlen, deren Gesamtzahl bei Berücksichtigung trägerspezifischer Erfassungsquoten hochgerechnet 815.000 beträgt.

Allerdings würde eine alleinige Betrachtung der jeweiligen Anteile der Veranstaltungen im Themenbereich „Politik – Gesellschaft“ ein verzerrtes Bild auf die Landschaft der freien politischen Bildner liefern. Vielmehr müssen ebenso die absoluten Zahlen erfasst werden (vgl. Tab. 5), wodurch sich die Situation doch ändert: Von den insgesamt 38.407 Veranstaltungen im engeren Bereich der politischen Bildung wurden im Erfassungsjahr 2010 22.623 von *Volkshochschulen* durchgeführt und damit 58,9 Prozent aller Veranstaltungen in diesem Themenbereich; unter dem Dach der *DEAE* wurden 4.692 Veranstaltungen angeboten (12,2 Prozent), bei der *KBE* waren es 4.461 Veranstaltungen (11,6 Prozent), beim *BAK AL* 3.608 (9,4 Prozent); der eigentliche Spezialist auf dem Gebiet der politischen Bildung – der *AdB* – lag mit 2.683 Veranstaltungen lediglich bei 7,0 Prozent des erfassten relevanten Angebots und belegt damit aus dieser Perspektive den letzten Platz. Auch wenn man hier die unterschiedliche Erfassungsquote der beteiligten Verbände berücksichtigt (siehe Punkt 2.3.1) und damit die extrem niedrige Rücklaufquote beim *AdB*, bleiben diese Diskrepanzen maßgeblich. Dies verdeutlicht noch einmal die Relevanz aller freien Bildungsträger für das Gesamtangebot an Veranstaltungen zur politischen Bildung in Deutschland – trotz ihrer Unterschiedlichkeit.

Tab. 5: Veranstaltungprofil nach Trägern und Themenbereichen

Themenbereich	Trägerbereiche																		
	insgesamt			AUG			AL			EGAE			DAV			KBE			
	Veranst.	U-Stän.	Belegungen	Veranst.	U-Stän.	Belegungen	Veranst.	U-Stän.	Belegungen	Veranst.	U-Stän.	Belegungen	Veranst.	U-Stän.	Belegungen	Veranst.	U-Stän.	Belegungen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1 Politik - Gesellschaft	38.407	706.398	769.966	2.683	62.918	59.491	3.608	76.869	59.496	4.692	55.487	101.171	22.963	380.397	436.616	4.461	130.727	113.192	
	5,2%	3,6%	8,2%	50,9%	50,3%	53,4%	45,1%	17,2%	46,7%	7,3%	4,9%	8,5%	3,9%	2,5%	6,6%	5,8%	5,8%	8,9%	
2 Familie - Gender - Generationen	68.458	1.547.334	978.080	739	19.331	15.714	99	3.160	1.597	21.785	459.373	353.557	16.032	274.563	196.054	29.903	791.907	411.158	
	9,2%	8,0%	10,5%	14,0%	15,5%	14,1%	1,2%	0,7%	1,3%	34,0%	40,2%	29,6%	2,7%	1,8%	2,9%	38,8%	35,1%	32,5%	
3 Religion - Ethik	22.930	336.699	458.578	-	-	-	4	72	61	12.478	135.159	250.220	1.407	17.463	18.307	9.041	184.005	189.990	
	3,1%	1,7%	4,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,1%	0,0%	0,0%	19,5%	12,0%	21,0%	0,2%	0,1%	0,3%	11,8%	8,2%	15,0%	
4 Umwelt	10.382	95.620	161.237	165	6.984	3.355	137	3.966	2.696	278	4.112	4.858	9.737	79.731	148.712	65	827	1.616	
	1,4%	0,5%	1,7%	3,1%	5,6%	3,0%	1,7%	0,9%	2,1%	0,6%	0,6%	0,4%	1,7%	0,5%	2,2%	0,1%	0,0%	0,1%	
5 Kultur - Gestalten	118.016	2.116.984	1.570.444	524	12.897	11.257	289	9.301	4.195	10.458	142.450	254.885	97.496	1.706.740	1.063.860	9.249	245.596	236.247	
	15,9%	10,9%	16,6%	9,9%	10,3%	10,7%	3,0%	2,1%	3,3%	16,3%	12,0%	21,4%	16,0%	11,1%	16,0%	12,1%	10,9%	18,7%	
6 Gesundheit	207.049	3.400.986	2.556.042	266	5.777	4.594	201	3.058	3.879	9.364	164.522	159.215	182.725	2.894.574	2.190.493	14.493	333.055	197.861	
	27,9%	17,5%	27,3%	5,0%	4,6%	4,1%	2,5%	0,7%	3,0%	14,6%	14,5%	13,3%	31,1%	18,8%	32,9%	18,9%	14,8%	15,6%	
7 Sprachen	178.693	6.611.587	1.846.428	-	-	-	289	33.243	3.405	1.160	70.697	13.414	173.499	6.334.929	1.792.297	3.765	172.718	39.312	
	24,1%	34,1%	19,8%	0,0%	0,0%	0,0%	3,4%	7,4%	2,7%	1,8%	6,3%	1,1%	29,6%	41,0%	26,9%	4,9%	7,7%	3,1%	
8 Arbeit - Beruf	82.762	2.962.200	846.034	892	17.114	16.892	3.277	269.349	50.774	2.622	59.351	40.005	70.921	2.299.526	670.399	5.050	316.860	66.564	
	11,2%	15,3%	9,0%	16,9%	13,7%	15,2%	41,0%	60,1%	39,8%	4,1%	5,2%	3,4%	12,1%	14,9%	10,1%	6,6%	14,1%	5,3%	
9 Grundbildung - Schulabschlüsse	14.143	1.616.881	162.276	-	-	-	115	48.943	1.326	1.261	40.651	15.867	11.974	1.447.005	135.413	793	78.682	9.670	
	1,9%	8,3%	1,7%	0,0%	0,0%	0,0%	1,4%	10,9%	1,0%	2,0%	3,6%	1,3%	2,0%	9,4%	2,0%	1,0%	3,5%	0,8%	
insgesamt	740.840	19.393.689	9.350.085	5.269	125.021	111.303	7.999	447.961	127.429	64.098	1.130.802	1.193.192	586.754	15.435.528	6.652.151	76.720	2.254.377	1.266.010	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Horn/Ambos 2012: Weiterbildungsstatistik 2010, S. 56f.

## 2.4 FINANZIERUNGSSTRUKTUR POLITISCHER BILDUNGS- ARBEIT IN DEUTSCHLAND

Politische Bildung ist von finanzieller Förderung in öffentlicher Verantwortung abhängig: sei es durch die Berücksichtigung in Haushalten der einzelnen relevanten Bundesministerien (d.h. des *Auswärtigen Amtes*, des *Bundesministeriums der Verteidigung*, des *Bundesministeriums des Innern*, des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* sowie des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*), sei es durch Zuschüsse der Länder bzw. Landesregierungen (so z.B. gemäß den jeweiligen Weiterbildungsgesetzen und/oder durch Ermessensmittel) oder durch Zuschüsse seitens Kommunen. Zudem finanzieren sich Einrichtungen und Träger politischer Bildung durch Mittel gemäß dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III; d.h. Arbeitsförderung). Daher beeinflussen Änderungen von Gesetzen, Durchführungsbestimmungen und Förderrichtlinien auf allen politischen Ebenen die politische Bildungsarbeit in ihrer Struktur und ihrem Inhalt. Als weitere relevanten Geldquellen kommen teils Erträge aus Stiftungsvermögen und vor allem Einnahmen aus Teilnehmerentgelten und Drittmittel (z.B. Förder-, Werbe- oder Sponsoringmittel) hinzu, und nicht zuletzt Fördermittel der Europäischen Union.

### 2.4.1 Finanzierungsquellen der relevanten Bildungsträger in der Zusammenschau

Die nachfolgende Tab. 6 systematisiert die Finanzierungsquellen und ihre Anteile im Jahr 2010 für die (allgemeine) Weiterbildungsarbeit der relevanten Trägerverbände in Deutschland (*Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten*, Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, *Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung*, *Deutscher Volkshochschul-Verband*, *Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung*), wobei – neben den politischen Stiftungen – alle fünf das Gros der Anbieter der politischen Erwachsenenbildung erfassen.

Tab. 6: Anteile an öffentlichen Mitteln 2010 nach Trägerverbänden (in Prozent)

Finanzierungsquellen	Anteile					
	insgesamt	darunter				
		AdB	BAK-AL	DEAE	DVV	KBE
Mittel des Bundes	9,5	29,4	17,9	4,4	8,7	9,0
Mittel aus SGB III	13,2	3,6	18,2	0,0	13,0	21,5
Mittel der Länder (WBG u.a.)	28,3	42,9	30,6	76,8	24,5	57,5
Mittel der Kommunen (Gemeinde, Kreis; ohne VHS)	1,6	12,5	6,6	18,6	-	9,4
VHS: Mittel der Kommunen	42,7	-	-	-	50,1	-
EU und andere internationale Mittel	4,7	11,5	26,7	0,2	3,7	2,6
Finanzierung insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Horn/Ambos 2012: Weiterbildungsstatistik 2010, S. 54.

Als konkretes Beispiel für eine entsprechende Mischfinanzierung kann etwa der Haushalt der Volkshochschulen betrachtet werden. Dieser setzt sich im Jahr 2011 wie folgt zusammen:

Tab. 7: Finanzierung der Volkshochschulen im Jahr 2011 (in 1.000 Euro)

	absolut	Veränderung zum Vorjahr (relativ, in Prozent)	Anteil am Gesamthaushalt (in Prozent)
Teilnahmegebühren	394.359	+ 1,2	39,4
Andere Einnahmen	197.567	- 0,8	19,7
Kommunale Zuschüsse	270.621	- 0,1	27,1
Landeszuschüsse	138.594	+ 5,2	13,8
insgesamt	1.001.141	- 0,6	100,0

Quelle: Eigene Darstellung nach : Huntemann/Reichart 2012: Volkshochschul-Statistik, S. 5, 21 f.

#### 2.4.2 Staatliche Finanzierungsstruktur politischer Bildungsarbeit auf Bundesebene

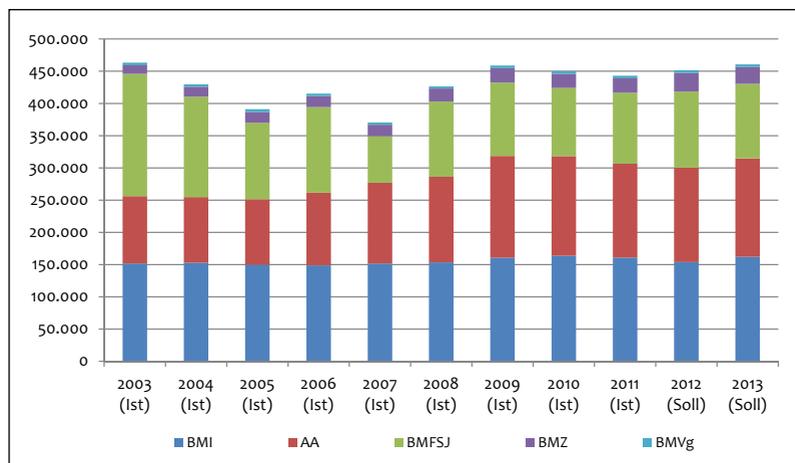
Insbesondere die Bundes- und Landesmittel stellen einen repräsentativen Indikator dafür dar, wie es um den Zustand der politischen Bildung in Deutschland bestellt ist. Nachfolgend soll daher die Entwicklung der größten Förderposten in den einzelnen einschlägigen Plänen der Bundes-

haushalte in den Jahren 2003 bis 2013 skizziert werden. Einschlägig ist hier vor allem das *Bundesministerium des Innern*, in dessen Verantwortungsbereich die *Bundeszentrale für politische Bildung* fällt, und das auch maßgeblich die politische *Bildungsarbeit der parteinahen Stiftungen* fördert. Die Zuständigkeit des BMI ist darin begründet, dass innerhalb der Bundesregierung u.a. die Verantwortung für den Schutz der Verfassung eben beim Bundesinnenministerium liegt und politische Bildung durch ihre Aufgaben und Ziele entscheidend zum Erhalt der Demokratie beiträgt; daneben setzen die verschiedenen Bundesressorts neben ihren Aufgaben der Information und Öffentlichkeitsarbeit mit Blick auf ihren jeweiligen Wirkungsbereich einzelne themenspezifische Vorhaben der politischen Bildung um.<sup>40</sup> So unterstützt beispielsweise das *Auswärtige Amt* ganz überwiegend Maßnahmen im Ausland.

Abb. 22 veranschaulicht den Gesamtumfang an Ausgaben der betrachteten Bundesministerien für Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung. Betrachtet man diese Ausgaben aufgeschlüsselt nach ihrem Verwendungszweck bzw. den geförderten Maßnahmenträgern, entfallen im Jahr 2013 lediglich 14 Prozent auf Eigenmaßnahmen der Bundesministerien; 10 Prozent der Mittel gehen an die Bundeszentrale und die restlichen 76 Prozent werden zur Förderung der freien Träger aufgewandt: 34 Prozent kommen den politischen Stiftungen und 42 Prozent den weiteren (zivilgesellschaftlichen) Trägern politischer Bildung zugute (Abb. 23). Dieses Verhältnis ist unabhängig von der jeweiligen jährlichen Förderhöhe über die letzte Dekade stabil (Abb. 24).

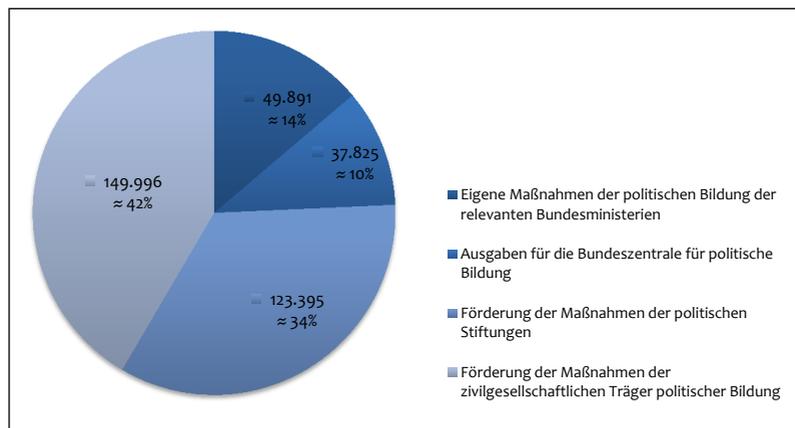
Auch wenn es für Bundesbehörden unzulässig ist, die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit als politische Bildung zu deklarieren, gibt es mitunter fließende Übergänge und Schnittmengen zwischen Informationsangeboten der Öffentlichkeitsarbeit und denen der politischen Bildung.<sup>41</sup> Zudem spielt Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle als Bildungsmaßnahme, da sie den Auftrag verfolgt, Bürgerinnen und Bürger nicht allein zu informieren, sondern über politische, gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge aufzuklären und insofern auch politisch zu orientieren. Mithin sind beide Kategorien auch bei der nachfolgenden Analyse nicht als trennscharf zu sehen und werden folglich beide berücksichtigt (zur Gesamtaufstellung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit siehe Abb. 25).

Abb. 22: Addierte Ausgaben der betrachteten Bundesministerien für Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung i.w.S. (in 1.000 Euro)<sup>42</sup>



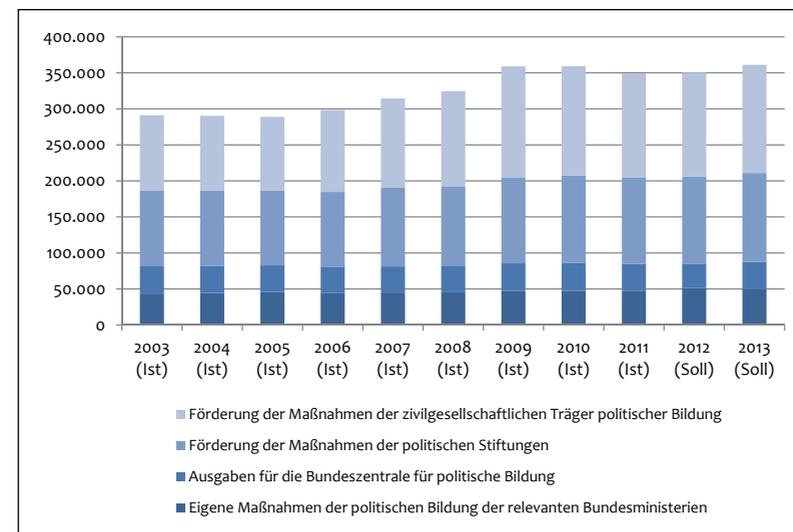
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten der nachfolgenden Kapitel.

Abb. 23: Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern im Jahr 2013 (Sollwerte in 1.000 Euro)



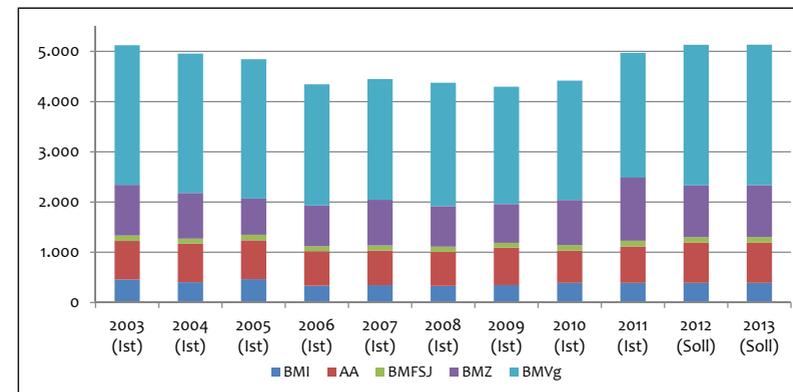
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne zum Bundeshaushalt 2013.

Abb. 24: Gesamtausgaben der relevanten Bundesministerien aufgeschlüsselt nach den Maßnahmenträgern von 2003 bis 2013 (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne zu den Bundeshaushalten 2003 bis 2013 und der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drucksache 17/12428).

Abb. 25: Addierte Ausgaben der betrachteten Bundesministerien für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)

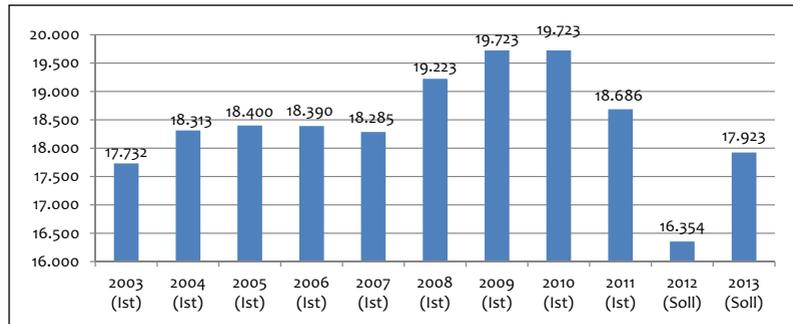


Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten der nachfolgenden Kapitel.

**2.4.2.1 Bundesministerium des Innern**

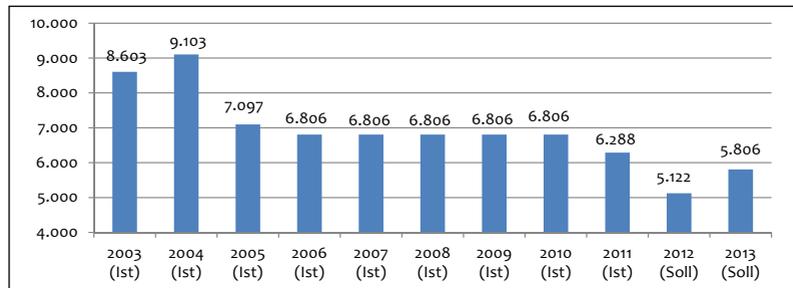
Das Bundesministerium des Innern fördert zum einen – neben eigenen Maßnahmen der politischen Bildung – schwerpunktmäßig über bereitgestellte Globalzuschüsse die *parteinahen Stiftungen* (s.o. Punkt 2.3.1.2) sowie auch die *freien Träger politische Bildungsmaßnahmen*. Zum anderen finanziert es die *Bundeszentrale für politische Bildung* (s.o. Punkt 2.3.1.1), die organisatorisch als eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt in seinem Geschäftsbereich figuriert. Daneben bezuschusst es die *Stiftung „Die Mitarbeit“*, welche sich als ein Selbsthilfwerk politisch verantwortungsbewusst handelnder Bürger in der politischen Bildungsarbeit mit dem Ziel engagiert, Demokratie von unten zu entwickeln und politische Teilhabe zu stärken.

Abb. 26: Mittel des BMI für die Förderung der politischen Bildung (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drs. 17/12428).

Abb. 27: Mittel des BMI für die Förderung der politischen Bildungsmaßnahmen der freien Träger (in 1.000 Euro)



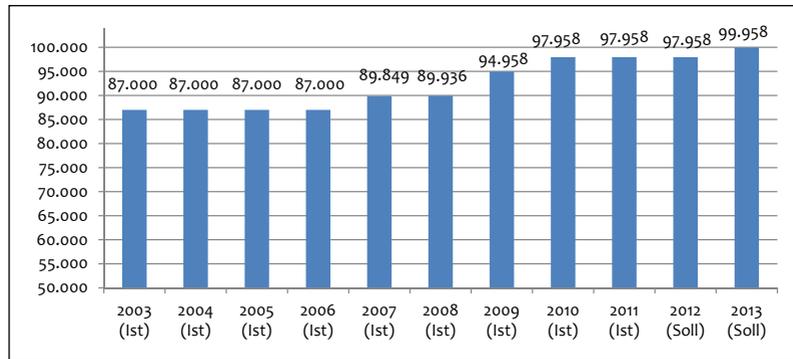
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drs. 17/12428).

Tab. 8: Globalzuschüsse des BMI zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)

	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Soll)	2013 (Soll)
<b>insgesamt</b>	<b>87.000</b>	<b>87.000</b>	<b>87.000</b>	<b>87.000</b>	<b>89.849</b>	<b>89.936</b>	<b>94.958</b>	<b>97.958</b>	<b>97.958</b>	<b>97.958</b>	<b>99.958</b>
davon an:											
<b>Friedrich-Ebert-Stiftung</b>	abs. 27.026	28.188	29.233	29.103	30.158	29.872	31.191	32.168	31.249	31.249	31.887
	in % 31,0	32,4	33,6	33,5	33,6	33,2	32,8	32,8	31,9	31,9	32,6
<b>Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit</b>	abs. 9.702	9.535	9.325	9.286	9.483	9.392	9.813	10.124	10.212	10.212	10.420,5
	in % 11,2	11,0	10,7	10,7	10,6	10,4	10,3	10,3	10,3	10,3	10,6
<b>Hanns-Seidel-Stiftung</b>	abs. 9.702	9.535	9.325	9.286	9.483	9.392	9.813	10.124	9.551	9.551	9.746
	in % 11,2	11,0	10,7	10,7	10,6	10,4	10,3	10,3	9,8	9,8	9,9
<b>Heinrich-Böll-Stiftung</b>	abs. 9.702	9.535	9.325	9.286	9.483	9.392	9.813	10.124	10.212	10.212	10.420,5
	in % 11,2	11,0	10,7	10,7	10,6	10,4	10,3	10,3	10,3	10,3	10,6
<b>Konrad-Adenauer-Stiftung</b>	abs. 27.026	26.727	26.312	26.194	26.750	26.492	27.681	28.561	27.428	27.428	27.988
	in % 31,1	30,7	30,2	30,1	29,8	29,5	29,2	29,2	28,0	28,0	28,6
<b>Rosa-Luxemburg-Stiftung</b>	abs. 3.842	3.480	3.480	3.845	4.492	5.396	6.647	6.857	9.306	9.306	9.496
	in % 4,4	4,0	4,0	4,4	5,0	6,0	7,0	7,0	9,5	9,5	9,7

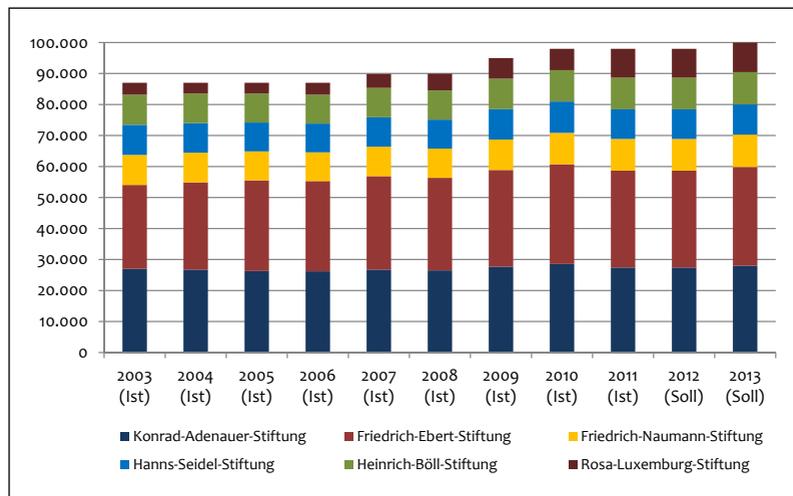
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 28: Globalzuschüsse des BMI zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)



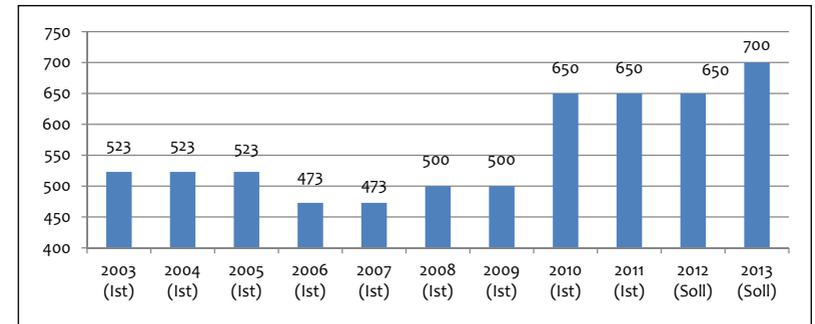
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 29: Globalzuschüsse des BMI zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit aufgeschlüsselt je politische Stiftung (in 1.000 Euro)



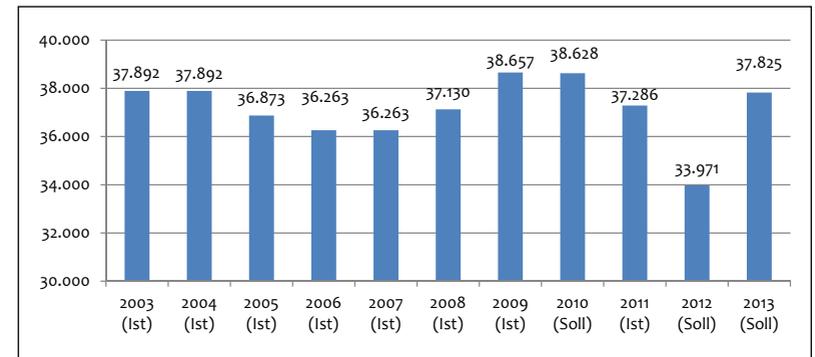
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 30: Zuschuss des BMI an die Stiftung „Die Mitarbeit“ (in 1.000 Euro)



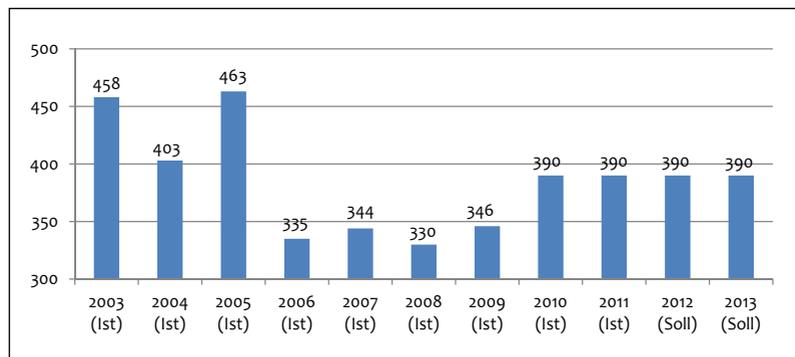
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 31 Ausgaben<sup>43</sup> des BMI für die Bundeszentrale für politische Bildung (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 35 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 32: Ausgaben des BMI für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 06, Kapitel 01 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

#### 2.4.2.2 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Im Hinblick auf politische Bildung berücksichtigt das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* in seinem Haushalt vor allem Maßnahmen der Jugendpolitik. Die Schlüsselrolle kommt hierbei dem *Kinder- und Jugendplan des Bundes* (KJP; bis 1993 Bundesjugendplan) zu, der als Fördertopf der Bundesregierung für die politische und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland fungiert.<sup>44</sup> Als integraler Teil des KJP bilanziert das BMFSFJ die Einzelposten „Politische Bildung“ – untergliedert in „Allgemeine politische Bildung“ und „Jugendinformation“ – und „Integration Junger Menschen mit Migrationshintergrund“. Des Weiteren bilanziert es „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.

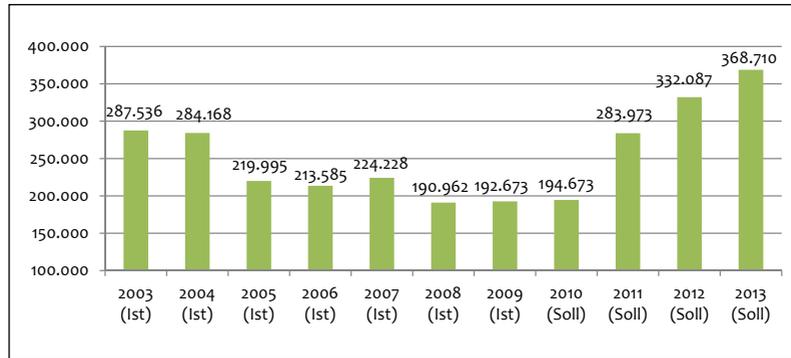
Und schließlich verantwortet das BMFSFJ *politische Bildung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes*: Alle Freiwilligen müssen hier an einem entsprechenden fünftägigen Seminar teilnehmen, die vom *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* (BAFzA), das mit der zum 1. Juli 2011 beschlossenen Aussetzung der Wehrpflicht am 3. Mai 2011 aus dem Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) hervorgegangen ist, verantwortet werden.

Tab. 9: Aufschlüsselung der relevanten Ausgaben des BMFSFJ für den Themenbereich „Politische Bildung“ (in 1.000 Euro)

	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Soll)	2013 (Soll)
<b>Gesamtausgaben für Maßnahmen der Kinder- und Jugendpolitik</b>	<b>287.536</b>	<b>284.168</b>	<b>219.995</b>	<b>213.585</b>	<b>224.228</b>	<b>190.962</b>	<b>192.673</b>	<b>194.673</b>	<b>283.973</b>	<b>332.087</b>	<b>368.710</b>
davon Kinder- und Jugendplan (u.a.) des Bundes	109.266	120.265	129.767	126.183	147.621	191.110	189.809	191.921	226.592	147.931	148.091
davon Politische Bildung i.e.S.	12.142	11.445	11.267	11.044	11.123	10.503	9.978	10.398	11.642	11.965	11.031
davon Allgemeine Politische Bildung	10.950	10.072	9.883	10.130	10.143	9.606	9.027	9.115	9.664	10.578	9.350
Jugendinformationen	1.192	1.373	1.384	924	980	897	951	1.283	1.978	1.387	1.681
Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund <sup>45</sup>	– (134.023)	– (102.631)	– (64.207)	17.043 (65.394)	18.492	26.492	27.681	28.561	27.428	27.428	27.988
Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie <sup>46</sup>	10.088	10.073	9.955	9.787	11.669	22.480	18.725	19.571	24.375	29.000	29.000

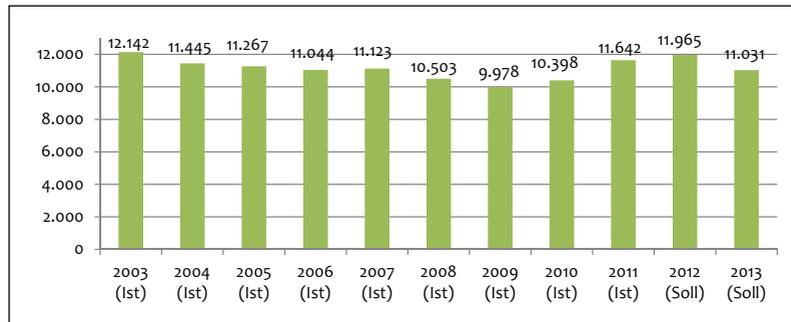
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 33: Gesamtausgaben des BMFSFJ für die Förderung von „Maßnahmen der Kinder- und Jugendpolitik“ (in 1.000 Euro)



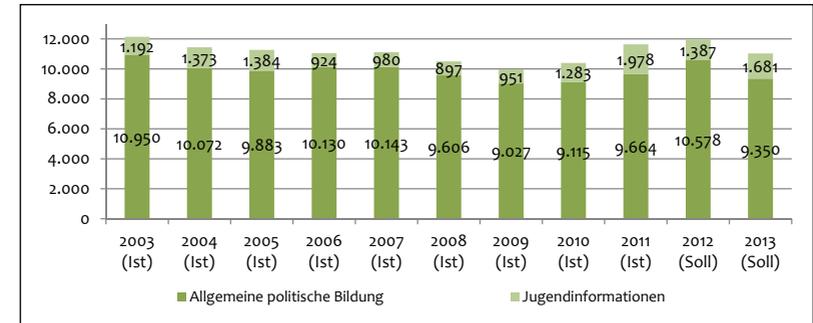
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 34: Ausgaben des BMFSFJ für „Politische Bildung i.e.S.“ (in 1.000 Euro)



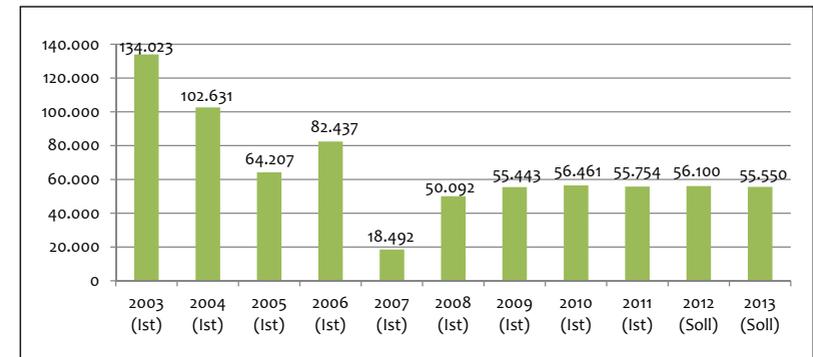
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 35: Ausgaben des BMFSFJ für „Politische Bildung i.e.S.“ aufgeschlüsselt (in 1.000 Euro)



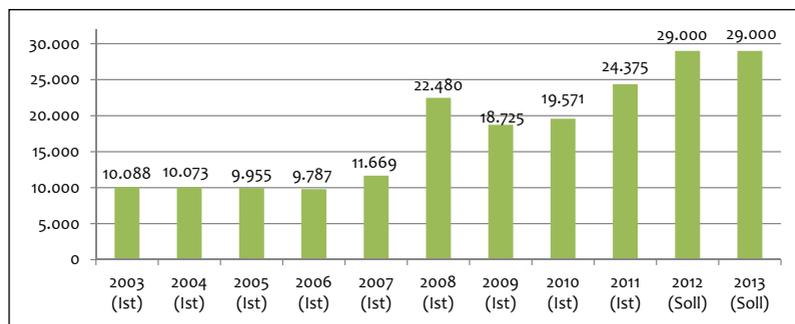
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 36: Ausgaben des BMFSFJ für „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“<sup>47</sup> im Rahmen des KJP (in 1.000 Euro)



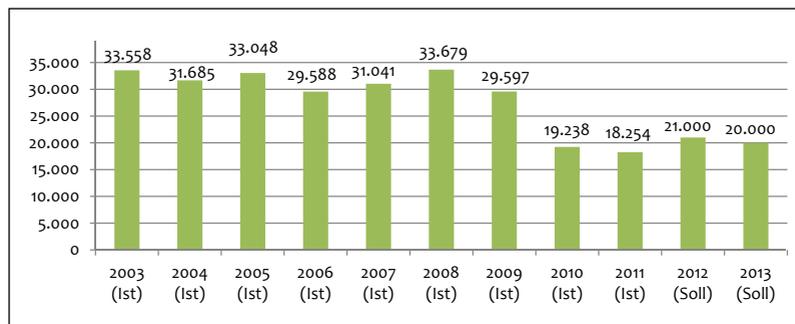
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 37: Ausgaben des BMFSFJ für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“<sup>48</sup> (in 1.000 Euro)



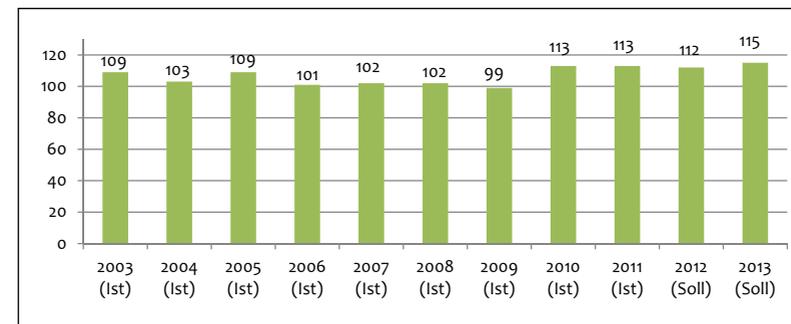
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 38: Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen im Rahmen des BAFzA bzw. vormals BAZ (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 04 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 39: Ausgaben des BMFSFJ für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)

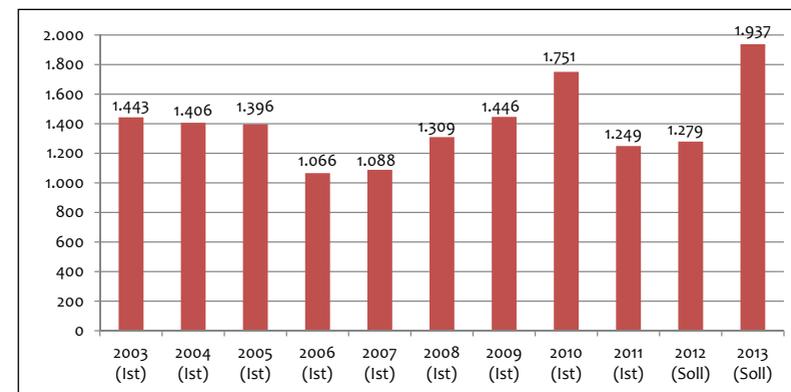


Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 17, Kapitel 01 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

### 2.4.2.3 Auswärtiges Amt

Das Auswärtige Amt fördert politische Bildungsarbeit mit dem Ziel der Völkerverständigung im Allgemeinen sowie der Förderung des europäischen Gedankens wie auch in Bezug auf grenzüberschreitende politische, wirtschaftliche, soziale oder umweltpolitische Entwicklungen im Besonderen. Dabei stellen auch die politischen Stiftungen mit ihren einschlägigen Programmen wie auch gesellschaftspolitischen Maßnahmen mitunter relevante Adressaten dar.

Abb. 40: Mittel des AA für die Förderung der politischen Bildung (in 1.000 Euro)



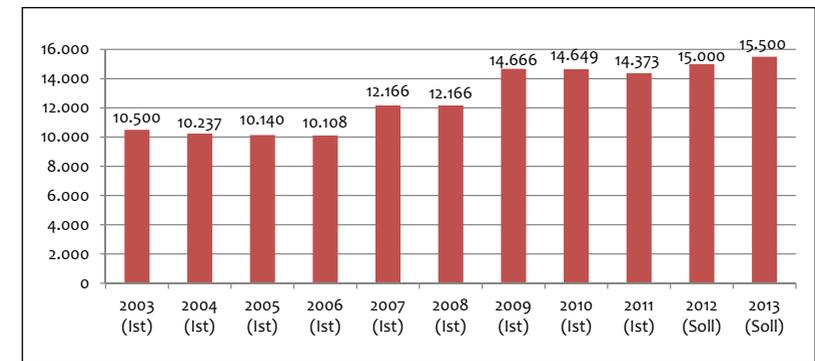
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drs. 17/12428).

Tab. 10: Ausgaben des Auswärtigen Amtes für die Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland (in 1.000 Euro)

	2003 (Ist)	2004 (Ist)	2005 (Ist)	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Soll)	2013 (Soll)
Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung	91.844	89.615	89.329	100.802	111.304	118.502	141.206	137.461	129.340	129.380	134.380
davon an:											
Friedrich-Ebert-Stiftung	abs. 2.262 in % 2,5	abs. 2.290 in % 2,6	abs. 2.351 in % 2,6	abs. 2.228 in % 2,2	abs. 2.558 in % 2,3	abs. 2.698 in % 2,3	abs. 2.944 in % 2,1	abs. 2.944 in % 2,1	abs. 2.532 in % 2,0	abs. 2.532 in % 2,0	abs. 2.532 in % 1,9
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	abs. 812 in % 0,9	abs. 775 in % 0,9	abs. 750 in % 0,8	abs. 711 in % 0,7	abs. 816 in % 0,7	abs. 864 in % 0,7	abs. 939 in % 0,7	abs. 936 in % 0,7	abs. 827 in % 0,6	abs. 827 in % 0,6	abs. 827 in % 0,6
Hanns-Seidel-Stiftung	abs. 812 in % 0,9	abs. 775 in % 0,9	abs. 750 in % 0,8	abs. 711 in % 0,7	abs. 816 in % 0,7	abs. 874 in % 0,7	abs. 939 in % 0,7	abs. 939 in % 0,7	abs. 774 in % 0,6	abs. 774 in % 0,6	abs. 774 in % 0,6
Heinrich-Böll-Stiftung	abs. 812 in % 0,9	abs. 775 in % 0,9	abs. 750 in % 0,8	abs. 711 in % 0,7	abs. 816 in % 0,7	abs. 832 in % 0,7	abs. 939 in % 0,7	abs. 939 in % 0,7	abs. 827 in % 0,6	abs. 827 in % 0,6	abs. 827 in % 0,6
Konrad-Adenauer-Stiftung	abs. 2.262 in % 2,5	abs. 2.171 in % 2,4	abs. 2.120 in % 2,4	abs. 2.005 in % 2,0	abs. 2.303 in % 2,1	abs. 2.436 in % 2,1	abs. 2.649 in % 1,9	abs. 2.649 in % 1,9	abs. 2.223 in % 1,7	abs. 2.223 in % 1,7	abs. 2.223 in % 1,7
Rosa-Luxemburg-Stiftung	abs. 200 in % 0,2	abs. 195 in % 0,2	abs. 194 in % 0,2	abs. 184 in % 0,2	abs. 297 in % 0,3	abs. 404 in % 0,3	abs. 522 in % 0,4	abs. 527 in % 0,4	abs. 754 in % 0,6	abs. 754 in % 0,6	abs. 754 in % 0,6
Alexander von Humboldt-Stiftung	abs. 21.755 in % 23,7	abs. 21.191 in % 23,6	abs. 21.140 in % 23,7	abs. 22.918 in % 22,7	abs. 30.582 in % 27,5	abs. 31.232 in % 26,4	abs. 31.962 in % 22,6	abs. 31.762 in % 23,1	abs. 29.662 in % 22,9	abs. 29.662 in % 22,9	abs. 29.662 in % 22,1
Deutscher Akademischer Austauschdienst	abs. 56.506 in % 61,5	abs. 55.201 in % 61,6	abs. 55.111 in % 61,7	abs. 65.351 in % 64,8	abs. 67.127 in % 60,3	abs. 71.414 in % 60,3	abs. 92.258 in % 65,3	abs. 83.514 in % 60,8	abs. 83.913 in % 64,9	abs. 76.814 in % 59,4	abs. 88.514 in % 65,9
Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	abs. 1.790 in % 1,9	abs. 1.745 in % 1,9	abs. 1.729 in % 1,9	abs. 1.637 in % 1,6	abs. 1.720 in % 1,5	abs. 3.651 in % 3,1	abs. 9.901 in % 7,0	abs. 3.423 in % 2,5	abs. 3.401 in % 2,6	abs. 3.401 in % 2,6	abs. 3.401 in % 2,5
Fulbright-Kommission	abs. 3.000 in % 3,3	abs. 2.925 in % 3,3	abs. 2.896 in % 3,2	abs. 2.852 in % 2,8	abs. 2.852 in % 2,6	abs. 2.852 in % 2,4	abs. 2.852 in % 2,0	abs. 2.937 in % 2,1	abs. 2.995 in % 2,3	abs. 2.995 in % 2,3	abs. 2.995 in % 2,2
Sonstige	abs. 1.633 in % 1,8	abs. 1.572 in % 1,8	abs. 1.538 in % 1,7	abs. 1.494 in % 1,5	abs. 1.417 in % 1,3	abs. 1.425 in % 1,2	abs. 1.301 in % 0,9	abs. 6.891 in % 5,0	abs. 1.448 in % 1,1	abs. 8.571 in % 6,6	abs. 1.871 in % 1,4

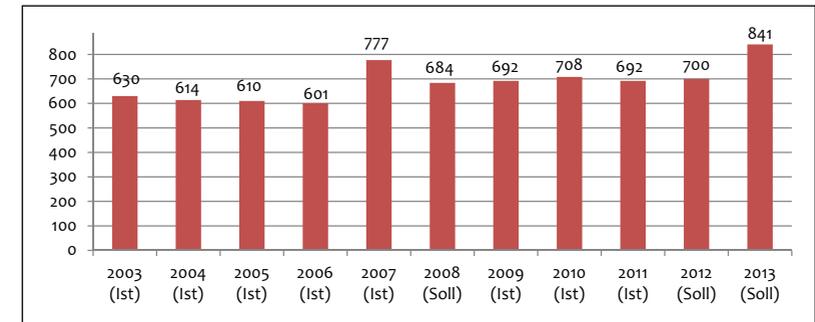
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 05, Kapitel 04, Titelgruppe 01 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 41: Zuschüsse des AA für gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen (in 1.000 Euro)



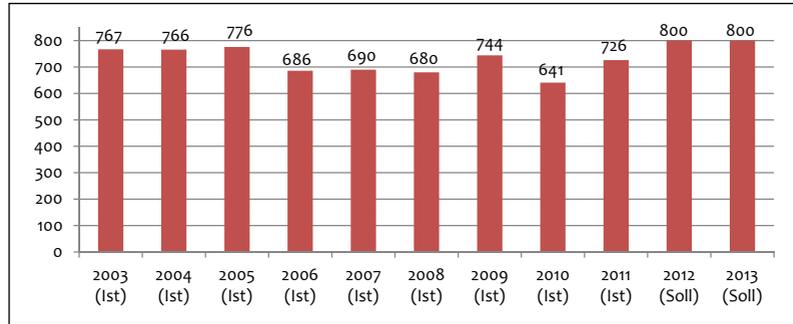
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 05, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 42: Zuschüsse des AA zur Förderung des europäischen Gedankens (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 05, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 43: Ausgaben des AA für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)

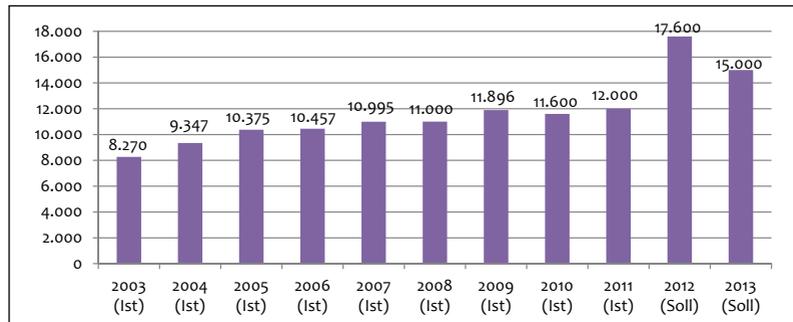


Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 05, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013 sowie der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drs. 17/12428).

#### 2.4.2.4 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

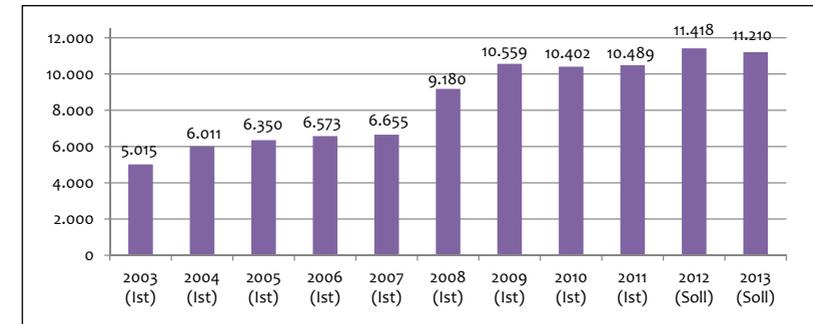
Des Weiteren unterstützt das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* politische Bildungsarbeit, etwa im Rahmen der „Förderung der entwicklungspolitischen Bildung“. Dabei zeichnet sich auch hier der oben beschriebene Trend ab: Nach einer mehr oder minder kontinuierlichen Steigerung der Ausgaben bis 2012 brechen diese in der aktuellen Finanzplanung um knapp 15 Prozent ein (2012: 16,6 Mio. Euro, 2013: 15,0 Mio. Euro)

Abb. 44: Ausgaben des BMZ für die Förderung der entwicklungspolitischen Bildung (in 1.000 Euro)



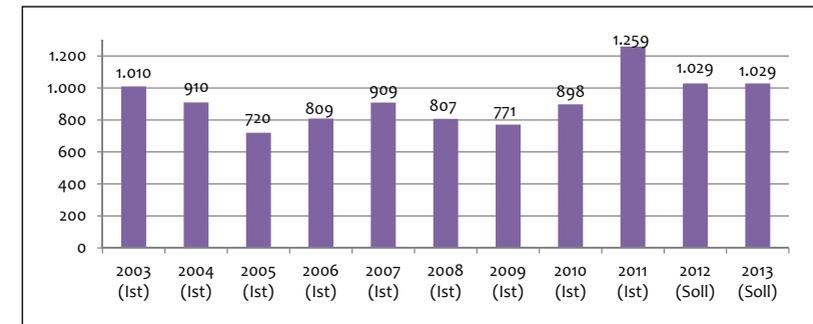
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 23, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

Abb. 45: Ausgaben des BMZ für die Förderung der politischen Bildungsmaßnahmen der freien Träger (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 05, Kapitel 02 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013 sowie der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Lage der politischen Bildung (Drs. 17/12428).

Abb. 46: Ausgaben des BMZ für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 23, Kapitel 01 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

#### 2.4.2.5 Bundesministerium der Verteidigung

Im Haushalt des *Bundesministeriums der Verteidigung* werden explizit für politische Bildung jährlich mehr als drei Millionen Euro veranschlagt (s. auch Punkt 2.3.1.1). Diese Mittel werden neben den unmittelbaren Maßnahmen der Aus- und Fortbildung für die Reisekostenvergütung sowie die Beschaffung von Zeitungen verwandt. Ab dem Haushaltsjahr 2008 differenziert das BMVg diese Angaben nicht mehr, sodass nur der pauschale Betrag für die „Mittel für die Förderung der politischen Bildung“ erfasst werden kann. Allerdings bilden die hier angegebenen Beträge keinesfalls

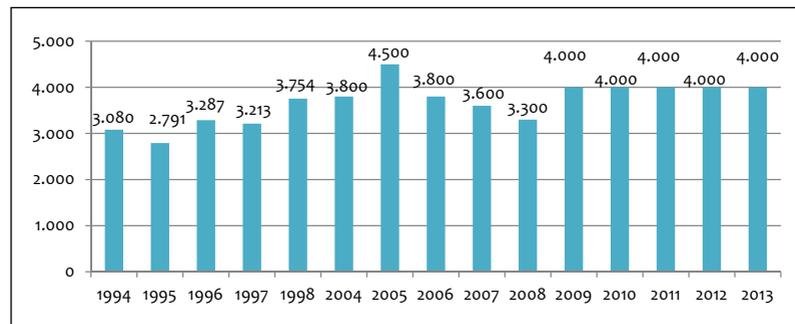
das gesamte Finanzierungsvolumen des BMVg in Bezug auf politische Bildung ab, zumal entsprechende Maßnahmen im relevanten Ausmaß „hausintern“ und damit durchaus auch mit anders „gelisteten“ Ressourcen durchgeführt werden. Insgesamt haben die verantwortlichen Vorgesetzten einen breiten Handlungsspielraum für die praktische Gestaltung der politischen Bildung. Sie sind gehalten, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel professionelle Unterstützung durch die Bundeszentrale für politische Bildung oder die Landeszentralen für politische Bildung sowie durch andere zivile Bildungsträger, etwa die Akademie für Politische Bildung Tutzing, zu nutzen.

Tab. 11: Veranschlagte Mittel für politische Bildung im Verteidigungshaushalt (in 1.000 Euro<sup>49</sup>)

	1994	1995	1996	1997	1998	...	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>50</sup>	2009 – 2013
Maßnahmen der Aus- und Fortbildung	646	541	1.083	1.059	1.478	...	1.500	2.300	1.700	1.500		je 4.000
Tageszeitungen	2.177	2.032	1.950	1.826	1.817	...	1.600	1.500	1.400	1.400	3.300	
Reisekostenvergütung	257	218	254	328	459	...	700	700	700	700		
<b>insgesamt</b>	<b>3.080</b>	<b>2.791</b>	<b>3.287</b>	<b>3.213</b>	<b>3.754</b>	...	<b>3.800</b>	<b>4.500</b>	<b>3.800</b>	<b>3.600</b>	<b>3.300</b>	<b>4.000</b>

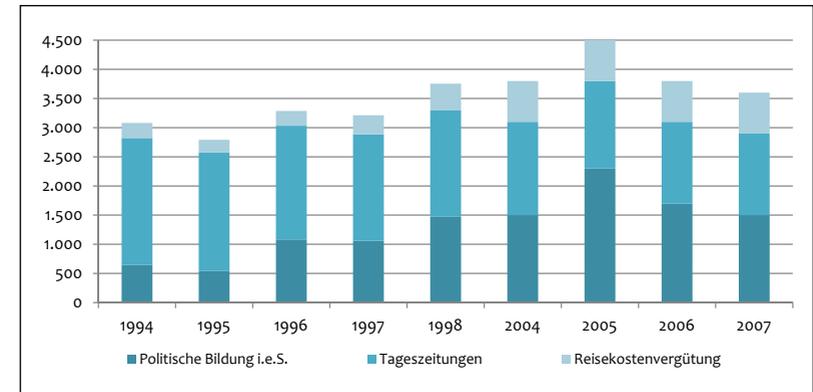
Quelle: Drs. 14/2529 vom 19. Januar 2000, S. 5 sowie Auskunft des Presse- und Informationsstabs des BMVg.

Abb. 47: Insgesamt im Verteidigungshaushalt für politische Bildung veranschlagte Mittel (in 1.000 Euro<sup>51</sup>)



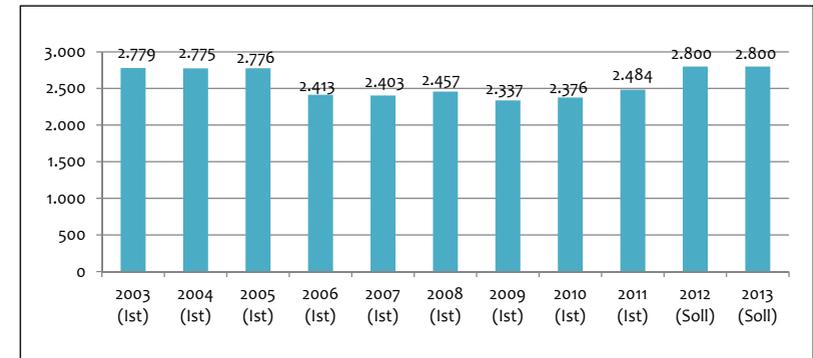
Quelle: Drs. 14/2529 vom 19. Januar 2000, S. 5 sowie Auskunft des Presse- und Informationsstabs des BMVg.

Abb. 48: Veranschlagte Mittel für politische Bildung im Verteidigungshaushalt aufgeschlüsselt (in 1.000 Euro<sup>52</sup>)



Quelle: Drs. 14/2529 vom 19. Januar 2000, S. 5 sowie Auskunft des Presse- und Informationsstabs des BMVg.

Abb. 49: Ausgaben des BMVg für Öffentlichkeitsarbeit (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der jeweiligen Einzelpläne 14, Kapitel 01 der Bundeshaushalte 2003 bis 2013.

### 2.4.3 Förderung der politischen Weiterbildung durch Finanzmittel der EU

Auch die Europäische Union avanciert in zunehmendem Maße zum relevanten Ko-Financier von politischen (Weiterbildungs-)Maßnahmen, welche sie im Rahmen unterschiedlicher Programme und Fonds fördert. Paradigmatisch hierfür lässt sich an erster Stelle das für den Zeitraum 2007 bis 2013 aufgelegte Programm „Europa für Bürgerinnen und Bür-

ger“ anführen, für das ein Gesamtbudget in Höhe von 215 Millionen Euro bereitgestellt worden ist. Seine Intention liegt darin, dass Bürgerinnen und Bürger aktiver am europäischen Einigungsprozess mitwirken. Es soll ihnen verstärkt die Möglichkeit und Motivation zu interkulturellem Dialog und Interaktion sowie Partizipation an europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen geben. Ebenso soll es die Bürgerinnen und Bürger dazu animieren, eine europäische Identität zu entwickeln, die auf anerkannten gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Geschichte und Kultur aufbaut, und generell das Verständnis für die gemeinsame Verantwortung für die EU fördern sowie Toleranz und gegenseitiges Verstehen forcieren – eingedenk der kulturellen und sprachlichen Vielfalt.<sup>53</sup> Auch in der neuen Finanzperiode von 2014 bis 2020 wird dieses Programm fortgesetzt und mit einem Budget in Höhe von 229 Millionen Euro versehen. Seine wichtigsten Ziele bleiben die Stärkung des Geschichtsbewusstseins und eine größere Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene. Im Einzelnen:

- Anregung einer Debatte über das Geschichtsbewusstsein: Geschichte, Identität und Ziel der Europäischen Union sowie Reflexion zu diesem Thema und Networking; ferner
- bessere Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über den EU-Gesetzgebungsprozess und Schaffung von Möglichkeiten für mehr gesellschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit auf EU-Ebene.<sup>54</sup>

Vor allem aber konzentriert sich die Europäische Union zusehends auf die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen in ihrer gesamten Bandbreite. Wichtigstes Instrument in diesem Zusammenhang ist der *Europäische Sozialfonds* (ESF)<sup>55</sup>. Seine Zielsetzung ist es, Arbeitsplätze zu schaffen, Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung zu unterstützen sowie zum Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt beizutragen. Damit steht zwar die berufliche Weiterbildung im Fokus, gleichwohl deckt der Fonds auch Fördermaßnahmen der allgemeinen, einschließlich der politischen Bildung ab.

Für Deutschland werden aus dem ESF in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt 9,4 Milliarden Euro bereitgestellt, wobei sich diese Mittel zu knapp 40 Prozent auf die ESF-Programme des Bundes und zu gut 60 Prozent auf die 17 Länderprogramme verteilen. Die Bundesregierung hat zur Erreichung der Ziele ein eigenes Programm entwickelt: das *Operationelle Programm des Bundes für den Europäischen Sozial-*

*fonds*<sup>56</sup>, welches vor allem auf die Förderung zusätzlicher Bildungsangebote ausgerichtet ist. Allerdings lässt sich an dieser Stelle aus Gründen einer inexistenten internen Differenzierung zwischen der Förderung von politischer, allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, welche dem Ziel der Flexibilität von Fördermaßnahmen geschuldet ist, der jeweilige Anteil der einzelnen Weiterbildungsbereiche nicht konkret erschließen. Für die Arbeit des ESF im nächsten Programmplanungszeitraum 2014 bis 2020 hat die Europäische Kommission mittlerweile neue Schwerpunkte und Regelungen vorgeschlagen:

- So müssen etwa die Mitgliedstaaten die ESF-Fördermittel auf eine begrenzte Anzahl von Zielen und Investitionsprioritäten konzentrieren, die an der Wachstumsstrategie *Europa 2020*<sup>57</sup> ausgerichtet sind, damit die Wirksamkeit erhöht und eine kritische Masse erreicht wird.
- Des Weiteren sollen mindestens 20 Prozent der ESF-Mittel für Tätigkeiten in Bezug auf die *soziale Eingliederung* bereitgestellt werden. In diesem Zusammenhang wird *soziale Innovation* stärker gefördert, d.h. die Erprobung und Ausweitung innovativer Konzepte zur Bewältigung sozialer Probleme.
- Ebenso wird der *Bekämpfung der strukturellen Jugendarbeitslosigkeit* größere Bedeutung beigemessen sowie der *Unterstützung besonders benachteiligter Gruppen und marginalisierter Gemeinschaften wie die der Roma* und ihrer *staatsbürgerlichen Integration*.
- Dazu soll die *Zusammenarbeit mit Sozialpartnern und Zivilgesellschaft* bei der Durchführung von ESF-Tätigkeiten verstärkt werden, indem Kapazitäten ausgebaut und lokale Entwicklungsstrategien unter Leitung der jeweiligen Kommunen gefördert werden.
- Und nicht zuletzt soll künftig auch bei Betriebsmitteln, die einen Bezug zu *Investitionen in Sozial- oder Humankapital* aufweisen, ein *Anrecht auf ESF-Unterstützung* bestehen.

Darüber hinaus fördert die Europäische Union Maßnahmen und Projekte der politischen (Weiter-)Bildung im Rahmen von konkreten europäischen Programmen unter dem Label *„lebenslanges Lernen“*<sup>58</sup>. Dieses EU-Bildungspaket wurde für die Finanzierungsperiode 2007 bis 2013 mit einem Gesamtbudget von fast sieben Milliarden Euro ausgestattet – mit dem Ziel, den europäischen Austausch von Lernenden und Lehrenden aller Altersstufen sowie die europäische Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen zu fördern.

- Für den *Bereich der Erwachsenenbildung* ist das Programm *Grundtvig* einschlägig, wobei zwei spezifische Ziele im Vordergrund stehen: Zum einen sollen die durch die Alterung der Bevölkerung entstehenden Bildungsherausforderungen angegangen werden. Zum anderen unterstützt das Programm Erwachsene bei der Erweiterung und Vertiefung ihres Wissens, ihrer – auch staatsbürgerlichen – Kompetenzen sowie ihres europäischen Bewusstseins. Zu diesem Zwecke richtet es sich insbesondere an Einrichtungen und Organisationen der allgemeinen Weiterbildung. In Deutschland wird die Umsetzung von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung verantwortet.
- Maßnahmen für politische Bildung werden zu Teilen auch durch das Programm *Leonardo da Vinci* abgedeckt, welches sich prioritär auf die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten der beruflichen Bildung ausrichtet. Es unterstützt die transnationale Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in diesem Bereich, indem es Auslandsaufenthalte zum beruflichen Lernen fördert und in europäischen Partnerschaften innovative Lehr- und Lernmaterialien oder Zusatzqualifikationen entwickelt.
- Für den Bereich der formalen Hochschulbildung und der beruflichen Bildung der Tertiärstufe sowie in Bezug auf Einrichtungen und Organisationen, die entsprechende allgemeine, politische oder berufliche Bildungsgänge anbieten oder fördern, ist sodann das Programm *Erasmus* einschlägig.
- Schließlich konzentriert sich das Programm *Comenius* auf die erste Phase der allgemeinen Bildung, von der Vorschule über die Primar- bis zur Sekundarschule I und II. Seine Zielsetzung besteht zum einen darin, das Verständnis für die Vielfalt der europäischen Kulturen sowie und für deren Wert bei jungen Menschen und Bildungspersonal zu fördern, und zum anderen junge Menschen beim Erwerb grundlegender Fertigkeiten und Kompetenzen, die sie für ihre persönliche Entfaltung, gute Beschäftigungschancen und aktiven europäischen Bürgersinn benötigen, zu unterstützen.

Für die Finanzierungsperiode 2014 bis 2020 sollen unter dem neuen Namen *Erasmus for all* die bestehenden Einzelprogramme *Lebenslanges Lernen (Leonardo da Vinci und Sokrates)*, *Grundtvig*, *Comenius*, *Erasmus* usw. gebündelt und auf ein Gesamtbudget von voraussichtlich 19 Milliarden Euro aufgestockt werden.<sup>59</sup> Mit dieser Budgeterhöhung könnten bis zu fünf Millionen Menschen – fast doppelt so viele wie bisher – einen Teil

ihres Bildungswegs im Ausland absolvieren, darunter fast drei Millionen Lernende in der Hochschul- und Berufsbildung.

Tab. 12: Schlüsseldaten zu „Erasmus für alle“ (2014 bis 2020)

<b>Gesamtbudget</b>	19 Milliarden Euro	(einschließlich 1,8 Milliarden Euro für internationale Zusammenarbeit)
<b>Lernmobilitäten insgesamt</b>	5,0 Millionen	Personen
<b>Hochschulbildung</b>	2,2 Millionen	Studierende
<b>Mobilität des Personals</b>	1,0 Million	Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder, Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuer und sonstige Mitarbeiter
<b>Berufliche Aus- und Weiterbildung</b>	735.000	Berufsbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
<b>Freiwilligen- und Jugendaustauschmaßnahmen</b>	540.000	junge Menschen
<b>Garantieinstrument für Darlehen für Masterstudien</b>	330.000	Studierende
<b>Internationale Studierende</b>	135.000	Studierende
<b>Stipendien für gemeinsame Abschlüsse</b>	34.000	Studierende
<b>Kooperationsziele:</b>		
<b>Strategische Partnerschaften</b>	über 20.000	unter Vernetzung von 115.000 Einrichtungen
<b>Wissensallianzen</b>	200	unter Beteiligung von 2.000 Hochschuleinrichtungen und Unternehmen
<b>Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten</b>	200	unter Beteiligung von 2.000 Bildungseinrichtungen bzw. Berufsbildungsanbietern und Unternehmen

Quelle: Eigene Darstellung gemäß [http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/index_de.htm)

Auch wenn die hier umrissenen (Einzel-)Programme der Europäischen Union nicht ausschließlich die politische Bildung fokussieren, sind sie für diesen Bereich durch und durch relevant, da sie in ihrer Ausrichtung entsprechende Zielsetzungen der Entwicklung (europa-)politischer wie staatsbürgerlicher Mündigkeit deutlich tangieren.

#### 2.4.4 Staatliche Finanzierungsstruktur politischer Bildungsarbeit auf Länderebene: Das Beispiel Nordrhein-Westfalen

Neben den dargestellten Finanzmitteln aus dem Bundeshaushalt, den gemäß dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch verfügbaren Mitteln und neben Zuschüssen von Kommunen sowie Einnahmen aus Teilnehmerentgelten und Drittmitteln finanzieren sich Einrichtungen und Träger poli-

tischer Bildung vor allem durch Zuwendungen der Länder bzw. Landesregierungen (siehe dazu die obige Tab. 4).

#### 2.4.4.1 Entwicklung der Ermessensmittel für Weiterbildung am Beispiel des Primus Nordrhein-Westfalen

Zur Illustration der Entwicklung der vonseiten der Länder für politische Weiterbildung zur Verfügung gestellten Mittel sowie deren Anteils an allgemeiner Weiterbildung werden nachfolgend paradigmatisch die in den Einzelplänen 05, 07, 10, 11, 15 und 20 veranschlagten *Ermessensmittel* für die Weiterbildung im *Land Nordrhein-Westfalen* diachron während eines Beobachtungszeitraums der Haushaltsjahre 1998 bis 2013 untersucht.

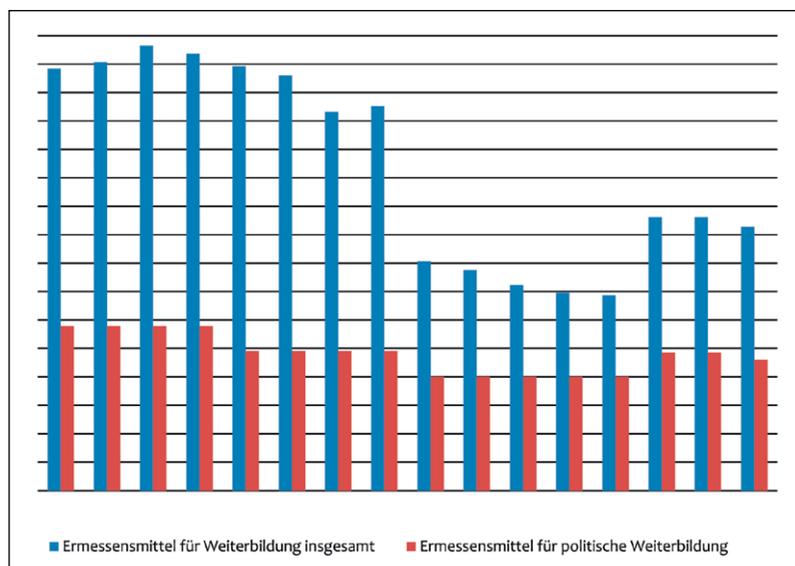
Trotz der erarbeiteten Trends gilt jedoch weiterhin, dass das Land NRW im bundesweiten Vergleich der (Förderung der) politischen Bildung einen hohen Stellenwert beizubehalten und bei allen Mittelkürzungen sowie der beklagten Unterfinanzierung nach wie vor als Primus figuriert.

Tab. 13: Entwicklung der Ermessensmittel für Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen in den Haushaltsjahren 1998 bis 2013 (in 1.000 Euro)

Haushalts-Jahr <sup>e1</sup>	Ermessensmittel für Weiterbildung gesamt		Ermessensmittel für politische Weiterbildung						Gesamte Weiterbildungs-förderung <sup>60</sup>	
	Ermessensmittel für Weiterbildung	Veränderung zum Vorjahr	für pb der Stiftungen <sup>e2</sup>	für pb anerkannter Träger <sup>e3</sup>	für sonstige pb <sup>e4</sup>	für pb insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Anteil der Ermessensmittel für pb an den gesamten Ermessensmitteln	Gesamtvolumen	Veränderung zum Vorjahr
1998	14.842	-	2.439	3.247	92	5.778	-	38,9 %	130.017	-
1999	15.068	+ 1,5 %	2.439	3.247	92	5.778	0,0 %	38,3 %	129.871	- 1,1 %
2000	15.652	+ 3,9 %	2.439	3.247	92	5.778	0,0 %	36,9 %	132.429	+ 1,5 %
2001	15.367	- 1,8 %	2.439	3.247	92	5.778	0,0 %	37,6 %	132.720	+ 0,3 %
2002	14.927	- 2,9 %	2.439	3.247	92	4.911	-15,0 %	32,9 %	132.324	- 0,3 %
2003	14.603	- 2,2 %	2.439	3.247	92	4.911	0,0 %	33,6 %	126.330	- 4,5 %
2004	13.327	- 8,7 %	2.073	2.760	78	4.911	0,0 %	36,8 %	114.981	- 9,0 %
2005	13.524	+ 1,5 %	2.073	2.760	78	4.911	0,0 %	36,3 %	110.785	- 3,6 %
2006	8.059	- 40,4 %	1.784	2.158	63	4.005	- 18,4 %	43,6 %	104.532	- 5,6 %
2007	7.750	- 3,8 %	1.784	2.158	63	4.005	0,0 %	51,6 %	96.020	- 8,1 %
2008	7.231	- 6,7 %	1.784	2.158	63	4.005	0,0 %	55,3 %	99.136	+ 3,4 %
2009	6.955	- 3,8 %	1.784	2.158	63	4.005	0,0 %	57,5 %	96.613	- 2,5 %
2010	6.865	- 1,2 %	1.784	2.158	63	4.005	0,0 %	58,4 %	98.472	+ 1,4 %
2011	9.612	+ 40,0 %	2.007	2.760	78	4.845	+ 21,0 %	50,4 %	114.127	+ 7,2 %
2012	9.612	0,0 %	2.007	2.760	78	4.845	0,0 %	50,4 %	114.782	+ 0,6 %
2013	9.271	- 3,5 %	1.896	2.660	48	4.604	- 5,0 %	49,7 %	114.385	- 0,3 %

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der jährlichen Beilage 2 zum Einzelplan 05 Weiterbildungsförderung des jeweiligen Haushaltsjahres in NRW.

Abb. 50: Entwicklung der Ermessensmittel für Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen in den Haushaltsjahren 1998 bis 2013 (in 1.000 Euro)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der jährlichen Beilage 2 zum Einzelplan 05 Weiterbildungsförderung des jeweiligen Haushaltsjahres in NRW.

Das Datenmaterial verdeutlicht, dass die gesamten *Ermessensmittel für Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen* im Beobachtungszeitraum der Haushaltsjahre 1998 bis 2013 von 14,8 Millionen Euro auf 9,2 Millionen Euro pro Haushaltsjahr beschnitten worden sind – mit einem zwischenzeitlichen Tief 2010 auf 6,9 Millionen Euro. Für den gesamten Zeitraum bedeutet dies einen Rückgang um 37,8 Prozent. Die Ermessensmittel für politische Weiterbildung sanken im gleichen Zeitraum von 5,8 Millionen Euro auf 4,6 Millionen Euro, also insgesamt um 20,7 Prozent. Trotz dieses eklatanten Rückgangs wird aber ebenso deutlich, dass sich der Anteil der Ermessensmittel für politische Weiterbildung im Vergleich zu demjenigen für die Weiterbildung insgesamt *relativ* verbessert hat: von 38,9 Prozent im Haushaltsjahr 1998 auf 49,7 Prozent 2013. Wenn man allerdings das gesamte Volumen der Weiterbildungsförderung (welche sich aus der *Förderung gemäß dem Weiterbildungsgesetz* und den *Ermessensmitteln für die Weiterbildung* zusammensetzt) betrachtet, kommt die Entwicklung der Ermessensmittel für politische Bildung relativ schlechter weg. Denn wo Erstere zwischen 1998 und 2013 um 12,0 Prozent zurückgingen, büßten Letztere sogar die obigen 20,7 Prozent ein. In diesem Zusammen-

hang ist besonders die diskrepante Entwicklung nach dem Haushaltsjahr 2010 auffallend, als die *Ermessensmittel für Weiterbildung* nach dem absoluten Tief 2010 um rund 40 Prozent aufgestockt wurden, die *Ermessensmittel für politische Weiterbildung* allerdings lediglich um 21 Prozent: Der Stellenwert politischer Weiterbildung nimmt signifikant ab.

Insgesamt bestätigen diese Zahlen neben dem eindeutigen Rückgang in Bezug auf die Förderhöhe der politischen Bildungsträger und Arbeit auch einen entsprechenden Wandel in der Förderungsform – nämlich weg von der institutionellen bzw. Regelförderung, einschließlich einer grundsätzlichen Autonomie der einzelnen Einrichtungen über die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel, hin zur Projektförderung. Gerade wenn keine finanzstarken Träger im Hintergrund vorhanden sind, wie zum Beispiel bei den Mitgliedseinrichtungen der *Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung* (LAAW; Zusammenschluss von 44 Weiterbildungseinrichtungen in NRW), hat das Zurückfahren der Landesmittel direkte Konsequenzen, zumal sich der Bereich der politischen Bildung zu mehr als 50 Prozent aus Zuschüssen aus dem Landeshaushalt speist.<sup>65</sup> Wenn Einrichtungen als Reaktion hierauf höhere Kursgebühren erheben müssen, werden insbesondere Menschen aus einkommensschwachen und in der Regel zugleich politikfernen Milieus ausgeschlossen, was dem angestrebten Ziel, gerade diese Bevölkerungsgruppen für (politische) Bildung zu gewinnen, diametral entgegenläuft. Insofern können viele der finanzschwachen Träger die Kürzungen nur auffangen, indem sie im persönlichen Bereich einsparen, was zu Lasten der Professionalität geht, oder Fusionen mit anderen Anbietern eingehen, was wiederum das Pluralitätsgebot konterkariert. Die mit dem nordrhein-westfälischen Weiterbildungsgesetz angestrebte Stärkung der Hauptberuflichkeit kann auf diese Weise nicht erreicht werden.

## 2.5 TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN IM HINBLICK AUF DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN WEITERBILDUNGSSYSTEMS

### 2.5.1 Zunehmende Verschmelzung politischer und beruflicher (Weiter-)Bildung

Die erste kritische Beobachtung fokussiert die anhaltende Tendenz zur *Integration der politischen Bildung in die allgemeine und berufliche* bzw. den verhältnismäßigen Rückgang von Angeboten der politischen Bildung

zugunsten der beruflichen. Gemäß dem Verständnis der politischen Bildung als Prinzip für Leitfragen ist eine entsprechende Anknüpfung der *Bildungsinhalte* wünschenswert. Allerdings sollte politische Bildung zugleich vorrangig ein *eigenständiges Lernfeld* darstellen – mit dem Ziel der Entwicklung politischer Mündigkeit, einschließlich der Befähigung und Motivierung zur umfassenden demokratischen Partizipation. Insofern sollte eine inhaltliche Vernetzung *weder eine fördertechnische noch eine rechtliche oder organisatorische Integration implizieren*.<sup>66</sup> Die Praxis scheint dieses Gebot jedoch zu ignorieren.

Betrachtet man hier konkrete Daten, lag beispielsweise in Berlin der Anteil genuin politischer Weiterbildung im Jahr 2003 bei 30 Prozent, während er 1997 noch 57 Prozent betrug. 70 Prozent aller Veranstaltungen hatten im Jahr 2003 unmittelbar berufsbezogene Themen.<sup>67</sup> Auch in Rheinland-Pfalz und in Hessen lag der Anteil der beruflichen Weiterbildung mit 74 bzw. 60 Prozent deutlich über dem der politischen. In Sachsen-Anhalt zeigt sich ein umgekehrtes Bild; hier umfasst die politische Weiterbildung 55 Prozent aller Bildungsurlaubsveranstaltungen. Niedersachsen erkennt auch Veranstaltungen der allgemeinen Weiterbildung als Bildungsurlaub an, sie machen etwa ein Viertel des Gesamtangebots aus. Der Anteil der beruflichen Bildung beträgt 44 Prozent, der von politischen Bildungsmaßnahmen 23 Prozent und der von Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher oder nebenberuflicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sieben Prozent aller Veranstaltungen.<sup>68</sup>

Ähnliches kann man auch bundesweit beobachten: 2010 entfiel der größte Teil der erfassten Weiterbildungsaktivitäten mit knapp 60 Prozent auf die betriebliche Weiterbildung. Der kleinere Teil umfasst die individuelle Weiterbildung, wobei diese etwa zur Hälfte auch aus beruflichen Gründen erfolgt („individuelle berufsbezogene Weiterbildung“) und zur anderen Hälfte aus anderen Gründen bzw. aus persönlichem Interesse („nichtberufsbezogene Weiterbildung“), worunter auch die politische Bildung zu subsumieren ist.<sup>69</sup>

Diese Entwicklungen – in der Regel von den jeweiligen politischen Strukturen intendiert – werden dabei von dem Willen getragen, allgemeine, berufliche und politische Bildung näher zusammenzubringen und auf diese Weise das Denken in voneinander getrennten Sachbereichen zu überwinden. Der dabei gewählte Fokus ist derjenige der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Dass dabei allerdings der oben thematisierte grundle-

gende Auftrag der politischen Bildungsarbeit in Form der Entwicklung von politischer Mündigkeit mitunter konterkariert wird, scheint übersehen zu werden. So sind auch Ansätze zur Verknüpfung von beruflicher und politischer Bildung, welche darauf abzielen, die berufsbezogenen Inhalte auf ihre politisch-gesellschaftliche Relevanz hin zu reflektieren, gegenwärtig eher die positive Ausnahme als die angestrebte Regel.<sup>70</sup>

Zusätzlich problematisch erweist sich an der tendenziellen Verschmelzung politischer und beruflicher (Weiter-)Bildung die damit einhergehende weitere Diskriminierung bereits benachteiligter Gruppen und politikferner Milieus. Denn dadurch, dass Erwachsene Erfahrungen mit organisiertem Lernen in erster Linie im arbeitsplatznahen, betrieblichen Umfeld machen, kommen Bevölkerungsgruppen ohne den Zugang zur betrieblichen Weiterbildung, also Arbeitslose, prekär Beschäftigte, Nichterwerbstätige, weniger bzw. nur erschwert mit entsprechenden Weiterbildungsangeboten in Berührung.<sup>71</sup> Diese bedenkliche Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit zielgruppenspezifisch zugeschnittener Weiterbildungsangebote, die zudem von der Arbeitssituation abgekoppelt sein müssen.

### **2.5.2 Erforderlichkeit einer dezidierten Zielgruppenspezifizierung und eines Diversity Managements**

Bezüglich der Teilnehmerstruktur an Weiterbildungsangeboten weist der Berufsbildungsbericht für das Jahr 2003 aus, dass von Personen mit niedrigem schulischen Abschluss bundesweit 28 Prozent an institutionalisierter Weiterbildung teilgenommen haben, von denen mit Abitur mehr als doppelt so viele (59 Prozent).<sup>72</sup> Schon dieses Faktum an sich unterstreicht die Brisanz der Entwicklungen und legt zudem Maßnahmen der *Zielgruppenspezifizierung* nahe, welche nicht nur zielgerichtet Interesse für politische Bildungsangebote bei entsprechenden sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen weckte, sondern vielmehr schon im Allgemeinen eine segmentierte, zielgruppenadäquate Akquise potenzieller Teilnehmer beförderte. Gleichwohl stimmen die aktuellen Daten durchaus zuversichtlich:<sup>73</sup>

- Der *Anteil der Arbeitslosen*, die an individueller beruflicher Weiterbildung teilnehmen, ist von 14 Prozent (2007) auf 18 Prozent (2010) angestiegen; allerdings haben nach wie vor Arbeitslose eine erheblich geringere Teilnahmequote in der Weiterbildung als Erwerbstätige, da ihnen in der Regel der Zugang zur betrieblichen Weiterbildung fehlt.<sup>74</sup> Wo daher die individuelle berufliche Weiterbildung der Arbeitslosen vor allem durch

die Bundesagentur für Arbeit und andere Maßnahmenträger gezielt gefördert wird, bedürfte es hinsichtlich der politischen Bildung zusätzlicher, auf diese Zielgruppe zugeschnittener Qualifizierungsangebote.

- Die Statistiken zeigen, dass vollzeitbeschäftigte Frauen sich etwas mehr an Weiterbildung beteiligen als vollzeitbeschäftigte Männer. So liegt die Weiterbildungsbeteiligung der Männer in dieser Gruppe bei 50 Prozent, die der Frauen bei 53 Prozent. Dass Frauen dennoch insgesamt eine niedrigere Teilnahmequote in der Weiterbildung aufweisen (2007: Männer 46 Prozent, Frauen 42 Prozent), ist zum einen der geringeren Erwerbsquote geschuldet, zum anderen der *niedrigeren Weiterbildungsbeteiligung der großen Zahl teilzeitbeschäftigter Frauen*. Hier zeichnet sich ein gewisser Wandel ab: Denn während die Weiterbildungsbeteiligung der Vollzeitbeschäftigten – Männer wie Frauen – zurückgegangen ist, hat die Weiterbildungsbeteiligung der teilzeitbeschäftigten Frauen zugenommen, von 42 auf nunmehr 44 Prozent.<sup>75</sup> Insgesamt sind alle Träger der politischen Bildung, die als Zuwendungsempfänger von Fördermaßnahmen des Bundes arbeiten, verpflichtet, in ihren Bildungsangeboten die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip (*Gender Mainstreaming*) zu verfolgen.
- Bei *Menschen mit Migrationshintergrund* ist die Weiterbildungsbeteiligung nach wie vor deutlich niedriger als in der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Wo aber der Rückgang der betrieblichen Weiterbildung im Beobachtungszeitraum von 2007 bis 2010 im gleichen Maße Personen mit Migrationshintergrund wie diejenigen ohne Migrationshintergrund betroffen hat, setzt sich bei der individuellen beruflichen Weiterbildung der *Trend zur Angleichung der Teilnahmequoten* fort. Während hier bei Personen ohne Migrationshintergrund die Beteiligung leicht von 14 auf 13 Prozent zurückgegangen ist, ist sie bei Personen mit Migrationshintergrund von 9 auf 11 Prozent gestiegen.<sup>76</sup> Auch im genuinen Feld der politischen Bildungsarbeit zeichnet sich eine Hinwendung zu *Menschen mit Migrationshintergrund als bewusster Adressatengruppe* ab: Ein Meilenstein auf diesem Weg war der *Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung* vom 24. Januar 2001, der auch die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund als wichtige Zielgruppe definierte. Betrachtet man beispielsweise auch die durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten Aktivitäten der politischen Jugendbildung, sind mittlerweile 15 bis 30 Prozent der Teilnehmenden junge Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>77</sup> Zielführend erscheinen hier auch die Anstrengungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), welches mit einzelnen

Trägern der politischen Bildungsarbeit mit dem Ziel kooperiert, allgemeine Angebote zur Fort- und Weiterbildung enger mit den Themen Migration und Integration zu verknüpfen: Auf diese Weise können Personen erreicht werden, die sich sonst von den Themen Migration und Integration weniger angesprochen fühlen.<sup>78</sup>

- Auch in Bezug auf *bildungsbenachteiligte und politikferne Milieus* insgesamt zeichnen sich jüngst verstärkte Anstrengungen ab: So hat insbesondere die Bundeszentrale für politische Bildung eine Reihe von Formaten speziell für diese Zielgruppen entwickelt, die sich vorrangig auf elektronische Medien und die sog. *Social Media* konzentrieren, aber auch integrierende Lernkonzepte für den Einsatz im Politikunterricht an Haupt- und Berufsschulen beinhalten. Auch Peer-to-Peer-orientierte Ansätze werden erprobt.

Trotz der insgesamt zuversichtlich stimmenden Entwicklungstendenzen unterstreichen die rohen Zahlen die Erforderlichkeit eines entsprechenden *Diversity Managements*, welches sich generell auf die unterschiedlichen Zielgruppen orientieren sollte: nicht nur auf Multiplikatoren gesellschaftlicher Werte – Lehrer, Journalisten und Meinungsführer – und Verantwortungsträger in Politik, Kultur und Wirtschaft fokussieren, sondern auch ganz besonders auf bislang benachteiligte bzw. ausgesparte Gruppen und politikferne Milieus.

### 2.5.3 Ernüchternder Stellenwert der politischen Bildung im Rahmen des Weiterbildungsangebots

Nach der neuen Klassifizierung der Themenstruktur in der Weiterbildung gemäß den Vorgaben des „Adult Education Survey“ (AES) erscheint der Stellenwert der politischen Bildung geradezu desaströs. Das *Themenfeld 1 Sprachen, Kultur, Politik* kam 2007 im Rahmen des gesamten Weiterbildungsangebots auf einen Anteil von 15 Prozent, der bis 2010 auf 12 Prozent sank. Betrachtet man die zielgenauere *Kategorie Politik und Gesellschaft, Informationswesen*, belief sich ihr Anteil am gesamten Angebot 2007 wie 2010 auf fast schon vernachlässigbare 2 Prozent (siehe dazu Tab. 12). Gleichwohl gilt relativierend, dass Inhalte der politischen Bildung auch in den anderen Themenfeldern implizit enthalten sind, so z.B. im Rahmen des *Themenfelds Pädagogik und Sozialkompetenz* oder auch im Bereich *Wirtschaft, Arbeit, Recht*, sodass der reale Anteil durchaus höher liegt. Dennoch verändert auch diese Relativierung nicht die Brisanz der zunehmenden Randständigkeit politischer Bildung.

Tab. 14: Themenstruktur in der Weiterbildung nach Klassifikation gemäß dem AES (in Prozent)

Themenfeld	2007	2010
<b>1 Sprachen, Kultur, Politik</b>	<b>15</b>	<b>12</b>
davon:		
Grundbildungsgänge, Alphabetisierung	0	1
Kunst, Musik, Medien	5	3
Sprachen, Literatur, Geschichte, Religion, Philosophie	8	6
Politik und Gesellschaft, Informationswesen	2	2
<b>2 Pädagogik und Sozialkompetenz</b>	<b>10</b>	<b>11</b>
davon:		
Persönlichkeitsentwicklung, Kommunikation, Sozialkompetenz	3	4
Unterrichten und Ausbilden	4	4
Jugend- und Sozialarbeit	3	3
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>17</b>	<b>16</b>
davon:		
Medizinische Themen, Pharmazie	4	6
Gesundheit, Pflege, medizinische Dienstleistungen	9	7
Sport	4	3
<b>4 Wirtschaft, Arbeit, Recht</b>	<b>27</b>	<b>32<sup>9)</sup></b>
davon:		
Handel, Marketing, Rechnungswesen	9	9
Management, Verwaltung	4	4
Arbeit und Organisation, Arbeitswelt	6	8
Rechtsthemen	3	4
Persönliche Dienstleistungen	2	2
Arbeitsschutz, Umweltschutz	3	5
<b>5 Natur, Technik, Computer</b>	<b>27</b>	<b>26</b>
davon:		
Naturwissenschaftliche Themen	1	1
Mathematik, Statistik	0	0
Informatik	2	1
Umgang mit dem Computer, Softwarethemen	11	10
Ingenieurwesen, Technik	5	5

Quelle: BMBF 2011: Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 15.

## 2.5.4 Verengtes Verständnis der politischen Bildungsarbeit

Einhergehend mit der Marginalisierung politischer Bildungsangebote zeichnet sich immer mehr ein *verengtes Verständnis der politischen Bildungsarbeit* einschließlich einer gewissen *Ignoranz ihres genuinen Auftrags* im Sinne einer proaktiven gesellschaftlichen Bildung und gleichsam einer umfassenden „Werbeagentur für Demokratie“ ab: Denn allzu oft scheint sie auch seitens politischer Entscheidungsträger auf eine „Feuerwehrfunktion“ reduziert, welcher man sich dann bedient, wenn gesellschaftlichen Missständen wie Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus, Populismus u.Ä. entgegengewirkt werden muss. Ihre existenzielle Funktion in Bezug auf demokratische Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft sowie auf die Gewährleistung der „wehrhaften Demokratie“ gerät hingegen offenbar allzu oft ins Hintertreffen. Indizien hierfür sind neben den beschriebenen Integrationstrends zugunsten der beruflichen Weiterbildung die Tendenz einer schrittweisen Reduzierung der Globalförderung zugunsten von Projektförderung, und hier vor allem mit Fokus auf die genannten gesellschaftlichen Missstände, sowie generell die politische Handhabung in Bezug auf den gesamten Weiterbildungssektor: Betrachtet man hier etwa die *Kleinen und Großen Anfragen sowie Anträge im Deutschen Bundestag* zu Themen der Erwachsenenbildung, dominiert die berufliche Weiterbildung, wobei der politischen in der Regel nicht einmal ein Gliederungspunkt gewidmet wird – eine Beobachtung, welche sich beispielsweise auch in der Ergebnisaufbereitung der *13. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“* widerspiegelt (siehe Kap. 4.3). Und geht es dann tatsächlich ausnahmsweise um politische Erwachsenenbildung, wird sie weniger in ihrem gesamten Spektrum wahrgenommen als vielmehr im begrenzten Kontext jener gesellschaftlichen Fehlentwicklungen – so etwa in Bezug auf den Kampf gegen (Rechts-)Extremismus u.Ä.

In der 16. Legislaturperiode (2005 bis 2009) gab es im Deutschen Bundestag vier Anträge, die explizit die politische Bildung fokussierten. Drei davon konzentrierten sich allerdings auf jene „Feuerwehrfunktion“ (so diejenigen vom 3. Dezember 2008: „Politische Bildung zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterentwickeln“, vom 23. September 2008: „Politische Bildung zur Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus effektiver fördern und nutzen“ sowie vom 20. Februar 2008: „Systematische Weiterentwicklung der politischen Bildung beim Thema Nationalsozialismus“). Der einzige Antrag im Zu-

sammenhang der politischen Bildung in ihrem genuinen Auftrag vom 25. Juni 2008 („Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“) schaffte es im parlamentarischen Prozedere nicht über die erste Lesung hinaus. Kleine bzw. Große Anfragen zu diesem Themenkomplex gab es keine. Für die 15. Legislaturperiode (2002 bis 2005) liefert das Dokumentations- und Informationssystem des Bundestags weder für parlamentarische Anfragen noch Anträge relevante Treffer in Bezug auf eine *explizite* Abhandlung des Themenbereichs politische Bildung im Plenum, was ebenso bezeichnend ist.

In der 17. Wahlperiode stellte schließlich die SPD-Bundestagsfraktion am 30. Januar 2013 eine Kleine Anfrage „Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“, in der die Bundesregierung mittels eines Katalogs mit 45 detaillierten Fragen darzulegen aufgefordert wird, wie die politische Bildungsarbeit in Deutschland weiter intensiviert werden kann, um die verschiedenen Akteure der politischen Bildung in Schule, Hochschule und den außerschulischen Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung besser zu unterstützen.<sup>80</sup> Die Antwort der Bundesregierung vermittelt ein ambivalentes Bild: Auf der einen Seite werden die genuinen Herausforderungen der politischen Bildung – und damit ihr Alleinstellungscharakter – als demokratieermöglichende und -konsolidierende Disziplin hervorgehoben. Auf der anderen Seite aber wird politische Bildung im Rahmen des integralen Bildungsverständnisses als Bestandteil des lebenslangen Weiterlernens verstanden und entsprechend eine möglichst umfassende und breite Verzahnung aller vorhandenen Bildungsangebote verlangt: Das erklärte Ziel bestehe darin, in einer Zeit des beschleunigten sozialen und technischen Wandels Voraussetzungen für dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit zu schaffen.<sup>81</sup>

### **2.5.5 „Pervertierung“ des politischen Bildungsauftrags durch Vordringen von Marktlogiken in den (Weiter-)Bildungssektor**

Unter dem Strich ist die hier beschriebene Gesamtentwicklung ein *Fanal des zunehmenden Vordringens von Marktlogiken auch in den Bildungssektor*, welche allerdings dem genuinen Auftrag der politischen Bildung entgegenstehen: Ihr essenzieller Auftrag der Demokratieförderung kann nur unter staatlicher Ägide vollzogen werden, soll er effektiv und nachhaltig sein. Der Rückgriff auf Drittmittel, Sponsorengelder und Teilnahmegebühren darf nicht über die Form einer nachrangigen, supplementären Stütze hinausgehen, denn nur so kann die Entwicklung zur politischen

Mündigkeit unabhängig von externen, d.h. mit dem Bildungsauftrag nicht einhergehenden Motiven forciert werden und nur so lässt sich langfristig gewährleisten, dass entsprechende Angebote auch für (potenzielle) Teilnehmer aus sozial benachteiligten sowie bildungs- und politikfernen Milieus attraktiv bleiben. Grundlegend bleibt damit eine *reale* Förderung von *politischer* Weiterbildung entsprechend ihrer demokratieermöglichenden Bedeutung. Bezeichnend ist in diesem Kontext, dass der aktuelle Bildungsbericht jene „Ökonomisierung“ der Weiterbildung zwar indirekt anprangert, gleichwohl aber erneut den politischen Bildungsbegriff auf Wirtschaftlichkeitsaspekte hin verengt: „Im Interesse des Gemeinwohls und damit auch der Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen gilt es, neben Fachwissen und Kompetenzen für die Berufsausübung auch das Verständnis für gesellschaftliche, soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu verbessern und damit die in einem demokratischen Gemeinwesen anzustrebende Mitsprache und Mitverantwortung zu fördern. Dies bedeutet, dass nicht nur die berufliche, sondern auch die allgemeine und politische Weiterbildung eine zumindest indirekte Wirkung für die Steigerung volkswirtschaftlicher Produktivität hat“<sup>82</sup> (sic!).

In moderatem Kontrast zu den Trends hinsichtlich der politischen Steuerung und Finanzierung der Erwachsenenbildung lässt sich beobachten, dass die Teilnahme an allgemeiner und politischer Weiterbildung bundesweit stagniert, die *Teilnahme* an beruflicher Weiterbildung sogar sinkt.<sup>83</sup> D.h., wo die reformierten Förderstrukturen nachhaltig Letztere in den Mittelpunkt stellen bzw. eine Integration politischer Bildung in den Bereich der beruflichen Weiterbildung vorantreiben, hat sich bislang die Bevölkerung von diesem Trend nicht merklich hinreißen lassen – und nimmt Angebote der genuinen politischen Bildung auf ungefähr gleichem Niveau wahr. Dies sollte bei den politischen Entscheidungsträgern einen Ausschlag zum Umdenken in Bezug auf die skizzierten Tendenzen geben.

### **2.5.6 Restriktive Eingriffe in die öffentliche Finanzierungsstruktur der politischen Bildungsarbeit**

Was die *Finanzierungsstruktur der politischen Weiterbildungsförderung* anbelangt, lässt sich bundesweit ein genereller Trend zu restriktiven Eingriffen beobachten. Dabei bedingt der Rückgang von Fördermitteln in der Regel eine Steigerung der Teilnahmegebühren und führt in der Folge auch zu Verlusten an Interessenten. Dies ist eine paradoxe Situation, da vor allem öffentliche Fördergeber die Einrichtungen ermahnen, zielgrup-

penadäquate Ansprachen für bildungs- und politikferne Schichten zu entwickeln. Mit steigenden Teilnahmegebühren ist dies jedoch nicht zu erreichen: Im Gegenteil werden hierdurch insbesondere Menschen aus einkommensschwachen und in der Regel zugleich aus jenen eigentlich fokussierten Milieus ausgeschlossen, was dem angestrebten Ziel, gerade diese Bevölkerungsgruppen für (politische) Bildung zu gewinnen, diametral entgegenläuft. Dieses bedacht, können viele der finanzschwachen Träger die Kürzungen nur auffangen, indem sie im personellen Bereich einsparen, was zu Lasten der Professionalität geht.

### 2.5.7 Unheilvoller Trend von Global- zur Projektfinanzierung

Verstärkt wird diese Misere noch durch einen sich zunehmend herauskristallisierenden Trend in Bezug auf die Förderungsform – nämlich weg von der institutionellen Förderung bzw. Regelförderung, welche eine grundsätzliche Autonomie der einzelnen Einrichtungen über die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel gewährleistet, hin zur Projektförderung. Ohne eine ausreichende institutionelle Grundsicherung einer Vielfalt von Trägern sind allerdings weder eine kontinuierliche personelle und finanzielle Planung noch die langfristige strukturelle und inhaltliche Ausrichtung einschließlich innovativer Entwicklungen möglich. Vielmehr potenziert sich mit dem weitreichenden Erfordernis zur Mischfinanzierung – neben der drängenden Finanzierungsfrage – infolge langwieriger Antragsverfahren auch der Verwaltungs- und Zeitaufwand, was neue Ineffizienzen für den eigentlichen Bildungsauftrag bedeutet. Für einige Träger stellt sich in diesem Zusammenhang die existenzielle Frage der Fusionierung mit anderen Einrichtungen, manchen droht die Insolvenz. Aber auch mit einer Verringerung des Angebots und in der Folge einem weiten Weg zur nächsten Einrichtung können viele Zielgruppen nicht oder nicht mehr erreicht werden.<sup>84</sup>

### 2.5.8 Tendenz bei Bildungsmaßnahmen hin zu Kurzveranstaltungen

Nahezu die Hälfte der berichteten Weiterbildungsaktivitäten entfällt auf Kurzveranstaltungen von einigen Stunden bis zu maximal einem ganzen Tag. Der Anteil der Kurzveranstaltungen ist von 41 Prozent (2007) auf 47 (2010) gestiegen. Zurückgegangen ist der Anteil mehrtägiger Veranstaltungen (von 34 auf 27 Prozent), während der Anteil längerer Weiterbildungsmaßnahmen, die sich über mehrere Wochen oder Monate erstrecken, leicht zugenommen hat (von 23 Prozent auf 25 Prozent).<sup>85</sup> Gerade

der kontinuierliche Rückgang mehrtägiger Veranstaltungen scheint bedenklich, zumal dadurch die Bildungsmaßnahmen zunehmend in den Arbeitsalltag integriert werden und dadurch die Chance sinkt, sich allein und konzentriert mit den jeweiligen Fort- und Weiterbildungsinhalten auseinandersetzen zu können: Die veränderte Angebotsstruktur könnte tendenziell die Nachhaltigkeit des Lernens beeinträchtigen.

### 2.5.9 Alterung der Teilnehmer und neue Herausforderungen durch den demografischen Wandel

Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte hat die Teilnahme an Weiterbildung insbesondere in den mittleren Altersgruppen (35 bis 54 Jahre) zugenommen: Seit Mitte der 1990er Jahre ist deren Weiterbildungsbeteiligung etwa so hoch wie die der jüngeren Altersgruppen (18 bis 34 Jahre). Die Älteren (55 bis 64 Jahre) wiesen eine niedrigere Weiterbildungsbeteiligung auf, teils wegen ihrer geringeren Erwerbsquote, aber auch unter den noch Erwerbstätigen. Dieses Muster der Weiterbildung im Lebensverlauf hat sich nach den aktuellen Daten verschoben: Die Weiterbildungsbeteiligung der mittleren Altersgruppe ist auf relativ hohem Niveau stabil (47 Prozent); die Älteren haben jedoch aufgeholt: Ihre Teilnahmequote ist insgesamt von 27 auf 34 Prozent gestiegen und unter den Erwerbstätigen dieser Altersgruppe von 41 auf 46 Prozent. Dem steht ein *rückläufiger Trend in den jüngeren Altersgruppen* gegenüber. Deren Weiterbildungsbeteiligung ist von 48 Prozent (2007) auf 41 Prozent (2010) zurückgegangen.<sup>86</sup> Diese Tendenz lässt sich nicht nur im Bereich der allgemeinen Weiterbildung feststellen, sondern gilt ebenso für die politische Weiterbildung im engeren Sinne.

Diese Entwicklung korrespondiert durchaus mit den Auswirkungen des demografischen Wandels: Indem der Altersdurchschnitt der Bevölkerung zunimmt und zugleich die Jüngeren zahlenmäßig abnehmen, sehen Anbieter in demografieorientierten bzw. auf die dominierende Altersstruktur zugeschnittenen Angeboten einen Zukunftsmarkt. Dadurch tragen sie einerseits zur Bewältigung der Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft bei. Andererseits verschärfen sie so den bekannten Bias, dass sich Angebote der nichtberufsbezogenen Weiterbildung – also auch politischer Bildung – grundsätzlich einer höheren Beliebtheit bei älteren Bevölkerungsgruppen erfreuen als beim jüngeren Publikum:<sup>87</sup> Werden nun die Weiterbildungsangebote verstärkt auf die Vorstellungen der ersteren Gruppe zugeschnitten, provoziert man geradezu einen überpro-

portionalen Rückgang bei der Nachfrage seitens der jüngeren Generation. Will man dem genuinen Auftrag der politischen Bildung gerecht werden, ist vielmehr – entgegen den Wirtschaftlichkeitsargumenten – ein gegensteuerndes Handeln erforderlich, sprich die gezielte Akquirierung junger Teilnehmerinnen und Teilnehmer einhergehend mit einem Zuschnitt der Inhalte auch auf diese Kohorten.

### **2.5.10 Methodisches, organisatorisches und technologisches Modernisierungserfordernis**

Ebenfalls muss sich die politische Weiterbildung dem technologischen Fortschritt mit der unaufhaltsam steigenden Bedeutsamkeit neuer Medien stellen – und auf dieser Grundlage der Entwicklung und zunehmenden Etablierung moderner Vermittlungsmethoden und Veranstaltungsformen. Zum klassischen Akademieunterricht tritt immer stärker die Form des *Tele-Teaching* hinzu, welches gleichsam virtuelle Hörsäle schafft, in denen räumlich verteilte Lernende und Vortragende miteinander kommunizieren. Die tradierten Lernprozesse nehmen verstärkt einen informellen Charakter an, werden zum *E-Learning* bzw. *DistancE-Learning*, welches auf Basis von computergestützten Selbstlernprogrammen oder internetbasierten Lernangeboten die Orts- und die Zeitunabhängigkeit des herkömmlichen Lernens transzendiert. So haben sich bereits im Jahr 2003 wenigstens 23 Prozent der 19- bis 64-Jährigen mit dem Themenbereich der neuen Medien im Rahmen von Weiterbildungskursen oder im Selbstlernprozess beschäftigt. Ferner lernten im Jahr 2003 auf informellem Weg mit den neuen Medien bundesweit immerhin zwei Fünftel dieser Altersgruppe. Und auch wenn der Anteil von Fernunterricht unter allen Kursen der Weiterbildung 2003 noch knapp bei einem Prozent lag, ist in dem nachfolgenden Zeitraum bis 2007 die Zahl der Teilnehmenden am Fernunterricht um 35 Prozent gestiegen, von 2007 bis 2011 sogar um 77 Prozent. Die Zunahme der Anbieter von Fernlehrgängen liegt im Zeitraum von 2000 bis 2008 bei 59 Prozent, von 2008 bis 2011 bei 1,5 Prozent.<sup>88</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Wachstumsdynamik der Nachfrage nach Fernlerngängen gewinnt die Kombination in Form des sog. „*Blended Learning*“ als „versöhnende Balancierung“ zwischen traditionellem und modernem Lehr-Lern-Arrangement an Akzeptanz und Bedeutung. Sie gilt als Ausdruck der Forderung nach Flexibilität, Mobilität und Modernität. Zudem stellen auch die vergleichsweise geringeren Kosten, die mit dieser Lernform im Vergleich zu anderen Vermittlungsformaten verbunden sind,

einen nachhaltigen Vorteil dar. Insgesamt werden so Lernen und Arbeiten stärker integriert und ganzheitlich aufgefasst. *Tele-Teaching* und *E-Learning* avancieren zum integralen Motor moderner Aus- und Weiterbildung.<sup>89</sup>

Mit dieser Entwicklung müssen auch die Anbieter der politischen Bildung mitgehen, soll sie auch weiterhin einen relevanten Teil des Weiterbildungsmarktes für sich beanspruchen. Dabei richtet sich dieser Modernisierungsauftrag nicht ausschließlich auf die politischen Bildner, die eine z.T. noch antiquierte Auffassung in Bezug auf die relevante Form und Methodik der Vermittlung von politischen Bildungsinhalten vorweisen. Zudem gilt für diese, neben der Modernisierung der eigenen Infrastruktur den Fokus ihrer Arbeit zu erweitern: auf eine verstärkte Förderung der Medienkompetenz der Bevölkerung, um gleichsam den *Digital Divide* zu nivellieren, sowie auf die Förderung ihrer interkulturellen Kommunikationskompetenz wie auch ihrer allgemeinen Reflexionsfähigkeit.<sup>90</sup> Ebenso adressiert der Modernisierungsauftrag die politische Sphäre, zumal sie entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und beständig an den technologischen Fortschritt anpassen muss: So kennen zum einen diverse Förderrichtlinien nach wie vor jene neuen Formen der Wissensaneignung und Wissensvermittlung nicht, weshalb diese mitunter durch diverse „Förderungsrastrer“ fallen. Vielmehr wird in diesem Zusammenhang politische Bildung oft so eng definiert, dass viele innovative und kreative Projekte als nicht bzw. nur bedingt förderungsfähig erscheinen.

### **2.5.11 Erforderlichkeit eines effektiven Qualitätsmanagements und Monitorings**

*Last but not least* bedarf auch politische Weiterbildung eines effektiven Systems des Qualitätsmanagements und Monitorings, um sie nachhaltig an gesellschaftlichen, politischen und technologischen Trends auszurichten und dadurch insgesamt ihren Erfolg zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang böte sich die Entwicklung eines bereichsweiten Zertifizierungssystems an: Dabei könnte mittels der koordinierten Ausarbeitung eines Katalogs zur Selbstevaluation, der Aufstellung von Benchmarks und einer gleichzeitigen Förderung der Transparenz politischer Bildner und ihrer Angebote Interessenten und (potenziellen) Teilnehmern verdeutlicht werden, wo Spezifika und Potenziale der einzelnen Anbieter liegen, welche Qualität sie erwarten dürfen und wie sie gute Angebote finden bzw. erkennen können. Auch die politischen Bildner würden mit der Qualitätssicht aus der Lernperspektive wichtige Anhaltspunkte für die

Entwicklung ihrer Angebote und Vermittlungsmethoden gewinnen. Außerdem würde ein einschlägiges, regelmäßiges Monitoring politischer Weiterbildung auch steuerungsrelevantes Wissen für die Politik bereitstellen.

Schon gegenwärtig lassen sich entsprechende Bemühungen festmachen, die teils weit fortgeschritten sind, allerdings weitgehend noch einen segmentierten Charakter aufweisen: Hierzu zählen u.a.:

- Das „*Berichtssystem Weiterbildung*“, welches TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Kooperation mit dem IES Hannover, Dr. Dieter Gnahn und Helmut Kawan, Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung München durchführt. Sein Zweck war die kontinuierliche Beobachtung des Weiterbildungsgeschehens in Deutschland, die von 1979 bis 2006 alle drei Jahre aktualisiert worden ist. 2007 wurde die Erhebung inhaltlich auf das europäische Berichtskonzept des „*Adult Education Survey*“ (AES) umgestellt, um auch international vergleichbare Ergebnisse zu erhalten.
- Der *wbmonitor* ist ein junges Kooperationsprojekt des *Bundesinstituts für Berufsbildung* (BIBB) und des *Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen*. Es versteht sich als Koordinator eines Informationsaustausches für und über die allgemeine und berufliche Weiterbildung. Mit einer jährlichen Umfrage bei den einschlägigen Anbietern will *wbmonitor* zu mehr Übersicht über die Weiterbildungslandschaft und die Anbieterstrukturen beitragen und Veränderungen nachzeichnen. Zugleich wenden sich die neuen Umfragen auch an Anbieter allgemeiner – einschließlich politischer – Weiterbildung: Für 43 Prozent der Befragten stellt Letztere die Hauptaufgabe dar, für weitere 27 Prozent ist sie Nebenaufgabe. Gleichwohl hat berufliche Weiterbildung mehr Gewicht: Sie ist für 66 Prozent Haupt- und für weitere 27 Prozent Nebenaufgabe. Fast zwei von drei Einrichtungen haben beides im Angebot.<sup>91</sup>
- Das BIBB bietet zudem die *Checkliste „Qualität beruflicher Weiterbildung“* an. Diese wurde bereits 1991 entwickelt und 2001 sowie jüngst 2007 aktualisiert. Sie ist ein Frage-Leitfaden, der von Ratsuchenden genutzt werden kann, die vor der Entscheidung für die Teilnahme an einem Weiterbildungsangebot stehen.
- Das BMBF gibt jährlich seinen *Berufsbildungsbericht* heraus, in dem es über die Schwerpunkte der Berufsbildungspolitik der Bundesregierung informiert. Politische Bildungsinhalte stellen darin allerdings nur eine Marginalie dar.

- Einen etwas anderen Weg geht die Abteilung „*Weiterbildungstests*“ der *Stiftung Warentest*, welche von Mitte 2002 jährlich bis zu 20 Tests im Bereich beruflicher Weiterbildungsangebote verwirklicht. Aktuell wurden Fortbildungskurse, Beratungsangebote und Lernmedien getestet. Die Finanzierung des Projektes erfolgt durch Mittel des BMBF und des Europäischen Sozialfonds. Hier soll die Qualität und Transparenz von Weiterbildungskursen unmittelbar durch unabhängige Tests kontinuierlich erhöht werden.
- Im Rahmen der *politischen Bildung i.e.S.* erfolgt bislang das Qualitätsmanagement in dem Sinne, dass bei der Trägerförderung seitens der Bundesministerien bzw. der Bundeszentrale sowie der Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit) bei jedem eingehenden Antrag geprüft wird, ob ein öffentliches Interesse besteht. Ebenfalls werden alle eingehenden Verwendungsnachweise mit Sachberichten geprüft, um eine Qualitätssicherung zu gewährleisten. Gleichwohl erfolgt dies mehr in der Form von Einzelfallprüfungen, als dass standardisierte Evaluationsmechanismen und -prozesse entwickelt und bemüht würden.

Auch wenn diese Instrumente für sich genommen ebenso sinnvoll konzipiert wie erforderlich sind, weisen sie gegenwärtig zwei Desiderate auf: Zum einen konzentrieren sie sich vor allem auf Angebote der *beruflichen Weiterbildung*, tangieren zwar auch die allgemeine, erheben allerdings nicht konzentriert Daten zur Infrastruktur und Angeboten der *politischen Erwachsenenbildung*. Zum anderen stehen sie nach wie vor *weitgehend isoliert* da und bedürften folglich einer Aufeinanderabstimmung, um den Stand und die Perspektive der Weiterbildungslandschaft repräsentativ und umfassend wiederzugeben.

- 1| Siehe BVerfGE 44, 125 [138ff.] sowie BVerfGE 38, 281 [302].
- 2| Vgl. statt vieler Ahlheim/Heger (2006): *Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung*, S. 224.
- 3| Vgl. dazu auch die *Bildungsstandards der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) 2004: 9 f.*
- 4| *Die Mittelschulen sind hier entsprechend der Tatsache, ob sie einen Haupt- oder Realschulabschluss vermitteln, implizit mitberücksichtigt. Zu den Daten vgl. Statistisches Bundesamt (2012): 12 f.*
- 5| *So geben z.B. in Baden-Württemberg Kontingentstudententafeln jeweils für Fächer, Fächergruppen und den neuen Fächerverbund GWG Gesamtstundenzahlen für den Zeitraum von sechs Jahren vor (die Klassen 5 bis 10). Zusammen mit frei verfügbaren Poolstunden erlauben sie den Schulen Schwerpunkt-*

- setzungen auf verschiedenen Klassenstufen sowie innerhalb der Fächergruppen und des Fächerverbundes GWG.
- 6| Für die Berechnung der nachfolgend angegebenen Durchschnittswerte wurden im Falle von Verbundfächern – sofern die einschlägigen Länderrahmenlehrpläne keine landesweit festgelegten Kontingente definieren – die entsprechenden Stundentafeln vereinfachend durch die Anzahl der integrierten Verbundfächer dividiert.
- 7| Siehe Fn. 18.
- 8| Siehe Fn. 18.
- 9| Siehe Fn. 18.
- 10| Siehe Fn. 18.
- 11| Siehe Fn. 18.
- 12| Lange (2010): *Monitor politische Bildung*, S. 68 f.
- 13| Vgl. dazu bereits den Arbeitsausschuss für politische Bildung (1988): *Politische Bildung in der Weiterbildung*, insb. S. 84 f. und 88.
- 14| Vgl. hierzu auch die „Plöner Beschlüsse“ der KMK (2006) über flächendeckende standardorientierte Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten.
- 15| Lange (2010): *Monitor politische Bildung*, S. 68 f.
- 16| Vgl. auch bap (1997): *Außerschulische politische Bildung*, S. 3.
- 17| Siehe BVerfGE 44, 125 [138 ff.] sowie BVerfGE 38, 281 [302].
- 18| Siehe [http://www.lpb-bw.de/muenchner\\_manifest.html](http://www.lpb-bw.de/muenchner_manifest.html)
- 19| Siehe: [http://www.bpb.de/partner/U47F5B,0,0,Anerkannte\\_Bildungstraeger.html](http://www.bpb.de/partner/U47F5B,0,0,Anerkannte_Bildungstraeger.html)
- 20| Vgl. hierzu auch die Soll-Daten gemäß dem Einzelplan 06 des Bundeshafts in Kapitel 0.
- 21| Zum Wortlaut: <http://p147937.webspaceconfig.de/kampagne/wp-content/uploads/2011/10/ErklaerungPolitischeBildung.pdf>
- 22| Vgl. dazu <http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de/index.php/2010/11/bundeshaushalt-2011-teilerfolg-fuer-bap-kampagne>
- 23| Vgl. hierzu die Einschätzung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 20 f.
- 24| Aktuellere Daten sind an dieser Stelle nicht verfügbar, da der entsprechende Jahresbericht der bpb für den Doppelhaushalt 2012/2013 erst 2014 erscheinen wird und die Bundeszentrale einschlägige Daten nicht vorab veröffentlicht.
- 25| Siehe bpb (2008): *Jahresbericht*, S. 99 f.
- 26| Die Gesamtausgaben der Bundeszentrale für politische Bildung setzen sich aus den nachfolgenden Posten zusammen: Personalausgaben, Sächliche Verwaltungsausgaben (einschließlich Ausgaben für politische Bildungsarbeit), Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen), Ausgaben für Investitionen, Besondere Finanzierungsausgaben.
- 27| Zu den Zahlen vgl. Puschner (2012): *Befreit aus der Verbannung*, S. 50 f.
- 28| So das Ergebnis eines Telefoninterviews des Verfassers mit dem Abteilungsleiter 3 Bildung, Programme am Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Herrn Eckhard Reichelt, am 20. März 2013.
- 29| Siehe [http://www.bpb.de/partner/U47F5B,0,0,Anerkannte\\_Bildungstraeger.html](http://www.bpb.de/partner/U47F5B,0,0,Anerkannte_Bildungstraeger.html)
- 30| Beide hier aufgeführten Verzeichnisse überschneiden sich zwar teilweise, sind aber nicht deckungsgleich.
- 31| So die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage

- der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 2.
- 32| Vgl. hierzu Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. u.a. (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, S. 8.
- 33| Vgl. Huntemann/Reichart (2012): *Volkshochschul-Statistik 2011*, S. 4 und 7, Lange (2010): *Monitor politische Bildung*, S. 74, Reichart/Huntemann (2009): *Volkshochschul-Statistik 2008*, S. 3.
- 34| Siehe die Zielsetzungen unter [http://www.arbeitundleben.de/html/ueber-uns/profil/profil\\_de.htm](http://www.arbeitundleben.de/html/ueber-uns/profil/profil_de.htm)
- 35| *Die jüngste Ausgabe – Horn/Ambos (2012): Weiterbildungsstatistik 2010 – erfasst das Jahr 2010.*
- 36| Vgl. Horn/Ambos (2012): *Weiterbildungsstatistik 2010*, S. 10 sowie AdB (2007): *Jahresbericht*, S. 35.
- 37| Vgl. Horn/Ambos (2012): *Weiterbildungsstatistik 2010*, S. 11, 25, 60.
- 38| Die nachfolgenden Tabellen werden bei Bedarf „digitalisiert“.
- 39| Zu den Daten Horn/Ambos (2012): *Weiterbildungsstatistik 2010*, S. 60.
- 40| Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 18.
- 41| Ebd., S. 19.
- 42| Die einzelnen hier erfassten Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:
- für das BMI: Förderung der politischen Bildung; Förderung der politischen Bildungsmaßnahmen der freien Träger; Globalzuschüsse zur gesellschafts-politischen und demokratischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen; Zuschuss an die Stiftung „Die Mitarbeit“ sowie Ausgaben für die bpb gemäß dem Einzelplan 06 des Bundeshafts
  - für das BMFSFJ: Ausgaben für „Politische Bildung i.e.S.“; Ausgaben für „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“ im Rahmen des KJP; Ausgaben für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“; Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen im Rahmen des BAFzA bzw. vormalis BAZ
  - für das AA: Förderung der politischen Bildung; Ausgaben für die Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland; Zuschüsse für gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen; Förderung des europäischen Gedankens
  - für das BMZ: Förderung der entwicklungspolitischen Bildung; Förderung der politischen Bildungsmaßnahmen der freien Träger
  - für das BMVg: Mittel für politische Bildung im Verteidigungshaushalt.
- 43| Die Gesamtausgaben der Bundeszentrale für politische Bildung setzen sich aus den nachfolgenden Posten zusammen: Personalausgaben, Sächliche Verwaltungsausgaben (einschließlich Ausgaben für politische Bildungsarbeit), Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen), Ausgaben für Investitionen, Besondere Finanzierungsausgaben.
- 44| Zu den stets aktualisierten Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes, die dessen Förderpolitik bestimmen, siehe <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=3520.html>
- 45| Dieser Posten wird an entsprechender Stelle im Bundeshaushaltsplan erst mit dem Haushaltsjahr 2006 eingeführt (Einzelplan 17, Kapitel 02, Titel 684 11). Davor (2006 sogar parallel) wurden entsprechende Ausgaben außerhalb des KJP unter dem Titel 686 11-246 Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer geführt (diese Ausgaben werden in der Tabelle kursiv angegeben).

- 46| Dieser Posten wird unter dieser Bezeichnung im Bundeshaushaltsplan erst seit dem Haushaltsjahr 2005 geführt (Einzelplan 17, Kapitel 02, Titel 684 14-165); sein Vorläufer lief unter dem Titel Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus (Titel 684 14-175).
- 47| Für die Jahre 2003 bis einschließlich 2006 wird hier der Titel 686 11-246 (Einzelplan 17, Kapitel 02) Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer berücksichtigt, der seit 2007 nicht mehr fortgeführt worden ist; seit 2006 wird dann der Titel Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen der für das KJP budgetierten Posten (Titel 684 11) gelistet; das Jahr 2006 ist spezifisch, da hier beide Titel nebeneinander fortbestanden.
- 48| Dieser Posten wird mit unter dieser Bezeichnung im Bundeshaushaltsplan erst seit dem Haushaltsjahr 2005 geführt (Einzelplan 17, Kapitel 02, Titel 684 14-165); sein Vorläufer lief unter dem Titel Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus (Titel 684 14-175).
- 49| Für die Jahre 1994 bis 1998 wurden die DM-Angaben in Euro umgerechnet.
- 50| Seit dem Haushaltsjahr 2008 werden Ausgaben für die Politische Bildung nicht weiter differenziert.
- 51| Für die Jahre 1994 bis 1998 wurden die DM-Angaben in Euro umgerechnet.
- 52| Für die Jahre 1994 bis 1998 wurden die DM-Angaben in Euro umgerechnet. Ab dem Jahr 2008 gibt hier das BMVg nur pauschale Angaben, die nicht weiter differenziert sind.
- 53| Vgl. hierzu detailliert [http://europa.eu/legislation\\_summaries/culture/l29015\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/culture/l29015_de.htm), [http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index\\_de.php](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.php), [http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/about\\_citizenship\\_de.php](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/about_citizenship_de.php) sowie [http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/budget\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/budget_en.php)
- 54| Siehe [http://ec.europa.eu/citizenship/about-the-europe-for-citizens-programme/future-programme-2014-2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/citizenship/about-the-europe-for-citizens-programme/future-programme-2014-2020/index_de.htm)
- 55| Siehe <http://www.esf.de/portal/generator/8/startseite.html>
- 56| Siehe [http://www.esf.de/portal/generator/1406/property=data/op\\_bund.pdf](http://www.esf.de/portal/generator/1406/property=data/op_bund.pdf)
- 57| Siehe [http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm)
- 58| Siehe [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc78\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc78_de.htm)
- 59| Siehe [http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/index_de.htm) sowie <http://www.bmbf.de/de/919.php>
- 60| Setzt sich zusammen aus: Förderung gemäß Weiterbildungsgesetz und Ermessensmittel für die Weiterbildung.
- 61| Für die Jahre 1998-2001 wurden die Angaben von DM in Euro transferiert.
- 62| Genaue Bezeichnung: Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung.
- 63| Genaue Bezeichnung: Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger von anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung.
- 64| Genaue Bezeichnung: Sonstige Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit.
- 65| Daten gemäß Metten-Jäckel (2003): Finanzierung politischer Bildung, S. 30.
- 66| Vgl. dazu auch Arbeitsausschuss für politische Bildung (1988): Politische Bildung in der Weiterbildung, insb. S. 84 f. und 88.
- 67| Daten für das Jahr 2003 gemäß BMBF (2006): Berichtssystem Weiterbildung IX, S. 348 f. Das Berichtssystem Weiterbildung war ein Instrument zur kontinuierlichen Beobachtung des Weiterbildungsgeschehens in Deutschland; zu diesem Zweck erschienen im Auftrag des Bundesministerium für Bildung und Forschung Berichte von 1979 bis 2006 alle drei Jahre Berichte. 2007 wurde die Erhebung inhaltlich auf das europäische Berichtskonzept des „Adult Education

- Survey“ (AES) umgestellt, um auch international vergleichbare Ergebnisse zu erhalten. Zu den aktuellen Daten vgl. BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland sowie TNS Infratest Sozialforschung 2008: Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland.
- 68| Daten gemäß BMBF (2006): Berichtssystem Weiterbildung IX, S. 348 f.
- 69| Vgl. dazu BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 5 und 20.
- 70| Vgl. zu dieser Forderung bereits *bap* (1997): Außerschulische politische Bildung, S. 3.
- 71| Vgl. dazu BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 5.
- 72| Vgl. BMBF (2008): Berufsbildungsbericht, S. 36.
- 73| Die nachfolgenden Darstellungen folgen den Ergebnissen und Ausführungen des AES 2010 Trendberichts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Weiterbildungsverhalten in Deutschland (BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland).
- 74| BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 6, vgl. auch Koscheck/Schade (2012): *wbmonitor* Umfrage 2011, S. 7.
- 75| BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 6.
- 76| BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 6.
- 77| Vgl. hierzu das Kapitel 1.1.1.2 dieser Faktensammlung sowie die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 6.
- 78| Vgl. ebd.
- 79| Die Abweichung der Summe von den Gesamtwerten ist auf Rundungseffekte zurückzuführen. Das Ergebnis entspricht dem angegebenen Prozentwert.
- 80| Vgl. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712252.pdf>
- 81| Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 10.
- 82| BMBF (2008): Berufsbildungsbericht, S. 36.
- 83| BMBF (2008): Berufsbildungsbericht, S. 36.
- 84| Vgl. AdB (2007): Jahresbericht, S. 12.
- 85| BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 5.
- 86| BMBF (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, S. 6. Zu den Entwicklungen der Weiterbildungsanbieter unter den Vorzeichen des demografischen Wandels vgl. Koscheck/Schade (2012): *wbmonitor* Umfrage 2011.
- 87| Vgl. Koscheck/Schade (2012): *wbmonitor* Umfrage 2011, S. 7.
- 88| Zu den Daten vgl. BMBF (2006): Berichtssystem Weiterbildung IX, S. 215, BIBB (2009): Datenreport, S. 271 sowie Grün/Kurz (2012): Fernunterrichtsstatistik 2011.
- 89| Siehe bereits Palmer (2002): *E-Learning*, S. 13.
- 90| In diesem Kontext stimmen die jüngsten Bemühungen und Strategien des BMBF zuversichtlich: In Reaktion auf den 2009 veröffentlichten Bericht „Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur“, den eine vom BMBF eingesetzte Expertenkommission zur Medienbildung ausgearbeitet hat, wurde vom BMBF die Fortbildungsmaßnahme „Basisqualifizierung Medienkompetenz“ lanciert, durch die rund 24.000 Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Medienkompetenz gestärkt sowie grundsätzlich Grundkenntnisse zu digitalen Medien sowie deren pädagogischem Einsatz in der beruflichen Praxis vermittelt werden sollten. Ergänzend hierzu wurde mit der 2011 erstellten „Bestandsaufnahme zur

Medienkompetenz in Förderprojekten des BMBF“ die Bedeutung von Medienkompetenz ebenfalls für die berufliche Bildung herausgestellt. Daran anknüpfend wird im Rahmen der BMBF-Förderbekanntmachung „Stärkung der digitalen Medienkompetenz für eine zukunftsorientierte Medienbildung in der beruflichen Qualifizierung“ seit Herbst 2012 die Verankerung von Medienbildung in verschiedenen beruflichen Stationen (Aus-, Fort- und Weiterbildung) mit insgesamt zehn Verbundprojekten (33 Einzelvorhaben) gefördert. Erste Projektergebnisse werden 2015 erwartet (vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter

Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 12).

91| Vgl. zu den Daten BMBF (2008): Berufsbildungsbericht, S. 36 (wobei Mehrfachnennungen zulässig waren)

### 3. VERBESSERUNGSWÜRDIGE VERNETZUNGSSTRUKTUR IM RAHMEN DES POLITISCHEN BILDUNGS-AUFTRAGS

Eine weitere potenzielle „Baustelle“ ist die *Vernetzungsstruktur im Rahmen des politischen Bildungsauftrags*: Denn betrachtet man die Landschaft der politischen Bildungsträger und -einrichtungen in Deutschland und fokussiert dabei insbesondere die Bundesebene, so gibt es zwar diverse Kooperationsstrukturen und viele Diskurse, aber selten Foren, in denen sie sich bündeln und mittels derer sie effektiv an politische Entscheidungsträger weitervermittelt werden können.<sup>1</sup> Diese Situation ist *einerseits* der spezifischen, intendierten Eigenheit des deutschen (Weiter-)Bildungssystems geschuldet – soll es nämlich eine pluralistische, föderal strukturierte und subsidiär gestaltete Landschaft darstellen. Diese Segmentierung führt allerdings trotz allem Kooperationswillen dazu, dass politische Bildner nicht als *ein* Akteur – gleichsam als ein einheitlicher Lobbyist – für ihren Bildungsauftrag eintreten, sondern in der Regel unterschiedliche Ansätze und Strategien verfolgen, welche sich nach ihrem mannigfaltigen Selbstverständnis und ihren jeweiligen Zuständigkeiten richten. *Andererseits* sind kaum Anreize gegeben, welche politische Bildner dazu motivieren, sich enger zu vernetzen. Das liegt insbesondere daran, dass es auf *Bundesebene keine einheitliche Anlaufstelle* gibt, mittels deren die mit politischer Bildung Befassten Impulse an die

politischen Entscheidungsträger geben könnten. Stattdessen sind je nach Themenbereich, „Fördertopf“ und konkretem Anliegen unterschiedliche Stellen zuständig: sei es die Bundeszentrale für politische Bildung und damit mittelbar das Bundesministerium des Innern als ihr „Hausherr“, seien es die bildungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen oder auch die jeweils zuständigen Abteilungen in den relevanten Ministerien, also im Auswärtigen Amt, dem BMI, BMBF, BMZ, BMFSFJ oder BMVg usw. Eine derart atomisierte Zuständigkeitsstruktur führt dazu, dass auch eine idealiter dicht organisierte politische Bildung keinen relevanten Counterpart im politischen System vorfindet, und dadurch einer effektiven Lobby- und Schlagkraft entbehrt. Insofern sollte hier die Bundesebene *bewusst Verantwortung für die politische Bildung mitübernehmen* und entsprechende Anknüpfungsstrukturen schaffen wie auch auf dieser Grundlage die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Bildungsträger fördern. Hierzu würde auch eine dezidierte und zugleich öffentlichkeitsorientierte Bündelung der unterschiedlichen Dimensionen der politischen Bildungsarbeit (angefangen bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements über Integrationspolitik bis zur Werteerziehung) unter dem eingängigen Label „politische Bildung“ gehören.

Eine entsprechende Konzertierung läge gleich aus mehreren Gründen im ureigensten Interesse der (bundes-)politischen Entscheidungsträger: Zuerst würde sie durch entsprechende Mechanismen steuerungsrelevantes Wissen über die Landschaft der politischen (Weiter-)Bildung erlangen. Hierfür spräche schon einerseits die gesellschaftliche Relevanz dieser demokratiefördernden Disziplin, andererseits aber auch monetäre Gründe, zumal die Bundespolitik die einschlägigen Bildungsträger mit einem immensen Fördervolumen unterstützt: Man erinnere hier nur an die Förderung der Parteienahen Stiftungen aus Bundesmitteln (mit insgesamt knapp 110 Millionen Euro<sup>2</sup> im Jahr 2007), an die Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung (mit rund 36 Millionen Euro<sup>3</sup>) sowie an die öffentlichen Finanzierungsquellen des Bundes für die Träger im Verbund<sup>4</sup> (einschließlich des Anteils der Bundesebene zur Finanzierung der Volkshochschulen), die dort knapp 101 Millionen Euro (unter Berücksichtigung der Mittel gemäß dem SGB III sogar 294 Millionen Euro) ausmachen.<sup>5</sup> Im Ganzen betrug also im Jahr 2007 nur das an dieser Stelle berücksichtigte Fördervolumen für politische Bildung aus *Finanzmitteln des Bundes* mehr als 247 Millionen Euro (einschließlich SGB III sogar 440 Millionen Euro). Aus anderer Perspektive argumentierend: Addiert man zu diesen Zuschüssen noch die Eigenmittel, das Stiftungska-

pital, die Teilnahmegebühren und Sponsorengelder, betrug das Gesamtfinanzierungsvolumen nur im oben genannten Verbund im Jahr 2007 über 1,442 Milliarden Euro, was zusätzlich die ökonomische wie arbeitsmarktpolitische Bedeutung der organisierten politischen Bildung unterstreicht. Neben dieser monetär messbaren Dimension spricht zudem aus Sicht des Bundes für eine forcierte Vernetzung und Anbindung der Bildungsträger der mit diesem Schritt einhergehende Beitrag zur Verbesserung der Transparenz und damit der Qualitätssicherung in Bezug auf politische Bildungsangebote (siehe dazu bereits das Kap. 2.5).

### 3.1 KOOPERATIONSSTRUKTUREN IM RAHMEN DER POLITISCHEN BILDUNG UND DER POLITIKDIDAKTIK

Was die Verbandsstruktur als solche anbelangt, zeichnet sich in der jüngsten Vergangenheit auch ohne das gesteuerte Zutun des Bundes eine Tendenz zur verstärkten Zusammenarbeit untereinander ab. Als wichtigste Verbandsstrukturen auf Bundesebene wurden in diesem Zusammenhang in der vorliegenden Faktensammlung bereits näher beleuchtet:

- In Bezug auf die Politikdidaktik:
  - *Deutsche Vereinigung für politische Bildung* (umfasst als Mitglieder vor allem Politiklehrer, aber auch Vertreter staatlicher Bildungsinstitutionen (Landeszentralen, Einrichtungen für Lehrerfortbildung usw.) und an Universitäten tätige Politikdidaktiker);
  - *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (vereint die in der Politikdidaktik Forschenden und an Universitäten Tätigen);
  - *Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft* (unterhält die einschlägige Sektion „Politische Wissenschaft und Politische Bildung“).
- In Bezug auf die freien Träger (politischer) Bildungsarbeit (vgl. bereits Kap. 2.3.1.3):
  - *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* (der mit seinen 108 Mitgliedsinstitutionen im Vergleich zu den nachfolgenden Einrichtungen als Einziger vorrangig dem Auftrag *politischer* Bildungsarbeit nachgeht);
  - *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* (mit 159 Einrichtungen);
  - *Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* (mit 473 Einrichtungen);
  - *Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* (mit knapp 568 Einrichtungen);

- *Deutscher Volkshochschul-Verband* (umfasst 929 einzelne Volkshochschulen).
- Zudem dürfen hinsichtlich der Kooperationsstrukturen die *Bundeszentrale* sowie die *Landeszentralen für politische Bildung(sarbeit)* nicht übersehen werden, die anlässlich ihrer spezifischen Funktion als staatlich verfasste Support-Einrichtungen für die politische Bildung in Bund und Ländern einer gewissen Vernetzungsfunktion unter den anerkannten Trägern nachgehen und diese mittelbar an die politischen Entscheidungsträger anbinden.
- Eine europaweite Initiative ist das von der Bundeszentrale angestoßene europäische Netzwerk politischer Bildner *Networking European Citizenship Education* (NECE). Die Intention besteht darin, ein Forum und teils auch gemeinsame Kooperationsstrukturen zu entwickeln und damit Synergien auf dem Gebiet der politischen Bildung zu begründen. Als Hauptziel gilt die Europäisierung entsprechender Angebote, wodurch man einen eigenen Beitrag zur Schaffung einer grenzüberschreitenden europäischen Öffentlichkeit leisten wolle.<sup>6</sup>

### 3.2 DER „BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG“ ALS ZENTRALER DACHVERBAND

Überdacht werden diese Verbände durch den 1966 gegründeten *Bundesausschuss Politische Bildung*, der den zentralen Zusammenschluss von gegenwärtig insgesamt 32 bundesweit tätigen Trägerverbänden der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung darstellt (Stand: Dezember 2012). Die Geschäftsstelle des bap wird im Auftrag der Mitgliederversammlung durch den AdB geführt, was zugleich zu einer engen Aneinanderbindung beider Verbände beiträgt. Der Tätigkeitsbereich des bap fokussiert sich im Wesentlichen auf die *Weiterentwicklung der politischen Bildung*, die *politische Vertretung* der Interessen und ihre Optimierung sowie die *Organisation und Neugestaltung der internen Struktur und Vernetzung* der beteiligten Akteure.

Zu seinen bedeutendsten Projekten zählen die jährlich in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie den Landeszentralen durchgeführten „Aktionstage Politische Bildung“, deren Ziel darin besteht, die Vielfalt der Akteure und Aktionen auf dem Gebiet der politischen Bildung zu präsentieren und dabei gezielt die *Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit* auf das breite und wichtige Angebot politischer (Weiter-)Bildung in Deutschland zu lenken. Allerdings stößt auch der bap auf das oben

skizzierte strukturelle Problem eines fehlenden Counterparts auf bundespolitischer Ebene, weshalb hier noch einmal der einschlägige Handlungsbedarf der politischen Sphäre unterstrichen sei.

- 1| Vgl. Oberreuter (2009): *Standortbestimmung*, S. 7.
- 2| Eigene Berechnung auf Grundlage von <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/epl06/s060268502.pdf>, <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/epl05/s050268707.pdf> sowie <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/epl05/s0504101.pdf>; alle Angaben dieser Aufstellung beziehen sich auf das Jahr 2007.
- 3| Vgl. <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/epl06/s0635.pdf>, <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2008/pdf/epl06/s0635abs.pdf>
- 4| D.h. AdB, BAK AL, DEAE, KBE sowie assoziiert DVV-VHS.
- 5| Eigene Berechnung auf Grundlage von Weiland/Weiß (2009): *Weiterbildungsstatistik*, S. 11 sowie S. 55 f.
- 6| Siehe dazu <http://www.nece.eu>

## 4. RAHMENBEDINGUNGEN DER POLITISCHEN BILDUNG

Der freiheitlich demokratisch verfasste Staat trägt eine besondere Verantwortung für politische Bildung, zumal nur durch sie die wertebezogenen Grundlagen der demokratischen Ordnung nachhaltig aktualisiert und in der Bevölkerung verankert werden. Und nur durch sie werden Bürgerinnen und Bürger erfolgreich zur politischen Teilhabe und Willensbildung qualifiziert und zum Engagement in öffentlichen Angelegenheiten motiviert. Insofern kommt dem Staat auch die besondere Verantwortung zu, durch die Schaffung und vor allem beständige Fortentwicklung und Anpassung von rechtlichen wie politischen Rahmenbedingungen Voraussetzungen wie Anreize für eine erfolgreiche politische Bildungsarbeit zu schaffen und deren Träger bei ihren Aufgaben sowie hinsichtlich des Modernisierungserfordernisses zu unterstützen. Insofern sind die staatlich aufgestellten und forcierten Strukturen auch erheblicher Teil des Innovationsystems im Zusammenhang der politischen Bildung.

Zu den unmittelbar wirkenden Rahmenbedingungen zählt zuerst die Förder- und Finanzierungsinfrastruktur einschließlich ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen. In diesem Kontext kommt es auf eine an transparenten und langfristig ausgerichteten Kriterien sich orientierende und damit verlässliche Gewährleistung bedeutender Global- wie Projektzuschüsse an. Dies erfordert gleichfalls sophistizierte Förderrichtlinien, welche die politischen Bildner in ihrem mitunter

so nötigen Innovations- und Modernisierungsbedarf nicht beschränken, sondern sie vielmehr darin bestärken. Dazu müssen sie pädagogische Innovationen auf der Folie neuester didaktisch-methodischer Erkenntnisse und technologischer Entwicklungen ermöglichen. Andererseits müssen Förderrichtlinien auch steuernd wirken, um durch eine mittelbare Strukturierung der Landschaft politischer Bildner zu einer Effektivierung und fortwährenden (Neu-)Ausrichtung ihres demokratiefördernden Auftrags an den sich wandelnden Rahmenbedingungen anzuleiten – wobei der diesbezügliche Handlungsrahmen mit der quasi-verfassungsrechtlich festgeschriebenen Konfiguration eines pluralistischen, föderal strukturierten und subsidiär gestalteten kooperativen Systems der politischen Bildung bestimmt ist.<sup>1</sup>

Neben der Gestaltung unmittelbarer Rahmenbedingungen in Form von Finanzierungsstrukturen und Förderrichtlinien, die sich direkt an Anbieter politischer Bildung richten, kommt dem Staat auch gleichfalls die Aufgabe zu, für politische Bildung zu werben und die Bürgerinnen und Bürger dazu zu animieren, entsprechende Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Zu Letzterem gehören etwa die Schaffung von Anreizen, z.B. in Form von generösen Bildungsurlaubsregelungen, welche auch explizit Angebote der politischen Weiterbildung einschließen, aber auch Steuererleichterungen usw. Hier verfügt nämlich der Gesetzgeber über die indirekte Fähigkeit, gesellschaftspolitische Kernkompetenzen zu Schlüsselqualifikationen zu erheben und auf diesem Wege politische Bildung als integralen Bestandteil des „lebensbegleitenden Lernens“ zu etablieren.

### 4.1 RELEVANTE (RECHTLICHE) VORGABEN FÜR POLITISCHE BILDUNG

#### 4.1.1 Politische Bildung in der Schule

Der Stellenwert *politischer Bildung* in der Schule wird gemäß der bildungsföderalistischen Architektur in der Regel in den *Schulgesetzen der Länder* festgeschrieben.<sup>2</sup> Allerdings geschieht dies meistens nur auf indirekte Weise, indem die Schulen dazu angehalten werden, „zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen, die im einzelnen eine Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausschließt, wobei jedoch die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert, nicht in Frage gestellt werden darf“<sup>3</sup>. Ähnlich haben nach Art.

2 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen Schulen „insbesondere die Aufgabe, [...] zu selbständigem Urteil und eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit, zu Toleranz, friedlicher Gesinnung und Achtung vor anderen Menschen zu erziehen, [...] die Bereitschaft zum Einsatz für den freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat und zu seiner Verteidigung nach innen und außen zu fördern.“

Einen bundesweit einzigartigen Weg geht hier das Land *Baden-Württemberg* welches politische Bildung in Form des Unterrichtsfaches „Gemeinschaftskunde“ sogar *verfassungsrechtlich verankert*. So besagt Artikel 21 der Landesverfassung: „(1) Die Jugend ist in den Schulen zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern zu erziehen und an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen. (2) In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.“ Jedoch auch andere Landesverfassungen erteilen den Auftrag der politischen Bildung, allerdings ohne diesen wie im baden-württembergischen Fall als konkrete Schulaufgabe festzuschreiben. So sind hier etwa die Verfassungsgebote zu nennen, welche die Erziehung zu „*politischer Verantwortung*“ (in Bremen und Hessen), im „*Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit*“ (in Nordrhein-Westfalen) sowie zu „*politischem Verantwortungsbewusstsein*“ (in Sachsen) fordern.

Als zentraler Orientierungsrahmen für (schulische) Angebote der politischen Bildung gilt bundesweit der bereits erwähnte „*Beutelsbacher Konsens*“ von 1976, welcher die allgemein anerkannten Minimalbedingungen festlegt. Ihm gemäß muss sich der Politikunterricht an drei Grundprinzipien ausrichten: an dem *Indoktrinationsverbot*, dem Gebot der *Kontroversität und Ausgewogenheit* sowie am Prinzip der *Schülerorientierung*.<sup>4</sup>

#### 4.1.2 Außerschulische politische Bildung (Kinder und Jugendliche)

In Bezug auf die politischen Rahmenbedingungen der außerschulischen politischen Bildung von Kindern und Erwachsenen sind insbesondere die stets aktualisierten Richtlinien des *Kinder- und Jugendplans des Bundes* (bis 1993 Bundesjugendplan) einschlägig, welcher gleichsam den Förderpotenz der Bundesregierung für politische und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland darstellt (siehe dazu auch Kap. 2.4.2.2). So ist auch in der aktuellsten Fassung vom April 2012 *politische Bildung als ausdrückliches Förderziel* verankert: „Politische Bildung soll jungen

Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen.“

Ebenso relevant sind in diesem Kontext die *Jugendbildungsgesetze* der Länder, wobei auch hier der Appell formuliert sei, in diese die politische Bildung – soweit noch nicht geschehen – als expliziten Bestandteil aufzunehmen und strukturell wie finanziell abzusichern.

#### 4.1.3 Politische Weiterbildung/Erwachsenenbildung

Die Regelung politischer Erwachsenenbildung erfolgt in Deutschland angesichts fehlender bundeseinheitlich geltender Normen in erster Linie über die *Erwachsenen- bzw. Weiterbildungsgesetze der Länder*. Sie umschreiben jeweils den Anspruch auf (politische) Weiterbildung bzw. die Frage nach dem Angebot, der Finanzierung und der Freistellung von der Arbeit während der Maßnahme. Nach diesen Gesetzen wird politische Bildung in unterschiedlicher Form gefördert: Seminare, Tagungen, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw. Die Regelungen der Weiterbildungsgesetze wollen gemäß dem Pluralitätsgebot ein breites Angebot an politischer Bildung sicherstellen, welches finanziell für alle Zielgruppen attraktiv sein sollte. In der Regel gewähren sie eine institutionelle Förderung, welche eine kontinuierliche Weiterbildung möglich macht, auch wenn hier ein Trend zur verstärkten Projektförderung deutlich ist. Ebenfalls sehen sie in aller Regel – mitunter mit Verweis auf die einschlägigen *Bildungsurlaubsgesetze* – Bildungsurlaub auch für den Zweck der politischen (Weiter-)Bildung explizit vor. Ergänzt wird schließlich die Länderkompetenz durch *Volkshochschulgesetze*. Allerdings schreiben alle hier genannten Normen die Anteile der unterschiedlichen Dimensionen der Weiterbildung und damit folglich auch diejenigen der politischen Erwachsenenbildung in Relation zur allgemeinen und beruflichen nicht fest.

Für die Förderung politischer Weiterbildung auf Bundesebene sind insbesondere die vom Bundesministerium des Innern aufgestellten Richtlinien

zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung ausschlaggebend.<sup>5</sup> Denn sie schreiben zum einen die Rahmenbedingungen für Bildungsträger fest, welche finanzielle Mittel aus dem entsprechenden Fonds beziehen. Zum anderen gelten sie auch sonst als Orientierungsrahmen für die Förderung politischer Bildungsarbeit durch andere Stellen. In unmittelbarem Bezug auf die bpb (wie auch auf die Landeszentralen) kommt hier ergänzend das „Münchner Manifest“ von 1997<sup>6</sup> zum Tragen, welches gleichsam als übergeordnete Leitlinie die Zielsetzungen der politischen Bildungsarbeit perspektivisch umschreibt. Ebenso spielt auch hier der „Beutelsbacher Konsens“ eine bedeutende Rolle, zumal die von der bpb anerkannten Bildungsträger jene drei Prinzipien anerkennen müssen, um förderungsfähig zu sein.

#### 4.2 INITIATIVEN UND ANTRÄGE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

- In ungewohnt konzentrierter Weise stellte die SPD-Bundestagsfraktion am 30. Januar 2013 eine Kleine Anfrage *„Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“* (Drs. 17/12252), in der die Bundesregierung mittels eines Katalogs mit 45 detaillierten Fragen aufgefordert wird, darzulegen, wie die politische Bildungsarbeit in Deutschland weiter intensiviert werden kann, um die verschiedenen Akteure der politischen Bildung in Schule, Hochschule und den außerschulischen Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung besser zu unterstützen.<sup>7</sup> Die Antwort der Bundesregierung vermittelt ein ambivalentes Bild: Auf der einen Seite wird politische Bildung im Rahmen des integralen Bildungsverständnisses als Bestandteil des lebenslangen Weiterlernens verstanden und entsprechend eine möglichst umfassende und breite Verzahnung aller vorhandenen Bildungsangebote verlangt. Auf der anderen Seite werden die genuinen Herausforderungen der politischen Bildung – und damit ihr Alleinstellungscharakter – als demokratieermöglichende und -konsolidierende Disziplin hervorgehoben und ins Zentrum der staatlichen Anstrengungen gerückt.<sup>8</sup>
- In ähnlicher Weise fokussierten die beiden Regierungsfractionen in der vorangegangenen Legislaturperiode in ihrem gemeinsamen Antrag *„Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“* (Drs. 16/9766) vom 25. Juni 2008 die *Desiderate der politischen Bildung in ihren unterschiedlichen Facetten*. Durchaus korrelierend mit der Bestandsaufnahme dieser Faktensammlung – einschließlich der *Forderung nach neuen For-*

*maten politischer Bildung* – appelliert darin der Bundestag an die Bundesregierung u.a.:

- die politische Bildung und demokratische Werteerziehung bereits in der frühkindlichen Erziehung bzw. Bildung und der Grundschule, aber auch der schulischen und der Erwachsenenbildung stärker zu verankern. Hierzu zähle auch die Befähigung zu interkultureller Kompetenz;
  - politische Bildung für, aber auch von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln, zu verstärken und zu fördern;
  - weitere, zeitgemäße Formen politischer Bildung für politik- und bildungsferne Zielgruppen zu entwickeln, um die klassischen multiplikatoren Strategien der politischen Bildung, die nach wie vor eine zentrale Aufgabe sind, durch niedrigschwellige Formate und Ansätze zu ergänzen;
  - neue Methoden bei der Vermittlung von Zeitgeschichte zu entwickeln;
  - die politische Bildung stärker für das Zukunftsprojekt Europa zu aktivieren;
  - die ökonomische und soziale Bildung als Teil der politischen Bildung stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken; dem Auseinanderdriften ökonomischer, sozialer und politischer Bildung sei durch ein stärkeres Aufgreifen der Thematik in der schulischen und außerschulischen Bildung entgegenzuwirken;
  - zu prüfen, inwiefern die Förderrichtlinien der bpb einer sich verändernden Praxis bei den Trägern politischer Bildung durch mehr Flexibilisierung und Modifizierung Rechnung tragen können;
  - die wissenschaftlichen Grundlagen der politischen Bildung, vor allem die Forschung über Voraussetzungen, Methoden und Wirksamkeit politischen Lernens zu stärken.
- Durchaus auf diesem Antrag aufbauend fordert die Fraktion Die Grünen vor dem spezifischen Hintergrund rechtsextremer Gefahrenlagen in ihrem eigenen Antrag *„Politische Bildung zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterentwickeln“* (Drs. 16/11201) vom 3. Dezember 2008 die Bundesregierung u.a. dazu auf,
- die politische Bildung als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung zur Demokratieentwicklung zu begreifen und zu einer wachsenden Vernetzung aller damit befassten Organisationen und Akteure beizutragen;
  - sich für lebensbegleitende politische Bildung von der Kindheit bis ins hohe Erwachsenenalter einzusetzen und mehr altersspezifische (und genderspezifische) Angebote anzuregen bzw. zu fördern;

- darauf hinzuwirken, im Unterricht zur politischen Bildung nicht nur den historischen Nationalsozialismus, sondern verstärkt auch Erscheinungsformen des aktuellen Rechtsextremismus zu verankern;
  - darauf hinzuwirken, dass die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus in die Inhalte des Lehramtstudiums aufgenommen wird und dabei praxiserprobte Lösungsansätze (z.B. von „Schulen ohne Rassismus“) mit einfließen;
  - darauf hinzuwirken, dass die DDR-Geschichte mit ihren Menschenrechtsverletzungen in den Schulen gezielt als Gegensatz zu den Werten unserer Demokratie vermittelt wird;
  - die bpb anzuregen, mehr niedrigschwellige didaktische Ansätze zur Ansprache politikferner Zielgruppen zu entwickeln und anzuwenden;
  - die bpb anzuregen, mehr didaktische Ansätze zur Ansprache von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und anzuwenden;
  - die bpb anzuregen, verstärkt über die Geschichte und Perspektiven von Bürgerrechtsbewegungen wie etwa der schwul-lesbischen Emanzipationsbewegung zu informieren und deren Erfahrungen mit Blick auf nach wie vor vorhandene Diskriminierungstendenzen zu thematisieren;
  - die bpb anzuregen, im Rahmen ihrer Schnittstellenfunktion zwischen Politik und Bildungseinrichtungen zu einer regelmäßigen Evaluation der Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus beizutragen;
  - sich dem Land Niedersachsen gegenüber für eine Wiedereinführung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung einzusetzen;
  - im Rahmen der politischen Bildung mehr alternative zivilgesellschaftliche Projekte zu fördern, die auf ungewöhnlichen und originellen Wegen für Demokratie werben.
- Eine *Große Anfrage* der SPD-Fraktion zum Thema „*Lebensbegleitendes Lernen: Situation und Perspektiven der beruflichen Weiterbildung*“ (Drs. 13/6887) vom 29. Januar 1997, in der 91 Fragekomplexe angesprochen werden, reflektiert zusammen mit der zugehörigen Antwort der Bundesregierung (Drs. 13/8527) vom 17. September 1997 umfassend den Zustand und die Perspektiven der Weiterbildungslandschaft in Deutschland. Auf politische Bildung und ihre Anbindung an die berufliche Weiterbildung bzw. ihren Anteil an derselben wird darin nicht spezifizierend eingegangen. Allerdings stimmen beide Dokumente den Grundton an, eine dezidierte Verbindung von berufsbezogenen Inhalten mit allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung zu fördern. Ebenso bekundet die Bundesregierung, sich angesichts der differen-

zierten Lernnotwendigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft ordnungspolitisch von den Prinzipien der Pluralität, Eigenverantwortung und dezentralen Gestaltung durch den Weiterbildungsmarkt leiten zu lassen.

### 4.3 KOMMISSIONEN IM AUFTRAG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

Die 13. *Enquete-Kommission* des Deutschen Bundestags „*Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000*“ (1987 bis 1994) hat in Bezug auf die berufliche wie allgemeine – und damit auch politische – Weiterbildung den Begriff „*lebensbegleitendes Lernen*“ geprägt und ihn auch den entsprechenden Empfehlungen zugrunde gelegt.<sup>9</sup> Der Bericht, welcher eine Mehrheits- und eine Minderheitsauffassung enthält, befasst sich u.a. mit der Organisation des (Weiter-)Bildungssektors, wobei insbesondere die Kontroverse um einen sinnvollen Balanceakt zwischen staatlicher Verantwortung – und damit einer staatlichen Gestaltung und Moderation des Weiterbildungsbereichs – einerseits und der Akzentuierung von selbstorganisierenden und -steuernden Marktlogiken andererseits prägend erscheint. Wesentlicher Inhalt der Minderheitsauffassung der Enquete-Kommission ist zudem, und im Zusammenhang mit der Forderung nach einer stärkeren bundesweiten Koordinierung des Bereichs, das Postulat eines *Rahmengesetzes* zur Weiterbildung, welches einen bundesweiten Grundkonsens festschriebe. Allerdings gilt hier einschränkend anzumerken, dass die Enquete-Kommission zwar den Anspruch einer umfassenden Bestandsaufnahme der Bildungspolitik verfolgte, sich allerdings nicht explizit der politischen Bildung als deren Konstituente zuwandte.

Die gemeinsam von der Bundesregierung und vom Bundestag eingesetzte *Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“* (2001 bis 2004) legt in ihren Empfehlungen nahe, dass Bundesländer und Kommunen eine *flächendeckende Grundversorgung* mit Angeboten allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung gewährleisten sollen. In diesem Kontext sollten sie sich auf einen bestimmten Prozentsatz ihrer Haushalte einigen, der jährlich für die Förderung der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung bereitgehalten wird.<sup>10</sup> Dabei thematisiert sie die Bedeutung allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung nicht nur für Innovationsfähigkeit und Wachstum der Wirtschaft, sondern insbesondere auch in Hinsicht auf die Befähigung zu bürgerschaftlichem Engagement. Insofern stünde diese Dimension der Weiterbildung im besonderen *öffentlichen Interesse*. Bezeichnend ist auch hier ein Minderheitsvotum,

demgemäß es weniger einen zusätzlichen Subventionsbedarf als vielmehr einen *hohen Modernisierungsbedarf* bei der allgemeinen (einschließlich der politischen) Weiterbildung gäbe.

- 1| Vgl. BVerfGE 44, 125 [138ff.] sowie BVerfGE 38, 281 [302].
- 2| Vgl. hierzu die Auflistung unter [http://www.kmk.org/no\\_cache/dokumentation/rechtvorschriften-und-lehrplaene-der-laender/uebersicht-schulgesetze.html](http://www.kmk.org/no_cache/dokumentation/rechtvorschriften-und-lehrplaene-der-laender/uebersicht-schulgesetze.html)
- 3| So hier paradigmatisch das baden-württembergische Schulgesetz, § 1, Abs. 2.
- 4| <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>
- 5| <http://www1.bpb.de/files/Z161DF.pdf>
- 6| [http://www.lpb-bw.de/muenchner\\_manifest.html](http://www.lpb-bw.de/muenchner_manifest.html)
- 7| Vgl. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712252.pdf>
- 8| Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Hans-Peter Bartels, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/12252 – Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin am 21. Februar 2013, S. 10.
- 9| Deutscher Bundestag 1990: Zukünftige Bildungspolitik, insb. S. 160–218.
- 10| Siehe Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ 2004, insb. S. 192–204.

## 5. SCHLUSSFOLGERUNGEN AN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER

Aus der vorliegenden Untersuchung der Landschaft der politischen Bildung und ihrer Träger in Deutschland lässt sich zusammenfassend der nachfolgende Katalog an Schlussfolgerungen entwickeln, der ebenso an die Bildner selbst wie vor allem auch an politische Entscheidungsträger in Anbetracht ihrer öffentlichen Verantwortung für den entsprechenden Bereich gerichtet sei. Dabei müssen alle Reformerwägungen die *einzigartige spezifische Organisationsstruktur der politischen Bildung in Deutschland* berücksichtigen, welche ein pluralistisches, föderal strukturiertes und subsidiär gestaltetes kooperatives System begründet, in dem die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profile der politischen Bildner ausdrücklich zum Tragen kommen sollen. Dies ist einerseits ein einzigartiger Trumpf, da auf diese Art und Weise die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer pluralistischen, freiheitlichen demokratischen Ordnung nachhaltig am besten gefördert werden können. Andererseits bringt diese Struktur wie dargestellt stets auch Restriktionen in Bezug auf mögliche Reformen und politischen Handlungsbedarf mit sich, indem dadurch beispielsweise Möglichkeiten zum koordinierten Vorgehen eingeschränkt werden oder auch eine transparente, das ganze Spektrum der politischen Bildung erfassende Qualitätssicherung erschwert wird. Sowohl die unbezweifelbaren Chancen als auch die Restriktionen werden in den folgenden Schlussfolgerungen implizit berücksichtigt.

### 5.1 ÜBERWINDUNG DER SEGMENTIERUNG DER POLITISCHEN BILDUNGSLANDSCHAFT BEI GLEICHZEITIG HÖHERER VERANTWORTUNG DER BUNDESPOLITIK

Trotz der Gebote zur Pluralität und Trägerautonomie und trotz des Bildungsföderalismus müssen Anstrengungen unternommen werden, durch die Stärkung von Kooperationsstrukturen der gegenwärtigen Segmentierung der Landschaft politischer Bildner entgegenzuwirken. So sollte einerseits eine übergreifende Verbandsstruktur forciert werden – wegen der Notwendigkeit eines *konzertierten, aufeinander abgestimmten Ansatzes im Rahmen der politischen Bildung*; und wegen der Chance eines *effektiven, gebündelten Lobbyings* gegenüber (bundes-)politischen Entscheidungsträgern. Dazu gehört sowohl die Aufstellung und Verfolgung eines *gemeinsamen Aktionsplans der Träger politischer Bildungsarbeit* als auch die Verbesserung von Foren für Erfahrungsaustausch sowie die (Fort-)Entwicklung koordinierter Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal und die Etablierung eines transparenten, standardbegründenden Zertifizierungssystems der politischen Bildner und ihrer Angebote.<sup>1</sup>

Andererseits muss die Bundesebene dezidiert Verantwortung für die politische Bildung übernehmen und dies auch institutionell manifestieren. Denn die atomisierte Zuständigkeitsstruktur – wie sie gegenwärtig vorherrscht – führt dazu, dass auch eine idealerweise dicht organisierte politische Bildung keinen relevanten Counterpart im politischen System vorfindet. Dadurch würde sie weiterhin einer effektiven Thematisierungs- und Durchsetzungskraft entbehren. Sprich: Neben einer engeren Vernetzung innerhalb des Bereichs der politischen Bildung sollte auch die institutionelle Anbindung an bzw. im Rahmen des politischen Systems optimiert werden. Hierzu gehört insbesondere die Etablierung einer kompetenten institutionellen Schnittstelle zwischen Politik, politischen Bildnern und Auszubildenden. Sie sollte Bestandteil eines systemischen Ansatzes zu einer Verschränkung dieser drei Akteursgruppen sein, welcher in Form von Konferenzen, Foren, Arbeitskreisen u.Ä. die Fortentwicklung, Anpassung und Modernisierung der politischen Bildung als gesellschaftliche Gesamtaufgabe beförderte. Für den Erwachsenenbereich würde hier beispielsweise die Verabschiedung eines (Bundes-)Rahmengesetzes zur politischen Weiterbildung einen sinnvollen Schritt darstellen. Plädiert sei in diesem Zusammenhang für ein produktiveres Verhältnis zu neuen demokratischen Räumen im Allgemeinen sowie zu den vielfältigen zivilgesell-

schaftlichen Strukturen, aber auch Informations- und Kommunikationstechniken im Besonderen.

Eine denkbare Organisationsform zur effektiven Übernahme jener Vernetzungs- und Lobbyleistungen könnte etwa ein zu gründender *„Deutscher Rat für politische Bildung“* sein.

### 5.2 MODERNISIERUNG DER POLITISCHEN BILDUNG

Politische Bildung ist – wie dargestellt – einem anhaltenden Modernisierungsbedarf ausgesetzt: wegen ihrer starken Wechselwirkung mit der Fortentwicklung der Demokratie und ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, angesichts sich wandelnder didaktisch-methodischer Erkenntnisse und wegen technologischem Fortschritt. Hinzu kommen noch ihre wesenseigenen Desiderate, die es zu bewältigen gilt. Das Reformfordernis adressiert sowohl die politischen Bildner selbst als auch die politischen Entscheidungsträger, da Letztere die politische Bildung und ihr Angebot mittelbar durch Normen steuern bzw. einschränken.

#### 5.2.1 Methodischer, organisatorischer und technologischer Modernisierungsbedarf

In Bezug auf *Vermittlungsmethoden und Veranstaltungsformen* sollten Förderrichtlinien geschaffen bzw. in der Art und Weise aktualisiert werden, dass sie pädagogische Innovationen auf der Grundlage neuester didaktisch-methodischer Erkenntnisse und technologischer Entwicklungen ermöglichen. Vor allem müssen sie ihren Fokus auch auf Formate jenseits der tradierten, institutionalisierten Formen erweitern. Hierzu zählt beispielsweise die Anerkennung von orts- und zeitunabhängigem *Tele-Teaching* und *E-Learning* mit Online-Seminaren, webbasierten Tools sowie die Etablierung der politischen Bildner als Akteure im Web 2.0. Erste Ansätze einer entsprechend geänderten Förderpraxis werden bei der Bundeszentrale ersichtlich, wobei hier stellvertretend auf die geförderten Projekte [www.deinegeschichte.de](http://www.deinegeschichte.de) und [pb21.de](http://pb21.de) verwiesen sei.

Entsprechende *Förderrichtlinien* müssen derart *flexibel* gestaltet sein, dass sie eine fortwährende Anpassung der Bildungsarbeit an jene beschriebenen Entwicklungen zulassen, ohne dass es stets neuer normativer Regelungsakte bedürfte. Denn erst auf dieser Grundlage können

politische Bildner auch tatsächlich innovative Strategien, Methoden und Veranstaltungsformen entwickeln und umsetzen. Gleichzeitig stellen die einschlägigen politischen Rahmen- und Förderrichtlinien einen Ansporn in Bezug auf den allgemeinen Modernisierungswillen seitens der Bildungsträger dar.

Dieser ist schon angesichts des *Professionalisierungsbedarfs* im Rahmen der schulischen wie außerschulischen politischen Bildung erforderlich: So herrscht nach wie vor eine gewisse Reduzierung auf Methoden- und Didaktikdiskussion vor, die zu Einbußen an Ausstrahlungskraft und zu einem Vermittlungsproblem der Profession „politische Bildung“ führt. Stattdessen wäre hier die Erarbeitung von *Strategien für eine stärkere Hinwendung zur Praxis* sinnvoll.

### **5.2.2 Dezidierte Zielgruppenspezifizierung (Diversity Management)**

In diesen Bereich fällt auch die Erforderlichkeit einer weiteren *zielgruppengerechte Anpassung von bildungspolitischen Angeboten*. Denn ein Blick in die Empirie verdeutlicht, dass gegenwärtige politische Bildungsangebote vorwiegend in Schichten der Bildungsbürger Resonanz finden, gleichwohl kaum in Richtung der bildungs- und politikfernen wie auch sozial benachteiligten Milieus vordringen. Auch genderspezifisch gibt es Anpassungsbedarf.

### **5.2.3 Stärkere Schwerpunkt- und Profilbildung**

Wünschenswert ist auch eine deutlichere Spezialisierung der einzelnen Träger und Einrichtungen politischer Bildung. Diese sollten sich stärker durch klare Programmstrukturen, unterschiedlich zugeschnittene Inhalte, aber auch durch die Adressierung unterschiedlicher Zielgruppen auszeichnen und auf diese Weise gewisse „Alleinstellungsmerkmale“ entwickeln. Das würde nicht nur eine weitere Professionalisierung der Disziplin begünstigen. Vielmehr erleichterte es auch die adäquate Akquise potenzieller Teilnehmer und würde so insgesamt die Vermittlung der im Fokus stehenden staatsbürgerlichen Kompetenz befördern.

### **5.2.4 Erweiterung des Horizonts politischer Bildung**

Insgesamt sollte das Angebotsportfolio der Bildungsträger in der Hinsicht überdacht werden, dass es *neue, zusätzliche Bereiche* berücksichtigt.

Denn zur Entwicklung politischer Mündigkeit bedarf es spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts einer *gesellschaftsweiten Medienkompetenz*, in deren Zusammenhang es nachhaltig den sogenannten Digital Divide zu nivellieren gilt. Ebenso erfordert die anhaltende Internationalisierung der Diskurse, einhergehend mit einer Denationalisierung politischer Inhalte, immer mehr *interkulturelle Deutungs- und Kommunikationskompetenzen*. Und schließlich gründet ein aktiver politischer Bürgersinn in der modernen Informationsgesellschaft auf einer besonderen *Reflexionskompetenz*, zu der eine moderne politische Bildung gleichfalls gezielt hinleiten sollte.

## **5.3 SICHERUNG EINER NACHHALTIGEN, INSTITUTIONELLEN FINANZIERUNG DER POLITISCHEN BILDNER**

Politische Bildung steht in besonderem öffentlichem Interesse. Da sie aber wesensgemäß eine nicht quantifizierbare, auf das Gemeinwesen bezogene Kompetenz erbringt, lassen sich ihre Effekte nicht in Zahlen fassen. Sie entzieht sich damit ökonomischen Maßstäben und Marktlogiken und vermag es nicht, sich finanziell selbst zu tragen. Das bedeutet, dass ihre Qualität und ihr Umfang stets auch von der wohlwollenden Finanzierung aus öffentlichen Haushalten abhängen. Dies trifft auf die politische Bildung im staatlichen Verantwortungsbereich ebenso zu wie auf die Angebote der freien Träger. Sollen Konzeptionalität und langfristige Ausrichtung der politischen Bildung gewahrt bleiben, muss eine *gesicherte institutionelle Förderung bzw. Regelförderung die eigentliche Finanzierungsgrundlage* bilden.

Wenn man stattdessen vorrangig auf die Form der Projektförderung abstellte, würde man politische Bildung letztlich zu einem kontingenten Geschäftsfeld verkommen lassen, das seinem eigentlichen, systematischen Auftrag nur bedingt nachkommen könnte. So verdeutlicht schon der jüngste Trend zur Projektförderung, dass ohne eine ausreichende institutionelle Grundsicherung weder eine kontinuierliche personelle und finanzielle Planung noch die langfristige strukturelle und inhaltliche Ausrichtung einschließlich innovativer Entwicklungen möglich sind. Vielmehr steigert sich mit dem weitreichenden Erfordernis zur Mischfinanzierung und den damit einhergehenden vielfältigen und langwierigen Antragsverfahren der Verwaltungs- und Zeitaufwand, was neue Ineffizienzen für den eigentlichen Bildungsauftrag bedeutet. Also: Politische Bildung ist auf eine *strukturelle finanzielle Absicherung* angewiesen.

#### 5.4 ENTWICKLUNG EINES SYSTEMS DER EVALUATION UND DER STANDARD- UND QUALITÄTSSICHERUNG

Auch weisen die Ausführungen auf die erforderliche Etablierung von Evaluations- und Kontrollsystemen mit dem Ziel einer nachhaltigen *Qualitätssicherung* hin. Nur so wird sich politische Bildung langfristig an gesellschaftlichen, politischen und technologischen Trends ausrichten können und nur so kann insgesamt ihr Erfolg gewährleistet werden. Hinsichtlich der politischen Bildung in Schule wurde für die Entwicklung und Einführung *bundesweit einheitlicher Bildungsstandards* auch im Rahmen des Politikunterrichts argumentiert. Zugleich bedarf dieser Schritt der *klaren Konzeption des Faches politische Bildung, seiner Inhalte und Zielvorgaben*.

Im Bereich der Erwachsenenbildung besteht die Notwendigkeit einer regelmäßigen *anbieter- und angebotsorientierten politischen Weiterbildungsberichterstattung* für die Bereitstellung steuerungsrelevanten Wissens für Politik, Anbieter und Weiterbildungsverbände. Zudem würde sich unter den Bedingungen des beständigen Monitorings das Bildungsangebot auch für die potenziellen Nachfrager transparenter gestalten: Interessenten und Teilnehmern würde verdeutlicht, wo Besonderheiten und Stärken der einzelnen Anbieter liegen, welche Qualität sie erwarten dürfen und wie sie gute Angebote finden bzw. erkennen können. Ein weiterer Schritt in diesem Kontext wäre die konzertierte Entwicklung eines Katalogs zur Selbstevaluation, welcher u.a. auch explizit auf Multiplikatoreffekte abstellen und so wichtige Anhaltspunkte für die Entwicklung ihrer Angebote und Vermittlungsmethoden bringen würde.

#### 5.5 VERSTÄNDNIS DER POLITIKDIDAKTIK ALS PRAXIS-RELEVANTE WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLEGUNG DER POLITISCHEN BILDUNG

In Hinblick auf Politikdidaktik – sowohl was die Ausbildung zum Politikfachlehrer als auch zur Profession des politischen Bildners im Erwachsenenbereich anbelangt – sollte zum einen weiterhin der Weg zur Etablierung *bundesweit einheitlicher Standards beschritten* werden.

Zum anderen gilt es, die Entwicklung von konzertierten *politikdidaktische Kernkonzeptionen mit einer eindeutigen Praxisrelevanz* zu fördern. Ein weiteres zu verfolgendes Ziel wäre hier die systemische Förderung empi-

rischer politikdidaktischer Wirkungsforschung. Last but not least drängen sich in diesem Zusammenhang geradezu die *Öffnung fürs internationale Forschungswissen* zum politischen Lernen und entsprechende Kooperationsstrukturen auf.

#### 5.6 NEUES (SELBST-)VERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN BILDUNG

Soll politische Bildung in all ihren Facetten effektiv und nachhaltig sein, muss sie ein entschlossenes Selbstbewusstsein ausbilden und aktiv für ihren Bildungsauftrag werben.

So sollte einerseits im schulischen Bereich der Weg zu einer Rückbesinnung auf eine klare Konzeption eines *eigenständigen Unterrichtsfaches politische Bildung* eingeschlagen werden. Aber auch für den Fall von Verbundfächern, bei denen politische Bildung nur eine Dimension darstellt, sollten entsprechende Inhalte dezidiert *mit jenem Auftrag der Entwicklung politischer Mündigkeit* in Verbindung gestellt werden. Auf diese Weise wäre der gegenwärtig beobachtbaren Verwässerung und Ökonomisierung des Politikunterrichts Einhalt geboten.

Ebenso sollte politische Bildung in dem breiteren Rahmen der beruflichen wie allgemeinen Weiterbildung ihr *spezifisches Profil* behalten und unterstreichen. Und dort, wo der Trend zur Annäherung und Anknüpfung der unterschiedlichen Dimensionen der Weiterbildung nicht umkehrt werden kann, sollten zumindest die berufsbezogenen Inhalte nachdrücklich und breitenwirksam auf ihre *politisch-gesellschaftliche Relevanz* hin reflektiert werden.

In Bezug auf das (Selbst-)Verständnis der politischen Bildung müsste vor allem die *Breite ihres Auftrages*, d.h. die Entwicklung politischer Mündigkeit, wieder ins allgemeine Bewusstsein gebracht werden – im Sinne einer proaktiven gesellschaftlichen Bildung: Politische Bildung sollte sich verstärkt als eine umfassende „Werbeagentur für Demokratie“ verstehen und insofern auch entschlossen gegen ihr – in Gesellschaft und Politik – zunehmend verkürztes Verständnis als „Feuerwehr, die erst anzurücken hat, wenn es brennt“ ankämpfen. Die Waagschalen scheinen sich aber in letzter Zeit auf letztere Dimension hinzubewegen: Politische Bildung wird zunehmend in Pflicht genommen, wenn dringend gesellschaftlichen Missständen wie Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus, Populismus u.Ä.

entgegengewirkt werden muss. Ihre grundlegende Funktion in Bezug auf demokratische Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft sowie auf die Gewährleistung der „wehrhaften Demokratie“ scheint hingegen ins Hintertreffen zu geraten. Zugleich wird aber diese Dimension im Kontext einer sich individualisierenden, ökonomisierenden und globalisierenden Welt(ordnung) wichtiger denn je.

### **5.7 VERSTÄRKTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERMARKTUNG DER POLITISCHEN BILDUNG**

Ausgehend von dem revisionsbedürftigen öffentlichen Verständnis der politischen Bildung sowie von ihren generellen Ausstrahlungs- und Wirkungsproblemen bedarf es neuer Öffentlichkeitsstrategien zu deren Vermarktung. Dies erfordert von den Institutionen politischer Bildung verstärkte Anstrengungen, quasi im Rahmen von adäquaten Marketingkonzepten offensiv ihre Arbeit zu präsentieren und den Wert ihrer Angebote für den Einzelnen wie für die Gesellschaft zu vermitteln. Desgleichen richtet sich dieser Auftrag an die politisch Verantwortlichen, ihr Problembewusstsein für die Notwendigkeiten der politischen Bildung in ihrem umfassenden Verständnis zu schärfen und aktiv entsprechende Öffentlichkeitsarbeit mitzugestalten. Mithin setzt auch dieser Auftrag zuallererst jene systemische Verschränkung der organisierten Bildner mit politischen Entscheidungsträgern voraus. Denn das Unterfangen, allgemeine Wertigkeit der politischen Bildung zu erhöhen, kann letztlich nur als konzertierte Anstrengung reüssieren. Inhalte einer solchen PR-Strategie sollten sein:

- Breitenwirksame Werbung für die politischen Bildung und ihre Kernaufgabe der Orientierung in einer zunehmend transnationalen demokratischen Welt.
- Stärkung des Stellenwerts und Selbstverständnisses der politischen Bildung als eine von der alltäglichen Politik emanzipierte Demokratiekompetenz. Wobei Demokratie nicht nur als Herrschaftskonfiguration, sondern generell als Lebens- sowie Gesellschaftsform akzentuiert werden sollte.
- Anerkennung bürgerschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Kernkompetenzen als Schlüsselqualifikationen (Soft Skills), die unabdingbarer Bestandteil des lebensbegleitenden Lernens sind.
- Gemeinsamer Nenner der einzelnen Schritte wäre eine nachhaltige gesellschaftliche Etablierung der politischen Bildung gemäß der Breite ihres demokratieermöglichenden und -sichernden Auftrags – was nicht

nur dieser Disziplin selbst zu größerer Anerkennung, Beanspruchung und nicht zuletzt einem größeren Legitimationskredit verhelfen würde, sondern vor allem der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als solcher zugutekäme.

- 1| *Als möglicher (ausbaufähiger) Ansatzpunkt kann hier auf das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (2010 bis 2016) verwiesen werden, durch das die Bundesregierung die Entwicklung und Umsetzung von Qualifizierungs- und Vernetzungskonzepten für diejenigen Personen fördert, die vor Ort in Kommunen, Verbänden und Vereinen politische und gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen (siehe dazu <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de>). Ebenso erwähnt sei hier das Ende 2012 abgeschlossene Projekt des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben „ProPol – Professionalisierung in der Politischen Bildung“ zur weiteren Qualifizierung des Personals in der politischen Bildung durch die Entwicklung von modularen Aus- und Fortbildungselementen, die idealerweise berufsbegleitend eingesetzt werden können ([http://www.arbeitundleben.de/projekte/laufende-projekte/item/propol?category\\_id=21](http://www.arbeitundleben.de/projekte/laufende-projekte/item/propol?category_id=21)).*

## 6. FAZIT: POLITISCHE BILDUNG – EINE IMMERWÄHRENDE AUFGABE

Politische Bildung ist eine permanente Aufgabenstellung, die sich immerwährenden Herausforderungen stellen muss. Auch wenn sie sich angesichts politischen und gesellschaftlichen Wandels und technologischer Innovationen stets in einem Veränderungsprozess wähnt, bedarf es eines bleibenden Grundverständnisses und konstanter Rahmenbedingungen. Deutschland mag hier inspirierend wirken.

Dazu zählt vorrangig jene *Dialektik von Konsens und Kontroversität* in den Zielsetzungen von politischer Bildung: Konsens über die freiheitlichen demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens und über die allgemein verbindlichen Wertorientierungen; Kontroversität im Sinne der alltäglichen politischen Auseinandersetzung und des offenen Wettbewerbs um die beste Lösung. Dabei muss politische Bildung den Pluralismus der Gesellschaft widerspiegeln.

Daraus leitet sich auch das *Plädoyer für eine pluralistische Struktur der politischen Bildung* ab, in der die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profile der einzelnen Institutionen zum Ausdruck kommen. Der Staat steht hierbei in einer besonderen Verantwortung: Zum einen agiert er teils selbst als politischer Bildner; zum anderen stützt er rechtlich und finanziell die freien Träger, einschließlich der politischen Stiftungen. Im ersteren Fall orientieren sich seine Bildungsangebote am strikten Neutralitäts-

gebot; im zweiten ermöglicht und fördert er die Koexistenz unterschiedlicher, konkurrierender Sichtweisen, ohne selbst inhaltliche Vorgaben zu machen und machen zu dürfen.

Politische Bildung ist *kein Instrument der Machtsicherung und Parteipolitik*, sondern der umfassende Auftrag, die gesellschaftlichen Grundlagen der demokratischen Ordnung zu festigen und gesellschaftsweit zur politischen Teilhabe zu qualifizieren. Etwas verkürzt dargestellt: Es geht nicht darum, wen die Bürger wählen, sondern *dass* sie wählen und sich engagieren. Diese Einstellung gilt vorrangig für den Staat als politischer Bildner, sie gilt aber auch insgesamt für das Selbstverständnis der freien Träger, einschließlich der politischen Stiftungen.

Erfolgreiche politische Bildung ist stets ein *Balanceakt*: Zwischen alltagspolitischen Leidenschaften und demokratischem Grundverständnis, zwischen technologischem Fortschritt und traditionellen Methoden, zwischen ökonomischen Maßzahlen und ideellem Mehrwert, zwischen Symptombewältigung und Vorbeugung. Auch das macht sie so spannend.

## 7. ANHANG

## 7.1 DATENANHANG: TABELLENWERK

Tab. 13: (Kontingenz-)Studententafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 2013)

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Baden-Württemberg	Hauptschule/ Werkrealschule	Welt – Zeit – Gesellschaft <sup>1</sup>	17						19
	Realschule	Erdkunde, Wirtschafts- kunde, Gemeinschafts- kunde (EWG)	15						15
	Gymnasium <sup>2</sup>	Geografie, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde (GWG)	14						14
Bayern	Mittelschule	Geschichte/ Sozialkunde/Erdkunde	2	2	3	3	3	3	16
	Realschule	Sozialkunde <sup>3</sup>	-	-	-	-	-	2	2
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	-	1	1
Berlin	Integrierte Sekundarschule <sup>4</sup>	Geschichte/ Sozialkunde <sup>5</sup>	[3] <sup>6</sup>	[3]	2 (+1) <sup>7</sup>	2 (+1)	2 (+1)	2 <sup>8</sup> (+1)	mind. 4 <sup>9</sup> max. 7
		Geografie	-	-					
	Gymnasium	Geschichte/Sozialkunde	[3]	[3]	2	2	2	2	8
Brandenburg <sup>10</sup>	Gesamt- und Oberschule	Politische Bildung/ Geografie/Geschichte	[3] <sup>11</sup>	[3]	5		7		[6 +] 12
	Gymnasium	Politische Bildung/ Geografie/Geschichte	[3]	[3]	6		9		[6 +] 15
Bremen	Sekundarschule	Welt-Umweltkunde <sup>12</sup>	12				3	4	19
	Gymnasium	Welt-Umweltkunde <sup>13</sup>	3	2	-	-	-	-	7
		Politik	-	-	-	-	1	1	
	Gesamtschule	Gemeinschaftskunde/ Geografie/Geschichte	-	-	3	4	4	4	15
Hamburg	Stadtteilschule	Gesellschaftswissen- schaften <sup>14</sup>	13				3		16
		Lernbereich Gesellschaft	4						12
	Realschule	Geschichte/Politik			2	2	2	2	
	Gymnasium <sup>15</sup>	Politik/Gesellschaft/ Wirtschaft	-	-	-	2	2	2	6
	Gesamtschule	Gesellschaft <sup>16</sup>	3	3	3	3	2	3	17
Hessen	Hauptschule <sup>17</sup>	Politik und Wirtschaft	2		2		2	6	
	Realschule	Politik und Wirtschaft	2		4			6	
	Gymnasium	Politik und Wirtschaft	-	-	2	1	2	2	7
	Gesamtschule	Politik und Wirtschaft	4						4
Mecklen- burg- Vorpom- mern	Orientierungs- stufe	Weltkunde	2	3					5
	Regionale Schule	Sozialkunde			-	2	2	2	6
	Gymnasium	Sozialkunde			-	1	1	1	3
	Gesamtschule	Sozialkunde			-	1	1	2	4

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Nieder- sachsen	Hauptschule	Politik	-	-	3	3	3	1	10
	Realschule	Politik	-	-	1	1	1	1	4
	Gymnasium	Politik-Wirtschaft	-	-	-	2	2	2	6
	integr. Gesamtschule	Gesellschaftslehre <sup>18</sup>	3	4	3	3	3	3	19
Nordrhein- Westfalen	Hauptschule	Gesellschaftslehre <sup>19</sup>	6		12			18	
	Realschule	Gesellschaftslehre <sup>20</sup>	6		15			21	
	Gymnasium	Gesellschaftslehre <sup>21</sup>	6		16			22	
	Gesamtschule	Gesellschaftslehre <sup>22</sup>	6		12			18	
Rheinland- Pfalz	Hauptschule	Gesellschaftslehre <sup>23</sup>	5		10		4	19	
	Regionale Schule	Gesellschaftslehre <sup>24</sup>	5		14			19	
	Realschule	Gesellschaftslehre <sup>25</sup>	4		15 <sup>26</sup>			19	
	Gymnasium	Gesellschaftslehre <sup>27</sup>	3		16 <sup>28</sup>			19	
	integr. Gesamtschule	Gesellschaftslehre <sup>29</sup>	4		15			19	
Saarland	erw. Realschule (Hauptschul- abschluss)	Sozialkunde	-	-	-	1	1	<del>1</del>	2
	erw. Realschule (Mittlere Reife)	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	2	2	4
	Gesamtschule	Gesellschaftswissen- schaften <sup>30</sup>	2	2	3	3	3	4	17
Sachsen	Mittelschule (Hauptschulab- schluss)	Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung	-	-	-	-	2	<del>1</del>	2
	Mittelschule (Mittlere Reife)	Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung	-	-	-	-	2	2	4
	Gymnasium	Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/ Wirtschaft	-	-	-	-	2	2	4
Sachsen- Anhalt	Sekundarschule (Hauptschul- abschluss)	Gesellschaftswissen- schaften <sup>31</sup>	-	-	-	3	4	<del>1</del>	9
	Sekundarschule (Mittlere Reife)	Gesellschaftswissen- schaften <sup>32</sup>	-	-	-	3	4	4	11
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	1	2	2 <sup>33</sup>	3 bzw. 5
	integr. Gesamtschule	Gesellschaftswissen- schaften <sup>34</sup>	-	-	-	4	4	4	12

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Schleswig-Holstein	Regionalschule (Hauptschulabschluss)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>35</sup>	4	11			X		15
	Regionalschule (Mittlere Reife)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>36</sup>	4	11					15
	Gemeinschaftsschule (Hauptschulabschluss)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>37</sup>	4	8			X		34
		Gesellschaftswissenschaften <sup>38</sup>	10	12			X		
	Gemeinschaftsschule (Mittlere Reife)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>39</sup>	4	10					40
		Gesellschaftswissenschaften <sup>40</sup>	10	16					
Gymnasium	Gesellschaftswissenschaften <sup>41</sup>	9	18			k.A. <sup>42</sup>	mind. 27		
Thüringen	Regelschule	Sozialkunde <sup>43</sup>	-	-	-	1	1	1	mind. 3
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	1	1	2

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von im Internet verfügbaren Daten, den jeweils geltenden Schulgesetzen und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

Tab. 14: (Kontingent-)Studententafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 2009)

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Baden-Württemberg	Hauptschule/Werkrealschule	Welt – Zeit – Gesellschaft <sup>44</sup>	17			2		19	
	Realschule	Erdkunde, Wirtschaftskunde, Gemeinschaftskunde (EWG)	15					15	
	Gymnasium	Geografie, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde (GWG)	14					14	
Bayern	Hauptschule	Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde	2	2	3	3	3	3	16
	Realschule	Sozialkunde <sup>46</sup>	-	-	-	-	-	2	2
	Gymnasium	Geschichte + Sozialkunde	-	-	-	-	-	1 + 1	1
Berlin <sup>29</sup>	Hauptschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	2	2	8
	Realschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	2	2	8
	Gesamtschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	2	2	8
	Gymnasium	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	2	2	8
Brandenburg <sup>47</sup>	Gesamtschule	Politische Bildung/Geografie/Geschichte	-	-	5		7		mind. 10
	Gymnasium	Politische Bildung/Geografie/Geschichte	-	-	6		9		mind. 13
Bremen	Sekundarschule	Welt/Umwelt	3	2	3	4	-	-	12
		Gemeinschaftskunde	-	-	-	-	2	-	2
	Gymnasium	Welt/Umweltkunde	3	2	-	-	-	-	5
		Politik	-	-	-	-	1	-	1

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Hamburg	Realschule	Lernbereich Gesellschaft (5. und 6. Jg.)	4						4
		Geschichte/Politik (7. bis 10. Jg.)	X		2	2	2	2	8
	Gymnasium <sup>48</sup>	Politik/Gesellschaft/Wirtschaft	-	-	-	2	2	2	6
	Gesamtschule	Gesellschaft <sup>49</sup>	3	3	3	3	2	3	17
Hessen	Hauptschule	Politik und Wirtschaft	-	-	2	2	-	2	6
	Realschule	Politik und Wirtschaft	-	-	2	-	2	2	6
	Gymnasium	Politik und Wirtschaft	7						7
	Gesamtschule	Politik und Wirtschaft	-	-	2	1	2	-	5
Mecklenburg-Vorpommern	Orientierungsstufe	Geschichte/Geografie/Weltkunde	5						5
	Regionale Schule	Sozialkunde	X		-	2	2	2	6
	Gymnasium	Sozialkunde	X		-	1	1	1	3
	Gesamtschule	Sozialkunde	X		-	1	1	2	4
Niedersachsen	Hauptschule	Geschichte/Politik/Erdkunde	4 <sup>50</sup>	4 <sup>51</sup>	3	3	3	4 <sup>52</sup>	21
	Realschule	Politik	-	-	1	1	1	1	4
	Gymnasium	Politik-Wirtschaft	-	-	-	2	2	2	6
	integr. Gesamtschule	Gesellschaftslehre <sup>53</sup>	3	4	3	3	3	3	19
Nordrhein-Westfalen	Hauptschule	Gesellschaftslehre	6		12			18	
	Realschule	Gesellschaftslehre	6		15			21	
	Gymnasium	Gesellschaftslehre	6		15			21	
	Gesamtschule	Gesellschaftslehre	6		12			18	
Rheinland-Pfalz	Hauptschule	Gesellschaftslehre <sup>54</sup>	5		10		4	19	
	Regionale Schule	Gesellschaftslehre <sup>55</sup>	5		14			19	
	Realschule	Gesellschaftslehre <sup>56</sup>	4		15 <sup>57</sup>			19	
	Gymnasium	Gesellschaftslehre <sup>58</sup>	3		16 <sup>59</sup>			19	
Saarland	integr. Gesamtschule	Gesellschaftslehre <sup>60</sup>	4		15			19	
	erw. Realschule (Hauptschulabschluss)	Sozialkunde	-	-	-	1	1	X	2
	erw. Realschule (Mittlere Reife)	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	2	3	5
Sachsen	Gesamtschule	Gesellschaftswissenschaften <sup>61</sup>	2	2	3	3	3	4	17
	Mittelschule	Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung	-	-	-	-	2	2	4
Sachsen-Anhalt	Gymnasium	Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	-	-	-	-	2	2	4
	Sekundarschule (Hauptschulabschluss)	Geografie/Geschichte/Sozialkunde	-	-	2 <sup>62</sup>	3	4	X	9
Sachsen-Anhalt	Sekundarschule (Mittlere Reife)	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	1	2	-	3
	integr. Gesamtschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	2	4

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.	
			5.	6.	7.	8.	9.	10.		
Schleswig-Holstein	Regionalschule (Hauptschulabschluss)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>63</sup>	4		11					15
	Regionalschule (Mittlere Reife)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>64</sup>	4		11					15
	Gemeinschaftsschule (Hauptschulabschluss)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>65</sup>	4		8					12
		Gesellschaftswissenschaften <sup>66</sup>	10		12					22
	Gemeinschaftsschule (Mittlere Reife)	Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung <sup>67</sup>	4		10					14
		Gesellschaftswissenschaften <sup>68</sup>	10		16					26
Gymnasium	Gesellschaftswissenschaften <sup>69</sup>		9		10		k. A. <sup>70</sup>		mind. 19	
Thüringen	Regelschule	Sozialkunde	-	-	-	2	1	1	1	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	1	1	1	2

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

Tab. 15: Studentafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 1998)<sup>71</sup>

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Baden-Württemberg	Hauptschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	1	2	2	3	2	10
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	1	2	1	6
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	-	2	2
Bayern	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1		2
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	-	-	1	1
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	-	1	1
Berlin <sup>72</sup>	Hauptschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	-	5	9
	Realschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	2	2	8
	Gymnasium	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	3	3	10
Brandenburg	Gesamtschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	-	1		3
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	-	1	-	3
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	1	-	1
Bremen	Hauptschule	Gesellschaft/Politik (Erdkunde, Geschichte, Gemeinschaftskunde)	-	-	-	-	5	2	7
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	2	-	2
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	2	-	2

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Hamburg	Hauptschule	Erdkunde/ Gemeinschaftskunde	-	-	2	2	3 <sup>73</sup>		7
	Realschule	Erdkunde/Gemeinschaftskunde	-	-	2	2	3 <sup>74</sup>	2	9
	Gymnasium	Gemeinschaftskunde	-	-	-	-	-	2	2
Hessen	Hauptschule	Politik und Wirtschaft <sup>75</sup>	2	2	2	2	2	2	12 <sup>76</sup>
	Realschule	Politik und Wirtschaft <sup>77</sup>	2	2	2	2	2	2	12 <sup>78</sup>
	Gymnasium	Politik und Wirtschaft <sup>79</sup>	2	2	2	2	2	2	12 <sup>80</sup>
Mecklenburg-Vorpommern	Hauptschule	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde <sup>81</sup>	-	3	4	4	4		15
	Gymnasium	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde <sup>82</sup>	-	3	3	5	4	4	19
	Gesamtschule	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde <sup>83</sup>	-	3	4	3	5	4	19
Niedersachsen	Hauptschule	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde	-	-	3	3	3	3	12
	Realschule	Politik	-	-	1	1	1	1	4
	Gymnasium	Politik	-	-	-	-	2	1	3
Nordrhein-Westfalen <sup>84</sup>	Hauptschule	Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde	2-3	4-5	3-4	3-4	3-4	3-4	18-24
	Realschule	Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde	3-4	4-5	4-5	4-5	3-4	3-5	21-28
	Gymnasium	Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde	2-3	4-5	4-5	4-5	3-5	4-5	21-28
Rheinland-Pfalz	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	1	1	1		3
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	2	1	3
Saarland	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	-	2	2		4
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	2	-	2	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	2	-	2	4
Sachsen	Hauptschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	1	2		3
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	1	2	2	5
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	2	2	4
Sachsen-Anhalt	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1		2
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	2	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
Schleswig-Holstein	Hauptschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	2	2		4
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	1	3 <sup>85</sup>	k.A.
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	unterrichtet im Rahmen von Erdkunde und Geschichte						k.A.
Thüringen	Regelschule <sup>86</sup>	Sozialkunde	-	-	-	2	1	1	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	1	1	2

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

Tab. 16: Studentafeln für das Fachgebiet Politik in seinen unterschiedlichen Ausprägungen an Schulen der Sekundarstufe I (Stand: 1994)

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Baden-Württemberg	Hauptschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	1	2	2	3	2	10
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	1	2	1	6
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	-	2	2
Bayern	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	⊗	2
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	-	-	1	1
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	-	1	1
Berlin <sup>87</sup>	Hauptschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	1	1	6
	Realschule	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	2	2	8
	Gymnasium	Geschichte/Sozialkunde	-	-	2	2	3	3	10
Brandenburg	Gesamtschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	-	1	⊗	3
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	-	1	1	4
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	2	-	1	1	4
Bremen	Hauptschule	Gesellschaft/Politik (Erdkunde, Geschichte, Gemeinschaftskunde)	-	-	-	-	5	⊗	5
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	2	2	4
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	2	2	4
Hamburg	Hauptschule	Erdkunde/Gemeinschaftskunde	-	-	2	2	3 <sup>88</sup>	⊗	7
	Realschule	Erdkunde/Gemeinschaftskunde	-	-	2	2	3 <sup>89</sup>	2	9
	Gymnasium	Gemeinschaftskunde	-	-	-	-	-	2	2
Hessen	Hauptschule	Politik und Wirtschaft	-	1	2	-	2	2	7
	Realschule	Politik und Wirtschaft	-	1	2	-	2	2	7
	Gymnasium	Politik und Wirtschaft	-	1	2	-	2	2	7
Mecklenburg-Vorpommern	Hauptschule	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde <sup>90</sup>	-	3	4	4	4	⊗	15
	Gymnasium	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde <sup>91</sup>	-	3	3	5	4	4	19
	Gesamtschule	Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde <sup>92</sup>	-	3	4	3	5	4	19
Niedersachsen	Hauptschule	Politik/Erdkunde	-	-	2	2	2	⊗	6
	Realschule	Politik	-	-	1	1	1	1	4
	Gymnasium	Politik	-	-	-	-	2	1	3
Nordrhein-Westfalen <sup>84</sup>	Hauptschule	Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde	2-3	4-5	3-4	3-4	3-4	3-4	18-24
	Realschule	Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde	3-4	4-5	4-5	4-5	3-4	3-5	21-28
	Gymnasium	Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde	2-3	4-5	4-5	4-5	3-5	4-5	21-28

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Rheinland-Pfalz	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	1	1	1	⊗	3
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	2	1	3
Saarland	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	-	2	2	⊗	4
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	2	-	2	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	2	-	2	4
Sachsen	Hauptschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	1	2	⊗	3
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	1	2	2	5
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	2	2	4
Sachsen-Anhalt	Hauptschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	⊗	2
	Realschule	Sozialkunde	-	-	-	1	1	2	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	1	1	1	3
Schleswig-Holstein	Hauptschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	2	2	⊗	4
	Realschule	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	-	-	-	-	1	3 <sup>94</sup>	k.A.
	Gymnasium	Sozialkunde (Gemeinschaftskunde, Politik, ...)	unterrichtet im Rahmen von Erdkunde und Geschichte						k.A.
Thüringen	Regelschule <sup>95</sup>	Sozialkunde	-	-	-	2	1	1	4
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	1	1	2

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der vom GEI bereitgestellten Übersichten, den jeweils geltenden Schulgesetzen, von im Internet verfügbaren Daten und Rückfragen in den jeweiligen Kultusministerien.

## 7.2 ZENTRALE APPELE UND FORDERUNGEN IN BEZUG AUF DIE POLITISCHE BILDUNG

- „Beutelsbacher Konsens“ (1976): Minimalkonsens über Anforderungen an politische Bildung und insbesondere den Politikunterricht in der Schule;<sup>96</sup>
- „Darmstädter Appell“ (1995): Ziel der politischen Bildungsarbeit müsse im Kern die Befähigung der Schüler zur Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle in der Demokratie sein;<sup>97</sup>
- „Münchener Manifest“ (1997): Demokratie braucht politische Bildung: Ein Auftrag an die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung;<sup>98</sup>
- „Konstanzer Beschlüsse“ der KMK (1997) über die regelmäßige Beteiligung an internationalen Schulleistungsuntersuchungen, um gesicherte Befunde über Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen in zentralen Kompetenzbereichen zu erhalten;

- „Erklärung des Bundesausschusses für politische Bildung“ (1997): Außerschulische politische Bildung als konstitutives Element der demokratischen politischen Kultur;<sup>99</sup>
- „Gemeinsame Erklärung“ der Bundespräsidenten zu Ehren von Theodor Heuss (1999): „Demokratie als Lebensform“;<sup>100</sup>
- „Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik“ (2005): Betonung der gesellschaftlichen Wichtigkeit der politischen Bildung in der Schule;<sup>101</sup>
- „Plöner Beschlüsse“ der KMK (2006) über flächendeckende standardorientierte Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten;
- „25-Punkte-Papier zur politischen Bildung“ in Baden-Württemberg (2006): Begründung der Notwendigkeit politischer Bildungsarbeit;<sup>102</sup>
- „Demokratie braucht Politische Bildung“ (2010): Erklärung des Vorstands des Bundesausschusses Politische Bildung und der Träger und Einrichtungen der Politischen Bildung an die Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung, um sie zu einem Kurswechsel in der Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung zu veranlassen:
  - Demokratie braucht überzeugte demokratische Bürgerinnen und Bürger;
  - Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger;
  - Demokratie braucht Wertgrundlagen und Wertentscheidungen;
  - Demokratie braucht das Engagement Vieler;
  - Demokratie braucht Politische Bildung;
  - Politische Bildung stärkt unser Gemeinwesen;<sup>103</sup>
- „Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland“: Positionspapier der Politischen Stiftungen vom Juni 2011. Das Papier betont die Bedeutung der politischen Bildung als Teil des lebensbegleitenden Lernens, dessen wesentliche Ziele in der Befähigung zur Demokratie, der Einübung von Toleranz in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und vor allem in der Motivation und Qualifizierung zum politischen Engagement liegen. Durch Information, Orientierung und eben Ermutigung zur aktiven Teilhabe soll sie der wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen, Bürgern und politischen Institutionen entgegenwirken.<sup>104</sup>

### 7.3 RELEVANTE ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

- „Aus Politik und Zeitgeschichte“
- „Forum Politikunterricht“
- „Geschichte-Wirtschaft-Politik“
- „Informationen zur politischen Bildung“

- „Journal für Politische Bildung“ (seit 2012 als Zusammenschluss von „Kursiv“ und „Praxis Politische Bildung“)
- „Kursiv“ (seit 2011 durch „Journal für Politische Bildung“ abgelöst)
- „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“
- „Materialien zur Politischen Bildung. Analysen. Berichte. Dokumente“
- „Polis. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung“
- „Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politische Bildung“
- „Politische Bildung. Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis“
- „Politisches Lernen. Zeitschrift des DVPB-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen“
- „Praxis Politische Bildung. Materialien – Analysen – Diskussionen“ (seit 2012 durch „Journal für Politische Bildung“ abgelöst)
- „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft“
- Zeitschriften der parteinahen Stiftungen (auf Bundesebene)
  - Friedrich-Ebert-Stiftung:
- „Internationale Politik und Gesellschaft/International Politics and Society“ (IPG),
- „Archiv für Sozialgeschichte“, „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ ...
  - Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: „liberal“
  - Hanns-Seidel-Stiftung: „Politische Studien“
  - Heinrich-Böll-Stiftung:
- „Böll.Thema“, „Schriftenreihe Demokratie“, „Schriftenreihe Ökologie“, „Schriftenreihe Europa“ ...
  - Konrad-Adenauer-Stiftung: „Die Politische Meinung“ ...
  - Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Utopie Kreativ“ ...

### 7.4 LINKSAMMLUNG<sup>105</sup>

#### 7.4.1 Zentrale Bildungsträger

- Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de>
- Landeszentralen für politische Bildung
  - Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: <http://www.lpb-bw.de>
  - Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: <http://www.blz.bayern.de>
  - Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de>

- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin:  
<http://www.berlin.de/lzpb>
- Landeszentrale Politische Bildung Bremen:  
<http://www.lzpb-bremen.de>
- Landeszentrale für politische Bildung Hamburg:  
<http://www.hamburg.de/politische-bildung>
- Hessische Landeszentrale für politische Bildung:  
<http://www.hlz.hessen.de>
- Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern:  
<http://www.lpb-mv.de>
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen:  
<http://www.politische-bildung.nrw.de>
- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz:  
<http://www.politische-bildung-rlp.de>
- Landeszentrale für politische Bildung im Saarland (LPM):  
<http://www.lpm.uni-sb.de>
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung:  
<http://www.slpb.de>
- Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt:  
<http://www.lpb.sachsen-anhalt.de>
- Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein:  
<http://politische-bildung-sh.de>
- Landeszentrale für politische Bildung Thüringen:  
<http://www.thueringen.de/de/lzt>
- Parteinaher politische Stiftungen (auf Bundesebene)
  - Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://www.fes.de>
  - Hanns-Seidel-Stiftung: <http://www.hss.de>
  - Heinrich-Böll-Stiftung: <http://www.boell.de>
  - Konrad-Adenauer-Stiftung: <http://www.kas.de>
  - Rosa-Luxemburg-Stiftung: <http://www.rosalux.de>
  - Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: <http://www.freiheit.org>
- Volkshochschulen – Deutscher Volkshochschul-Verband:  
<http://www.dvv-vhs.de>
- Weitere relevante Anbieter
  - Akademie für Politische Bildung Tutzing: <http://www.apb-tutzing.de>
  - Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben: <http://www.arbeitundleben.de>
  - Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung: <http://www.deae.de>
  - DGB Bildungswerk: <http://www.dgb-bildungswerk.de>

- Gesellschaft der Europäischen Akademien:  
<http://www.gesellschaft-der-europaeischen-akademien.de>
- Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung:  
<http://www.kbe-bonn.de>
- Zivilgesellschaftliche bzw. unternehmensverbundene Stiftungen
  - Bertelsmann Stiftung: <http://www.bertelsmann-stiftung.de>
  - BMW Stiftung Herbert Quandt: <http://www.bmw-stiftung.de>
  - Freudenberg Stiftung: <http://www.freudenbergstiftung.de>
  - Gemeinnützige Hertie-Stiftung: <http://www.ghst.de>
  - Hans-Böckler-Stiftung: <http://www.boeckler.de>
  - Herbert Quandt-Stiftung: <http://www.herbert-quandt-stiftung.de>
  - Landesstiftung Baden-Württemberg:  
<http://www.landesstiftung-bw.de>
  - Robert Bosch Stiftung: <http://www.bosch-stiftung.de>

#### 7.4.2 Vernetzung und Kooperationsstrukturen

- Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten e.V.: <http://www.adb.de>
- Bundesausschuss Politische Bildung:  
<http://www.bap-politischebildung.de>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik: <http://www.degede.de>
- Deutsche Vereinigung für politische Bildung: <http://www.dvpb.de>
- Deutsche Vereinigung für politische Wissenschaft: <http://www.dvpw.de>
- Deutscher Volkshochschulverband: <http://www.dvv-vhs.de>
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: <http://www.gwk-bonn.de>
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung: <http://www.gpje.de>
- Hochschulrektorenkonferenz: <http://www.hrk.de>
- Polis – Politische-Bildung-Bayern:  
<http://www.politische-bildung-bayern.net>
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK): <http://www.kmk.org>

#### 7.4.3 Bildungs- und Serviceportale

- Akademie für Bildungsreform: <http://www.demokratisch-handeln.de/info/akademie.html>
- Bundesinstitut für Berufsbildung: <http://www.bibb.de>
- Deutscher Bildungsserver: <http://www.bildungsserver.de>

- Education for Democratic Citizenship and Human Rights: [http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default\\_en.asp](http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default_en.asp)
- Hochschul-Informationssystem GmbH: <http://www.his.de>
- Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung (KIBB): <http://www.kibb.de>
- Landesbildungsserver Baden-Württemberg: <http://www.bildung-staerkt-menschen.de>
- Politische Bildung (ein Angebot der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung): <http://www.politische-bildung.de>
- Service-Stelle Bologna: <http://www.hrk-bologna.de>

#### 7.4.4 Forschungseinrichtungen

- AG Hochschulforschung der Universität Konstanz: <http://cms.uni-konstanz.de/ag-hochschulforschung/startseite>
- Akademie Führung & Kompetenz am CAP: <http://www.cap-lmu.de/akademie/index.php>
- Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung München: <http://www.ihf.bayern.de>
- Bayerisches Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung: <http://www.isb.bayern.de>
- Bundesinstitut für Berufsbildung: <http://www.bibb.de>
- Centrum für Hochschulentwicklung: <http://www.che.de>
- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen: <http://www.die-bonn.de>
- Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung: <http://www.dipf.de>
- Freudenberg Stiftung: <http://www.freudenbergstiftung.de>
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung in Hannover: <http://www.ies.uni-hannover.de>
- Institut für Hochschulforschung Wittenberg: <http://www.hof.uni-halle.de>
- Institut Futur – Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung: <http://www.institutfutur.de>
- Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen: <http://www.iqb.hu-berlin.de>
- International Centre for Higher Education Research: <http://www.uni-kassel.de/einrichtungen/incher>
- Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: <http://www.mpib-berlin.mpg.de>

#### 7.4.5 Empirische Studien und Statistiken

- ALLBUS – Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/allbus>
- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen: <http://www.die-bonn.de/Institut/Dienstleistungen/Statistik>
- IEA-Civic Education Study: <http://www.iea.nl/cived.html>
- Shell-Jugendstudie: [www.shell.de/jugendstudie](http://www.shell.de/jugendstudie)
- Studierendensurvey (u.a. zum politischen Interesse von Studierenden): <http://cms.uni-konstanz.de/ag-hochschulforschung/studierendensurvey>

#### 7.4.6 Projekte zur politischen Bildung

- BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ (2002-2007): <http://blk-demokratie.de>
- „DeKuRel“: Ein Projekt zur Qualifizierung politischer Bildung angesichts des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Religionen in der Demokratie: <http://www.dekurel.de>
- NECE – Networking European Citizenship Education: <http://www.nece.eu>
- „Netzwerk Politische Bildung in der Bundeswehr“: <http://www.bpb.de/partner/foerderung/139977/netzwerk-politische-bildung-in-der-bundeswehr>
- Pilot-Projekt „Politische-Bildung-Bayern“: <http://www.politische-bildung-bayern.net>
- „XENOS – Integration und Vielfalt“: <http://www.xenos-de.de>

#### 7.5 VERWANDTE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- *Abs, Hermann Josef/Massing, Peter (2004): Nationale Bildungsstandards für die politische Bildung, Schwalbach/Ts.*
- *Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo (2006): Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts.*
- *Ahlheim, Klaus/Schillo, Johannes (Hrsg.) (2012): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Hannover.*
- *Arbeitsausschuss für politische Bildung (1988): Politische Bildung in der Weiterbildung, in: Materialien zur Politischen Bildung. Analysen. Berichte. Dokumente 2/1988, S. 82–89.*

- *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2007): Jahresbericht 2007. Politische Bildung und Teilhabe fördern, Berlin.*
- *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2011a): Kooperationen mit Schulen im neuen Programm Politische Jugendbildung im AdB. Jahresbericht 2011, Berlin.*
- *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2011b): Verstehen – Mitmachen – Gestalten. Politische Bildung im AdB. Jahresbericht 2011, Berlin.*
- *Bargel, Tino (2008): Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn/Berlin (<http://www.uni-konstanz.de/soziologie/ag-hoc/publikationen/PublikatBerichte/Politikbericht2008bf.pdf>).*
- *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2013): Lehrerausbildung in Bayern. Teil 2: Fachwissenschaftliche Ausbildung im Studienjahr 2011/12, München.*
- *Becker, Helle (2011): Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln – Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland. Ein Projekt des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten mit dem Bundesausschuss politische Bildung. Teil I: Auswertungsbericht, Essen/Berlin.*
- *Beer, Wolfgang (Hrsg.) (1999): Politische Erwachsenenbildung. Ein Handbuch zu Grundlagen und Praxisfeldern, Bonn.*
- *Behrmann, Günther C./Grammes, Tilmann/Reinhardt, Sabine/Hampe, Peter (2009): Politik: Kerncurriculum Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.) (2009): Kerncurriculum Oberstufe II: Biologie, Chemie, Physik – Geschichte, Politik. Expertisen – im Auftrag der KMK, Weinheim/Basel, S. 322–405.*
- *Besand, Anja (2004): Angst vor der Oberfläche. Zum Verhältnis ästhetischen und politischen Lernens im Zeitalter Neuer Medien, Schwalbach/Ts.*
- *Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.) (2009): Kerngeschäft oder Beiwerk? Demokratie als schulpädagogischer Entwicklungsbegriff, Schwalbach/Ts.*
- *Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (2001): Erfahrene Demokratie. Wie Politik praktisch gelernt werden kann, Opladen.*
- *Biedermann, Horst/Oser, Fritz/Quesel, Carsten (Hrsg.) (2007): Vom Gelingen und Scheitern politischer Bildung. Studien und Entwürfe, Zürich.*

- *Boeser, Christian et al. (2007): Politische Bildung in Bayern vernetzen. Einsichten und Perspektiven, in: Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte 2/2007 ([http://www.km.bayern.de/blz/eup/02\\_07/6.asp](http://www.km.bayern.de/blz/eup/02_07/6.asp)).*
- *Breit, Gotthard/Siegfried Schiele (Hrsg.) (2002): Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn.*
- *Bundesausschuss politische Bildung (1997): Außerschulische Politische Bildung ist ein konstitutives Element demokratischer politischer Kultur. Erklärung des Arbeitsausschusses für Politische Bildung, Bonn (<http://www.bap-politischebildung.de/DE/2760/Veroeffentlichungen.php>)*
- *Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2009): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.*
- *Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.*
- *Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland, Berlin/Bonn.*
- *Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008): Berufsbildungsbericht 2008, Berlin/Bonn.*
- *Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008): Grund- und Strukturdaten 2007/2008. Daten zur Bildung in Deutschland. Berlin/Bonn.*
- *Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008): Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, Berlin/Bonn.*
- *Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES 2010 Trendbericht, Berlin/Bonn.*
- *Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012): Berufsbildungsbericht 2012, Berlin/Bonn.*
- *Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Jahresbericht 2006/2007, Bonn (<http://www.bpb.de/files/WS9EZP.pdf>).*
- *Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2010): Jahresbericht 2008/2009, Bonn ([http://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/bpb%20Jahresbericht%202008\\_2009.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb%20Jahresbericht%202008_2009.pdf)).*
- *Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2012): Jahresbericht 2010/2011, Bonn ([http://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/bpb\\_Jahresbericht\\_web-Reader\\_0.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_Jahresbericht_web-Reader_0.pdf)).*

- Center for Civic Education (CCE) (1994/22003): *National Standards for Civics and Government*, Calabasas, CA.
- de Haan, Gerhard (2004): *Politische Bildung für Nachhaltigkeit*, in: *APuZ B7-8/2004*, S. 39–46.
- Detjen, Joachim (2007): *Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland*, München.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1990): *Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000. Schlussbericht der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages*, Bonn.
- Deutsches PISA-Konsortium (2001): *PISA 2000. Basiskompetenzen der von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen.
- Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter (2001): *Demokratie lernen und leben. Gutachten zum Programm BLK*, Bonn.
- Eith, Ulrich/Rosenzweig, Beate (Hrsg.) (2005): *Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen*, Schwalbach/Ts.
- Europäische Kommission (2000): *Memorandum über lebenslanges Lernen*, SEK vom 30. Oktober 2000.
- Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ (2004): *Finanzierung Lebenslangen Lernens. Der Weg in die Zukunft. Schlussbericht*, Bielefeld: [http://www.bmbf.de/pub/schlussbericht\\_kommission\\_III.pdf](http://www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf)
- Freudenberg Stiftung (Hrsg.) (2001): *Gutachten und Empfehlungen. Demokratie lernen und leben*. 3 Bde., Weinheim.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011): *Demokratie in Deutschland 2011*, Berlin.
- Fritz, Karsten/Maier, Katharina/Böhnisch, Lothar (2006): *Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der Politischen Bildungsarbeit in Deutschland*, Weinheim/München.
- Gauger, Jörg-Dieter (2003): *Zum aktuellen Stand der politischen Bildung*, in: *Kreklau, Carsten/Siegers Josef (Hrsg.) 1982 ff.: Handbuch der Aus- und Weiterbildung. Politik. Praxis. Finanzielle Förderung*, Köln.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (Hrsg.) (2004): *Politische Bildung zwischen individualisiertem Lernen und Bildungsstandards*, Schwalbach/Ts.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (2004): *Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen*, Schwalbach/Ts. ([http://www.ku-eichstaett.de/Fakultaten/GGF/fachgebiete/Politikwissenschaften/Politikwissenschaft\\_III/links/HF\\_sections/content/Bildungsstandards.pdf](http://www.ku-eichstaett.de/Fakultaten/GGF/fachgebiete/Politikwissenschaften/Politikwissenschaft_III/links/HF_sections/content/Bildungsstandards.pdf)).

- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (Hrsg.) (2007): *Wirkungsforschung zur politischen Bildung im europäischen Vergleich*, Schwalbach/Ts.
- Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2006): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*, Wiesbaden.
- Grün, Stefanie/Kurz, Martin Hendrik (2012): *Fernunterrichtsstatistik 2011 (hrsg. vom Forum DistancE-Learning – Der Fachverband für Fernlernen und Lernmedien e.V.)*, Hamburg.
- Hafenecker, Benno (Hrsg.) (1997): *Handbuch politische Jugendbildung*, Schwalbach/Ts.
- Hafenecker, Benno (Hrsg.) (2011): *Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure*, Schwalbach/Ts.
- Henkenborg, Peter/Krieger, Anett/Pinseler, Jan/Behrens, Rico (2008): *Politische Bildung in Ostdeutschland. Demokratie-Lernen zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Wiesbaden (eBook: <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90931-8>).
- Himmelmann, Gerhard (2006): *Leitbild Demokratieerziehung*, Schwalbach/Ts.
- Himmelmann, Gerhard (2007): *Demokratie Lernen – als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*, Schwalbach/Ts.
- Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hrsg.) (2005): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und Politischer Bildung*, Wiesbaden.
- Horn, Heike/Ambos, Ingrid (2012): *Weiterbildungsstatistik im Verbund 2010 – Kompakt*, Bonn.
- Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hrsg.) (2007): *Positionen der politischen Bildung/2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Schwalbach/Ts.
- Huntemann, Hella/Reichart, Elisabeth (2012): *Volkshochschul-Statistik. 50. Folge. Arbeitsjahr 2011*, Bonn.
- Jung, Eberhard (Hrsg.) (2005): *Standards für die politische Bildung. Zwischen Weltwissen, Teilhabekompetenz und Lebenshilfe*, Wiesbaden.
- Jungfer, Hedda/Tammena, Heiko (Hrsg.) (2006): *Politische Bildung in der Mediendemokratie*, Schwalbach/Ts.
- Klieme, Eckhard/Abs, Hermann Josef/Dietrich, Martina (2004): *Evaluation des BLK-Modellprogramms Demokratie lernen und leben*, Dlpf.
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V./Friedrich-Ebert-Stiftung e.V./Friedrich-Naumann-Stiftung/Hanns-Seidel-Stiftung e.V./Heinrich-Böll-Stiftung e.V./

- Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. (2011): *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*, St. Augustin/Bonn/Potsdam/Berlin/München ([http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_23391-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_23391-544-1-30.pdf)).
- Koscheck, Stefan (2011): *Weiterbildungsangebot*, in: Leszczensky, Michael/Gehrke, Birgit/Helmrich, Robert (Hrsg.): *Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Bericht des Konsortiums „Bildungsindikatoren und technologische Leistungsfähigkeit“*, Hannover, S. 123–129.
  - Koscheck, Stefan/Schade, Hans-Joachim (2012): *wbmonitor Umfrage 2011: Weiterbildungsanbieter im demografischen Wandel. Zentrale Ergebnisse im Überblick*, Bonn ([http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wb\\_monitor\\_umfrage\\_2011\\_koscheck\\_schade.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wb_monitor_umfrage_2011_koscheck_schade.pdf)).
  - Kreklau, Carsten/Siegers Josef (Hrsg.) (1982 ff.): *Handbuch der Aus- und Weiterbildung. Politik. Praxis. Finanzielle Förderung*, Köln.
  - Lange, Dirk (2010): *Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland* (unter Mitarbeit von Alexander Bähr und Joachim Stöter), Schwalbach/Ts.
  - Lange, Dirk (2011): *Politische Erwachsenenbildung in Niedersachsen. Eine Bestandsaufnahme des Angebotes zur Politischen Bildung der Mitglieder des Bundes für freie Erwachsenenbildung e.V.* (unter Mitarbeit von Alexander Bähr), Baltmannsweiler.
  - Lange, Dirk (Hrsg.) (2007): *Konzeptionen Politischer Bildung*, Baltmannsweiler.
  - Lange, Dirk (Hrsg.) (2011): *Entgrenzungen. Gesellschaftlicher Wandel und Politische Bildung*, Schwalbach/Ts.
  - Lange, Dirk/Buschmann, Frank (Hrsg.) (2006): *Politische Bildungsforschung*, Baltmannsweiler.
  - Lange, Dirk/Himmelman, Gerhard (Hrsg.) (2007): *Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherung an ein zentrales Thema der Politischen Bildung*, Wiesbaden.
  - Lange, Dirk/Reinhardt, Volker (Hrsg.) (2007): *Basiswissen Politische Bildung*, Hohengehren.
  - Lange, Dirk/Fischer, Sebastian (Hrsg.) (2011): *Politik und Wirtschaft im Bürgerbewusstsein. Untersuchungen zu den fachlichen Konzepten von Schülerinnen und Schülern in der Politischen Bildung*, Schwalbach/Ts.
  - May, Michael (2007): *Demokratiefähigkeit und Bürgerkompetenzen. Kompetenztheoretische und normative Grundlagen der politischen Bildung*, Wiesbaden.

- Metten-Jäckel, Bettina (2003): *Finanzierung politischer Bildung. Hart(z)e Zeiten in der Förderpolitik*, in: *DIE-Magazin*, 2/2003, S. 28–31.
- Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.) (1999): *Handbuch zur politischen Bildung. Grundlagen, Methoden, Aktionsformen*, Schwalbach/Ts.
- Münch, Ursula (2012): *Politische Bildung und die Misere von Politik und Politikwissenschaft*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 22, H. 3, S. 449–457.
- Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) (2009): *Standortbestimmung Politische Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Palmer, Christoph E. (2002): *E-Learning. Die Revolution des Lernens gewinnbringend einsetzen*, in: Scheffer, Ute/Hesse, Friedrich W. (Hrsg.) (2002): *E-Learning. Die Revolution des Lernens gewinnbringend einsetzen*, Stuttgart, S. 13–14.
- Plünnecke, Axel/Riesen, Iona/Stettes, Oliver (Institut der deutschen Wirtschaft Köln, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) (2009): *Bildungsmonitor 2009. Forschungsbericht*, Köln.
- Pohl, Kerstin (Hrsg.) (2007): *Positionen der politischen Bildung/1. Ein Interviewbuch zur Politikdidaktik*, Schwalbach/Ts.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (1999): *Gemeinsame Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und der drei ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, Richard von Weizsäcker und Walter Scheel anlässlich der 50. Wiederkehr der Wahl des ersten Bundespräsidenten am 12. September 1949*, Bonn [= Bulletin Nr. 54 vom 14. September 1999].
- Pukas, Dietrich (2009): *Berufsschulpolitik und politische Bildung in der Berufsschule. Zwischen demokratisch-emanzipatorischem Anspruch und sozio-ökonomischem Gestaltwandel in Deutschland: Eine sozialhistorische Untersuchung mit Schwerpunkt um die Jahrhundertwende 2000*, Hamburg.
- Puschner, Sebastian (2012): *Befreit aus der Verbannung. Arbeitslose, Hausfrauen und Rentner stürmen den Bundesfreiwilligendienst. Krankenhäuser und Pflegedienste müssen Bewerber abweisen*, in: *Der Spiegel*, H. 18/2012 vom 30. April 2012, S. 50 f.
- Reichart, Elisabeth/Huntemann, Hella (2009): *Volkshochschul-Statistik 2008 – Zahlen in Kürze*, Bonn (<http://www.die-bonn.de/doks/reichart0901.pdf>).
- Reinhardt, Volker (2004): *Aspekte der politischen Bildung nach 1945. Politische Erwachsenenbildung unter dem Einfluss schulischer politischer Bildung*, Hamburg.

- REXING, Volker (2008): *Politische Bildung am Berufskolleg: interdisziplinär und berufsbezogen*, Aachen ([http://darwin.bth.rwth-aachen.de/opus3/volltexte/2008/2480/pdf/Rexing\\_Volker.pdf](http://darwin.bth.rwth-aachen.de/opus3/volltexte/2008/2480/pdf/Rexing_Volker.pdf)).
- Richter, Dagmar (2007): *Das politische Wissen von Grundschülerinnen und -schülern*, in: *APuZ B32-33/2007*, S. 21–26.
- Rudolf, Karsten/Zeller-Rudolf, Melanie (2004): *Politische Bildung. Gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen*, Bielefeld.
- Rudolf, Karsten (2002): *Bericht politische Bildung. Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland*, Büdingen.
- Rudolf, Karsten (2002): *Politische Bildung: (k)ein Thema für die Bevölkerung? Was wollen die Bürger? Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung*, in: *APuZ B45/2002*, S. 45–53.
- Rudolf, Karsten (2003): *Marktforschung für die außerschulische politische Bildung. Chancen, Grenzen, Strategien*, Büdingen.
- Sander, Wolfgang (Hrsg.) (2009): *Politikdistanz. Alte Aufgaben und neue Ansätze politischer Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Sander, Wolfgang (Hrsg.) (2005): *Handbuch politische Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Sander, Wolfgang (2002): *Politische Bildung nach der Jahrtausendwende. Perspektiven und Modernisierungsaufgaben*, in: *APuZ B45/2002*, S. 36–44.
- Sander, Wolfgang (2008): *Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Schade, Hans-Joachim/Koscheck, Stefan (2011): *Geschäftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor 2010*, in: *Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*, Bonn, S. 313–318.
- Scharenberg, Albert (2004): *Zustand und Perspektiven der politischen Bildungsarbeit in Ostdeutschland*, in: *APuZ B7-8/2004*, S. 7–15.
- Schiele, Siegfried (2004): *Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland*, in: *APuZ B7-8/2004*, S. 3–6.
- Schröder, Achim/Balzter, Nadine/Schroedter, Tommy (2004): *Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation*, Weinheim/München.
- Sliwka, Anne (2008): *Bürgerbildung. Demokratie beginnt in der Schule*, Weinheim.

- Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München 2012: *Bildungsbericht Bayern*, München.
- Statistisches Bundesamt (2012): *Schulen auf einen Blick*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012): *Weiterbildung*, Wiesbaden.
- Stiller, Edwin (2004): *Neue Qualität in der Politischen Bildung durch Standards und Kerncurricula?*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 2/2004, S. 179–192.
- Tippelt, Rudolf/von Hippel, Aiga (Hrsg.) (2011): *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung*, Wiesbaden.
- TNS Infratest Sozialforschung (2008): *Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BSW-AES 2007*, München.
- Uhl, Katrin/Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (Hrsg.) (2004): *Evaluation politischer Bildung. Ist Wirkung messbar?*, Gütersloh.
- Vorholt, Udo (2003): *Institutionen politischer Bildung in Deutschland. Eine systematisierende Übersicht*, Frankfurt am Main.
- Weiland, Meike/Weiß, Christina (2009): *Weiterbildungsstatistik im Verbund 2007 – Kompakt*, Bonn (<http://www.die-bonn.de/doks/weiland0901.pdf>).
- Weißeno, Georg (Hrsg.) (2007): *Wörterbuch Politische Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Weißeno, Georg (Hrsg.) (2008): *Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat*, Bonn.
- Weißeno, Georg (2005): *Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung*, Wiesbaden.
- Weißeno, Georg (2005): *Standards für politische Bildung*, in: *APuZ B12/2005*, S. 32–38.
- Wessely, Uli (2004): *Politische Bildung in der globalen Wissensgesellschaft*, in: *APuZ B7-8/2004*, S. 32–38.
- Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hrsg.) (2011): *Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung*, Schwalbach/Ts.
- Zedler, Reinhard (2007): *Politische Bildung in der dualen Berufsausbildung*, in: *APuZ B32-33/2007*, S. 34–38.

1| Einzelbestandteile: *Geschichte, Gemeinschaftskunde, Politik, Erdkunde, Wirtschaftslehre.*

2| *Gymnasien der Normalform.*

3| *Mit Inhalten aus dem Fach Wirtschaft und Recht.*

- 4| Seit dem Schuljahr 2010/2011 gibt es in Berlin nach Klasse 6 nur noch zwei Schularten: die Integrierte Sekundarschule und das Gymnasium. Die Sekundarschule ersetzt die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen, deren Bildungsgänge auslaufen. Sie bietet alle Abschlüsse bis hin zum Abitur.
- 5| In diesem Fach sollen pro Halbjahr etwa ein Drittel des Unterrichts auf Sozialkunde entfallen, wobei über die Verteilung der Stunden auf die Fächer die jeweilige Schule entscheidet.
- 6| Die Jahrgangsstufen 5 und 6 werden noch im Rahmen der Grundschule absolviert, wo jeweils das kombinierte Fach Geschichte/politische Bildung mit drei Unterrichtsstunden je Schuljahr verpflichtend ist.
- 7| Schulspezifisch ist eine Aufwertung dieses Fächerverbands um jeweils eine Profilstunde je Jahrgangsstufe möglich, um die Lernbereiche Gesellschaftswissenschaften zu stärken und sie somit an das Angebot des Gymnasiums anzugleichen.
- 8| In der Jahrgangsstufe 10 müssen beide Fächer – d.h. Geschichte, Sozialkunde und Geografie – unterrichtet werden.
- 9| Vorgaben für Fachanteile mit sozialkundlichen Inhalten gemäß Schulverordnung.
- 10| Kontingenzstundentafel, wobei jeweils die Konferenz der Lehrkräfte über die Verteilung der Stunden auf die Fächer Geografie, Geschichte und Politische Bildung entscheidet.
- 11| Gemäß der Schulverordnung sind die Anteile der Fächer im Lernbereich Gesellschaftswissenschaften (Geografie, Geschichte, Politische Bildung) ausgewogen zu berücksichtigen.
- 12| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte, Politik.
- 13| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte, Politik.
- 14| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte und Politik-Gesellschaftswirtschaft.
- 15| Achtstufiges Gymnasium.
- 16| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte, Politik.
- 17| In der Mittelstufenschule vergleichbare Kontingente.
- 18| Bestehend aus den Fächern Geschichte, Erdkunde und Politik.
- 19| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialwissenschaften.
- 20| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialwissenschaften.
- 21| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialwissenschaften.
- 22| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialwissenschaften.
- 23| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 24| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 25| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 26| Davon entfallen 3 Unterrichtsstunden auf Sozialkunde, 5 auf Erdkunde und 7 auf Geschichte.
- 27| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 28| Davon entfallen 3 Unterrichtsstunden auf Sozialkunde, 6 auf Erdkunde und 7 auf Geschichte.
- 29| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 30| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Sozialkunde.
- 31| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte und Sozialkunde, wobei Geografie und Geschichte auch in den Jahrgängen 5, 6 und 7 unterrichtet werden (ohne Sozialkunde).
- 32| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte und Sozialkunde, wobei Geografie und Geschichte auch in den Jahrgängen 5, 6 und 7 unterrichtet werden (ohne Sozialkunde).
- 33| Alternative Belegung nach Wahl der Schülerinnen und Schüler: Sozialkunde oder Geografie.

- 34| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte und Sozialkunde.
- 35| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 36| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 37| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 38| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Weltkunde; Religion/Philosophie.
- 39| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 40| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Weltkunde; Religion/Philosophie.
- 41| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Weltkunde; Religion/Philosophie.
- 42| Wird in der jeweiligen Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung geregelt.
- 43| Im Rahmen der Flexibilisierung der Rahmenstundentafel werden im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich zusätzliche Stundenkontingente wahlweise den Fächern Geschichte, Geografie und Sozialkunde zugeteilt: in den Jahrgangsstufen 5, 6, 7 und 9 jeweils eine Unterrichtsstunde sowie in den Jahrgangsstufen 8 und 10 zwei Unterrichtsstunden.
- 44| Einzelbestandteile: Geschichte, Gemeinschaftskunde, Politik, Erdkunde, Wirtschaftslehre.
- 45| Gymnasien der Normalform.
- 46| Mit Inhalten aus dem Fach Wirtschaft und Recht.
- 47| Kontingenzstundentafel, wobei jeweils die Konferenz der Lehrkräfte über die Verteilung der Stunden auf die Fächer Geografie, Geschichte und Politische Bildung entscheidet.
- 48| Achtstufiges Gymnasium.
- 49| Bestehend aus den Fächern Geografie, Geschichte, Politik.
- 50| Ohne Politik.
- 51| Ohne Politik.
- 52| Davon eine Unterrichtsstunde ausschließlich Politik.
- 53| Bestehend aus den Fächern Geschichte, Erdkunde und Politik.
- 54| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 55| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 56| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 57| Davon entfallen drei Unterrichtsstunden auf Sozialkunde, fünf auf Erdkunde und sieben auf Geschichte.
- 58| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 59| Davon entfallen drei Unterrichtsstunden auf Sozialkunde, fünf auf Erdkunde und sieben auf Geschichte.
- 60| Bestehend aus den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde.
- 61| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Sozialkunde.
- 62| Jedoch ohne Sozialkunde.
- 63| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 64| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 65| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 66| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Weltkunde; Religion/Philosophie.
- 67| Mit den Bestandteilen: Technik, Textillehre, Haushaltslehre, Wirtschaft/Politik.
- 68| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Weltkunde; Religion/Philosophie.
- 69| Mit den Bestandteilen: Geschichte, Geografie, Weltkunde; Religion/Philosophie.
- 70| Wird in der jeweiligen Oberstufenordnung geregelt.
- 71| Nicht berücksichtigt bei vorhandener Orientierungs-/Förderstufe (5./6. Jahrgangsstufe) mit fächerübergreifendem Unterricht.
- 72| Geschichte und Sozialkunde werden zusammen gelehrt, wobei auf Sozialkunde pro Halbjahr ein Drittel des Unterrichts entfallen soll.
- 73| In der 9. Jahrgangsstufe sind für die Fächer Erdkunde, Gemeinschaftskunde und Geschichte insgesamt drei Wochenstunden vorgesehen.
- 74| In der 9. Jahrgangsstufe sind für die Fächer Erdkunde, Gemeinschaftskunde und Geschichte insgesamt drei Wochenstunden vorgesehen.

- 75| Jeweils nur ein Halbjahr. Zudem wird das Fach in der 10. Jahrgangsstufe jeweils zusammen mit Arbeitslehre unterrichtet.
- 76| Jeweils nur ein Halbjahr. Zudem wird das Fach in der 10. Jahrgangsstufe jeweils zusammen mit Arbeitslehre unterrichtet.
- 77| Jeweils nur ein Halbjahr. Zudem wird das Fach in der 10. Jahrgangsstufe jeweils zusammen mit Arbeitslehre unterrichtet.
- 78| Jeweils nur ein Halbjahr. Zudem wird das Fach in der 10. Jahrgangsstufe jeweils zusammen mit Arbeitslehre unterrichtet.
- 79| Jeweils nur ein Halbjahr. Zudem wird das Fach in der 10. Jahrgangsstufe jeweils zusammen mit Arbeitslehre unterrichtet.
- 80| Jeweils nur ein Halbjahr. Zudem wird das Fach in der 10. Jahrgangsstufe jeweils zusammen mit Arbeitslehre unterrichtet.
- 81| Als integriertes Fach ab der 6. Jahrgangsstufe.
- 82| Als integriertes Fach ab der 6. Jahrgangsstufe.
- 83| Als integriertes Fach ab der 6. Jahrgangsstufe.
- 84| Die Angaben beinhalten die Wochenstundenzahlen von Geschichte, Erdkunde und Gemeinschaftskunde gemeinsam, wobei in der Realschule das Fach Geschichte ab Jahrgangsstufe 6 erteilt wird und im Gymnasium das Fach Geschichte in den Jahrgangsstufen 6, 7, 9 und 10, das Fach Erdkunde in den Jahrgangsstufen 5 und 7, 8, 9 und das Fach Gemeinschaftskunde in den Jahrgangsstufen 6, 8 und 10.
- 85| In dieser Jahrgangsstufe verteilen sich Geschichte und Gemeinschaftskunde gemeinsam auf drei Wochenstunden.
- 86| Die Regelschule vereint die Haupt- und Realschule.
- 87| Geschichte und Sozialkunde werden zusammen gelehrt, wobei auf Sozialkunde pro Halbjahr ein Drittel des Unterrichts entfallen soll.
- 88| In der 9. Jahrgangsstufe sind für die Fächer Erdkunde, Gemeinschaftskunde und Geschichte insgesamt drei Wochenstunden vorgesehen.
- 89| In der 9. Jahrgangsstufe sind für die Fächer Erdkunde, Gemeinschaftskunde und Geschichte insgesamt drei Wochenstunden vorgesehen.
- 90| Als integriertes Fach ab der 6. Jahrgangsstufe.
- 91| Als integriertes Fach ab der 6. Jahrgangsstufe.
- 92| Als integriertes Fach ab der 6. Jahrgangsstufe.
- 93| Die Angaben beinhalten die Wochenstundenzahlen von Geschichte, Erdkunde und Gemeinschaftskunde gemeinsam, wobei in der Realschule das Fach Geschichte ab Jahrgangsstufe 6 erteilt wird und im Gymnasium das Fach Geschichte in den Jahrgangsstufen 6, 7, 9 und 10, das Fach Erdkunde in den Jahrgangsstufen 5 und 7, 8, 9 und das Fach Gemeinschaftskunde in den Jahrgangsstufen 6, 8 und 10.
- 94| In dieser Jahrgangsstufe verteilen sich Geschichte und Gemeinschaftskunde gemeinsam auf drei Wochenstunden.
- 95| Die Regelschule vereint die Haupt- und Realschule.
- 96| Volltext unter: <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>
- 97| Vgl. dazu: „Darmstädter Appell“. Aufruf zur Reform der politischen Bildung in der Schule, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/1996, S. 35.
- 98| Volltext unter: [http://www.lpb-bw.de/muenchner\\_manifest.html](http://www.lpb-bw.de/muenchner_manifest.html)
- 99| Volltext unter: <http://www.bap-politischebildung.de/DE/2760/Veroeffentlichungen.php>
- 100| Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1999 (Gemeinsame Erklärung).
- 101| Volltext unter: [http://www.mediation-partizipation.de%2FMagdeburger\\_Manifest\\_zur\\_Demokratie\\_p\\_dagogik.pdf](http://www.mediation-partizipation.de%2FMagdeburger_Manifest_zur_Demokratie_p_dagogik.pdf)
- 102| Volltext unter: [http://www.vhs-bw.de/abteilung/politik-gesellschaft-umwelt/25-punkte-papier\\_zur\\_politischen\\_bildung.pdf](http://www.vhs-bw.de/abteilung/politik-gesellschaft-umwelt/25-punkte-papier_zur_politischen_bildung.pdf)

- 103| Volltext unter: <http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de/wp-content/uploads/2011/06/UnterschriftenaktionPolitischeBildung.pdf>
- 104| Volltext unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_23391-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_23391-544-1-30.pdf)
- 105| Alle Links am 31. Juli 2013 überprüft.



Andreas Kalina, geboren 1980 in Pilsen, wuchs in Tschechien und Deutschland auf. Er studierte Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften und Zeitgeschichte an der Universität Passau und promovierte ebendort im Fach Politikwissenschaft. Seine Dissertation „Ein Kontinent – eine Nation?“ befasst sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Bildung eines supranationalen Demos im Rahmen der Europäischen Union. Seit 2010 ist Andreas Kalina als wissenschaftlicher Referent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing tätig. Seine Arbeits- und Forschungsgebiete umfassen den Bereich der europäischen Integration sowie die Herausforderungen infolge von politischem und gesellschaftlichem Wandel. Er lehrt, referiert und publiziert zu Themen der Integration in Europa, der Konsolidierung von neuen Demokratien und politischer Partizipation sowie zu den Herausforderungen der politischen Bildung. Er erhielt Auszeichnungen und Stipendien u.a. vom Elitenetzwerk Bayern, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Dr. Hans Kapfinger-Stiftung. Seine Doktorarbeit wurde 2009 mit dem Bayerischen Kulturpreis ausgezeichnet.

PUBLIKATIONSREIHE  
„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

▪ **Band 1:**

J. Christian Koecke, Michael Sieben:  
*Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen, Geschichte, Organisation*  
3., überarbeitete und erweiterte Auflage  
Wesseling, Januar 2014  
ISBN 978-3-95721-012-8

▪ **Band 2:**

Katrin Grüber:  
*Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kommunen*  
Wesseling, April 2010  
ISBN 978-3-941904-18-7

▪ **Band 3:**

Klaus-Jürgen Englien:  
*Die energiepolitische Zukunft der Europäischen Union. Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)*  
Wesseling, April 2010

▪ **Band 4:**

Andreas Kalina:  
*erfolgreich.politisch.bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland*  
2., überarbeitete und erweiterte Auflage  
Wesseling, Januar 2014  
ISBN 978-3-95721-013-5

▪ **Band 5:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):  
*Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?*  
 Wesseling / Hannover, März 2011  
 ISBN 978-3-941904-96-5

▪ **Band 6:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):  
*DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der  
 DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen  
 Ausstellung*  
 3., überarbeitete Auflage  
 Wesseling / Potsdam, Januar 2014  
 ISBN 978-3-95721-005-0

▪ **Band 7:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):  
*Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen  
 durch das SED-Regime und ihre Folgen*  
 2., überarbeitete Auflage  
 Wesseling / Hannover, Mai 2011  
 ISBN 978-3-942775-16-8

▪ **Band 8:**

Klaus-Jürgen Engelen:  
*„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele  
 zur Staatsschuldenkrise in der EU*  
 Wesseling, April 2012  
 ISBN 978-3-942775-81-6

▪ **Band 9:**

Annette Wilbert:  
*Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis*  
 Wesseling, Januar 2013  
 ISBN 978-3-944015-30-9

▪ **Band 10:**

Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:  
*Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege.  
 Eine Diskussionsschrift*  
 2., unveränderte Auflage  
 Sankt Augustin/Berlin, März 2013  
 ISBN 978-3-944015-36-1

▪ **Band 11:**

Jana Kulhay:  
*Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum  
 und ihre Mediennutzung*  
 Sankt Augustin/Berlin, Januar 2013  
 ISBN 978-3-944015-33-0

▪ **Band 12:**

Andreas Jungherr, Harald Schoen:  
*Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnen-  
 funktionen*  
 (Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS,  
 Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)  
 Sankt Augustin/Berlin, Juni 2013  
 ISBN 978-3-658-01012-6

▪ **Band 13:**

David Jonathan Grunwald:  
*Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen  
 Erwachsenenbildung*  
 Wesseling/Berlin, Januar 2014  
 ISBN 978-3-95721-008-1

▪ **Band 14:**

Maja Eib, Daniel Braun:  
*Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum  
 am Beispiel Thüringens*  
 Wesseling/Erfurt, Januar 2014  
 ISBN 978-3-95721-014-2

FOLGENDE PUBLIKATIONEN IN DER REIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“ SIND FÜR 2014 GEPLANT:

- *Strategische Steuerungsinstrumente für Politik und Verwaltung*
- *Umgang mit Social Media*
- *Energiewende vor Ort*
- *Auftrag Demokratie – Geschichte der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Teil I: 1957-1997*